

Else Frenkel Brunswik wurde am 18. August 1908 in Lemberg, dem heutigen Lwiw (Ukraine), geboren und studierte in Wien Psychologie. Anschließend war sie am Institut für Psychologie im Forschungsbereich „Autobiographische Forschung“ bei Charlotte und Karl Bühler als Assistentin beschäftigt und bildete sich zur Psychoanalytikerin weiter. Mit dem Beginn der Naziherrschaft in Österreich floh Else Frenkel 1938 in die USA und begann an der University of California in Berkeley ihre Tätigkeit als Senior Lecturer am Institute of Child Welfare sowie als wissenschaftliche Psychologin und Psychotherapeutin am Cowell Memorial Hospital. Im selben Jahr heiratete sie den ebenfalls aus Wien emigrierten Psychologen Egon Brunswik. In den USA erforschte Else Frenkel-Brunswik vorwiegend den modernen Antisemitismus und war maßgeblich an den ab 1944 in Berkeley durchgeführten „Studies in Prejudice“ beteiligt. Sie leitete neben dem Sozialphilosophen Theodor W. Adorno, dem Sozialpsychologen Nevitt Sanford und dem Psychiater Daniel J. Levinson die Studien „The Authoritarian Personality“.

Wie steht es um die Demokratie in Sachsen? Diese Frage ist Gegenstand unzähliger politischer Diskussionen, Medienberichte und wissenschaftlicher Arbeiten. Das Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung in Sachsen gibt in 15 Beiträgen Antworten in seinem ersten Jahrbuch. Forscherinnen und Forscher stellen wissenschaftliche Analysen der Region vor. Daneben versammelt dieses Jahrbuch verschiedene Beiträge aus dem Journalismus und der sächsischen Zivilgesellschaft:

- Andrea Hübler (RAA Sachsen e. V.) zur Lage rechtsmotivierter Gewalt in Sachsen;
- Paul Zschocke, Max Hemann und Emily Bandt (chronik.LE) zu Zivilgesellschaftlicher Dokumentationsarbeit;
- Mara Knauth und Michael Nattke (Kulturbüro Sachsen e.V.) zur Nutzung von Immobilien durch die extreme Rechte in Sachsen;
- Franz Hammer (Kulturbüro Sachsen e. V.) zur ideologischen Landnahme der Völkischen Bewegung in Sachsen;
- Matthias Heldt (Netzwerk für Demokratische Kultur e. V.) zu extrem rechten Kampfsport und
- Aiko Kempen (Investigativjournalist) zur sächsischen Polizei.

- Außerdem mit Bildern des Leipziger Fotografen Marcel Noack.

DEMOKRATIE IN SACHSEN
JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2021

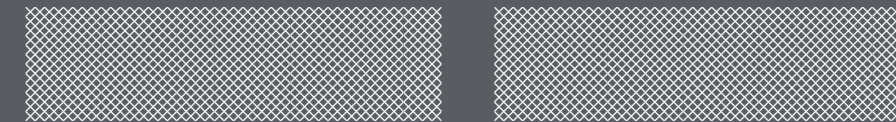


ISBN: 978-3-948049-17-1

DEMOKRATIE IN SACHSEN

JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2021

EFFBI



2021

OLIVER DECKER, FIONA KALKSTEIN UND
JOHANNES KIESS (HRSG.)

EDITION ÜBERLAND



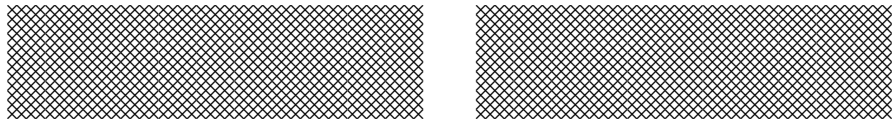
DEMOKRATIE IN SACHSEN
JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2021



UNIVERSITÄT
LEIPZIG

Research Centre Global
Dynamics | ReCentGlobe

JAHR

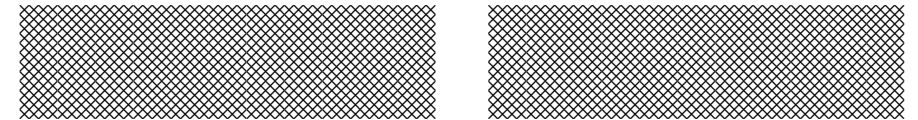


BUCH

DEMOKRATIE IN
SACHSEN

JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2021

OLIVER DECKER, FIONA KALKSTEIN UND
JOHANNES KIESS (HRSG.)



2021

EDITION ÜBERLAND

EINFÜHRUNG

- Oliver Decker 9
Demokratie in Sachsen
Das Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021
- Andreas Kranebitter 23
Tiefe Oberflächenpsychologie statt oberflächlicher
Tiefenpsychologie
Zu Leben und Werk von Else Frenkel-Brunswik

ANALYSE & BEFUNDE

- Johannes Kiess 53
Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser?
Politisches Vertrauen und Demokratie
- Natalie Gittner, Andre Schmidt & Julia Schuler 67
Zivilgesellschaft als „Bollwerk gegen Rechts“?
Potenziale und Schwierigkeiten von Engagement und Gegenwehr am Beispiel der Stadt Wurzen
- Sophie Bose & Jakob Köster 87
Skepsis im Großen, Engagement im Kleinen
Demokratisches Engagement in Betrieb und Nachbarschaft in Sachsen
- Charlotte Höcker & Johanna Niendorf 103
Feminismus – ein Fremdwort?
Geschlechterdemokratie und Antifeminismus im Erzgebirge – eine Bestandsaufnahme
- Johannes Kiess & Marius Dilling 119
Mein rechter, rechter Platz ist frei
In welchen sächsischen Gemeinden sind extrem rechte Parteien besonders stark und was schützt davor?
- Stefan Brieger & Isabelle-Christine Panreck 139
„Friedliche Revolution 2.0“
Rückgriffe auf den Systemwechsel 1989/90 als Kitt im Corona-Protestgeschehen

INHALT

- Julia Schuler, Oliver Decker, Natalie Gittner & Alexander Yendell 153
In Szene gesetzt
Konflikt Räume in Leipzig und Wurzeln

MONITORING & DOKUMENTATION

- Andrea Hübler (RAA Sachsen e. V.) 175
Zur Lage rechtsmotivierter Gewalt in Sachsen
- Paul Zschocke, Max Hemmann & Emily Bandt (chronik.LE) 191
Zivilgesellschaftliche Dokumentationsarbeit gegen rechte Raumnahme
chronik.LE als Plattform einer reflexiven Stadtgesellschaft
- Mara Knauthe & Michael Nattke (Kulturbüro Sachsen e. V.) 205
Fehlendes Hausverbot
Die Nutzung von Immobilien durch die extreme Rechte in Sachsen
- Franz Hammer (Kulturbüro Sachsen e. V.) 223
Protest im angestammten Gebiet
Ideologische Landnahme der Völkischen Bewegung in Sachsen
- Matthias Heldt (Netzwerk für Demokratische Kultur e. V.) 237
Extrem rechter Kampfsport
Der Raum Leipzig im Kontext bundesweiter Entwicklungen
- Aiko Kempen 255
Sächsische Verhältnisse
Warum die Polizei Sachsen ein Problem hat, für das sie nicht allein verantwortlich ist

ANHANG

- Autorinnen und Autoren 265
- Abbildungsverzeichnis 271





Demokratie in Sachsen

Das Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021

*Da habe ich einen gehört
wie er seufzte: „Du liebe Zeit!“
Was heißt da „Du liebe Zeit?“
„Du unliebe Zeit“, muß es heißen.
„Du ungeliebte Zeit!“
von dieser Unzeit, in der wir
leben müssen. Und doch
sie ist unsere einzige Zeit.
Unsere Lebenszeit
Und wenn wir das Leben lieben
können wir nicht ganz lieblos
gegen diese unsere Zeit sein.
Wir müssen sie ja nicht genau so
lassen, wie sie uns traf.*

Erich Fried

Seit dem Jahr 2020 haben die Demonstrationen gegen die COVID-19-Maßnahmen offensichtlich gemacht, was vielen vorher schon bewusst war: die enorme Angespanntheit der Situation. Seitdem fällt selbst Menschen, die sich nicht regelmäßig mit dem Protestgeschehen beschäftigen, die Zusammensetzung aus organisierter extremer Rechter, AfD-Vertretern, „Wutbürgern“, Esoterikern und Verschwörungsgläubigen, aber auch Verunsicherten und Kritikern und Kritikerinnen der Pandemie-Politik auf. Diese Melange ist nicht nur für die Polizei vor Ort, die von der massiven Gewaltbereitschaft regelmäßig überrascht zu werden scheint, eine Herausforderung. Im Gedächtnis bleibt etwa der Moment am 7. November 2020, als Demonstranten auf dem Leipziger Ring eine Polizeikette durchbrachen. Dieses Ereignis sollte kein Einzelfall bleiben. Die besondere Zusammensetzung der Proteste ist auch eine Schwierigkeit für die Gesellschaft, insbesondere in Sachsen. Hier artikuliert sich eine vermeintliche „Mitte“ der Gesellschaft, die viel zu oft ihre Themen von offen auftretenden Neonazis und völkischen Ideologen geliefert bekommt und nicht selten durch sie unterstützt wird.

Aus der Wissenschaft wurde die Gegenüberstellung von Links- und Rechtsextremismus als unzulänglich kritisiert, immer wieder darauf hingewiesen, dass sie den Blick auf die tatsächliche Dynamik in der Gesellschaft verstellt. Denn die Idee einer sozialen „Mitte“ als Schutzraum der Demokratie ist Wunschdenken. Dennoch haben die Verfassungsschutzämter seit Jahrzehnten an einer vereinfachten und die gesellschaftlichen Konflikte vereinfachenden Extremismustheorie ihre Arbeit ausgerichtet. Jetzt, in der Pandemie merkte selbst der Inlandsgeheimdienst, dass er an seine Grenze stieß, und reagierte. In einem Bericht des Bundesamtes zur Lage bei Protesten in der Bundesrepublik am Jahresende 2020 wählte der Autor mit Blick auf die COVID-19-Leugnung die Worte von einem „Extremismus sui generis“, also einem Extremismus „eigener Art“ (Flade/Mascolo/Steinke, 2020). Vielleicht wollte der Verfassungsschützer mit dem Rückgriff auf diese lateinische Redensart zeigen, dass er das Latinum hat. Tatsächlich zeigte er aber, dass der Verfassungsschutz mit seinem Latein am Ende war.

Man kann mit Recht sagen: Diese Erkenntnis kam dem Verfassungsschutz zu spät. Denn dieses Phänomen existiert nicht erst seit der Pandemie. Seit dem Mauerfall artikulieren sich völkisch-nationale, autoritäre und nationalistische Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland – die Gewalt war von Anfang an massiv, doch auch die Stimmen wurden immer lauter und die Abstände zwischen den Wellen immer kürzer. Dabei waren und sind sowohl die antidemokratischen Bestrebungen als auch die mit ihnen verbundene Gewalt im Freistaat Sachsen immer stärker als in den anderen Bundesländern.

Im Rückblick werden die Jahre nach der deutschen Einheit als „Baseballschlägerjahre“ bezeichnet (so auch der Titel einer ARD-Dokumentation über diese Zeit aus dem Jahr 2020). Treffend wird damit die Gewalt benannt, die sich gegen all diejenigen richtete, die als anders und abweichend wahrgenommen wurden. Bis heute hält sie an. Trotzdem wurde sie über Jahre im Freistaat Sachsen von staatlicher Seite nicht wahrgenommen und teilweise aktiv relativiert.

Exemplarisch für die Situation kann ein Vorfall gelten, der zwar schon Jahre zurück liegt, aber besonders gründlich von der Sozialwissenschaftlerin Britta Schellenberg untersucht worden ist (Schellenberg, 2014). In der sächsischen Kleinstadt Mügeln attackierten im Sommer 2007 40 bis 50 gewaltbereite Neonazis, unterstützt von etwa 200 weiteren Personen, auf dem Altstadtfest eine Gruppe Mitfeiernder, die sie als

fremd wahrnahmen. Den meisten der angegriffenen Personen gelang es, sich in einem nahegelegenen Lokal zu verbarrikadieren, ein Mensch wurde aber eingeholt und niedergeschlagen. Die Faktenlage schien klar: Die Berichte der Polizei und die Zeugenaussagen wiesen eindeutig in Richtung einer rassistisch motivierten Tat. Allein weil das Delikt der Volksverhetzung festgestellt wurde, wären Ermittlungen in diese Richtung notwendig gewesen. Diese wurden aber nicht eingeleitet, im Gegenteil. Schellenberg analysiert im weiteren Verlauf vielmehr ein „Muster des Scheiterns“, das sich so nicht nur in der sächsischen Kleinstadt, sondern an vielen Orten zugetragen hat. Die weitere staatliche Arbeit zu Mügeln war geprägt vom Bemühen, den neonazistischen Hintergrund der Tat zu verdrängen: Vermeintlicher Linksextremismus, der im Nachgang der Tat sichtbar geworden sein soll, wurde durch die sächsischen Behörden und die sächsische Staatsregierung diskutiert. Auch gelang es der rechtsextremen NPD das Konzept eines „indischen Extremismus“ so salonfähig werden zu lassen, das er im darauffolgenden sächsischen Verfassungsschutzbericht erwähnt wurde (ebd.).

Schon 2004, drei Jahre vor dem Ereignis in Mügeln, wurde die NPD mit fast 10 Prozent der Stimmen in den Sächsischen Landtag gewählt, die damit zum ersten Mal seit 1968 in ein bundesdeutsches Parlament einzog. Im Jahr 2009 erneut ins Landesparlament gewählt, scheiterte die NPD 2014 denkbar knapp an der Fünfprozenthürde – ein Verlust, von dem sie sich nicht mehr erholt hat. Allerdings zog im selben Jahr mit wiederum knapp 10 Prozent die AfD in den Sächsischen Landtag ein. Ihr gelang der von der NPD in Sachsen lange angestrebte Brückenschlag zwischen Nationalisten, iliberalen Konservativen, Autoritären und Neonazis. Bei der Landtagswahl 2019 fuhr sie mit 27,5 Prozent der Zweitstimmen ihr im Bundesvergleich bestes Ergebnis ein. In keinem anderen Bundesland ist die AfD, gemessen an den Wahlergebnissen, so stark. Und ein weiterer Befund zu diesem Erfolg: Obwohl die AfD mehrheitlich auch in Ostdeutschland von Westdeutschen repräsentiert wurde, führte sie diesen erfolgreichen Wahlkampf auch mit deutlichen Bezügen zur Wende, zu einem ostdeutschen „Nachteilsausgleich“ sowie einem ostdeutschen Identitätsangebot („Vollende die Wende“).

Propaganda alleine macht keinen Erfolg. Sie muss auch gehört werden und gehört werden wollen. Man kann feststellen, dass die AfD von einer allgemeinen Orientierung in Sachsen profitierte, die bis heute immer wieder sichtbar wird. Das betrifft zum einen die Proteste gegen

die COVID-19-Maßnahmen seit dem Jahr 2020. Auch wenn der Einfluss der AfD auf die Proteste geringer ist, als die Partei selbst meint, hat sie damit doch die Aussicht, neben der Ausländerfeindlichkeit ein weiteres ideologisches Scharnier in breite Bevölkerungskreise zu finden. Eine ähnliche Situation sicherte ihr schon einmal Wahlerfolge: 2015 profitierte sie vom aufgeheizten politischen Klima im Zuge der aus dem eskalierenden Syrien-Konflikt folgenden Migrationsbewegung nach Europa. War die AfD unter ihrem ersten Vorsitzenden Bernd Lucke vor allem eine eurokritische Partei mit antisozialem Programm und wies als solche noch im Sommer 2015 deutliche Verluste auf, wurde sie gerade wegen der Zuwanderung, die sie offen ablehnte, zu einer Krisengewinnerin und zu der national-völkischen Partei, die sie heute ist. Das Ressentiment gegen Migrantinnen und Migranten half ihr ebenso wie ihre gewaltbereite Rhetorik. War in der damaligen Zeit oft abwertend von einer „Flüchtlingswelle“ die Rede, so war es eher eine Ressentimentwelle, die der AfD zwei Jahre später den Einzug in den Bundestag sicherte. In Sachsen erreichte sie auch zu diesem Zeitpunkt eines ihrer besten Ergebnisse, ein Viertel der Wählerinnen und Wähler gab ihr bei der Bundestagswahl die Erststimme und damit doppelt so viele wie im Bundesdurchschnitt.

Nicht nur die Stimmung und die propagandistische Vorbereitung der NPD, auch die bereits vorhandene Organisationsstruktur bereitet den völkisch-nationalen und autoritären Parolen der AfD den Boden. Die *Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes* (PEGIDA), von denen es zwischenzeitlich bundesweit viele Ableger gab, haben ihren Ausgangspunkt in der sächsischen Landeshauptstadt und sind bis heute aktiv. Diese Echoräume bestimmten wahrscheinlich auch die Radikalisierung der AfD mit – von Bernd Lucke über Frauke Petry bis hin zum aktuellen sächsischen Mitglied im Führungsduo der Bundespartei, Tino Chrupalla. Denn auch wenn sich die AfD durch ihren „Flügel“ als Plattform für die autoritären Ressentiments geradezu anbot, das Bedürfnis nach solchen Antworten artikulierte und artikuliert sich gerade in Sachsen immer wieder besonders stark. Es fanden sich in keinem anderen Bundesland 2015/2016 in Relation zur Bevölkerungszahl so viele Gewaltdelikte gegen Flüchtlinge, so viel Mobilisierung mit rassistischen Motiven wie in Sachsen.

Es könnten an dieser Stelle zahlreiche weitere Beispiele genannt werden, um die Herausforderungen in Sachsen zu beschreiben: Sei es der NSU, der als „Zwickauer Zelle“ seinen Ausgangspunkt in diesem

Bundesland nahm und dessen Basis bis heute nicht aufgearbeitet wurde, sei es die Partei *Der III. Weg*, die als neonazistische Kaderpartei gerade in Sachsen erfolgreich ist. Allen weiteren Beispielen wäre aber nur gemeinsam, dass die Antworten aus der Staatsregierung oder den Sicherheitsbehörden lange Zeit kaum hörbar ausfielen. Zu stark war das Bemühen, die Stärke völkisch-nationaler und neofaschistischer Bewegungen genauso zu bagatellisieren wie deren Ursachen zu verleugnen (Kraske, 2012).

DAS ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUT

Es ist die Aufgabe des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts (EFBI), diesen Herausforderungen zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen und politischen Institutionen zu begegnen. Hierfür wird es seit 2020 von der sächsischen Landesregierung als Einrichtung der Universität Leipzig gefördert. Zu den Tätigkeiten des Instituts zählen die Dokumentation und das Monitoring antidemokratischer Mobilisierung, die eigenständige sozialraumnahe Forschung zu Konflikträumen in Sachsen sowie die Beratung und Information über die Befunde.

Das EFBI ist dabei nicht alleine: Es gibt in Sachsen zahlreiche Initiativen, die sich gegen neonazistische, völkisch-nationale, homophobe, frauenfeindliche oder antisemitische Mobilisierung wehren, die Vorfälle dokumentieren, die Opfer beraten und die mit ihren Befunden an die Öffentlichkeit gehen. Gerade wegen dieses anhaltenden und von vielen Menschen getragenen Engagements ist eine weitere Frage von besonderer Dringlichkeit: Warum scheint gegen die anti-demokratische Mobilisierung kein Kraut gewachsen? Wie lässt sich zivilgesellschaftliches Engagement so stärken, dass es sich gegen autoritäre Bestrebungen durchsetzen kann? Ohne das seit Jahren als Korrektiv staatlichen Handelns funktionierende Engagement der Zivilgesellschaft ist die Arbeit für die Demokratie nicht möglich. Ohne Unterstützung aber ist sie auch nicht möglich. Die Zivilgesellschaft hatte ihre Arbeit jenseits staatlicher Förderung begonnen und so eine Brandmauer errichtet: Oft genug bedroht, fragil und von staatlicher Seite misstrauisch beäugt, aber als ein von der Regierung unabhängiges, von Bürgern getragenes Engagement für die Demokratie. Es war ein wichtiger Schritt, dass Strukturen gefördert wurden, Initiativen Förderung erhielten und zum Beispiel Partnerschaften für Demokratie sich etablieren konnten.

Das Else-Frenkel-Brunswik-Instituts knüpft an dieser Stelle an und bietet einen weiteren, essentiellen Zugang als universitäre und wissenschaftliche Einrichtung. Mit wissenschaftlichen Methoden werden neue Zugangswege zur antidemokratischen Mobilisierung eröffnet – etwa durch sozialraumnahe Forschung in Konflikträumen oder durch die Anwendung neuer Methoden zur Erforschung digitaler Mobilisierungsversuche. Alleine beim Dokumentieren und Zählen kann es aber nicht bleiben – es müssen auf Grundlage dieser Daten Analysen durchgeführt werden und auch das eigene Handeln der Zivilgesellschaft soll Gegenstand einer beständigen und solidarischen Reflektion sein. Es sind Menschen, die handeln, aber es sind gesellschaftliche Bedingungen, unter denen sie sich engagieren und die damit Themen bestimmen. Eine politische Einstellung ist kein individuelles Schicksal, sondern das Seelenende der Gesellschaft. Menschen sind eine paradoxe innere Umwelt der Gesellschaft: Sie treten ihr mit Eigensinn gegenüber, formulieren ihre Ansichten, setzen sich für politische Ziele ein. Und doch sind wir alle gleichzeitig auch Ergebnisse des Lebens, das wir in dieser Gesellschaft zugebracht haben, von Bedingungen, die wir selbst mit den Zeitgenossen teilen, die gerade das glatte Gegenteil von dem wollen, was unsere Vorstellungen vom Zusammenleben sind. Weil aber alle Gesellschaftsmitglieder diesen Bedingungen unterliegen, kann eine kritische Wissenschaft sich nicht mit der Analyse von antidemokratischen Bewegungen begnügen.

Ob kritische oder traditionelle Wissenschaft, beide haben durch ihre empirische Forschung, aber auch in ihren theoretischen Analysen einen Moment der Unkalkulierbarkeit. Ein Rest von Unberechenbarkeit ist der Wissenschaft bis heute geblieben, selbst wenn sie sich an Zahlen und dem Ideal eindeutiger Ergebnisse und praktischer Veränderungsvorschläge orientiert. Aber gerade wenn die Gesellschaft ihr Gegenstand ist – etwa in der Psychologie, der Soziologie oder Politikwissenschaft –, bleibt sie widersprüchlich im doppelten Sinne: Oft genug widerspricht der Forschungsbefund dem sozialen und politischen Common Sense und oft genug lässt sich auch die Gesellschaft nicht auf den Nenner einer einfachen Lösung bringen. Dafür ist diese Gesellschaft selbst zu widersprüchlich und auch in ihren scheinbar ruhigsten Zeiten durch gesellschaftliche Konflikte bestimmt. Für kritische Wissenschaft ist deshalb die Irritation geradezu eine Wünschelrute – sich an den Irritationen zu orientieren, ist im Grunde ihr Zugang. Was löst einen politischen Konflikt

aus, was die Dynamik in einer Gruppe, in welchen Widersprüchen steht die Forschung zur Gesellschaft selbst? Wissenschaft will einen Blick hinter die Fassade werfen, dafür bemüht sie sich um ihre Methoden und ihre Begriffe. Was von außen manchmal wie ein Glasperlenspiel wirkt, ist schon soziale und politische Praxis. Wenn es gut geht, dann hat Wissenschaft eine besondere Position: Sie schwebt keinesfalls über den Dingen, aber sie schafft eine Distanz zum gesellschaftlichen Betrieb, der trotz seiner Innovations- und Transformationsimperative immer noch von denselben Widersprüchen beherrscht und von seinen geschichtlichen Erbteilen mitbestimmt wird.

Kritische Wissenschaft ist kein politischer Akteur, aber auch nicht frei von Interessen: Sie will demokratische Zustände stärken. Dadurch forscht sie oft genug zur „Unzeit“. Aber die Unzeit, das ist nicht nur die von Erich Fried im Gedicht zu Beginn dieses Textes beschriebene ungeliebte Zeit. Oft kommt die Forschung auch zur Unzeit – mitunter auch aus Sicht derjenigen, die sich für die Demokratie einsetzen: Kritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kommen, ohne dass sie jemand gerufen hat, sie beforschen Fragen, die keiner gestellt hat, und sie geben Antworten, die keiner hören will. Und mit diesen Antworten kommt noch eine dritte Unzeit ins Spiel. Auch der Leipziger Sozialphilosoph Ernst Bloch sprach von einer Unzeit, meinte aber weder den falschen Zeitpunkt der Forschung noch die ungeliebte Gegenwart, sondern das, was sich in letzterer immer wieder Geltung verschafft: das Unerledigte der Geschichte, welches mit den gegenwärtigen Konflikten in einen engen Zusammenhang steht (Bloch, 1975). Die Vergegenwärtigung der Unzeit, die Forschung zur in der Gegenwart weiter andauernden Vergangenheit, gehört zur Aufgabe kritischer Wissenschaft (Schwepenhäuser, 1986). In den Demonstrationen gegen die COVID-19-Maßnahmen finden sich nicht zufällig etwa Motive des Schuldabwehrantisemitismus oder der Bezug auf den Mauerfall von 1989. Die Unzeit, so Bloch, ist das Unerledigte der Vergangenheit, auch sie gilt es zu vergegenwärtigen, wollen wir die Gegenwart verstehen und die Zukunft demokratisch gestalten. Es gilt nicht nur die Lücke zu schließen, die staatliche Dokumentationen aufweisen, sondern auch immer wieder aufs Neue das Augenmerk auf jene blinden Flecken zu richten, die in der Gesellschaft bestehen und die autoritäre Dynamiken befeuern.

Sozialraumnahe Forschung zur Unterstützung der Zivilgesellschaft meint, Handlungsmöglichkeiten für diejenigen, die sich vor Ort für eine

liberale und offene Demokratie einsetzen, aufzuzeigen, aber auch Handlungsbeschränkungen zu erkennen. Wer sich engagiert, kennt die Überforderung, die sich angesichts der Übermacht einstellt, die Momente der Erschöpfung. Demokratisch aktiv zu werden – und es zu bleiben –, das ist die Herausforderung. Mit den Worten des Sozialphilosophen Theodor W. Adorno besteht die „fast unlösbare Aufgabe [...] darin, weder von der Macht der anderen noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen“ (Adorno, 1954, 64). Vor der Dummheit, die Adorno meint, schützt auch die Reflexion des eigenen Handelns. Hierfür den Reflexionsraum zu schaffen, ist eine zentrale Aufgabe des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts. In dieser Aufgabe fließen die verschiedenen Arbeitsbereiche zusammen und sie ist auch Orientierungspunkt des Jahrbuchs. Es geht darum, die Lücken zu schließen, die seit Jahrzehnten bei der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in der Politik und in der inneren Sicherheit bestehen. Deshalb ist es zentral, sichtbar zu machen, wie viel alltägliche Gewalt im Freistaat gegen Menschen – seien es Migrant*innen, politisch Engagierte, Kommunalpolitiker oder jene, die als „anders“ und „abweichend“ wahrgenommen werden – ausgeübt wird. Zentral ist aber auch das Ziel, zu erkennen, welche gesellschaftlichen Dynamiken im Hintergrund der antidemokratischen Mobilisierung, den autoritären Bedürfnissen stehen – und wie sehr nicht nur die Menschen, die ihre Sicherheit im Hass und Ressentiment suchen, dieser gesellschaftlichen Dynamik unterliegen, sondern auch jene, die sich für die liberale Demokratie einsetzen.

Unter diesem Vorzeichen wird das EFBI auch 2022 den Zustand der Demokratie in Sachsen wissenschaftlich untersuchen und relevante Phänomene dokumentieren. Bereits zu Beginn des Jahres und zusätzlich zu den bereits laufenden Forschungsarbeiten ist ein neues Projekt gestartet, das sich mit den Anti-Corona-Protesten in der Lausitz befasst und dort – auf der Grundlage von Interviews mit Menschen, die sich an den Protesten beteiligt haben – der Frage nachgeht, welche bewussten und unbewussten Ziele diese verfolgen, welche Rolle der Glaube an Verschwörungen dabei spielt und inwiefern die Proteste auch in Zusammenhang mit regionalen Krisenfaktoren betrachtet werden können. Weitere Forschungsschwerpunkte werden in diesem Jahr die Bedeutung und die Auswirkungen des Strukturwandels für die sächsischen Regionen sowie Arbeitskämpfe in verschiedenen Branchen und auch deren Zusammenwirken mit der lokalen demokratischen Zivilgesellschaft bilden.

Ein Schwerpunkt der Arbeit des EFBI wird auch auf dem Monitoring antidemokratischer Bestrebungen liegen. Dazu bauen wir ein Online-Monitoring auf, dessen Ergebnisse in regelmäßigen Veröffentlichungen gebündelt der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Daneben organisiert das EFBI gemeinsam mit Kooperationspartnern aus der Zivilgesellschaft (chronik.LE, Kulturbüro Sachsen und RAA Sachsen) einen Fachtag Monitoring, der bisherige zivilgesellschaftliche Dokumentations- und Rechercheprojekte und wissenschaftliche Perspektiven zusammenbringen und vernetzen wird.

DIE AUFSÄTZE IM BAND 2021

Im Jahrbuch „Demokratie in Sachsen“ werden Beiträge gebündelt, die auf Grundlage der Arbeit am Else-Frenkel-Brunswik-Institut entstanden sind. Es ist aber auch ein Medium für die Analysen und Dokumentationen anderer Institutionen, die sich mit der Demokratie in Sachsen befassen. So soll das EFBI-Jahrbuch ein Forum sein, das jährlich über die Mobilisierung gegen die Demokratie sowie die Folgen für jene berichtet, die sich für sie einsetzen.

Wir freuen uns sehr, dass wir viele unterschiedliche Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Journalismus für die erste Ausgabe des Jahrbuchs des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts gewinnen konnten. Die 14 Beiträge dieser ersten Ausgabe wurden – bis auf eine Ausnahme – in zwei Kategorien unterteilt: „Analyse und Befunde“ und „Dokumentation und Monitoring“.

Bevor der Blick auf den Zustand der Demokratie in Sachsen gerichtet wird, gibt *Andreas Kranebitter*, geschäftsführender Leiter des Archivs für die Geschichte der Soziologie in Österreich an der Universität Graz, einen Überblick über das Leben und Wirken Else Frenkel-Brunswiks, die bis heute als wichtige Vertreterin einer kritischen Sozialpsychologie gilt und Namensgeberin unseres Instituts ist.

Die wissenschaftlichen Beiträge, die dem Abschnitt „Analyse und Befunde“ zugeordnet sind, beschreiben den Stand der Demokratie in Sachsen aus spezifischen Zugängen heraus. Damit sollen sie ein möglichst differenziertes Bild des Zustandes der Demokratie und der Zivilgesellschaft im Freistaat bieten.

Johannes Kiess, stellvertretender EFBI-Direktor, setzt sich mit politischem Vertrauen als notwendiger Ressource eines politischen Ge-

meinwesens, das aber immer auch einem (demokratischen) Misstrauen in die Machthabenden gegenübersteht, auseinander.

Natalie Gittner, Andre Schmidt und Julia Schuler, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am EFBI, berichten in ihrem Beitrag „Zivilgesellschaft als ‚Bollwerk gegen rechts‘?“ aus ihrer sozialraumnahen Studie, die die Zivilgesellschaft in der nordsächsischen Kleinstadt Wurzen untersucht.

In dem Beitrag „Skepsis im Großen, Engagement im Kleinen“ werten *Sophie Bose* vom EFBI und *Jakob Köster* (Universität Jena) Interviews mit prekär beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeitern aus Sachsen, die sich gewerkschaftlich oder in einem Stadtteilzentrum engagieren, aus. Zentral ist das Bild der Gesellschaft, das sich die Befragten vor dem Hintergrund der Erfahrungen des eigenen Lebens machen.

Johanna Niendorf und Charlotte Höcker, beide wissenschaftliche Mitarbeiterinnen am EFBI, forschen in dem Projekt „Geschlechterdemokratie im Erzgebirge“ und beschreiben in ihrem Beitrag „Feminismus – ein Fremdwort?“ die Möglichkeiten für emanzipatorische Handlungsräume und die Herausforderungen durch dezidiert antifeministische Aktivitäten im Erzgebirge.

Johannes Kiess und Marius Dilling, wissenschaftlicher Mitarbeiter am EFBI, untersuchen in „Mein rechter, rechter Platz ist frei“ die lokalen Besonderheiten in sächsischen Gemeinden, die den Erfolg oder Misserfolg der extrem rechten AfD – über bisher betrachtete strukturelle Faktoren hinaus – erklären können.

Stefan Brieger und Isabelle-Christine Panreck vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (HAIT) an der TU Dresden analysieren in ihrem Beitrag, wie Teilnehmende des Corona-Protestgeschehens auf die Symbolik der Proteste gegen die DDR-Regierung von 1989/90 zurückgreifen.

Zusammen mit *Julia Schuler* und *Natalie Gittner*, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen am EFBI, sowie *Alexander Yendell*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt der Universität Leipzig, beleuchtet *Oliver Decker* in dem Text „In Szene gesetzt“, welche Dynamiken im Konfliktgeschehen der Städte Leipzig und Wurzen eine Rolle spielen.

Die Beiträge im Abschnitt „Dokumentation und Monitoring“ zeigen die Expertise auf, die die sächsische Zivilgesellschaft sich selbst angeeignet hat. Zivilgesellschaftlich und politisch Aktive sowie Jour-

nalisten beschreiben die Handlungen und Bestrebungen demokratiefeindlicher Akteure in Sachsen, die sie im Jahr 2021 beobachtet haben.

Der erste Beitrag aus der Zivilgesellschaft stammt von *Andrea Hübler*, Politikwissenschaftlerin und Fachreferentin bei der Beratungsstelle Support für Betroffene rechter Gewalt der RAA Sachsen. Sie präsentiert eine erste Auswertung rechtsmotivierter Gewalt in Sachsen im Jahr 2021 und greift dabei auf die Statistik der sachsenweit aktiven Beratungsstelle zurück.

Autorinnen und Autoren der Leipziger Dokumentationsplattform *chronik.LE* berichten über rechtsmotivierte und neonazistische Aktivitäten und auch über Fälle alltäglicher Diskriminierung in Leipzig und den umliegenden Landkreisen. Die *chronik.LE*-Mitglieder *Paul Zschocke, Emily Bandt* und *Max Hemmann* diskutieren in diesem Band die Möglichkeiten, Chancen und Beschränkungen der ehrenamtlichen Monitoring- und Dokumentationsarbeit.

Michael Nattke und *Mara Knauthe* vom Kulturbüro Sachsen zeigen, wie und wo extrem Rechte in Sachsen Immobilien für ihre Zwecke nutzen, und machen dadurch sichtbar, wie relevant diese Räume für die extreme Rechte sind, um ihre Strukturen aufrechtzuerhalten.

Franz Hammer, ebenfalls vom Kulturbüro, gibt einen Überblick über die Szene sogenannter Völkischer Siedler im Freistaat und informiert über die Initiative „Zusammenrücken in Mitteldeutschland“.

Matthias Heldt vom Verein Netzwerk für Demokratische Kultur (NDK), der sich vor Ort und im Landkreis Leipzig in der kulturellen und demokratischen Bildung engagiert, hat für seinen Beitrag die extrem rechte Kampfsportszene im Raum Leipzig im Kontext bundesweiter Entwicklungen dokumentiert.

Der Investigativjournalist *Aiko Kempen* widmet sich im letzten Beitrag dieses Bandes der sächsischen Polizei und ihrem Umgang mit extrem rechten Einstellungen unter den Beamten.

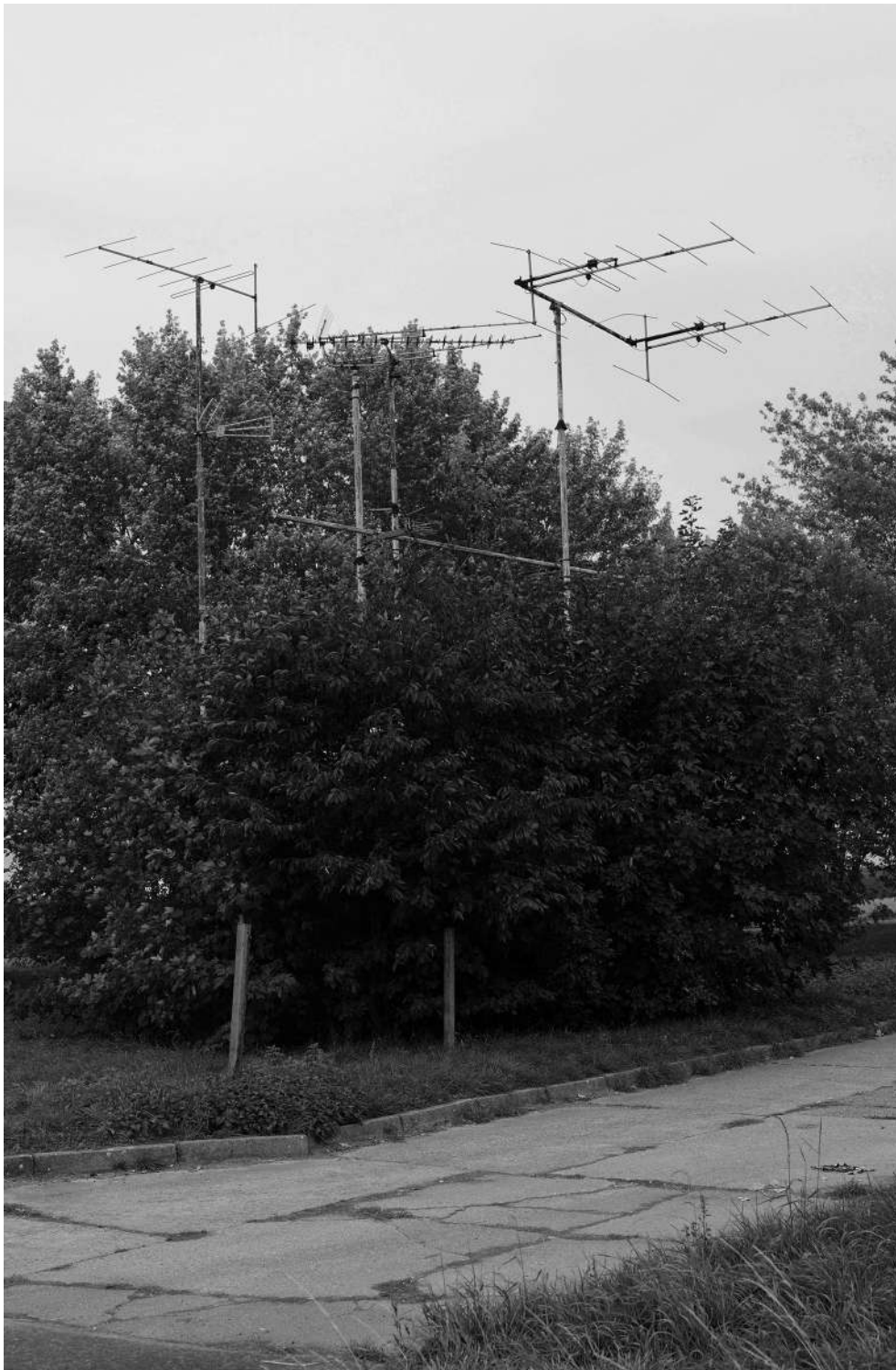
Neben den Beiträgen sind in diesem Band Fotografien des Leipziger Fotografen und Visual Artist *Marcel Noack* enthalten. Er hat für uns verschiedene Orte Sachsens, die in den Beiträgen dieses Jahrbuchs eine Rolle spielen, besucht und eine dokumentarische Fotoserie angefertigt.

Unsere Absicht ist es, mit diesem ersten Jahrbuch einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie in Sachsen zu leisten. Wenn die Aufsätze sowohl die demokratische Debatte fördern als auch neue Impulse für das demokratische Engagement liefern, ist uns dies gelungen.

LITERATUR

- Adorno, Theodor W. (1954). *Minima Moralia*. *Gesammelte Schriften Bd. 4*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bloch, Ernst (1975). *Experimentum Mundi – Frage, Kategorien des Herausbringens, Praxis. Gesamtausgabe Bd. 15*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Flade, Florian/Mascolo, Georg/Steinke, Ronen (2020). Die Corona-Krise bringt Extremismus neuen Typs hervor. *Süddeutsche Zeitung* vom 27.01.2020. URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/verschwörungstheorien-coronavirus-corona-krise-verfassungsschutz-1.5130690> (letzter Zugriff 21.01.2022).
- Fried, Erich (1989). *Gedichte. Eine Auswahl aus dem Gesamtwerk*. Berlin: Wagenbach.
- Kraske, Marion (2012). *Das Kartell der Verharmloser. Wie deutsche Behörden systematisch rechts-extremen Alltagsterror bagatellisieren*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Schellenberg, Britta (2014). *Mügeln. Die Entwicklung rassistischer Hegemonien und die Ausbreitung der Neonazis*. Dresden: Weiterdenken.
- Schweppenhäuser, Hermann (1986). *Vergegenwärtigungen zur Unzeit?* Lüneburg: Zu Klampen.





Tiefe Oberflächen- psychologie statt oberflächlicher Tiefenpsychologie

Zu Leben und Werk von Else Frenkel-Brunswik

Else Frenkel-Brunswik kennen heute nur wenige Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler – und dann zumeist auch nur als Ko-Autorin der berühmten Studie „The Authoritarian Personality“, die sie mit Theodor W. Adorno, Daniel J. Levinson und R. Nevitt Sanford verfasst hat (Adorno et al., 1950). Häufig verschwindet ihr Name aber auch hier in der Zitation des „et al.“. Ihre Rolle im Team dieser wahrhaft kollaborativen Studie kann, wie ein Blick auf Archivmaterialien zeigt, kaum unterschätzt werden – das vermag schon der im Titel mitgeführte Begriff der „Personality“ zu zeigen, der auf Frenkel-Brunswiks und Sanfords Persönlichkeitsforschung zurückgeht, im Gegensatz zu dem von Wilhelm Reich (2020 [1933]), Erich Fromm (1999 [1941]) oder Theodor W. Adorno favorisierten Begriff des „Charakters“.

Im Folgenden sollen Leben und Werk der Namensgeberin des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts dargestellt und aufeinander bezogen werden. Im Mittelpunkt stehen die Fragen, welchen Einfluss Frenkel-Brunswiks Studien in Wien und im Exil auf „The Authoritarian Personality“ hatten und welchen Stellenwert diese Studie umgekehrt in Frenkel-Brunswiks sonstigem Werk einnimmt. Basis für eine derartige Spurensuche sind die Unterlagen des American Jewish Committee im YIVO (New York) sowie der Nachlass Frenkel-Brunswiks im Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich (Graz).¹

1) Das Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich an der Universität Graz bewahrt den Nachlass von Else Frenkel-Brunswik, der etwa 2.000 Seiten umfasst. Er wurde dem Archiv in den frühen 1990er Jahren von Frenkel-Brunswiks früheren Kolleginnen

**WIENER KREISE: DIE WISSENSCHAFTLICHE SOZIALISATION
ELSE FRENKEL-BRUNSWIKS**

Else Frenkel wurde im August 1908 in Lemberg (heute Lwiw in der Ukraine), damals der galizische Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie, geboren. Ihre Eltern, Abraham und Helene Frenkel, gehörten dem jüdischen Bürgertum an und orientierten sich kulturell stark an Wien (Paier, 1996, 8). Noch vor dem Ersten Weltkrieg übersiedelte die Familie nach Bad Vöslau in Niederösterreich und schließlich nach Wien, wo Else Frenkel zunächst Mathematik und Physik, dann Philosophie und Psychologie studierte. Das Studium schloss sie 1930 mit der Dissertation „Das Assoziationsprinzip in der Psychologie“ ab, die von den beiden Gutachtern Karl Bühler und Moritz Schlick, dem bekannten Philosophen des „Wiener Kreises“, äußerst positiv beurteilt wurde. Bühler attestierte der 22-Jährigen in seinem Gutachten: „Das Manuskript *entspricht* den an eine Dissertation zu stellenden Anforderungen in *vollem Ausmaß*.“²

Else Frenkel gehörte bald zum inneren Kreis um Karl und Charlotte Bühler am Psychologischen Institut, das als gleichzeitig universitäres und teilweise vom „Roten Wien“ bezahltes außeruniversitäres Kreativlabor zahlreiche später bekannte Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler umfasste, unter ihnen Paul Lazarsfeld, Edith Weißkopf oder Marie Jahoda (vgl. allg. Benetka, 1995). Frenkel koordinierte Charlotte Böhlers Lebenslaufforschung, spielte aber auch in sozialer Hinsicht eine bedeutende Rolle für das Institut. Marie Jahoda erinnerte sich später, dass Frenkel geradezu am Institut gelebt zu haben schien. „Wenn man dorthin ging und sie war nicht da, fürchtete man um ihre Gesundheit“ (Jahoda, zitiert nach Paier, 1996, 25).

Bereits in Wien begann Frenkel eine rege Publikationstätigkeit. Der (institutionelle) Gegenwind, gegen den sie im Wien der 1930er Jahre ankommen musste, war allerdings beträchtlich. In der Zwischenkriegszeit war die Universität Wien geradezu eine Hochburg des Antisemitismus (Taschwer, 2015). Antisemitische Netzwerke verhinderten

Nanette Heiman und Joan Grant (San Francisco) übergeben, die auch eine Auswahl ihrer Schriften herausgegeben hatten (Heiman/Grant, 1974). Die Schenkung ermöglichte es Dietmar Paier, auch auf Deutsch eine Auswahl ihrer Schriften in der Schriftenreihe „Bibliothek sozialwissenschaftlicher EmigrantInnen“ zu publizieren (Paier, 1996; Frenkel-Brunswik, 1996).

2) Universitätsarchiv Wien (UAW), Philosophische Fakultät (PH), Rigorosenakt (RA) 10703 (Else Frenkel), Karl Bühler: Beurteilung der Dissertation, Wien, 23. Juni 1930.

Anstellungen und Habilitationsverfahren von Jüdinnen und Juden, verunglimpften Jüdinnen und Juden, Linke und Liberale offen als „ungerade“ (Huber/Erker/Taschwer, 2020, 92–116). Sie selbst schrieb nicht über Erfahrungen mit antisemitischen Anfeindungen; in einem Brief an Dietmar Paier berichtete ihre Schwester Marta Fischler allerdings von Studierenden, die es für eine Schande gehalten hätten, das Studium nur durch „den Besuch eines Seminars der Jüdin Else Frenkel beenden zu können“ (zitiert nach: Paier, 1996, 32).

Anfeindungen und Isolation waren auch im wissenschaftlichen Bereich allgegenwärtig. Die verschiedenen Zirkel formten intellektuelle Subkulturen in Kultur, Philosophie und Psychoanalyse, die sich auf vielfältige Weise relative Autonomie von staatlichen und marktformigen Diktaten erkämpften (vgl. dazu allg. Steinert, 1989, 3–20), sich aber auch gegenseitig voneinander abschotteten und vom universitären Betrieb ausgeschlossen blieben. Else Frenkel musste ihr Interesse an der Psychoanalyse, die im behavioristisch orientierten Bühler-Institut kein Orientierungspunkt war, regelrecht verstecken. Während sie (wie andere Bühler-Assistentinnen) sogar zweimal eine Psychoanalyse begann, einmal davon mit Ernst Kris, beschränkte sie sich in ihren Publikationen strikt auf die Beschreibung direkt beobachtbaren Verhaltens. Erst Jahrzehnte später schrieb sie Paul Lazarsfeld, dass sie in diesen Publikationen in versteckter Form ihr Interesse an den nicht direkt beobachtbaren tiefen Schichten der Persönlichkeit kundgetan hatte. „Today, it is somewhat amusing to me that I put these considerations, which were already very important to me at that time, in small print and I wonder now whether I hoped that Charlotte would not read the small print.“³

Ihre wissenschaftliche Sozialisation in Wien geschah letztlich in den separaten Kreisen der (Persönlichkeits-)Psychologie und Psychoanalyse, aber auch der Philosophie des Wiener Kreises und der beginnenden empirischen Sozialforschung „rund um Marienthal“ (Fleck, 1990). Erst im amerikanischen Exil sollte es ihr möglich sein, die separierten Teile offen (und nicht mehr kleingedruckt) zu formulieren und Verbindungen zu suchen. Die produktive Verbindung, die sie anstreben sollte, bestand allerdings nicht in einer oberflächlichen Fusion der

3) Else Frenkel-Brunswik: Brief an Paul Lazarsfeld, 13. Oktober 1953 (AGSÖ 25.1.56). Frenkel-Brunswik wollte mit dieser Episode unterstreichen, dass sie sich trotz aller Brüche im Exil ihre Identität bewahrt habe. „It was indeed very satisfying to see you again and to speculate with you and then by myself about the changes and developments we have all undergone without losing our basic identities.“ (Ebd.)

einzelnen Elemente, sondern bestach gerade durch deren eigenständige Entfaltung, die produktive Widersprüche zuließ. Frenkel-Brunswik arbeitete an beidem – der genauen, auch quantitativen Auswertung von Daten beobachtbaren Verhaltens wie auch der (methodisch kontrollierten) Interpretation dieses Verhaltens unter Rückgriff auf Konzepte der Psychoanalyse. In einem ihrer ersten im Exil verfassten Artikel, der ihre eigene vergangene Erfahrung mit der Psychoanalyse schilderte, aber auch für ihre künftige Arbeit programmatisch war, „a blue print for future work which I have been following more closely than I had been aware“⁴, machte sie die eigenständige Berechtigung bei gegenseitiger Kontrolle von Beobachtungsdaten und Interpretationen zu ihrer Forschungsmaxime: „In thus returning ultimately to the surface region, we will have attempted a deep psychology of the surface [tiefe Oberflächenpsychologie], rather than indulged in a superficial psychology of the depth [oberflächliche Tiefenpsychologie].“ (Frenkel-Brunswik, 1974 [1940], 57) Dieser Maxime blieb sie auch in „The Authoritarian Personality“ treu, in der sie (mit Levinson und Sanford) ausführliche quantitative Auswertung von Beobachtungsdaten vornahm und mit einer vorsichtigen Interpretation qualitativer Daten verband, die sich inhaltlich oft mit Adornos Teilen deckten.

KONTINUITÄTEN UND BRÜCHE IM EXIL: DIE NÄHE VON GEGENSÄTZEN

Bald nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 bereitete die Familie Frenkel ihre Flucht aus Österreich vor. Während ihre Familie nach Palästina floh, verließ Else Frenkel nach einem Verhör durch die Gestapo Anfang Juni Österreich in Richtung USA.⁵ Sie kam am 9. Juni dort an und heiratete ihren langjährigen Partner, den Psychologen Egon Brunswik, noch auf dem Schiff (Paier, 1996, 33). Else Frenkel-Brunswik hatte Egon Brunswiks Assistentenposition am Institut zweimal vertreten, 1931/1932 und 1936; Egon Brunswik war nach einer Gastprofessur an der University of California in Berkeley in den USA geblieben. Nach ihrer Ankunft in den USA begann Frenkel-

4) Else Frenkel-Brunswik: Brief an Fillmore H. Sanford, 23. Dezember 1952 (AGSÖ 25.1.96).

5) Laut Meldeunterlagen der Stadt Wien war Else Frenkel bis 1. Juni 1938 in der Stumpergasse 39 im 6. Wiener Gemeindebezirk gemeldet (Auskunft des Wiener Stadt- und Landesarchivs an den Autor, 22. Juni 2021, MA 8 – B-MEW-747596- 2021).

Brunswik ab 1939 als Research Associate im Institute of Child Welfare in Berkeley zu forschen und zu publizieren. Ein Fellowship des Social Science Research Council ermöglichte es ihr, ihren vielfältigen Interessen nachzugehen – an den Universitäten von Chicago, San Francisco und Harvard belegte sie Kurse in Anthropologie, Soziologie, Pädagogik, Psychologie, Psychiatrie und Psychoanalyse.⁶

Nach ihrer Rückkehr nach Berkeley 1943 formte Frenkel-Brunswik mit Daniel J. Levinson und R. Nevitt Sanford die informelle Berkeley Public Opinion Study Group, die in kleineren Arbeiten antisemitische Einstellungen zu erforschen begann. Über eine von Ernst Simmel (Simmel, 2017 [1946]) organisierte Konferenz kam es schließlich 1944 zur Allianz der beiden Allianzen (vgl. Ash, 1998, 264f.) zum gegenseitigen Vorteil – der Berkeley-Gruppe auf der einen und dem exilierten Frankfurter Institut für Sozialforschung auf der anderen Seite. Letzteres stellte zu dieser Zeit mit Max Horkheimer den Leiter des Scientific Department des American Jewish Committee, das die Studie „The Authoritarian Personality“ (Adorno et al., 1950) finanzierte, und mit Theodor W. Adorno auch den vierten Ko-Autor des Teams der Studie.

Else Frenkel-Brunswik spielte für die methodologische und inhaltliche Konzeption von „The Authoritarian Personality“ von Anfang an eine wichtige Rolle. Daniel Levinson erinnerte sich in einem Interview mit Dietmar Paier später:

„And as I say the big intellectual development then was Else’s case study in developing more ideas about anti-Semitism as an aspect of personality. And ah, I think her case study then brought our work to the attention to psychoanalysts. See, what Nevitt and I did was more standard academic psychology. There were ideas about personality, but they weren’t [sic] hardly developed.“⁷

Levinson betonte generell die gegenseitigen intellektuellen Anregungen, die die Zusammenarbeit der Vier für die Studie bedeutete – die unterschiedliche Art zu denken und Wissenschaft zu betreiben führte zu einem selten erreichten Grad an methodischer und inhaltlicher Reflexivität.

6) Else Frenkel-Brunswik: Brief an den „Social Science Research Council“ in New York, Chicago, Illinois, 30. Jänner 1943 (AGSÖ 25/1.102). Vgl. auch Fleck, 2011, 251.

7) Dietmar Paier: Interview with Daniel J. Levinson, New Haven, 16 November 1992 (AGSÖ Tonbandsammlung), 7.

„What we had in common was an interest in psychoanalysis and in individual personality and in society [...]. And all three of us in Berkeley considered that we were sociologically oriented, but I think we didn't understand how limited our sociological understanding was. And we were very much involved in operationalizing concepts and measurement. And Adorno couldn't care less about measurement. [...] There were a lot of things we did for him [Adorno - AK] and a lot of things he did for us. I consider it, all at all, a marvelous collaboration. [...] Not that it was always happy or even mostly happy, there were lots of conflicts, but I believe that the end-result was different from what would have been and much better than what would have been, if any one of us stood alone. [...] He helped us thinking more broadly and stand back a little from measurement. He was somewhat free from the [...] concept that operationalism has a kind of tyrannical quality.“⁸

Frenkel-Brunswiks Beitrag zur Studie knüpfte an ihre früheren Arbeiten an. In „Wunsch und Pflicht im Aufbau des menschlichen Lebens“ (Frenkel/Weißkopf, 1937), das sie gemeinsam mit Edith Weißkopf verfasste, untersuchten die Autorinnen 400 Biografien aus biografischen Studien, Selbstauskünften und Interviews. Der Großteil des Buches war in der Bühler'schen Auslegung behavioristischer Forschung der detaillierten phänomenologischen Beschreibung des Verhaltens und der Lebensleistungen gewidmet, wie etwa die „Lebensverlaufskurven“ berühmter Komponisten wie Richard Wagner oder Franz Liszt verdeutlichen. In dieser Studie trainierte Frenkel erstens ihre Fähigkeiten zu genauer Beschreibung von Verhaltensdaten und stellte zweitens erstmals Überlegungen zur Methodologie des Interviews in der psychologischen Sozialforschung an (ebd., 7), die sie in „The Authoritarian Personality“ weiter ausführte – zu einer Zeit, als das Interview noch nicht als methodologisches „Problem“ betrachtet, sondern unproblematisch und spontan-positivistisch als Abfrage überlegenen Informantenwissens behandelt wurde (Platt, 2012, 11).

In ihrer Interviewtätigkeit machten Frenkel und Weißkopf erste vorsichtige Schritte zur Erhebung von subjektiven Einstellungen der

8) Ebd., 10.

Befragten, die sozusagen das Bühler'sche Korsett sprengten. Weitere Emanzipationsbewegungen vom Behaviorismus machte sie in einer Untersuchung von 40 Dissertantinnen und Dissertanten des Bühler-Instituts, die sie auf Englisch in den USA veröffentlichte (Frenkel-Brunswik, 1939). In dieser kleinen Studie ging es ihr um die Abweichung von Selbst- und Fremdbild ihrer früheren Kolleginnen und Kollegen. Erstmals kombinierte sie in Interviews gewonnene Selbstauskünfte mit „ratings“, also klassifizierten Bewertungen durch insgesamt vier Expertinnen und Experten:

„The present study aims at an experimental investigation of illusions about oneself, and also seeks to discover formal criteria which may be used for diagnosing such illusions: The study is based upon a comparison between observations of the actual conduct of a group of students at the University of Vienna, on the one hand, and various kinds of statements made by these same students with regard to their behavior within the Institute, their 'guiding principles' of conduct, and their 'demands upon the environment' (i.e., their desires concerning the organization of the Institute), on the other.“⁹

Durch die Feststellung von Widersprüchen zwischen subjektivem Bericht und Bewertung gelang ihr eine systematische Erhebung von Auto-Illusionen und (typischen?) Lebenslügen, die sie vorsichtig quantifizierend in einen Auto-Illusions-Index goss, aber auch psychoanalytisch inspiriert interpretierte.

„In a certain respect, auto-illusions about behavior may be considered comforting; and helpful, especially in the case of deep-seated defects. They may become systematized into a form of merciful 'life-lies', as they have been dramatically called by Henrik Ibsen.“¹⁰

Die Kombination aus der Erhebung subjektiver Einstellung und objektivierendem „rating“ durch Expertinnen und Experten, Befragung und Beobachtung, die letztlich Unbewusstes und Bewusstes auch quantitativ

9) Ebd., 409.

10) Ebd., 414.

in Beziehung setzte, perfektionierte sie in einer wenig beachteten Studie zu „Motivation und Behavior“ (Frenkel-Brunswik, 1942), in der sie sich 150 Kindern einer Schule in Oakland widmete (ebd., 145). Wiederum nahmen „raters“ bzw. „judges“ die Beurteilung der „motivational drives“ der Kinder vor, wobei Frenkel-Brunswik diese „drives“ als psychoanalytisch inspirierte Liste von Charaktereigenschaften erfasste, während sie subjektive Einstellungen in Tests, aber etwa auch über Geschichten und Zeichnungen der Kinder erhob. In komplexen Verfahren korrelierte Frenkel-Brunswik subjektive Daten und Experten-Ratings, wobei in beeindruckend reflexiver Weise auch der Einfluss der Persönlichkeit der „judges“ auf die „ratings“ gemessen wurde (ebd., 155ff.). Die Studie, in der sie auch erstmals mit dem Thematic Apperception Test (TAT) arbeitete (ebd., 253f.), war die methodologische Steilvorlage für die Arbeitsweise in „The Authoritarian Personality“:

„Though ultimately referred to observed behavior, reference to the underlying motivations was established as the result of a complex process of inference utilizing more subtle indirect cues together with gross features of behavior.“¹¹

Im Ergebnis führte ihr doppeltes Interesse am Positivismus des Wiener Kreises und an der Psychoanalyse dazu, dass sie methodologisch eigene Wege der Erhebung beider Ebenen der Persönlichkeit, der beobachtbaren wie der interpretativ zu erschließenden, suchte. Teil dieses Vorgehens war stets die „careful phenomenological analysis before dynamic interpretation is made“ (Frenkel-Brunswik, 1953, 509). Es sind nicht zuletzt die Vorsicht und die kontrollierte Methodologie, die Frenkel-Brunswiks Teile in „The Authoritarian Personality“ charakterisieren – im Gegensatz zu anderen Teilen (vgl. z.B. Kranebitter, 2020). Ihre Vorsicht, Genauigkeit und Reflexivität trugen maßgeblich zum Erfolg der Studie bei – wie auch nachfolgende Studien mit vorurteilsbehafteten Kindern, in denen sie die Kritik an „The Authoritarian Personality“ forschungspraktisch zu beantworten versuchte und die berühmte These von der Ambiguitätsintoleranz autoritärer Persönlichkeiten weiterentwickelte, wonach autoritäre Personen einfache, rigide und stereotype Denkmuster brauchen würden, die keinen Platz für Ambiguität und Ambivalenz ließen (vgl. Adorno et al., 1950, 480f.; allg. Frenkel-Brunswik, 1974, 1996).

11) Ebd., 261.

NACH „THE AUTHORITARIAN PERSONALITY“ : LEBEN IM INSTITUTIONELLEN GEGENWIND

Nach der Publikation von „The Authoritarian Personality“ und dem Abschluss ihrer damit verbundenen Studien zu vorurteilsbehafteten Kindern reiste Frenkel-Brunswik 1950 für die Rockefeller Foundation durch Europa und schrieb einen internen Report über den Zustand der europäischen Psychologie, Psychiatrie und Psychoanalyse, in dem sie sehr positiv von den Arbeiten und Gesprächen mit europäischen Autorinnen und Autoren von Viktor Frankl über Anna Freud bis Jacques Lacan berichtete.¹² Nach einigen anderen Fellowships hielt sie sich mit einem Fulbright Fellowship 1956/1957 in Oslo auf, wo sie unter anderem Arbeiten an einem Buch zur „Philosophy of psychiatric therapies“ begann, für das sie Fragebögen an Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, Psychoanalytikerinnen und Psychoanalytiker in ganz Europa versandte. Diesen Aufenthalt beschrieb sie Freunden gegenüber als gleichzeitig positive und deprimierende Erfahrung:

„Being in Europe again is also a great experience for me, and the whole mixture of great virtues and superficialities in America seems strangely unreal to me at the moment. [...] Christmas I spent in Vienna and Switzerland and I was especially stirred by the many tragedies through which my friends in Vienna have gone.“¹³

Nach ihrer Rückkehr nach Berkeley im Juli 1957 war Frenkel-Brunswik immer noch auf der Position einer Research Associate festgefahren, es fehlten ihr die finanziellen Mittel zur geplanten Durchführung ihrer Projekte, die University of Berkeley bot ihr nur halbherzig eine letztlich auch nur halbe Professorenstelle an (Paier, 1996, 66f.). Diese Zurücksetzung war die letzte in einer langen Geschichte der Exklusionserfahrungen: Trotz ihrer Bekanntheit und ihrer zahlreichen Fellowships hatte sie Zeit ihres Lebens einen beträchtlichen institutionellen Gegenwind. An der Universität Wien hatten starke antisemitische Einstellungen und Netzwerke, die sie als Jüdin und als Frau mit dem Label „ungerade“ versahen,

12) Else Frenkel-Brunswik (o.D.): Confidential memorandum on certain scientific work, institutions and personnel in Europe and Israel (AGSÖ 25.2).

13) Else Frenkel-Brunswik: Brief an Hubert Coffey und Fanchon Coffey in London, Oslo, 19. Jänner 1957 (AGSÖ 25.1.20).

jeden Habilitationsgedanken von vornherein aussichtslos gemacht; in Berkeley durfte sie nur ohne Bezahlung lehren, ihre Stelle wurde wegen einer Nepotismus-Regel, die die Anstellung zweier Ehepartner in derselben Institution verunmöglichte, lange aus privaten Mitteln bezahlt; Max Horkheimer bevorzugte Nevitt Sanford als Ansprechpartner in der Studie „The Authoritarian Personality“, bei deren Erarbeitung sie zudem durchgehend um ein Viertel weniger als ihre männlichen Ko-Autoren verdiente;¹⁴ eine Professur bekam sie nie. Letztendlich scheiterte sie immer wieder an den Institutionen und nicht zuletzt an den Einstellungen, die sie selbst erforschte. Frenkel-Brunswik starb am 31. März 1958 im Alter von 49 Jahren vermutlich durch Suizid (Paier, 1996, 67).

In einer Zeit zunehmender disziplinärer Verengungen und Abschottungen wurde die multidisziplinäre, offene und von Neugier getragene Arbeitsweise Frenkel-Brunswik nicht belohnt – das zieht sich auch durch die Rezeption ihres Werkes.¹⁵ Gerade diese Multidisziplinarität macht aber die Faszination ihres Werkes aus. Daniel Levinson schrieb in einem biografischen Beitrag zu Frenkel-Brunswik treffend: „Finally, she was multidisciplinary in the best sense of the word. She was ready to engage in disciplined search for the relevant, no matter how far it led from her disciplinary origins.“¹⁶ Vermutlich ist es kein Zufall, dass Frenkel-Brunswiks Werk der konstruktiven, nicht-reduktionistischen Synthese verschiedener disziplinärer Ansätze in Zeiten neuer Autoritarismen wiederentdeckt wird, die nach einer umfassenden multidisziplinären Erforschung verlangen.

14) Einer Budget-Aufstellung vom 4. Mai 1946 zufolge verdienten Adorno und Sanford jeweils 250, Levinson 300 und Frenkel-Brunswik 200 US-Dollar monatlich (vgl. „Budget Project for writing up material collected by U.C. Public Opinion Study“, 4. Mai 1946, YIVO RG 347.17.10 GEN-10, Box 18, Folder 6).

15) Ein Beispiel ihrer Offenheit war die Bereitschaft, sich mit Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern auf Diskussionen einzulassen, die vollkommen andere epistemologische Ansätze vertraten. Der österreichisch-amerikanische Philosoph Herbert Feigl etwa organisierte im Dezember 1953 ein Symposium zur Psychoanalyse, bei dem Frenkel-Brunswik und B.F. Skinner die Hauptredner waren. In einem Brief an Feigl schrieb sie, durchaus symptomatisch für ihre Haltung: „The choice of Skinner as the second speaker on the symposium on psychoanalysis seems to me quite a fortunate one. I felt all along that the second speaker should be an intelligent representative of the vast number of scientists who are very critical of psychoanalytic theory and who think that no scientific explanations are really offered by psychoanalysis. I can think of no one whose approach is more opposite to mine than Dr. Skinner's and at the same time I have great respect for him. Our contrasting views may highlight better the problems involved and lead to a fruitful and interesting discussion.“ (Else Frenkel-Brunswik: Brief an Herbert Feigl, 8. Oktober 1953, AGSÖ 25.1.28).

16) Daniel J. Levinson (1967/1968): A biography of Else Frenkel-Brunswik. Preliminary version of an article to appear in the forthcoming International Encyclopedia of the Social Sciences (AGSÖ 25.6.), 8.

LITERATUR

- Adorno, Theodor W., Frenkel-Brunswik, Else, Levinson, Daniel J. und Sanford, Nevitt R. (1950). *The Authoritarian Personality*, New York: Harper and Brothers.
- Ash, Mitchell (1998). Wissenschaftswandel durch Zwangsauswanderung – Kurt Lewin und Else Frenkel-Brunswik nach 1933, *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 37 (1998): Historische Migrationsforschung, 251–272.
- Benetka, Gerhard (1995). *Psychologie in Wien. Sozial- und Theoriegeschichte des Wiener Psychologischen Instituts 1922–1938*. Wien: WUV.
- Fleck, Christian (1990). *Rund um „Marienthal“. Von den Anfängen der Soziologie in Österreich bis zu ihrer Vertreibung*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Fleck, Christian (2011). *A Transatlantic History of the Social Sciences. Robber Barons, the Third Reich and the Invention of Empirical Social Research*. London /New York: Bloomsbury Academic.
- Frenkel-Brunswik, Else (1939). Mechanisms of Self-Deception, *The Journal of Social Psychology, S.P.S.S.I. Bulletin* 10 (1939), 409–420.
- Frenkel-Brunswik, Else (1942). *Motivation and Behavior* (= Genetic Psychology Monographs 26), 121–265.
- Frenkel-Brunswik, Else (1954). Further Explorations by a Contributor to „The Authoritarian Personality“. In Richard Christie/Marie Jahoda (Hrsg.): *„The Authoritarian Personality“. Continuities in Social Research* (S. 226–275). Glencoe: The Free Press.
- Frenkel-Brunswik, Else (1953). *Social Psychology*, Reprinted from Progress in Clinical Psychology (S. 508–551). New York/London: Grune & Stratton.
- Frenkel-Brunswik, Else (1974). *Selected Papers*. Edited by Nanette Heiman and Joan Grant (= Psychological Issues, Vol. 8, Monograph 3), New York: International University Press.
- Frenkel-Brunswik, Else (1996). *Studien zur autoritären Persönlichkeit. Ausgewählte Schriften* (= Bibliothek sozialwissenschaftlicher Emigranten, Band 3). Hrsg. und eingeleitet von Dietmar Paier. Graz/Wien: Nausner & Nausner.
- Frenkel, Else/Weisskopf, Edith (1937). *Wunsch und Pflicht im Aufbau des menschlichen Lebens. Psychologische Forschungen über den Lebenslauf*. Herausgegeben von Charlotte Bühler und Else Frenkel. Wien: Gerold & Co.
- Fromm, Erich (1999). Die Furcht vor der Freiheit. In Rainer Funk (Hrsg.), Erich Fromm *Gesamtausgabe*, Band 1: Analytische Sozialpsychologie (S. 215–392), Stuttgart: DVA.
- Heiman, Nanette/Grant, Joan (1974). Introduction. In Else Frenkel-Brunswik: *Selected Papers*. Edited by Nanette Heiman and Joan Grant (= Psychological Issues, Vol. 8, Monograph 3) (S. 3–35), New York: International University Press.
- Huber, Andreas/Erker, Linda/Taschwer, Klaus (2020). *Der Deutsche Klub. Austro-Nazis in der Hofburg*. Wien: Czernin.
- Kranebitter, Andreas (2020). Rebels without a cause? 'Criminals' and fascism in The Authoritarian Personality, *Journal of Classical Sociology*, online first. DOI: <https://doi.org/10.1177/1468795X20978506>.
- Paier, Dietmar (1996). Einleitung. In Frenkel-Brunswik, Else. *Studien zur autoritären Persönlichkeit. Ausgewählte Schriften* (= Bibliothek sozialwissenschaftlicher Emigranten, Band 3). Hrsg. und eingeleitet von Dietmar Paier (S. 7–70), Graz/Wien: Nausner & Nausner.
- Platt, Jennifer (2012). The History of the Interview. In Jaber F. Gubrium et al. (Hrsg.). *The SAGE Handbook of Interview Research. The Complexity of the Craft* (S. 9–26), London: Sage.
- Reich, Wilhelm (2020 [1933]). *Massenpsychologie des Faschismus. Der Originaltext von 1933*. Hrsg. von Andreas Peglau. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Simmel, Ernst (Hrsg.) (2017 [1946]). *Antisemitismus*. Hrsg. von Helmut Dahmer. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Steinert, Heinz (1989). *Adorno in Wien. Über die Unmöglichkeit von Kunst, Kultur und Befreiung*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Taschwer, Klaus (2015). *Hochburg des Antisemitismus. Der Niedergang der Universität Wien im 20. Jahrhundert*. Wien: Czernin.





















Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser?

Politisches Vertrauen und Demokratie

Vertrauen ist eine elementare Ressource gesellschaftlichen Zusammenlebens. Auch hat sie einen besonderen Stellenwert in politischer Dimension. Der vorliegende Beitrag widmet sich der gesellschaftlichen Bedeutung von Vertrauen in demokratischen Prozessen. Gerade hier wird auch ihr Verlust immer wieder thematisiert, oftmals formuliert als Vorwurf an den politischen Gegner. Blickt man auf das Vertrauen der Bevölkerung in gesellschaftliche Institutionen, zeigt sich, dass Bürgerinnen und Bürger mit einer rechtsextremen und autoritären Einstellung deutlich seltener Institutionen wie Parteien, Parlamenten oder sogar den Gerichten trauen. Es gibt also allen Grund, im Vertrauen eine zentrale Ressource politischer Systeme und insbesondere der Demokratie zu sehen. Um diese Relevanz zu verstehen, soll zunächst anhand einer Auswertung der Protokolle der Plenarsitzungen des sächsischen Landtags gezeigt werden, wie politisches Vertrauen in der parlamentarischen Praxis thematisiert wird und für welche Beziehungen es relevant ist. Im zweiten Teil werden weitere empirische Ergebnisse zum Zusammenhang von politischem Vertrauen und (anti-)demokratischen Einstellungen herangezogen. Ersichtlich wird daraus die Bedeutung politischen Vertrauens für politische Handlungsfähigkeit wie auch für die Kritik an politischen Institutionen. Abschließend erfolgt eine theoretische Einbettung und Diskussion der Widersprüchlichkeit der Forderungen nach Vertrauen.

POLITISCHE VERTRAUENSBEZIEHUNGEN: BESCHWÖRUNGEN UND VERSAGEN

Um eine Vorstellung davon zu bekommen, welche Rolle Vertrauen für das (politische) Zusammenleben spielt, liegt es nahe, zunächst in der wichtigsten politischen Arena des Freistaates, dem Parlament, selbst nachzuforschen, wo Vertrauen beschworen und wann Vertrauen versagt wird. Beispielhaft lässt sich dies an den Plenarprotokollen des sächsi-

schen Landtages nachvollziehen. Für das Jahr 2020 haben wir sämtliche Plenardebatten daraufhin ausgewertet, wie oft Abgeordnete zu unterschiedlichen Themen verschiedene Vertrauensbeziehungen thematisierten.¹ Insgesamt geschah dies 116-mal: CDU-Abgeordnete sprachen 33-mal (inkl. Regierungsmitglieder) über Vertrauensbeziehungen, AfD-Abgeordnete 25-mal, SPD-Abgeordnete 22-mal (inkl. Regierungsmitglieder), Abgeordnete von Bündnis90/Die Grünen 19-mal (inkl. Regierungsmitglieder) und Linke-Abgeordnete 13-mal. In allen Sitzungen des Landtages im Jahr 2020 wurde Vertrauen mindestens einmal thematisiert, allerdings bei weitem nicht in jeder einzelnen Debatte. Umgekehrt tauchen Verweise auf die Notwendigkeit, die Abwesenheit oder das Schwinden von Vertrauen quer über alle Themen hinweg auf, die im Landtag verhandelt werden. Das umfasst Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie genauso wie einen Skandal bei der sächsischen Polizei, außenpolitische Beziehungen, den Rundfunkstaatsvertrag oder die Schaffung eines Lobbyregisters.

In 50 von 116 Fällen sprachen die Abgeordneten explizit über das (mangelnde, notwendige oder bestehende) Vertrauen der Bevölkerung in politische Institutionen bzw. in die Politik allgemein. Hinzu kamen einzelne Nennungen des Vertrauens von Zivilgesellschaft, sozialen Trägern und anderen Akteuren in die Regierung. Das ist insofern nicht überraschend, als in der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte genau dieses Vertrauen in politische Institutionen im Vordergrund steht. Dreimal wurde zudem das gegenseitige Vertrauen zwischen Bevölkerung und Regierung und immerhin weitere drei Mal das Vertrauen der Regierung bzw. des oder der Abgeordneten in die Bevölkerung betont. Wenn gleich dies im Vergleich deutlich seltener ist, so ist dies doch ein Indiz dafür, dass Vertrauen nicht als Einbahnstraße funktioniert. Das wird auch in den zahlreichen Redebeiträgen deutlich, die das Vertrauen *zwischen* den Koalitionsparteien (6-mal), *zwischen* Regierungen bzw. Nachbarländern (7-mal), *zwischen* Regierung und Lokalpolitik und in vielen weiteren Akteurskonstellationen thematisierten. Das Vertrauen der Bevölkerung in politische Institutionen ist eng verbunden mit dem Vertrauen politischer Akteure untereinander sowie mit deren Vertrauen in die Bevölkerung.

1) Für Unterstützung bei dieser Arbeit danke ich Nikolas Dietze. Für nützliche Kommentare in Bezug auf den gesamten Beitrag danke ich Dorothee Riese, Oliver Decker, Fiona Kalkstein und Tilman Meckel.

Wie werden die genannten Vertrauensbeziehungen von den Abgeordneten des Landtags charakterisiert? Insbesondere in Debatten über die Corona-Politik der Landesregierung wurde immer wieder von verschiedenen Seiten auf das Vertrauen der Bevölkerung verwiesen. So kritisierte ein Linke-Abgeordneter am 19.11.2020: „Das neue Infektionsschutzgesetz schafft aus unserer Sicht weder ausreichend Rechtssicherheit zur Bekämpfung der Pandemie noch ausreichendes Vertrauen in der Bevölkerung, aber genau das brauchen wir dringend.“ (Plenarprotokoll 7/18) Dementgegen betonte der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, dass die parlamentarische Debatte Legitimation für die Corona-Politik schaffen solle: „Das können wir, indem wir sie im Parlament legitimieren und auf eine breite Basis stellen; denn das Parlament ist der Ort der öffentlichen Debatte für solche schwerwiegenden Grundsatzentscheidungen. Das sagen wir BÜNDNISGRÜNEN seit März; denn wir sind der festen Überzeugung, dass wir die Menschen so besser mitnehmen können und mehr Vertrauen und mehr Akzeptanz erhalten.“ (Plenarprotokoll 7/19) Ein CDU-Abgeordneter verwies außerdem darauf, dass der Staat für alle Bürgerinnen und Bürger eine bestmögliche medizinische Versorgung gewährleisten müsse und die Regierungsmaßnahmen notwendig wären, um nicht zuletzt das Vertrauen in Rechtsstaat und parlamentarische Demokratie zu rechtfertigen (ebd.).

Die Opposition bemängelt also, dass die Maßnahmen bzw. die Art ihrer Fassung in Verordnungen nicht vertrauensfördernd sei, während die Koalitionsmehrheit auf die öffentliche Debatte als vertrauensbildend verweist. Vertrauen entsteht also durch Transparenz und letztlich auch Deliberation, aber auch, wie ein CDU-Abgeordneter betonte, durch den Output. Die Bedeutung von Vertrauen und Misstrauen in die Regierung in einer Demokratie brachte eine SPD-Abgeordnete bereits am Anfang der Pandemie auf den Punkt: „Im Normalmodus sind Skepsis und Misstrauen Triebfedern für die Demokratie, für Transparenz und Beteiligung. Im Krisenmodus aber ist uns mit Misstrauen allein nicht geholfen, dafür brauchen wir auch Vertrauen.“ (Plenarprotokoll 7/7) Ohne Vertrauen ist politisches Handeln nicht möglich, ohne Raum für Misstrauen hingegen entfällt die für eine Demokratie lebenswichtige Kontrolle von Macht. Gleichzeitig ist das Einfordern von Vertrauen in die eigene, selbst für richtig und notwendig erachtete Politik bereits ein Hinweis auf einen Mangel an Vertrauen.

Ein weiteres Thema im Jahr 2020, bei dem Vertrauen in den Landtagsdebatten eine besondere Rolle spielte, war Polizei und innere Sicherheit. Im Vergleich zu anderen staatlichen Institutionen wird der Polizei in Umfragen von Seiten der Bevölkerung mit Abstand das meiste Vertrauen ausgesprochen (siehe unten). Dieses hohe Vertrauen sieht eine Rednerin der Linken in der Glaubwürdigkeit der Polizei begründet bzw. durch einen Mangel an Glaubwürdigkeit bedroht (Plenarprotokoll 7/5). Ein Abgeordneter von Bündnis90/Die Grünen betont ebenfalls die Neutralität und Glaubwürdigkeit als Quelle des Vertrauens in die Institutionen des Rechtsstaats (Plenarprotokoll 7/5). Der Staatsminister des Innern entgegnete in derselben Debatte, dass Vertrauen aus Stärke resultiere und dem Staat nur vertraut würde, wenn dieser das Gewaltmonopol und das Recht durchsetze bzw. jederzeit dazu in der Lage sei. In einer anderen Debatte betonte der Ministerpräsident, dass der Polizei Vertrauen und damit Spielraum eingeräumt werden müsse, damit diese ihre Arbeit machen könne (Plenarprotokoll 7/13). Mangelnde Aufklärungsbereitschaft seitens der politischen Führung der Polizei wiederum wurde von Abgeordneten der SPD und der Grünen als vertrauenszerstörend getadelt (Plenarprotokoll 7/13). Während also Vertrauen als Grundlage für eine erfolgreiche Polizeiarbeit Konsens ist (siehe auch den Beitrag von Aiko Kempen in diesem Jahrbuch), können in diesen Plenardebatten vermeintliche Quellen des Vertrauens identifiziert werden: Wahrhaftigkeit und Neutralität einerseits, Durchsetzungsfähigkeit und Stärke andererseits – sowie, seitens des Ministerpräsidenten, ein „Wertekompass“, nach dem der Polizei grundsätzlich vertraut werden sollte.

Tatsächlich speist sich Vertrauen aus unterschiedlichen Quellen: Neben der Bewertung von politischer und ökonomischer Leistungsfähigkeit der Politik (Liefert sie, was sie verspricht?) sind auch Sozialisation (Werte und Normen) und Partizipationsmöglichkeiten (Legitimation durch die Möglichkeit der Teilhabe und Kontrolle) relevant für die Entwicklung von Vertrauen (Braun, 2010). Die Fragilität von Vertrauen zeigt sich allerdings in beiden Dimensionen: Werte und Normen lassen sich nur in langsamen, komplexen Prozessen ausbilden; Korruption kann das Vertrauen in das politische System nachhaltig stören (Woo/Choi, 2018).

Dass Politik nicht nur im Verhältnis zur Bevölkerung auf Vertrauen angewiesen ist, formulierten Abgeordnete und Regierungsvertreterinnen und -vertreter immer wieder. So verwies bspw. der Ministerpräsident in

Regierungserklärungen wiederholt auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb der Koalition und zwischen Regierung und Verwaltung. Der Staatsminister für Wissenschaft, Kultur und Tourismus betonte in einer Debatte am 01.10.2020 sein Vertrauen in die Hochschulrektorate und darin, dass diese für angemessenen Ausgleich der Nachteile für Studierende in der COVID-19-Pandemie sorgten (Plenarprotokoll 7/15). Das Prinzip der Subsidiarität sowie der gesellschaftlichen Arbeitsteilung beruht grundsätzlich auf dem Vertrauen, das zuständige Akteure ihre Arbeit machen, ohne dass detaillierte Vorgaben von oben oder gar ständige Kontrollen nötig sind. Neben dieser innenpolitischen Perspektive ist Vertrauen auch in der Außenpolitik und globalen Ökonomie die Grundlage politischen und wirtschaftlichen Handelns. Thematisch tauchte diese Dimension während einer Plenardebatte am 30.09.2020 über vertrauensbildende Maßnahmen hinsichtlich des Verhältnisses zur Russischen Föderation auf, an der sich insbesondere AfD- und CDU-Abgeordnete beteiligten (Plenarprotokoll 7/14).

VERTRAUT DIE BEVÖLKERUNG DER POLITIK?

Wie ist es um das Vertrauen der sächsischen Bürgerinnen und Bürger in politische Institutionen bestellt? Die Erhebungen des Sachsenmonitors 2016, 2017 und 2018 geben rückblickend einen sich über drei Erhebungszeitpunkte erstreckenden und auch auf die lokale Ebene gerichteten Einblick (Tabelle 1). Insgesamt scheint es keinen Auf- oder Abwärtstrend in diesen drei Jahren gegeben zu haben, vielmehr können die Schwankungen vermutlich auf die üblichen Messfehler zurückgeführt werden. Der für alle abgefragten Institutionen zusammengefasste Mittelwert 2018 liegt mit 2,62 zwar etwas unter jenem von 2016 (2,69), aber über dem von 2017 (2,55), wobei ein höherer Mittelwert geringeres Vertrauen ausdrückt (1 = sehr großes Vertrauen; 4 = gar kein Vertrauen). Wie in anderen Untersuchungen genießen rechtsstaatliche Institutionen (z.B. Polizei und Justiz) ein höheres Vertrauen als Bundestag und Bundesregierung. Europäischen Institutionen sowie den Parteien im Allgemeinen wird sehr wenig Vertrauen geschenkt. Der Landesregierung, dem Landtag und der Landrätin bzw. dem Landrat bringt etwa jede und jeder Zweite großes oder sehr großes Vertrauen entgegen. Dieser Wert ist noch einmal etwas höher für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie den Gemeinde- bzw. Stadtrat. Auch der Partei, der Befragte nahestehen, wird

TABELLE 1

Großes/sehr großes Vertrauen in politische Institutionen, Sachsen-Monitor 2016–2018 (in Prozent; sortiert absteigend für 2016)

	2016	2017	2018
Polizei	72,2	74,4	75,6
Bürgermeister Ihrer Gemeinde/Stadt	59,1	62,9	58,4
Gemeinderat/Stadtrat Ihrer Gemeinde/Stadt	57,3	64,0	57,9
Gerichte	56,5	55,3	57,2
Landrat Ihres Landkreises	50,1	55,4	48,2
Landesregierung	47,9	54,9	48,8
Landtag	45,8	52,2	47,7
Partei, der Sie nahestehen	44,9	51,2	48,5
Bundestag	34,0	42,3	38,5
Bundesregierung	32,7	42,2	36,6
EU-Parlament	20,3	30,0	22,7
EU-Kommission	19,2	29,4	24,4
Parteien im Allgemeinen	17,2	21,1	14,1

(eigene Darstellung auf Grundlage der Daten des Sachsen-Monitors)

zumindest von etwa der Hälfte der Befragten vertraut. Diese Werte liegen zwar höher, sind aber dennoch bedenklich, da gerade die lokale Ebene für die Demokratieerfahrung zentral ist.

Im Bundesländervergleich fällt auf, dass Sachsen mit zwei weiteren ostdeutschen Bundesländern das Schlusslicht beim Vertrauen in politische Institutionen bildet (Grafik 1). Grundsätzlich sind die Unterschiede aber zumindest dieser Umfrage nach nicht so gravierend, dass von einem deutlichen Ost-West-Gefälle (sondern eher von einem tendenziellen Nord-Süd-Gefälle) gesprochen werden kann. Allerdings muss dies unter dem Vorbehalt des schon älteren Datums gesehen werden.

Im Rahmen der Leipziger Autoritarismus Studien (LAS) wird ebenfalls immer wieder nach dem politischen Vertrauen in der Bevölkerung gefragt. So konnten Decker und Brähler (2016) zeigen, dass es im Jahr 2006 kaum Unterschiede zwischen demokratisch und antidemokratisch Eingestellten gab: Den gesellschaftlich-politischen Institutionen wie Justiz, Polizei oder Regierung vertrauten die unterschiedlichen Milieus ähnlich stark bzw. schwach. Zehn Jahre später allerdings

GRAFIK 1

Vertrauen in politische Institutionen (Mittelwerte)² 2017

	überhaupt kein/geringes Vertrauen	teils/teils	großes/sehr großes Vertrauen
Saarland	16,1%	41,7%	42,2%
Hamburg	16,6%	44,2%	39,3%
Mecklenburg-Vorpommern	18,0%	42,4%	39,6%
Schleswig-Holstein	18,1%	42,8%	39,1%
Bremen	20,4%	44,6%	35,0%
Niedersachsen	20,4%	47,1%	32,5%
Baden-Württemberg	21,0%	43,2%	35,9%
Nordrhein-Westfalen	21,2%	40,8%	38,0%
Hessen	21,5%	43,2%	35,3%
Deutschland gesamt	21,9%	42,3%	35,8%
Bayern	22,3%	47,8%	29,9%
Thüringen	22,3%	42,9%	34,9%
Berlin	23,1%	41,6%	35,4%
Rheinland-Pfalz	23,5%	38,3%	38,2%
Sachsen	24,0%	45,5%	30,5%
Sachsen-Anhalt	24,4%	41,0%	34,6%
Brandenburg	28,5%	44,9%	26,6%

(Quelle: Bertelsmann Stiftung, 2019, 57)

änderte sich das Bild dramatisch. Demokratisch eingestellte Befragte tendierten 2016 deutlich zu hohem politischem Vertrauen in die Demokratie, während extrem rechts Eingestellte³ den Institutionen deutlich unterdurchschnittlich vertrauten. Damit einher ging auch eine Radikalisierung: Zum niedrigen Vertrauen tritt bei rechtsextrem Eingestellten eine deutlich erhöhte Gewaltaffinität, während in demokratischen Milieus die Ablehnung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele für die meisten zur Norm gehört. Interessanterweise öffnete sich die

- Die Erhebung der Bertelsmann Stiftung fragte nach dem Vertrauen in politische Parteien, Gerichte, Polizei, Landesregierung, Landtag, Bundesregierung, Bundestag und öffentlich-rechtlichen Rundfunk (Bertelsmann Stiftung, 2019, 57).
- Zur Ermittlung der rechtsextremen Einstellung nutzen die LAS einen Fragebogen mit insgesamt 18 Aussagen, der rechtsextreme Ideologie in den sechs Dimensionen Befürwortung einer Diktatur, Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus erfasst (siehe Decker et al., 2020).

TABELLE 2

Wie viel Vertrauen haben Rechtsextreme in gesellschaftliche und Verfassungsinstitutionen? (in Prozent)

Vertrauen in ...	Rechtsextreme (N = 105)	Andere (N = 2335)
Polizei**	69,5	78,6
Verfassungsgericht**	61,9	83,4
Soziale Medien**	45,7	31,7
Öffentlich-rechtliche Medien*	41,9	54,1
Bundestag**	41	65,1
Bundespräsident**	37,1	71,4
Bundesregierung**	36,2	63,9
Politikern*	26,7	36,1
Parteien**	22,1	37,2

Pearsons Chi-Quadrat ** p < .01, * p < .05. (Quelle: Decker et al., 2020, 75)

Schere dabei in beide Richtungen. Während die einen 2016 mehr vertrauten als noch 2006, vertrauten die anderen den politischen Institutionen nun weniger.

Auch die jüngste Befragung der LAS (Decker et al., 2020) zeigte, dass rechtsextrem Eingestellte ein deutlich geringeres Vertrauen in alle (mit einer Ausnahme; siehe unten) abgefragten Verfassungsorgane und gesellschaftlichen Institutionen aufweisen (Tabelle 2). In beiden Gruppen erreichen die Polizei und das Bundesverfassungsgericht die besten Werte. Zwei von drei rechtsextrem Eingestellten und drei von vier demokratisch Eingestellten vertrauen der Polizei. Doch schon beim Verfassungsgericht wird der Unterschied größer. Beim Bundespräsidenten, einer gleichfalls der parteipolitischen Neutralität verpflichteten Institution, die allgemein hohes Ansehen genießt, ist der Unterschied gravierend. Das Vertrauen in Politikerinnen und Politiker sowie Parteien ist zwar insgesamt nicht besonders hoch, bei rechtsextrem Eingestellten aber noch einmal deutlich niedriger. Nur in eine Institution vertrauen Rechtsextreme mehr als demokratisch eingestellte Befragte: in die sozialen Medien. Immerhin lässt sich feststellen, dass sich ein Teil der Rechtsextremen nicht vollständig aus der geteilten Öffentlichkeit verabschiedet hat: Noch gut 40% der Befragten dieser Gruppe vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Ohne ein Mindestmaß an Vertrauen fehlt eine wichtige Voraussetzung für politisches, eigentlich auch jegliches soziale Handeln. Wie in einem Artikel über Demokratielernen (Kiess, 2021) dargelegt, hängt hohes politisches Vertrauen dabei mit demonstrativer und sogar konfrontativer politischer Mobilisierung zusammen. Menschen, die politischen Institutionen grundsätzlich vertrauen, bringen sich auch häufiger ein, sie demonstrieren häufiger, streiken häufiger, wählen häufiger usw. Die Erklärung hierfür liegt auf der Hand: Politischer Protest ist nur so lange sinnvoll, wie die Protestierenden auf ein Mindestmaß an Responsivität – wenn nicht der Regierung, so doch zumindest anderer Institutionen – vertrauen.⁴ Politische Bildung im Sinne des Demokratielernens (Dewey, 1916) führt insofern eben nicht zu Indoktrination, wie von extrem Rechten gerne polemisiert wird, sondern zur Befähigung, Kritik zu äußern. In dieser Hinsicht jedenfalls ist der Gegensatz zwischen Misstrauen und Vertrauen schief. Eher kann von der Abwesenheit von Vertrauen (bei entsprechend hohen Kosten des täglichen Handelns), einem vielleicht bei manchen Menschen vorherrschendem blinden Vertrauen (bis hin zur politischen Gleichgültigkeit) sowie einer aufgeklärt-kritischen Form des Vertrauens gesprochen werden.

OHNE VERTRAUEN KEIN HANDELN

Obschon Vertrauen aus soziologischer Perspektive eine „elementare Voraussetzung sozialer Prozesse“ (Endreß, 2002, 9) ist, bleibt es dennoch „empirisch schwer zugänglich“ (a.a.O., 53). Es handelt sich vor allem um „eine relationale, praktisch-rationale Einstellung“, die Erwartungen über eintretende Handlungen und Ereignisse betrifft, die wir nicht selbst kontrollieren können (Hartmann, 2011, 56). Vertrauen ist in hohem Maße handlungsrelevant, ohne Vertrauen ist soziales Handeln – das Handeln mit Bezug auf andere Menschen – unmöglich, weil wir deren Handlungen nur begrenzt, wenn überhaupt, kontrollieren können. Zugleich ist Vertrauen fragil. Es wird durch (wiederholte) Erfahrung erfüllter Erwartungen gestärkt und ist dabei leichter zu erschüttern als aufzubauen. Schon eine einzelne Lüge oder ein schwerer Fall von Korruption, kann

4) Die antidemokratischen Proteste von PEGIDA, den sogenannten Querdenkern und anderen Akteuren bilden hier insofern eine Ausnahme, als ihre Verachtung demokratischer Institutionen offensichtlich ist. Aber auch sie vertrauen unter anderem darauf, dass Gleichgesinnte sich anschließen, genügend Druck ihrerseits auf die Politik Wirkung zeigt und Gegenwehr ausbleibt.

mitunter mühsam aufgebautes Vertrauen wieder zerschlagen (Luhmann, 1973, 30). Fehlendes Vertrauen hingegen erfordert Kontrolle, und diese muss man sich leisten können (Offe, 1999, 54; Sztompka, 1996): Wenn ich meinen Mitmenschen nicht traue, muss ich beispielsweise einen Sicherheitsdienst beschäftigen oder einen Zaun bauen. Brauche ich all meine Kraft und Ressourcen für die Kontrolle meiner Mitmenschen, bleibt am Ende kaum Handlungsspielraum für soziale Interaktionen.

Vertrauen ist nicht nur für zwischenmenschliche Beziehungen zentral, sondern auch für das Gelingen gesellschaftlichen Zusammenlebens unabdingbar: Zum einen geht es um politisches und insofern *vertikales* Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Institutionen sowie in die Einigungsfähigkeit und Verantwortlichkeit von Politikerinnen und Politikern. Zum anderen ist für das demokratische Miteinander aber auch das soziale, *horizontale* Vertrauen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern relevant. Beide Dimensionen des Vertrauens sind eng miteinander verbunden. Interpersonales Vertrauen ist die „core trust relation“ (Warren, 1999, 348), auf der alle weiteren, komplexeren Vertrauensbeziehungen in modernen Gesellschaften aufbauen (Offe, 1999). Das auf der Basis interpersonaler Vertrauensbeziehungen entstehende, generalisierte soziale Vertrauen in einer Gesellschaft ist eine wichtige Grundlage für das Vertrauen in politische Institutionen und gelingendes Regieren (Putnam, 1994). Eine weitere Bedeutung nimmt in Demokratien allerdings auch das Gegenstück von Vertrauen ein. Genauer gesagt ist in modernen Demokratien Misstrauen institutionalisiert, nämlich in Form von Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit (und Abwählbarkeit) der Regierung sowie der Kontrolle politischer Akteure durch die Öffentlichkeit. Zugleich wirkt das institutionalisierte Misstrauen vertrauensbildend. Die Existenz bestimmter Kontrollmechanismen stärkt den Glauben daran, dass Fehlverhalten nicht unentdeckt bleibt. Das institutionalisierte Misstrauen in konkrete Akteure dient dem Systemvertrauen. Ohne Vertrauen ist kein Staat zu machen, ohne Misstrauen keine liberale Demokratie.

Vertrauen ist Gegenstand vielfältiger sozialwissenschaftlicher Forschung. Die (sozial-)psychologische Forschung konzentriert sich dabei auf die individuelle Neigung zu vertrauen sowie auf das auf konkrete Andere gerichtete, interpersonale Vertrauen. Daran anschließend ist für die Soziologie die Frage nach den Bedingungen und dem Verlauf des Übergangs von interpersonalem zu generalisiertem sozialen Ver-

trauen zentral, bei dem es nicht mehr nur um das Vertrauen in konkrete Personen, sondern in die Mitmenschen insgesamt geht. Während für die Wirtschaftswissenschaften (die Voraussetzungen für) gelingende Tauschbeziehungen im Vordergrund stehen,⁵ sind es in der Politikwissenschaft Fragen der Stabilität und Legitimität politischer Ordnung (klassisch: Easton, 1965, 1975; Putnam, 1994). Verschiedene soziologische Ansätze untersuchen je unterschiedliche Aspekte und Qualitäten des Vertrauens, wobei sie alle die besondere Bedeutung des Vertrauens für das Gelingen sozialer Interaktionen und gesellschaftlicher Ordnungen betonen (Luhmann, 1973; Lewicki et al., 1998; Offe, 1999; Hardin, 2002; Castelfranchi/Falcone, 2010). Aus der Perspektive der Rechtsextremismus- und Faschismusforschung lässt sich ergänzen, dass die dystopische Ablehnung der Demokratie, die Untergangsfantasien (des Abendlands, Deutschlands usw.) faschistischer Demagogen und der Hass auf alles Andere eben auch die Negation von Vertrauen inkludiert. Zwei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit verdeutlichen dies: So wurde für Thüringen ein Zusammenhang zwischen Corona-Leugnung einerseits und rechten Einstellungen sowie niedrigem Vertrauen in politische Institutionen andererseits nachgewiesen (Küppers/Reiser, 2021); und in Sachsen zeigten sich deutlich höhere Inzidenzen während der zweiten Welle der COVID-19-Pandemie in jenen Kreisen, in denen die AfD besonders stark und damit die Distanz zum demokratischen System besonders groß ist (Reuband, 2021).

Dass Vertrauen zentral für (jedes) politische Gemeinwesen ist, bedeutet allerdings nicht, dass bestimmten Institutionen immer und alles kritiklos geglaubt werden muss. Politikerinnen und Politiker werben um Vertrauen; dahinter steht der Versuch, das eigene Handeln zu legitimieren. Gleichzeitig beschädigt das Vertrauen in die Politik vor allem der politische Gegner. Dabei wird übersehen: Vertrauen und Misstrauen lassen sich nicht, wie es Umfragedaten auch in diesem Beitrag auf den ersten Blick suggerieren, auf eine eindimensionale Unterscheidung herunterbrechen (Lewicki et al., 1998). Eine häufig herangezogene Definition differenziert deshalb zurecht zwischen dem für Politik grundsätzlich notwendigen Vertrauen (*trust*), dem für Demokratien lebenswichtigen kritischen Blick (*mistrust*) und dem vollständigen Miss-

5) Das lateinische *credere* (*Kredit*, engl. *credit*) bedeutet nicht nur *glauben*, woraus der deutsche Gläubiger wurde, sondern auch *vertrauen* und *Vertrauen schenken* sowie *borgen*, *vorschießen*.

trauen bzw. Zynismus, der Demokratien gefährdet (*distrust*) (Zmerli/van der Meer, 2017, 1; vgl. auch Devine et al., 2020). Zudem ist Vertrauen eine Beziehung und wie bei jeder Beziehung gehören mindestens zwei dazu. Der oder die Vertrauende muss bereit sein zu vertrauen. Wer Vertrauen empfangen will, muss sich als vertrauenswürdig erweisen. Dies spiegelt sich auch darin wider, dass die vielfältigen Vertrauensbeziehungen, die wie eingangs zitiert im sächsischen Landtag angesprochen werden, meist in beide Richtungen verlaufen: Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen (bis zu einem gewissen Grad) der Politik bzw. spezifischen Institutionen; Regierung und Staat vertrauen auf die Bürgerinnen und Bürger. Gänzlich ohne Vertrauen würde sowohl Regierungshandeln als auch das Handeln der Bürgerinnen und Bürger nicht möglich sein. Aus Angst vor dem Verhalten des Anderen müssten so viele Eventualitäten bedacht, Absicherungen getätigt und Kontrollmaßnahmen umgesetzt werden, dass keine Kapazitäten für die eigentliche Handlung übrigblieben. Und eben darin besteht die Gefahr extrem rechter Untergangspanthasien und Verschwörungserzählungen: Sie lähmen das demokratische Gemeinwesen.

LITERATUR

- Bertelsmann Stiftung (2019). *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?* Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Braun, Daniela (2010). *Politisches Vertrauen in neuen Demokratien Europas: Ein tausch- oder gemeinschaftsbasiertes Phänomen?* Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (Nr. 131). Mannheim.
- Castelfranchi, Cristiano/Falcone, Rino (2010). *Trust theory: a socio-cognitive and computational model.* Wiley series in agent technology. Chichester, West Sussex, U.K.: J. Wiley.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2016). Ein Jahrzehnt der Polarisierung: Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016. In: Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte: autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016* (S. 95–137). Gießen: Psychosozial Verlag.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Pickel, Gert/Brähler, Elmar (2020). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 27–87). Gießen: Psychosozial Verlag.
- Devine, Daniel/Gaskell, Jennifer/Jennings, Will/Stoker, Gerry (2020). *Exploring Trust, Mistrust and Distrust* (exploring trust worldwide Working Paper Series Nr. 1).
- Dewey, John (1916). *Democracy and Education: An Introduction to the Philosophy of Education.* New York: Macmillan.
- Easton, David (1965). *A systems analysis of political life.* New York, NY: Wiley.
- Easton, David (1975). A Re-assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science* 5/4, 435–457.
- Endreß, Martin (2002). *Vertrauen. Einsichten.* Bielefeld: transcript.
- Hardin, Russell (2002). *Trust and trustworthiness. The Russell Sage Foundation series on trust.* New York: Russell Sage Foundation.
- Hartmann, Martin (2011). *Die Praxis des Vertrauens.* Suhrkamp Taschenbücher Wissenschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Kiess, Johannes (2021). *Learning by doing: The impact of experiencing democracy in education on political trust and participation.* Politics. Online First.
- Küppers, Anne/Reiser, Marion (2021). *„It is not worse than a flu“ – COVID-19 Scepticism and the Role of Trust and Far-Right Attitudes in Germany* (preprint). SocArXiv.
- Lewicki, Roy J./McAllister, Daniel J./Bies, Robert J. (1998). Trust and Distrust: New Relationships and Realities. *The Academy of Management Review* 23/3, 438.
- Luhmann, Niklas (1973). *Vertrauen: Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität.* Flexibles Taschenbuch. Stuttgart: Enke.
- Offé, Claus (1999). How can we trust our fellow citizens. In Mark E. Warren (Hrsg.), *Democracy and Trust* (S. 42–87). Cambridge: Cambridge University Press.
- Putnam, Robert D. (1994). *Making democracy work: civic traditions in modern Italy.* Princeton paperbacks. Princeton, NJ: Princeton Univ. Press.
- Reuband, Karl-Heinz (2021). Regionale AfD-Milieus und die Dynamik der Corona-Ausbreitung – Eine Analyse auf der Basis kreisfreier Städte und Landkreise in Sachsen. *Zeitschrift für Parteienwissenschaften* 27 (2021) 1, 1–14.
- Sztompka, Piotr (1996). Trust and Emerging Democracy: Lessons from Poland. *International Sociology* 11/1, 37–62.
- Warren, Mark E. (1999). Conclusion. In Mark E. Warren (Hrsg.), *Democracy and Trust* (S. 346–360). Cambridge: Cambridge University Press.
- Woo, Jongseok/Choi, Eunjung (2018). *Political corruption and democratic governance.* Lanham, Maryland: Lexington Books.
- Zmerli, Sonja/Meer, Tom van der (Hrsg.) (2017). *Handbook on political trust.* Cheltenham, UK and Northampton, MA, USA: Edward Elgar Publishing.



Zivilgesellschaft als „Bollwerk gegen Rechts“?

Potenziale und Schwierigkeiten von Engagement und Gegenwehr am Beispiel der Stadt Wurzen

Mit sozialraumnaher¹ Forschung untersucht das EFBI Orte und Regionen in Sachsen, in denen gesellschaftliche Konflikte und antidemokratische Bestrebungen, aber auch Potenziale demokratischen Engagements exemplarisch sichtbar werden. Eine erste sozialraumnahe Studie nimmt die Zivilgesellschaft der Stadt Wurzen in den Blick. Wurzen im Landkreis Leipzig ist seit den 1990er Jahren immer wieder aufgrund rechtsextremer Aktivitäten im Fokus der Öffentlichkeit. Zeitgleich existiert in der Großen Kreisstadt eine Vielfalt zivilgesellschaftlicher Akteure. Ihnen widmet sich das Forschungsprojekt mit Gruppendiskussionen, in denen verschiedene aktive Gruppen und Vereine über ihr Engagement und ihre Wahrnehmung von Wurzen sprechen. Die Studie möchte Schwierigkeiten, Potenziale und Konfliktlinien zivilgesellschaftlichen Engagements und demokratischer Kultur in Wurzen ausloten. Denn das Zusammenleben in der Kreisstadt wird immer wieder in besonderer Weise durch die extreme Rechte herausgefordert.

Der folgende Artikel benennt Bedingungen und Herausforderungen zivilgesellschaftlichen Engagements in Wurzen und stellt erste Erkenntnisse über Dynamiken und Konfliktlinien zwischen den engagierten Gruppen in Wurzen vor. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage nach dem Verhältnis von rechtsextremer Mobilisierung und zivilgesellschaftlichem Handeln.

1) Mit dem Begriff „Sozialraum“ wird hier ein Ort bezeichnet, der von seinen Bewohnern aktiv gestaltet, interpretiert und mit Bedeutung versehen wird. Gleichzeitig ist er Produkt sozio-ökonomischer Entwicklungen, auf die sich die Bewohnenden in ihrer Praxis beziehen. Er ist immer auch Ort von Aushandlung und Konflikt.

Dazu skizzieren wir zunächst sozio-ökonomische und politische Entwicklungslinien des Sozialraums Wurzen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Genese und Verankerung der extremen Rechten. Der zweite Teil des Artikels stellt Überlegungen zur Idee von Zivilgesellschaft als „Bollwerk gegen Rechtsextremismus“ in Ostdeutschland an und widmet sich aus dieser Perspektive dann speziell der Wurzener Zivilgesellschaft. Obwohl zunächst nicht durch die Interviewenden angesprochen, wurde das „Rechtsextremismus-Problem“ oder der „Kampf gegen Rechts“ in Wurzen in allen Gruppendiskussionen thematisiert. Hier wurden die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Handlungsorientierungen sowie die affektive Involviertheit der zivilgesellschaftlichen Akteure im Zusammenhang mit dem lokalen Rechtsextremismus deutlich. Auf Basis dessen können wir drei Idealtypen von Haltungen zum Rechtsextremismus unterscheiden, die am Ende des Beitrags beschrieben werden: die *offenen Widersacher*, die *distanzierten Neutralen* und die *verstrickten Relativierenden*.

WURZEN – SÄCHSISCHES MITTELSTANDSZENTRUM IN DER LEIPZIGER PERIPHERIE

Möchte man die aktuellen Bedingungen der Zivilgesellschaft Wurzens wie auch die Entwicklung rechtsextremer Tendenzen nachvollziehen, lohnt sich ein Blick auf die wirtschaftliche und demografische Entwicklung der Stadt in den letzten Jahrzehnten. Hier steht Prozessen der Peripherisierung im Zuge der Systemtransformation nach 1989 der (Wieder-)Aufstieg zu einem regionalen Mittelstandszentrum entgegen.

Die Große Kreisstadt Wurzen, etwa 30 Kilometer östlich von Leipzig gelegen, hat eine lange Tradition als Industriestandort: Im Zuge der Industrialisierung siedelten sich bereits früh Betriebe der Lebensmittel-, Metall- und Textilindustrie in Wurzen an und sorgten bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs für ein schnelles Bevölkerungswachstum. Begleitet wurde die wachsende Zahl der Betriebe von einer frühen Organisation der Arbeiterschaft und der Ausbildung eines sozialdemokratischen Milieus (Baum, 1993). Zudem ermöglichte zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Lage der Stadt an der ersten deutschen Fernbahnstrecke Leipzig-Dresden den raschen Aufbau von Handel und Gewerbe (Klinkhardt, 2005). Den Status als Industriestandort konnte Wurzen (auch wegen nur geringer Kriegsschäden im Zweiten Weltkrieg) auch in der

Folge behaupten. Insbesondere in der DDR waren eine Reihe von spezialisierten VEB, Kombinat und Betrieben verschiedener Industriebereiche in Wurzen angesiedelt.

In den vergangenen 30 Jahren hat die Stadt politisch wie ökonomisch einen starken Wandel erlebt. Die Folgen der Transformation ab 1989/90 können dabei als charakteristisch für weite Teile Ostdeutschlands gelten: Betriebe wurden durch die Treuhandanstalt privatisiert oder gingen in Konkurs, häufig kam es zur Übernahme durch westdeutsches Kapital. Die daraus entstehenden spezifischen Eigentums- und Beschäftigungsverhältnisse bewertet der Sozialgeograf Dominik Intelmann (2020) als Teil einer genuin ostdeutschen politischen Ökonomie. Neben der von Intelmann beschriebenen Distanz zu und Abhängigkeit von den Entscheidungs- und Innovationszentren im Westen ist diese insbesondere in Sachsen gekennzeichnet durch Niedriglohnpolitik, geringe Tarifbindung und ein Mitbestimmungsdefizit in den Betrieben (Schulzen et al., 2019; Günther, 2020). Dass mit den ökonomischen Umbrüchen auch lebensweltliche Veränderungen einhergingen, ist bekannt.² Lebten vor 1989 noch fast 20.000 Menschen in Wurzen, sind es heute mit 16.000 Einwohnern fast ein Viertel weniger (Stand: 2020, Statistisches Landesamt des Freistaat Sachsens). Nicht zuletzt in Folge von Werksschließungen war die Bevölkerungsentwicklung insbesondere in den 1990er Jahren stark rückläufig und korrelierte mit dem allgemeinen Schrumpfungsprozess in Ostdeutschland (Steinitz/Troost, 2018). Die starke Abwanderung – insbesondere junger Menschen – prägt bis heute das demografische Bild: Das Durchschnittsalter liegt in Wurzen mit 48,4 Jahren deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt (44,5 Jahre; Stand: 2019, Sächsische Staatskanzlei). Durch staatlich subventionierte Programme wie *Stadtumbau Ost* sollte dem wachsenden Leerstand begegnet werden (Rink, 2020). Als Folge der Transformation muss auch der Verlust von gewachsenen Formen der Vergemeinschaftung in Rechnung gestellt werden, die sich aus dem traditionellen Arbeitermilieu und der als „arbeiterlichen Gesellschaft“ (Engler, 1999) beschriebenen Alltagskultur der DDR speisten.

2) Cordia Schlegelmilch hat in ihren fotodokumentarischen Arbeiten die Lebenswelt in Wurzen in den 1990er Jahren eindrücklich festgehalten (Schlegelmilch, 2020). Die Fotos zeigen neues Warenangebot neben vernachlässigten Fassaden, öffentliches Leben und politisches Werben um die Richtung des ‚Neuanfangs‘ sowie Spuren von im Niedergang begriffener Industrie und beginnendem Leerstand.

Trotz dieser Peripherisierungstendenzen entspricht Wurzen in zentralen Merkmalen nicht dem Bild einer abgehängten, ostdeutschen Kleinstadt: Wurzen ist infrastrukturell gut angebunden und Zentrum für das nähere Umland. Die Stadt gilt im Landkreis Leipzig als wichtiger Wirtschaftsstandort mit einer Reihe mittelständischer Unternehmen insbesondere in den Bereichen der Nahrungsmittel-, Metall- und Textilindustrie. In den vergangenen Jahren stabilisierte sich die Einwohnerzahl. Die Arbeitslosenquote liegt mit 5,0% im bundesdeutschen Durchschnitt. Zudem versucht Wurzen als Geburtsstadt des Schriftstellers Joachim Ringelnatz, mit seiner historischen Altstadt und Lage am Mulderadweg zu einem lokalen touristischen Anziehungspunkt zu avancieren.

DIE NACHWENDEJAHRE – „BRAUNE ZONE MULDENTALKREIS“?

Nach 1989/90 nahm die Anzahl rassistischer und antisemitischer Gewalt bundesweit zu. Nach Analyse des Politikwissenschaftlers Gideon Botsch (2012) zeichnet sich die Phase bis 1999 in der Entwicklung des deutschen Rechtsextremismus vor allem durch zunehmende Gewalt und neonazistische Mobilisierungen aus. Rechtsextremismus konnte sich in Ostdeutschland vor allem in solchen Räumen etablieren, welche durch „Abwanderung, Überalterung, schrumpfende soziale Infrastruktur, geringen Wohnstandard, fehlende Finanzkraft, [...] [und] unzureichende oder fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten“ gekennzeichnet sind (Simon, 2021, 156). Diese Merkmale treffen auf Wurzen nur bedingt zu, rechtsextreme Strukturen konnten sich dennoch verfestigen.

In den 1990er Jahren entwickelten sich Wurzen und der Muldentalkreis zu einem zentralen Aktionsfeld der extremen Rechten in Sachsen. Diese Entwicklungen erhielten regelmäßig überregionale mediale Aufmerksamkeit (u. a. Ulrich, 2019), sie sind insbesondere durch Recherchen von antifaschistischen Gruppen dokumentiert (Antifaschistisches Redaktionskollektiv, 1996; chronik.LE, 2020) und bereits sozialwissenschaftlich untersucht worden (Jennerjahn, 2009). Auch in unseren Gruppendiskussionen wurden die 1990er Jahre als eine Phase benannt, in welcher rechtsextreme Gewalt in Wurzen ihren Höhepunkt erreichte. Hier richteten sich rechtsextreme Angriffe vor allem gegen Geflüchtete, Obdachlose, Linke und die Orte, die mit ihnen in Verbindung gebracht wurden. Laut Recherchen des Antifaschistischen Redaktionskollektivs aus Leipzig (1996), organisierte sich die rechtsextreme Szene damals

als „Netzwerk von einzelnen Kameradschaften“, die wenig hierarchisch funktionierten und deren Verzweigung nicht vorrangig an eine Parteienstruktur angelehnt war. Zudem verfügte die rechte Szene in Wurzen über gute Kontakte zu regionalen rechtsextremen Organisationen wie der *Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei* (FAP), der *Wiking-Jugend* oder der *Nationalistischen Front* (ebd.). Es gab eine Reihe von Verbindungen unterschiedlicher neonazistischer Gruppen, auch nach Westdeutschland, wo bekannte Wurzener Neonazis mutmaßlich an Kadenschulungen teilnahmen (ebd.).

Prägend für die 1990er Jahre war vielerorts der „Wiederaufstieg und [die] integrierende Rolle der NPD“ (Salzborn, 2020, 35). Die Partei gewann auch in Wurzen und dem Muldentalkreis zunehmend an Einfluss (Jennerjahn, 2009). So erhielt die NPD 1999 bei den Gemeinderatswahlen 5,1% der Stimmen und 2004 bei den Kommunalwahlen in Wurzen 10,8% (Statistisches Landesamt des Freistaat Sachsens; GENESIS-Online). In einem Beitrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks von 1998 erklärt der damalige sächsische NPD-Landesgeschäftsführer Jürgen Schön die Relevanz der Jugendarbeit in Wurzen: Die Partei könne dort auf eine große Anzahl an „national gesinnte[n] Jugendlichen“ zurückgreifen (Kontraste, 1998). Die rechtsextreme Partei sprach gezielt dort junge Menschen an, wo es für diese Rekrutierungsversuche einen „sozialstrukturellen Resonanzboden“ (Salzborn, 2020, 41) gab. In einer parteinahen Zeitschrift für rechte Musik wurde Wurzen als „Modell einer gelungenen lokalen Kulturrevolution“ bezeichnet (Döring, 2008, 91). Dies deckt sich mit Einschätzungen von Borstel (2005, 51), dass die rechtsextreme Szene in den 1990er Jahren eine „Strategie der kulturellen Subversion von rechtsaußen“ verfolgte, um insbesondere mittels Jugendarbeit und dem Einzug der NPD in kommunale Parlamente lokale Hegemonie zu erreichen. Der resignierte Ton des Leipziger *Antifaschistischen Redaktionskollektivs* (1996) weist darauf hin, dass diese Strategie im Wurzener Umland Mitte der 1990er Jahre offenbar erfolgreich war: „Im Muldentalkreis dominieren überall die Faschos: auf der Straße, in den Jugendclubs, in den Discos und an den Schulen. [...] Rekrutierungsprobleme haben die Faschos nicht, da sie die Sozialisation der Jugend kontrollieren.“ Die Bereitschaft zu massiver Gewalt gegen politische Gegner zeigte sich in besonderem Maße bei dem 2004 verübten Rohrbombenanschlag auf das damalige Büro des *Netzwerks für Demokratische Kultur* (NDK), einem Wurzener Verein, der sich gegen

Rechtsextremismus engagiert. Der Anschlag war bis dahin der schwerwiegendste Übergriff auf den Verein und seine Mitglieder und markierte eine neue Qualität rechtsextremer Gewalt. In der Folge gab es eine breite Solidarisierung unter Wurzener Bürgerinnen und Bürgern wie auch seitens der Stadtverwaltung und anderer zivilgesellschaftlicher Akteure (Jennerjahn, 2009, 558).

PROFESSIONALISIERUNG UND ÖKONOMISIERUNG – KAMPFSPOK, HOOLIGANS UND RECHTSROCK

Verbindungen der rechtsextremen Szene zum Kampfsport, der Free-Fight- und Mixed-Martial-Arts-Szene wurden in Wurzen ab etwa 2005 sichtbar (NDK Wurzen). Robert Claus (2018) wertet den Kampfsport neben „gewaltaffinen Spektren der Fußballfanszene und Musikkultur“ als „drittes Standbein einer erlebnisorientierten Rekrutierung“ der extremen Rechten. Eine Folge dieser Entwicklung ist die hohe „Gewaltkompetenz“ und Professionalisierung der Hooliganszene, die sich zum Teil „von Straßenschlägern zu semiprofessionellen, international organisierten Kampfsportnetzwerken“ entwickelt haben (ebd.; für die Bedeutung des Kampfsports für die rechte Szene siehe auch den Beitrag von Matthias Heldt in diesem Band).

Zeitgleich ließ sich in Wurzen eine ökonomische Stärkung der Szene insbesondere durch den Aufbau von Gewerbestrukturen beobachten (vgl. chronik.LE, 2020a, 45). Diese erfüllen für die rechte Szene als Treffpunkte und Geschäftsorte wichtige Funktionen. Das europaweit agierende Rechtsrock-Label *Front Records*, das im Online-Versandhandel erfolgreich ist und als Veranstalter rechtsextremerer Treffen fungiert, wurde in Wurzen gegründet (Jennerjahn, 2009). *Front Records* wird vom Verfassungsschutz Sachsen als „einer der wichtigsten rechtsextremistischen Vertriebe“ in Sachsen bezeichnet (Sächsischer Verfassungsschutzbericht, 2019, 136). Wurzen wurde nicht nur für die lokale rechte Musikszene, sondern auch für bundesweit bekannte Nazi-Bands zu einem wichtigen Veranstaltungsort. Wie weitreichend die Verbindungen sind, zeigen exemplarisch Auftritte der aus dem rechtsextremen Hooliganmilieu stammenden und vom Verfassungsschutz beobachteten Band *Kategorie C* mit mehreren hundert Gästen in Wurzen, wie zuletzt im August 2019 (Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, 2019).

Insgesamt ist in Wurzen und dem Muldentalkreis in den 2000er Jahren eine „Differenzierung der organisierten extremen Rechten jenseits der NPD“ (Decker/Brähler, 2016, 19) zu beobachten, die auch mit einer Zunahme loser neonazistischer Gruppierungen vor Ort einhergeht: *Terror Crew Muldental*, *808-Crew*, die *Nationalen Sozialisten Muldental* oder das *Freie Netz Nordsachsen*. Diese Strukturen belegen die Dynamik³ und Organisationsfähigkeit der Szene, die überwiegend aktionistisch agiert und heterogen zusammengesetzt ist. Ihr gehören nicht nur organisierte Neonazis, gewaltaffine Fußball-Hooligans und Kampfsportler an, sie schafft es auch, „unorganisierte“ Personen zu mobilisieren.

SAMMLUNGSVERSUCHE: MOBILISIERUNGEN GEGEN GEFLÜCHTETE UND DIE CORONA-SCHUTZMASSNAHMEN

Vor dem Hintergrund der Fluchtbewegungen in Europa waren bundesweit ab 2014 Mobilisierungen „gegen Asyl und Migration“ zu verzeichnen. In Wurzen bildeten sich Social-Media-Gruppen, die etwa Veranstaltungen von PEGIDA und LEGIDA bewarben.⁴ Wiederholt kam es zu Angriffen auf Geflüchtete, die dezentral in der Wurzener Innenstadt untergebracht waren. Vor allem der Überfall auf ein von Geflüchteten bewohntes Haus 2018 erregte überregionale Aufmerksamkeit (Merker, 2018).

In den letzten Jahren kam es auch in Wurzen zu Veränderungen im rechten Parteienspektrum. 2014 sank in Wurzen der Erststimmen-Anteil der NPD bei den Landtagswahlen von vormals 9,6 % auf 6,3 %, gleichzeitig erzielte die AfD nun 9,6 % der Stimmen. 2018 gründete sich das *Neue Forum für Wurzen* (NFW) und konnte nach der Kommunalwahl 2019 mit drei Sitzen in den Stadtrat einziehen.⁵ In Anlehnung an die Strategie der „Tarnlisten“ (Ayyadi, 2019) gab sich der Verein äußerlich ein bürgerliches Profil und versuchte semantisch an die Tradition der DDR-Bürgerrechtsbewegung anzuknüpfen. Politisch verfolgt das NFW (insbesondere in persona des mittlerweile zurückgetretenen Gründers

- 3) Die Gruppen knüpfen an eine Kontinuität „freier Kameradschaften“ seit den 1990er Jahren in Wurzen an, deren lose Organisationsform ohne feste rechtliche Strukturen strategisch dazu dient, ihre Netzwerke zu tarnen und Verbote infolge von Strafverfolgung zu umgehen; so folgte die *808-crew* der circa 2012 selbst aufgelösten *Terror Crew Muldental*.
- 4) LEGIDA ist der regionale, vor allem in Leipzig agierende Ableger der 2014 entstandenen rechtspopulistischen Bewegung *Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* (PEGIDA).
- 5) Das Neue Forum für Wurzen gab im November 2021 seine Auflösung als Verein bekannt, besteht als Fraktion im Stadtrat jedoch weiter.

Christoph Mike Dietel) jedoch rechtspopulistische Agenden. Auffällig ist die anhaltende und offensive Mobilisierung des NFW gegen das NDK (u.a. chronik.LE, 2020b). So brachte die Fraktion etwa einen Antrag im Stadtrat ein, dem Verein die finanzielle Förderung zu entziehen. Mit Benjamin Brinsa ist zudem ein überregional bekannter Neonazi aus dem Kampfsportmilieu, dem immer wieder Verbindungen zur organisierten Kriminalität nachgesagt werden, für das NFW in den Stadtrat eingezogen.

Im Zuge der COVID-19-Pandemie und der bundesweit stattfindenden „Anti-Corona-Proteste“ wurden in Wurzen Kundgebungen unter Beteiligung von NFW-Mitgliedern dokumentiert (chronik.LE, 2020c). Auch an der B107 zwischen Wurzen und dem angrenzenden Bennewitz kam es 2021 wiederholt zu „Corona-Protesten“, bei denen im Dezember 2021 Journalisten von gewalttätigen Übergriffen durch Rechtsextreme berichteten. Sowohl die als „Flüchtlingskrise“ bezeichnete Migrationsbewegung 2015/16 als auch die COVID-19-Pandemie boten für rechts-extreme Akteure bundesweit Gelegenheit, völkisch-ethnozentristisch Weltanschauungen öffentlichkeitswirksam zu platzieren. Dies gilt auch für die extreme Rechte in Wurzen, welche die bürgerlichen Proteste gegen die Corona-Politik als Sammlungsversuch nutzte, um für eine gesellschaftliche Mehrheit anschlussfähig zu werden.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT GEGEN RECHTS- EXTREMISMUS UND OSTDEUTSCHE BESONDERHEITEN

Eine lebendige und starke Zivilgesellschaft wird häufig als Bollwerk gegen die Ausbreitung rechtsextremer Positionen und Strukturen angesehen.⁶ Zivilgesellschaft bezeichnet dabei die „Gesamtheit der öffentlichen Assoziationen, Vereinigungen, Bewegungen und Verbände [...], in denen sich Bürgerinnen und Bürger auf freiwilliger Basis versammeln und *auch* [Hervorhebung d. Verf.] Einfluss auf politische Meinungsbildung nehmen“ (Klein, 2018, 3002). Neben dem Element der Freiwilligkeit der Zusammenschlüsse gelten eine relative Unabhängigkeit vom Staat und eine Gemeinwohlorientierung, die zivilgesellschaftliche Beziehungen von Marktbeziehungen unterscheidet, als Kennzeichen

6) So war beispielhaft der ‚Ruf nach der Zivilgesellschaft‘ seitens politischer Entscheidungsträger insbesondere nach den fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Bautzen und Claußnitz 2015/16 (Sächsische Staatsregierung, 2016), wie auch nach den gewalttätigen Ausschreitungen in Chemnitz 2018 zu vernehmen.

zivilgesellschaftlichen Engagements (Richter, 2016). Die normative Vorstellung, dass die Zivilgesellschaft ein Mittel für demokratische Innovation und die Ausweitung von Teilhabe ist, sieht sie als kritisches Korrektiv gegenüber dem Staat und betont die sozialisierende Funktion von Engagement in Gruppen und Vereinigungen. Aus diesem könne soziales Vertrauen, die Fähigkeit zu demokratischem Diskurs und so letztlich gesellschaftlicher Zusammenhalt entstehen (Mai, 2012). Entsprechend setzt(e) staatliche Politik seit dem 2000 durch Gerhard Schröder ausgerufenen „Aufstand der Anständigen“ auf die gezielte Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements durch Bundes- und Landesprogramme, um dem seit der sogenannten deutschen Wiedervereinigung wiederholt zu Tage tretenden Rechtsextremismus zu begegnen. Die vorangegangenen Programme der 1990er Jahre hatten Rechtsextremismus vorrangig als Problem sozio-ökonomischer Integration verstanden und eher sozialarbeiterische Gegenstrategien verfolgt. Dem gegenüber zielten die von der rot-grünen Bundesregierung aufgesetzten Programme darauf ab, zivilgesellschaftliche Strukturen auszubauen und zu professionalisieren und so zur Etablierung einer „demokratischen Kultur“ beizutragen. Ein besonderer Fokus lag dabei auf einer Art „nachholenden Entwicklung“ in Ostdeutschland, das seit der Wende ein Brennpunkt extrem rechter Gewalt und Mobilisierung war (vgl. Burschel/Schubert/Wiegel, 2013).⁷ Parallel zur Politik wurde auch in den Sozialwissenschaften diskutiert, wie stark die Entwicklung des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern mit einer nach der Transformation 1989/90 schwach ausgeprägten Zivilgesellschaft zusammenhängt. So kommt etwa Borstel (2016, 92f.) zu dem Schluss, dass sich „eine aktive, unabhängige und eindeutig demokratische Zivilgesellschaft in Ostdeutschland“ bislang nur rudimentär etablieren können. Probst (2005, 13) sieht das Bild des „Aufbau[s] der Zivilgesellschaft Ost“, welches davon ausgehe, dass Ostdeutschland „im Grunde ein zivilgesellschaftliches Niemandsland“ sei, kritischer und verweist auf die Potenziale der Zivilgesellschaft. Im Vergleich zu Westdeutschland weisen die neuen Bundesländer zwar insgesamt eine geringere Engagementquote auf. Jedoch ist das freiwillige Engagement in Ostdeutschland in den letzten Jahr-

7) Paradoxerweise wurde durch diese Förderungen auch eine Abhängigkeit der Zivilgesellschaft vom Staat angelegt, als dessen Korrektiv sie definitionsgemäß fungieren soll. Für eine pointierte kritische Darstellung der Bundesprogramme gegen Rassismus und Rechtsextremismus in diesem Sinne s. auch Buhmann (2019, 24-41).

zehnten gestiegen (Olk/Gensicke, 2014). So gibt es in Sachsen ca. 30.000 Vereine, die zum größten Teil in den Bereichen Kultur, Sport, Freizeit und Bildung aktiv, in der Mehrzahl zwischen 1990 und 1999 entstanden und vor allem im ländlichen Raum verankert sind (Priemer et al., 2021). Spezifisch für die neuen Bundesländer ist, dass sich zivilgesellschaftliche Aktivität seltener um explizit gesellschaftspolitische Belange dreht (Borstel, 2016). Zudem sind informelle Formen von Engagement – jenseits von Vereinen und Organisationen – in Ostdeutschland weiterhin von großer Bedeutung (Kummel, 2020). Gegenüber den jahrzehntelang gewachsenen und tradierten Vereinsstrukturen in Westdeutschland fand das vom Staat unabhängige Engagement in der DDR hauptsächlich in den „Nischen der Gesellschaft“, das heißt in Kirchengemeinden, Nachbarschaften und privaten Räumen“ statt (Backhaus-Maul, 2020). Kulturelle, sportliche und andere Freizeitaktivitäten waren stark an staatliche Massenorganisationen wie FDJ und Kulturbund gebunden oder fanden im betrieblichen Kontext statt. Indem „engagementstarke Personengruppen“ nach 1989/90 abwanderten und „Betriebe und Massenorganisationen als wichtige Orte für Engagement“ wegbrachen, verlor die ostdeutsche Gesellschaft strukturelle Ressourcen für breite Partizipation. Initiativen aus dem Kirchemfeld oder der Bürgerbewegung erlebten hingegen „eine kurze Blütezeit“ (Backhaus-Maul, 2020).

PREKÄRES ENGAGEMENT GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND FRAGMENTIERTE ZIVILGESELLSCHAFT IN WURZEN

In Wurzen reicht das Spektrum zivilgesellschaftlichen Engagements gegenwärtig von kirchlichen Gruppen und Gemeinden über lokalgeschichtlich und kulturell engagierte Vereine, alternativ-politische Zusammenschlüsse, Sport- und Freizeitvereine bis zu Initiativen für Stadtentwicklung, Demokratie und Wirtschaftsförderung. Auf ihrer Internetseite führt die Stadt über 100 eingetragene Vereine in Wurzen und den dazugehörigen Ortsteilen. Von einem „zivilgesellschaftliche[n] Niemandsland“ (Probst, 2005, 13) kann daher in Wurzen nicht die Rede sein. In ihrem Bezug auf das allgegenwärtige Thema des Rechtsextremismus zeigt die Wurzener Zivilgesellschaft jedoch uneinig, wie erste Analysen im Rahmen unserer Forschung zeigen. Diese schließen ergänzend und aktualisierend an wertvolle Arbeiten zu Wurzen aus den 2000er Jahren an: In einer Sozialraumanalyse untersuchten Fischer-Tahir

und Affolderbach 2004 im Auftrag des Kulturbüros Sachsen Wahrnehmungs- und Deutungsmuster von Rechtsextremismus in Wurzen. Jennerjahn (2009) beschreibt politische Dynamiken im Umgang mit Rechtsextremismus in der Stadtgesellschaft.

Im Rahmen des EFBI-Forschungsprojektes zur Zivilgesellschaft in Wurzen wurden von Frühjahr bis Herbst 2021 Akteure aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Bereichen in Wurzen zu Diskussionsrunden innerhalb ihrer Gruppe eingeladen. In den Gruppendiskussionen wurden die Teilnehmenden gebeten, offen von ihrem Engagement in Wurzen und ihrer Wahrnehmung der Stadt zu erzählen. In den Schilderungen der Teilnehmenden kam dabei unweigerlich das Konfliktfeld Rechtsextremismus zur Sprache.

In *tiefenhermeneutischen* Auswertungen der Gesprächsprotokolle (vgl. Lorenzer, 1986) haben wir daher einen ersten Analyseschwerpunkt gesetzt und sind der Frage nachgegangen, wie die teilnehmenden Gruppen Rechtsextremismus in Wurzen wahrnehmen und wie sie sich zu dem Phänomen in Beziehung setzen. Die Haltungen zum lokalen Rechtsextremismus können anhand von drei idealtypischen Mustern beschrieben werden, die sich aus dem Material herausarbeiten ließen. Sie unterscheiden sich entlang der folgenden Kriterien:

- Betroffenheit von und empfundene Relevanz des Rechtsextremismus
- Emotionen und Affekte im Zusammenhang mit Rechtsextremismus
- Umgangswesen mit Rechtsextremismus
- (politische) Verortung gegenüber dem Rechtsextremismus

Die gebildeten Typen finden sich in der im Folgenden skizzierten Reinform kaum in der sozialen Realität wieder. Typenbildung ist ein methodisches Vorgehen, bei dem durch Abstraktion und verdichtende Beschreibung aus Einzelfällen verallgemeinerbare Tendenzen herausgearbeitet werden. Daher können innerhalb ein und derselben Gruppe verschiedene idealtypische Haltungen auftreten. Sie beschreiben jedoch zentrale Muster, die auch über unsere konkreten Gesprächspartner hinaus in Wurzen von Bedeutung sind.

Typ 1 (*die offenen Widersacher*) ist selbst oder mittelbar von rechtsextremer Mobilisierung und Bedrohung betroffen, die in seiner Wahrnehmung nicht nur das eigene Leben, sondern das gesamte Stadtgeschehen in Wurzen dominieren. Daraus entsteht ein starker Handlungsdruck:

Typenbildung des zivilgesellschaftlichen Engagements hinsichtlich des Verhältnisses zu Rechtsextremismus

TYP 1:	TYP 2:	TYP 3:
„Die offenen Widersacher“	„Die distanzierten Neutralen“	„Die verstrickten Relativierenden“
Problematizieren und Konfrontieren	Distanzieren, aber Konflikt vermeiden	Relativieren und unerkannte Nähe
BETROFFENHEIT UND RELEVANZ		
<ul style="list-style-type: none"> ● vorwiegend persönlich betroffen ● Rechtsextremismus dominiert Stadt 	<ul style="list-style-type: none"> ● keine persönliche Betroffenheit ● Rechtsextremismus erschwert Stadtleben 	<ul style="list-style-type: none"> ● keine Betroffenheit ● Rechtsextremismus kaum präsent, Problematisierung ist das Problem
AFFEKTIVES ERLEBEN		
<ul style="list-style-type: none"> ● Angst, Empörung, Fassungslosigkeit, Frustration, Resignation vs. Hoffnung 	<ul style="list-style-type: none"> ● kaum starke Affekte ● Angst vor Stigmatisierung ● Rationalisierung & Externalisierung 	<ul style="list-style-type: none"> ● Empathielosigkeit, Zynismus, Hohn, Aggressivität ● Empörung gegenüber Typ 1
UMGANGSWEISEN		
<ul style="list-style-type: none"> ● hoher Handlungsdruck ● Allianzen bilden ● konfliktorientiert: konfrontieren, korrigieren, skandalisieren 	<ul style="list-style-type: none"> ● Reagieren über „Bande“ ● „Positive Akzente“ und Integration statt Konflikt 	<ul style="list-style-type: none"> ● niedrige bis keine Handlungsbereitschaft ● passiv, ignorieren, exkludierend ● „Kampf gegen Rechts“ als Angriff
POLITISCHE VERORTUNG		
<ul style="list-style-type: none"> ● klare Abgrenzung und Gegnerschaft 	<ul style="list-style-type: none"> ● Distanzierung ohne politische Positionierung 	<ul style="list-style-type: none"> ● Abgrenzungsprobleme und situative Parteinahme

Die *offenen Widersacher* positionieren sich klar gegen Rechtsextremismus und drängen mit ihrem damit verbundenen Anliegen skandalisierend und konfrontierend in die Öffentlichkeit. Dort wollen sie eine Auseinandersetzung mit dem Thema anregen. Dadurch sind sie im Gegensatz zu Typ 2 und Typ 3 im Stadtgeschehen exponiert und Konflikten oder Angriffen ausgesetzt. Parallel schafft dieser Typ alternative Zusammenhänge und Orte in der Stadtgesellschaft, in der das eigene Engagement und die eigenen Werte einen Platz haben. Bei der Suche nach Ressourcen und Verbündeten greifen sie vornehmlich auf Akteure außerhalb Wurzels zurück. Dieses Auftreten als etablierte Außenseiter wird nicht selten als provokant wahrgenommen.

Die Umgangsstrategien der offenen Widersacher weisen auf einen wahrgenommenen Mangel an Orten und Plattformen, aber auch auf einen Mangel an Bereitschaft zu gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung in der Wurzener Öffentlichkeit hin. Interessant ist: Jene Gruppen, die insbesondere konfrontative und problematisierende Haltungen zum Rechtsextremismus teilen, sind häufig professionalisiert, überregional vernetzt und übernehmen auch kulturelle oder soziale Funktionen in der Stadtgesellschaft. Dennoch bleibt der Ansatz, Rechtsextremismus zu problematisieren und offen gegen ihn vorzugehen, in Wurzels marginalisiert. Typ 1 ist im stadtinternen Kräfteverhältnis im Vergleich zu den Typen 2 und 3 weniger repräsentiert und die politisch wenig anschlussfähige Haltung droht die Akteure zu isolieren. Zwar artikuliert deren Haltung Ansprüche an die Zivilgesellschaft, Typ 3 nimmt diese jedoch als Angriff wahr und die distanzierten Neutralen von Typ 2 reagieren auch eher abgrenzend.

Charakteristisch für Typ 2 (*die distanzierten Neutralen*) ist, dass der Wurzener Status Quo mit einer präsenten extremen Rechten als Belastung empfunden wird und es einen Wunsch nach Veränderung gibt. Eine klare politische Positionierung bleibt jedoch aus – vor allem aus Angst vor offenem Konflikt oder einer Stigmatisierung, die weiteres Engagement in der Stadt erschweren würde und in letzter Konsequenz zu einer informellen „politischen Ausgemeindung“ (vgl. Lessenich, 2018) aus der Stadtgesellschaft führen könnte. Daher laborieren die distanzierten Neutralen in letzter Hinsicht zwar an politischen Problemlagen, versuchen auf diese jedoch durch Engagement über Umwege zu reagieren, indem sie sich mit positiven und allgemein integrativen Themen beschäftigen, „mit gutem Beispiel vorangehen“ und gesellschafts-

politische Themen meiden. Dies kann auch als Kompromissbildung verstanden werden: Die gefestigten bürgerlich-liberalen Werte, moralischen Ansprüche und Wünsche an ein lebendiges und Zukunft versprechendes (Zusammen-)Leben, die für ihre Haltung auch prägend sind, müssen mit der Wurzener Realität in Einklang gebracht werden. Es muss etwas getan werden, um (gut) in Wurzeln leben zu können. Es darf jedoch nichts „Heikles“ getan werden, um (gut) in Wurzeln leben zu können. Akteure, bei denen distanziert-neutrale Haltungen zum Rechtsextremismus vorherrschen, können Adressatinnen und Adressaten oder sogar Akteure des Engagements gegen die extreme Rechte in Wurzeln sein. Insbesondere ihr Veränderungswunsch und ihr moralischer Kompass stellen dafür Ressourcen dar. Die starke Angst, durch politische Positionierung Opfer von Stigmatisierung und Ausgrenzung zu werden oder zur Polarisierung der Stadt beizutragen, hat die Bildung entsprechender Allianzen jedoch zumeist verhindert. Das Engagement der distanzierten Neutrale wird von einem harmonisierenden Wunsch nach Gemeinschaft angetrieben, in der jedoch ein Platz für Pluralität und verschiedene Lebensentwürfe bleibt.

Die dritte idealtypische Haltung, das verstrickte Relativieren des Rechtsextremismus, teilt den starken Gemeinschaftswunsch als Antrieb und Motivation. Im Gegensatz zu Typ 2 ist dieser jedoch nicht harmonisierend und potenziell pluralistisch, sondern zielt auf Homogenität ab und tritt aggressiv gegen wahrgenommene innere und äußere Feinde auf. Dies zeigt sich in der Wahrnehmung, das zentrale Problem Wurzels liege nicht im Rechtsextremismus, sondern in dessen Benennung. Handlungsbedarf gegen die extreme Rechte sehen die verstrickten Relativierenden kaum. Diskurse über Rechtsextremismus werden hingegen als Angriff wahrgenommen und gehen mit starken Affekten gegen die Thematisierenden einher. Dazu gehört auch die Tendenz, „Nestbeschmutzer“ demonstrativ zu ignorieren, zu missachten oder gar zu diffamieren. In dieser Wahrnehmung des „Kampfes gegen Rechts“ als eigentlicher Bedrohung für die Stadt artikuliert sich außerdem ein konservierender Machtanspruch. Dieser prägt auch den Umgang mit der extremen Rechten: Diese wird politisch nicht ernst genommen und für ihre „plumpen“ Ausdrucksformen belächelt. Rechtsextreme Positionen werden zudem als ein legitimer Teil der gesellschaftlichen Pluralität wahrgenommen, lediglich kriminelle Bestrebungen innerhalb der extremen Rechten abgelehnt. Eine deutliche Abgrenzung von der extremen Rechten scheint

den verstrickten Relativierenden entsprechend nicht nötig, auch diese aus der städtischen Gemeinschaft auszugrenzen spielt – anders als gegenüber den Akteuren welche sich „gegen Rechts“ engagieren – keine Rolle. Die vorrangige Feinderklärung gegen jene, die sich offen gegen Rechtsextremismus engagieren, kann in bestimmten Situationen und Konflikten eine Parteinahme für die extreme Rechte zur Folge haben. Diese Nähe widerspricht dem Selbstbild der verstrickten Relativierenden. Sie ist nicht beabsichtigt und bleibt vielfach unerkannt.

Die Bedeutung des Linksextremismusverdachts und -vorwurfs ist insgesamt auffällig und prägend für die Haltungen zum Rechtsextremismus und die Dynamik des Umgangs mit Rechtsextremismus in der Stadt: Den *offenen Widersachern* (Typ 1) wird dabei ob ihrer klaren Positionierung „gegen Rechts“ Linksextremismus vorgeworfen. Die *verstrickten Relativierenden* (Typ 3) ordnen zu und nutzen die Stigmatisierung im Sinne der eigenen Hegemonieansprüche in Wurzeln. Die *distanzierten Neutrale* (Typ 2) fürchten sich vor der Zuordnung und versuchen sich in vorauseilendem Gehorsam unangreifbar zu machen, indem auf politische Ansprüche verzichtet wird.

Auffällig ist, dass Typ 1 in unterschiedlicher Weise zum Adressaten wird, indem Forderungen und Ansprüche an ihn herangetragen werden. Während ihm von Typ 2 die Kompetenz und Verantwortung für das Engagement gegen Rechtsextremismus zugeschrieben wird, stellt Typ 3 sein Engagement grundsätzlich in Frage und weist den offenen Widersachern beträchtliche Schuld am negativen Image der Stadt zu. Damit nimmt Typ 1 innerhalb der Stadtgesellschaft eine umstrittene und exponierte Position ein; Kooperationen werden durch diese Konstellation erschwert. Die Typen 2 und 3 weisen eine deutliche Überlappung hinsichtlich der Sorge um den Ruf der Stadt und den Wunsch nach positiver Identifikation mit ihr auf. Die wiederkehrende und anhaltende Assoziation von Wurzeln mit dem Rechtsextremismus bewerten sie als schädigend für die zukünftige Entwicklung. Die distanzierten Neutrale (Typ 2) unterscheiden sich von den verstrickten Relativierenden (Typ 3) aber darin, dass sie rechtsextreme Strukturen in Wurzeln anerkennen, während Typ 3 die Bedeutung der extremen Rechten in Wurzeln relativiert oder deren Vorhandensein überhaupt negiert. Implizit wird damit den Medien und anderen Akteuren vorgeworfen, die realen Verhältnisse verzerrt bis falsch darzustellen.

CONCLUSIO

Die Stadt Wurzen ist wirtschaftlich keine „abgehängte Region“, dennoch prägen auch Prozesse des demografischen Wandels und der Peripherisierung die Sozialstruktur der Stadt. Die Folgen der Deindustrialisierung (Bevölkerungsrückgang, Verschwinden traditioneller Arbeitermilieus und -kultur, Rückbau von Infrastruktur und kulturellen Angeboten) im Zuge der postsozialistischen Transformation sind ein bemerkbarer Resonanzboden für die extreme Rechte und erschweren die Entwicklung der lokalen Zivilgesellschaft. Für sich genommen bieten sie jedoch keine ausreichende Erklärung dafür, dass sich die extreme Rechte in Wurzen dauerhaft und präsent verankern konnte. Vollzieht man deren Entwicklung historisch nach, so wird deutlich, dass die Weichen für eine dauerhafte Etablierung und die spätere Ausdifferenzierung der rechten Szene bereits in den politischen Auseinandersetzungen der 1990er Jahre gestellt wurden. Über die Jahre haben sich die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Wurzen gewandelt, sind jedoch nicht weniger bedrohlich geworden. In der jüngeren Vergangenheit hat insbesondere das Kampfsport- und Hooliganmilieu in Wurzen an Bedeutung gewonnen. Darüber hinaus verfügt die Szene über eine eigene Infrastruktur, finanzielle Ressourcen und Rekrutierungs- sowie Mobilisierungspotenzial. Mit AfD und NFW gab und gibt es Akteure, die versuchen, lokalpolitisch Einfluss zu nehmen.

Auf Seiten der Zivilgesellschaft lassen sich wiederkehrende Momente von Gegenwehr beobachten. Trotz der Vielfalt an bürgerschaftlichen Akteuren in Wurzen ist das Engagement gegen die extreme Rechte jedoch eher die Ausnahme. So ist die Präsenz zivilgesellschaftlicher Strukturen in Wurzen nicht per se ein Indikator für das Zurückdrängen extrem rechter Hegemonieansprüche. Hier scheinen gerade die Fragmentierungen und Differenzen innerhalb der relativ ausgeprägten Zivilgesellschaft einem wirksamen Handeln gegen Rechtsextremismus im Wege zu stehen. Diesen Schluss legt der Blick auf die idealtypischen Haltungen zum Rechtsextremismus, die in der Wurzener Zivilgesellschaft wirksam sind, nahe. Insbesondere zwischen einer verstrickt relativierenden Haltung (Typ 3), die mit aggressivem Machtanspruch auftritt, und dem offenen, aber lokal lediglich als Nischenkultur etablierten ‚Engagement gegen Rechts‘ der offenen Widersacher (Typ 1) ergeben sich konflikthafte und stark affektbeladene Dynamiken. Sie tragen dazu

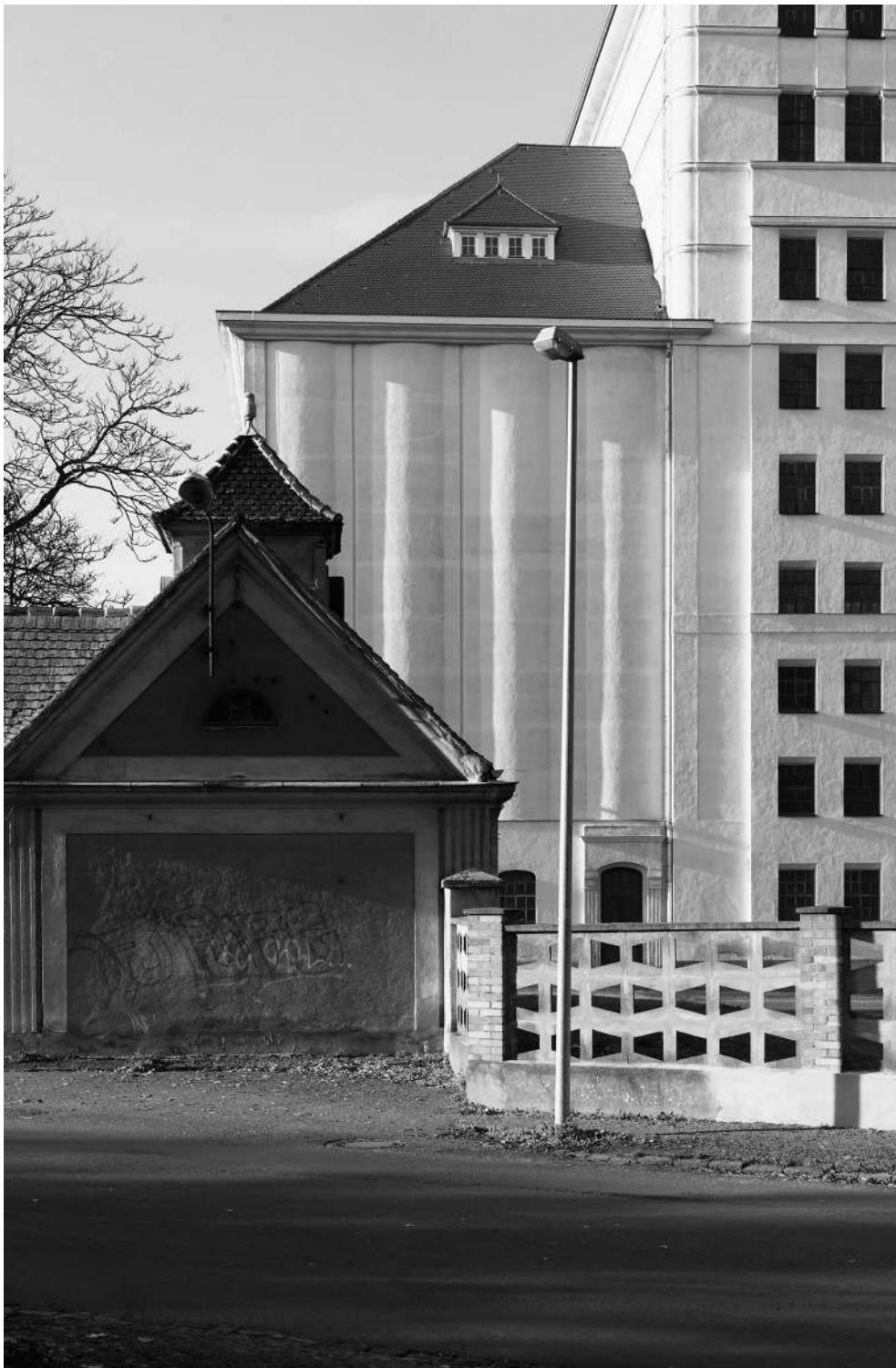
bei, dass die politische Auseinandersetzung in der Stadt vielfach als zerfahren wahrgenommen wird. So entstehen Barrieren für entschlossenes und wirksames demokratisches Engagement in Wurzen, die jenseits der Einschüchterungen und Bedrohungen durch die extreme Rechte liegen. Das betrifft insbesondere den Typus der distanziert-neutralen Haltung, der trotz gegenläufiger Interessen in gesellschaftspolitischer Passivität verharret. Diese Dynamik droht die weitere Etablierung der extremen Rechten zu begünstigen.

Unsere Ergebnisse aktualisieren und ergänzen zentrale Punkte der Analysen zu Wurzen von Fischer-Tahir und Affolderbach (2004) sowie Jennerjahn (2009). Das spricht für die Validität und Relevanz der Erkenntnisse, beruhigend ist es indes nicht. Verweist der Befund doch auf die Kontinuität und Persistenz des Rechtsextremismus in Wurzen und zeigt an, wie wenig sich Wahrnehmungs- und Umgangsweisen in den letzten zehn Jahren weiterentwickelt haben – das Problem ist immer noch hochaktuell.

LITERATUR

- Amadeu-Antonio-Stiftung. Todesopfer rechter Gewalt. URL: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt> (letzter Zugriff: 09.08.2021).
- Antifaschistisches Redaktionskollektiv (20.10.1996). Wurzen – Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen. Entwicklung im Muldentalkreis 1991–1996. 20.10.1996. URL: https://www.nadir.org/nadir/archiv/Antifaschismus/Regionen/Sachsen/wurzen_broschuere/ (letzter Zugriff: 24.09.2021).
- Ayyardi, Kira (2019). Neonazis setzen auf Tarnlisten bei den Kommunalwahlen, Die Strategie der NPD. 26.04.2019. URL: <https://www.belltower.news/die-strategie-der-ncp-neonazis-setzen-auf-tarnlisten-bei-den-kommunalwahlen-84371> (letzter Zugriff: 09.08.2021).
- Backhaus-Maul, Holger/Speth, Rudolph (2020). Bürgerschaftliches Engagement und zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland. 16.11.2020. URL: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/langewege-der-deutschen-einheit/47178/engagement> (letzter Zugriff: 18.09.2021).
- Baum, Hans-Rainer (1993). *Geschichte der Sozialdemokratie im Raume Wurzen-Grimma-Oschatz: ein Beitrag zur sozialdemokratischen Regionalgeschichte*. Leipzig: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Bernt, Matthias/Holm, Andrej (2020). Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen. Plädoyer für eine neue politisch-institutionelle Perspektive auf ostdeutsche Städte. *sub.urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 8 (2020) 3, 97–114.
- Borstel, Dierk (2005). Rechtsextremismus im kommunalen Nahraum – Situation und Perspektiven für die Gestaltung der Zivilgesellschaft. In Gudrun Heinrich (Hrsg.), *Beiträge zu Fragen von Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung Heft 25* (51–58), Rostock. Universitätsdruckerei Rostock.
- Borstel, Dierk (2016). Zivilgesellschaft in dörflichen Kontexten – eine ostdeutsche Perspektive. In Elke Becker/Enrico Gualini/Carolin Runkel/Rupert Graf Strachwitz (Hrsg.), *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement* (S. 85–98). Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Botsch, Gideon (2012). *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Buhmann, Noah (2019). *Der bürgerlich-liberale Antirassismus des deutschen Staats und seine Widerspiegelung in der rassismuskritischen Bildungsarbeit*. Masterarbeit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (unveröffentlicht).
- Burschel, Friedrich/Schubert, Uwe/Wiegel, Gerd (Hrsg.) (2013). „Der Sommer ist vorbei ...“ Vom Aufstand der „Anständigen“ zur „Extremismus“-
- Klausel. Beiträge zu 13 Jahren „Bundesprogramme gegen Rechts“*. Münster: Ed. Assemblage.
- Claus, Robert (2018). Der extrem rechte Kampfsportboom. 05.11.2018. URL: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/279552/der-extrem-rechte-kampfsportboom> (letzter Zugriff: 18.09.2021).
- chronik.LE (2020a). Neues Forum, alter Inhalt. In chronik.LE (Hrsg.), *Rechtsaußen in der Kommunalpolitik. Berichte und Analysen zur AfD in Leipzig und Umgebung* (38–41). Leipzig.
- chronik.LE (2020b). „Neues Forum für Wurzen“ diffamiert Wurzen Zivildgesellschaft. 14.04.2020. URL: <https://www.chronik-le.org/ereignis/neues-forum-wurzen-diffamiert-wurzen-zivilgesellschaft> (letzter Zugriff: 18.09.2021).
- chronik.LE (2020c). Kundgebung zu Corona in Wurzen. 08.05.2020. URL: <https://www.chronik-le.org/ereignis/kundgebung-corona-wurzen> (letzter Zugriff: 18.09.2021).
- chronik.LE (2021). *Über sieben Versammlungen musst du gehen*. 16.05.2021. URL: <https://www.chronik-le.org/ereignis/sieben-versammlungen-gehen> (letzter Zugriff: 18.09.2021).
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2016). Autoritäre Dynamiken: Ergebnisse der bisherigen »Mitte«-Studien und Fragestellung. In Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland* (9–22). Gießen: Psycho-sozial-Verlag.
- Döring, Uta (2008). *Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Engler, Wolfgang (1999). *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*. Berlin: Aufbau Verlag.
- Fischer-Tahir, Andrea/Affolderbach, Friedemann (2004). „Mein Sohn wurde von Rechten zusammengeschlagen.“ *Wahrnehmungen und Deutungen zum Thema Rechtsextremismus. Das Beispiel Wurzen*. Wurzen: Kulturbüro Sachsen e.V.
- Günther, Wolfgang (2020). Sächsische Arbeitsmarktpolitik 1990–2019. In Johannes Kiess (Hrsg.), *Sachsen in Arbeit. Trends und Analysen der sächsischen Arbeitswelt*. Leipzig: edition überland.
- Intelmann, Dominik (2020). Kapitalmangel und Transferabhängigkeit. Zur Politischen Ökonomie Ostdeutschlands. Regionalentwicklung in Ostdeutschland. In Sören Becker/Matthias Naumann (Hrsg.), *Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie* (99–110). Berlin/Heidelberg. Springer Spektrum.
- Jennerjahn, Miro (2009). Programme gegen Rechtsextremismus vor Ort – das Fallbeispiel Wurzen. In Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten*

- (S. 497–532). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Klein, Ansgar (2018). Zivilgesellschaft. In ARL-Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung* (3001–3006). Hannover: ARL-Akademie für Raumforschung und Landesplanung.
- Klinkhardt, Richard (2005). *Die Wurzenener Industrie 1797–2002*. Markkleeberg: Sax Verlag.
- Kontraste (1998). Schläger, Hetzer und Ideologen in Sachsen: Kulturrevolution von rechts? Kontraste, 03.12.1998. URL: <https://www.rbb-online.de/kontraste/ueber-den-tag-hinaus/extremisten/schlaeger-hetzer.html> (letzter Zugriff: 09.08.2021).
- Kummel, Olivia (2020). Zwischen Mitgestaltung und Alltagsdruck: Herausforderungen zivilgesellschaftlich Engagierter zur (Wieder)Belebung einer Kleinstadt in Ostdeutschland. *Raumforschung und Raumordnung/Spatial Research and Planning*, 78 (2020) 4, 361–376.
- Lessenich, Stephan (2018). Die ewige Mitte und das Gespenst der Abstiegsgesellschaft. In Nadine M. Schöneck/Sabine Ritter (Hrsg.), *Die Mitte als Kampfform: Wertorientierungen und Abgrenzungspraktiken der Mittelschichten* (S. 163–169). Bielefeld: transcript.
- Lorenzer, Alfred (1986). Tiefenhermeneutische Kulturanalyse. In Ders., *Kultur-Analysen. Psychoanalytische Studien zur Kultur*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Mai, Manfred (2012). Die politischen Dimensionen der Zivilgesellschaft. *Sozialwissenschaften und Berufspraxis*, 2 (2012), 50–75.
- Merker, Henrik (2018). „Wir können hier nicht bleiben“. Angriff auf Flüchtlinge in Wurzen. *taz online*, 15.01.2018. URL: <https://taz.de/Angriff-auf-Fluechtlinge-in-Wurzen/!5474434/> (letzter Zugriff: 18.09.2021).
- NDK Wurzen: Chronik ganz weit rechts. URL: <https://www.ndk-wurzen.de/was-wir-machen/dokumentation/> (letzter Zugriff: 31.01.2022).
- Olk, Tomas/Gensicke, Thomas (2014). *Bürgerchaftliches Engagement in Ostdeutschland. Stand und Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Priemer, Jana/Krimmer, Holger/Bachhaus-Maul, Holger/Hehl, Lina/Speth, Rudolph/Sydlak, Tim/Wolfradt, Louis (2021). *Engagement in Sachsen. Wofür sich Menschen einsetzen und welchen Rahmen es braucht*. Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.
- Probst, Lothar (2005). Chancenstrukturen für bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland in: in: Gudrun Heinrich (Hrsg.), *Beiträge zu Fragen von Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung Heft 25* (S. 11–22), Rostock. Universitätsdruckerei Rostock.
- Rink, Dieter (2020). Schrumpfung und Stadtbau als zentrale Themen der Forschung zu Städten in Ostdeutschland. Kommentar zu Matthias
- Bernt und Andrej Holm „Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen“ *sub.urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 8 (2020) 3, 137–144.
- Richter, Saskia (2016). Zivilgesellschaft – Überlegungen zu einem interdisziplinären Konzept. 08.03.2016. URL: <https://docupedia.de/zg/Zivilgesellschaft> (letzter Zugriff: 31.08.2021).
- Statistisches Landesamt des Freistaats Sachsens, GENESIS-Online. Statistische Daten aufgeschlüsselt nach Gemeinde. URL: <https://www.statistik.sachsen.de/genonline/online> (letzter Zugriff: 24.09.2021)
- Statistisches Landesamt des Freistaats Sachsens. Regionaldaten Gemeindestatistik Sachsen. URL: <https://www.statistik.sachsen.de/Gemeinde-tabelle/jsp/GMDAGS.jsp?Jahr=2020&Ags=14729410> (letzter Zugriff: 12.08.21).
- Sächsisches Staatskanzlei. Demografiemonitor Sachsen. URL: <https://www.demografie.sachsen.de/monitor/html/atlas.html> (letzter Zugriff: 24.09.2021).
- Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2020). *Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2019*. Dresden: Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen.
- Sächsische Staatsregierung (2016). Tillich: „Abwehrkräfte gegen Rechtsextremismus stärken“. 29.02.2016. URL: <https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/202293> (letzter Zugriff: 24.09.2021).
- Salzborn, Samuel (2020). *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. 4. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Schlegelmilch, Cordia (2020). Wurzen. Ankunft in einer anderen Zeit: Die 1990er Jahre. Brandis: Sax-Verlag.
- Schulten, Thorsten/Lübker, Malte/Bispinck, Reinhard (2019). Tarifverträge und Tariflucht in Sachsen. *WSI-Study*. URL: https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_studies_19_2019.pdf (letzter Zugriff: 13.09.2021).
- Simon, Titus (2021). Rechtsextreme und rechtspopulistische Vormachtstellungen in prekären ländlichen Räumen. In Lynn Berg/Jan Üblacker (Hrsg.), *Rechtes Denken, rechte Räume?* (S. 155–176). Bielefeld: transcript-Verlag.
- Skaun, Wolf (2015). Wurzens Wendegeschichte 1989/90. Eine komprimierte Darstellung der Ereignisse. *Sächsische Heimatblätter*, 61 (2015) 3, 278–284.
- Steinitz, Klaus/Troost, Axel (2018). Versprechen nicht erfüllt – zur wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschland seit dem Herbst 1989. *ANALYSEN (48)*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Ulrich, Sarah (2019). Rechte Szene in Wurzen bei Leipzig: Rechts der Mulde. *taz online*, 26.08.2019. URL: <https://taz.de/Rechte-Szene-in-Wurzen-bei-Leipzig/!5620552/> (letzter Zugriff: 20.09.2021).



Skepsis im Großen, Engagement im Kleinen

Demokratisches Engagement in Betrieb und Nachbarschaft
in Sachsen

**ERWERBSARBEIT, GESELLSCHAFTSBILDER UND DEMOKRATISCHES
ENGAGEMENT**

Der Erwerbsarbeit kommt eine große Bedeutung für die gesellschaftliche Integration und die soziale Identität zu. Alltägliche Erfahrungen im Arbeitsleben prägen das Denken und können sowohl demokratische Einstellungen befördern (Kiess/Schmidt, 2020) als auch einen Nährboden für rechtsextreme und autoritäre Orientierungen bilden (Sauer et al., 2018; Dörre et al., 2018; Hilmer et al., 2017). Basierend auf einer qualitativen Untersuchung zu Gesellschaftsbildern von Beschäftigten und Erwerbslosen widmen wir uns diesem Zusammenhang und stellen Ergebnisse einer Teilauswertung von zwölf problemzentrierten, leitfadengestützten Interviews vor, die in den Jahren 2017 und 2018 in Sachsen durchgeführt wurden. Dabei handelt es sich um sechs Interviews mit unbefristet Beschäftigten im Versandhandel (fünf Männer, eine Frau; codiert als VH6 bis VH11), die gewerkschaftlich organisiert sind und sich an Streiks beteiligen, sowie um sechs Interviews mit (Langzeit-) Erwerbslosen (zwei Männer, vier Frauen; codiert als B1 bis B6), die regelmäßig ein Stadtteilzentrum besuchen und sich zum Teil dort auch sozial engagieren. Das Alter der Befragten reicht von 30 bis 60 Jahren. Schlechte Arbeitsbedingungen, mangelhafte Mitbestimmung am Arbeitsplatz und/oder Prekarisierungs- und Ohnmachtserfahrungen sind für die Befragten der Auslöser ihres Engagements in einer Gewerkschaft bzw. im Stadtteilzentrum.

Die Interviews wurden im Rahmen einer Studie zu Gesellschaftsbildern von Lohnabhängigen erhoben. Insgesamt wurden hierbei

zwischen 2017 und 2019 94 Interviews mit Beschäftigten verschiedener Branchen und Erwerbslosen in Ost- und Westdeutschland geführt.¹ Sowohl die hier vorgenommene Teilauswertung als auch die ursprüngliche Studie stehen in der Tradition der Forschung zu Lohnabhängigenbewusstsein und Gesellschaftsbildern (Popitz et al., 1957; Dörre/Happ/Matuschek, 2013), die sich die Analyse des Stellenwerts der Erwerbsarbeit für soziale Identität zur Aufgabe gemacht hat, sowie der Prekaritätsforschung (Castel/Dörre, 2009). Zentral ist dabei dasjenige Bild der Gesellschaft, das sich Einzelne vor dem Hintergrund der Erfahrungen des eigenen Lebens machen, und damit auch die Verbindung der „kleinen“ Lebenswelt der Einzelnen mit der „großen“ Welt der Gesellschaft. Da wir die komplexen Gesellschaftsbilder im Rahmen dieses Beitrags nicht vollumfänglich rekonstruieren können, beschränken wir uns hier auf die Teilaspekte Selbstverortung in der Gesellschaft, Zugehörigkeit und Solidarität, Veränderbarkeit und eigene Handlungsfähigkeit sowie politische Repräsentation. Im Folgenden beschreiben wir zunächst die Erwerbs- und Lebenssituation der beiden Befragtengruppen und analysieren die Bedeutung des gewerkschaftlichen und sozialen Engagements. Im Sinne des Konzepts des Gesellschaftsbildes versuchen wir ausgehend von den berichteten Alltagserfahrungen der Befragten ihre Vorstellungen von der Gesellschaft nachzuzeichnen und Verbindungen zwischen der „großen“ und der „kleinen“ Welt zu beleuchten, wobei wir besonderes Augenmerk auf die politischen Ansichten legen. Zum Schluss fragen wir, was die Lebenssituation, die Ansichten und das Engagement der Befragten für die sächsische Demokratie bedeuten.

1) Es handelt sich dabei um das Forschungsprojekt „Das Gesellschaftsbild des Prekariats“, Teilprojekt des vom BMBF geförderten Verbundprojektes „Neue Konturen von Arbeit und Produktion – Interdisziplinäres Zentrum für IT-basierte qualitative arbeitssoziologische Forschung“ (eLabour), das am Arbeitsbereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena durchgeführt wurde. Projektleiter war Prof. Dr. Klaus Dörre, als wissenschaftliche Mitarbeitende waren Jakob Köster, John Lütten und Sophie Bose beteiligt. Neben der konkreten beruflichen Tätigkeit, der Erwerbsbiografie und der betrieblichen Situation behandelten die Interviews zur Erfassung der Gesellschaftsbilder u. a. Gerechtigkeits- und Zukunftsvorstellungen, Haltung zu gesellschaftlichen Hierarchien, Fragen der politischen Repräsentation und gesellschaftlichen Selbstverortung. Die Interviews wurden mittels qualitativer Inhaltsanalyse ausgewertet (Mayring, 2016). Ziel ist es, Strukturen der Gesellschaft zu rekonstruieren, die sich im alltäglichen Handeln und den subjektiven Deutungen der Einzelnen zeigen (Przyborski/Wohlrab-Sahr, 2010, 32).

LEBENS- UND ERWERBSITUATION UND DIE BEDEUTUNG DES ENGAGEMENTS: EMPIRISCHE BEFUNDE

DISKONTINUIERLICHE ERWERBSVERLÄUFE ALS OSTDEUTSCHE NORMALITÄT

„Weil das hier im Osten in jeder Familie mindestens zwei oder drei Leute betrifft.“

Alle Befragten blicken auf ein unstetes Erwerbsleben zurück. Sie haben vielfach Umschulungen, Phasen längerer Erwerbslosigkeit, gescheiterte Selbstständigkeit, Zeit- oder Leiharbeit erlebt. Im Unterschied zu den Aktiven im Stadtteilzentrum ist den Beschäftigten im Versandhandel nach großen Anstrengungen der Schritt in die unbefristete Vollzeitanstellung gelungen.

Die eigenen wechselhaften erwerbsbiografischen Erfahrungen bringt ein Großteil der Befragten zum einen mit den Umbrüchen der 1990er Jahre in Verbindung: massenhafte Entlassungen nach Betriebs-schließungen, die Entwertung von in der DDR erworbenen Qualifikationen sowie die langanhaltende ökonomische Strukturschwäche in den neuen Bundesländern. Zum anderen spielen in der Wahrnehmung auch die Niedriglohnpolitik und die späteren Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 eine große Rolle. Zwar habe die Wende ein insgesamt höheres Wohlstandsniveau sowie politische und geistige Freiheiten gebracht; der Blick der Befragten auf die Entwicklungen in der Arbeitswelt fällt jedoch ernüchternd aus. So fühlt sich eine über 50-jährige Beschäftigte im Versandhandel, die seit 1990 knapp 30 verschiedene Arbeitgeber zählt, als Angehörige einer „Generation, die die Wende bezahl[t]“ (VH9), und drückt damit eine im Sample verbreitete Einschätzung aus.

Tatsächlich hatte der ostdeutsche Teil der Gesellschaft nach der Wende über fast 20 Jahre hinweg mit einer sehr hohen Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Allein bis 1992 wurden in den neuen Bundesländern mehr als eine Million Menschen arbeitslos, und zwischen 1997 und 2006 war fast jeder fünfte Ostdeutsche im erwerbsfähigen Alter ohne Arbeit (Röbenack, 2020). Ab 2006 sank die Erwerbslosenquote infolge der Deregulierung des Arbeitsmarkts durch die Arbeitsmarktreformen der

Agenda 2010 und den damit verbundenen Ausbau des Niedriglohnsektors sowie der Ausweitung von Leih- und Zeitarbeit. Erst im Jahr 2016 unterschritt sie im Jahresdurchschnitt die 10-Prozent-Marke.

Inzwischen hat sich die Lage am Arbeitsmarkt grundlegend geändert. Während die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im November 2019 nur noch bei 6% (Deutschland: 4,8%), in Sachsen sogar bei 5% lag (Röbenack, 2020), herrscht in manchen Branchen – insbesondere in peripheren Regionen – mittlerweile Fachkräftemangel (Schmalz et al., 2017, 11–13). Dennoch zeigen sich noch heute erhebliche Ost-West-Unterschiede bei Löhnen und Arbeitsbedingungen. Der durchschnittliche Lohnrückstand von Ost- zu Westdeutschland beträgt knapp 17%, in Sachsen sogar 18,2% (HBS, 2019). Gerade einmal 39% der sächsischen Beschäftigten sind durch einen Tarifvertrag geschützt, eine Zahl, mit der Sachsen im Bundesvergleich die Schlusslichtposition einnimmt (Ost: 46%, West: 57%; Schulzen et al., 2019, 11).

ARBEITSBEDINGUNGEN IM VERSANDHANDEL

„Das Gehirn im Spind ablegen und dann einfach nur funktionieren wie Roboter.“

Kennzeichnend für die Logistiklager des Online-Versandhandels ist die Kombination aus Einfacherarbeit ohne große Qualifikationsanforderungen und dem massiven Einsatz digitaler Technologie zur Steuerung und Überwachung von Arbeitsabläufen (Altenried, 2017; Butollo et al., 2018). Kurze Anlernzeiten und hohe Fluktuation in Verbindung mit einem hohen Anteil befristeter Arbeitsverträge und der Nutzung von Leiharbeit sind typisch (Butollo/Koopp, 2020). So haben auch alle von uns Befragten erst nach mehrfachen Befristungen eine Festanstellung erhalten. Während die Beschäftigungsverhältnisse an sich nicht mehr von Prekarität² geprägt sind, hat die Arbeit weiterhin hohe körperliche und psy-

2) Prekarität verweist als relativer Begriff auf die Unterschreitung gesellschaftlicher Normalitätsstandards hinsichtlich der Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen sowie auf subjektiv wahrgenommene Sinnverluste, Anerkennungsdefizite und Planungsunsicherheit. Prekarisierung bezeichnet demgegenüber die Rückwirkung prekärer Beschäftigungsverhältnisse eines Teils der Beschäftigten auf die (noch) nicht davon Betroffenen in Form von verschärfter Konkurrenz und Disziplinierungseffekten – wenn etwa durch

chische Belastungen zur Folge (körperliche Anstrengung, Monotonie, Schichtarbeit mit negativen Auswirkungen auf das Privatleben). Die Entlohnung ist zwar durchaus besser als in anderen ungelerten Tätigkeiten in Sachsen, aber dennoch relativ niedrig. Der Einschätzung der Befragten nach komme man damit als alleinstehende Person über die Runden, aber es sei schwierig, wenn mehr als eine Person vom Gehalt abhängt. Problematisch sei neben der als ungerecht wahrgenommenen Entlohnung auch die durch Schichtarbeit bedingte Arbeitszeit. Darüber hinaus empfinden die Befragten ihre Tätigkeit ausnahmslos als wenig befriedigend bis sinnlos. Dementsprechend ist ihr Verhältnis zur Arbeit beim Versandhändler ein rein instrumentelles. Nicht zuletzt sei das Beschäftigungsverhältnis geprägt von mangelnder Wertschätzung und Mitbestimmung sowie einer „Willkür des Arbeitgebers“ (VH10). Daneben sind es vor allem die Themen ungerechte Entlohnung und Arbeitszeit, die die Befragten dazu motivieren, sich am Streik zu beteiligen. Gleichzeitig formulieren einige von ihnen eine grundsätzliche Kritik am Geschäftsmodell des Unternehmens: Dieses sei davon geprägt, „auszupressen, was auszupressen geht, und dann wie eine Wanderheuschrecke in Afrika irgendwie weiterzuziehen und ein kahles Land zurückzulassen“ (VH10). Auf Kosten von Umwelt und Arbeitnehmenden „befriedigt man eigentlich Bedürfnisse, die künstlich herbeigeführt worden sind“ (VH9).

ERFAHRUNGEN DER (LANGZEIT-)ERWERBSLOSIGKEIT

„Ich will mal leben und keine blöden Widersprüche schreiben.“

Im Unterschied zu den Beschäftigten im Versandhandel sind die sechs Befragten des Stadtteilzentrums von staatlichen Transferzahlungen abhängig. Eine Befragte bezieht zum Erhebungszeitpunkt Arbeitslosengeld I (B3), ein nach Deutschland Geflüchteter wartet auf eine Arbeitserlaubnis (B2), vier Personen sind als Langzeiterwerbslose ohne

den Einsatz von Leiharbeit Druck auf Stammebelegschaften ausgeübt wird (Brinkmann et al., 2006). Auch die sogenannte aktivierende Arbeitsmarktpolitik (Hartz IV) trägt zu Disziplinierungs- und Spaltungseffekten bei, indem Erwerbslose in einem System ständiger „Bewährungsproben“ gezwungen werden, nahezu jegliche Beschäftigung auch zu deutlich schlechteren Bedingungen anzunehmen. Im Ergebnis entsteht eine „prekäre Vollerwerbsgesellschaft“ (Dörre et al., 2013).

Aussicht auf reguläre Beschäftigung in Maßnahmen des Jobcenters tätig (B1, B4, B5, B6) und beziehen Arbeitslosengeld II. Zwei Befragte waren in der Vergangenheit mit Wohnungslosigkeit und Drogenabhängigkeit konfrontiert (B1, B6). Fünf der Befragten berichten von schweren körperlichen und/oder psychischen Erkrankungen (B1, B3, B4, B5, B6).

Ihre Erfahrungen mit dem Jobcenter und den Sozialämtern schildern sie als fremdbestimmt und demütigend. Die Befragten äußern ihre Verzweiflung beim zeitaufwändigen Ausfüllen von Anträgen und Schreiben von Widersprüchen und eine Befragte berichtet, dass sie zuweilen das Gefühl habe, „die setzen direkt ein paar Studierende in den Raum: Denkt euch einmal aus, wie wir das so kompliziert machen können, dass die nicht durchblicken. [...] Und dann geben wir denen noch tausend Papiere mit. In einer Amtssprache, die selbst eine alteingesessene Deutsche wie ich nicht versteht.“ (B3)

Zudem erschweren Langzeiterwerbslosigkeit und die damit verbundene relative Armut ihre soziale Teilhabe und wirken isolierend. Es wird etwa davon berichtet, dass die eigenen Kinder nicht an der Klassenfahrt teilnehmen konnten, weil der dafür vorgesehene Betrag zu spät ausgezahlt wurde (B6). Das Stadtteilzentrum ist der Ort, an dem Betroffene sich gegenseitig helfen und die bedeutsame Erfahrung machen, dass sie in dieser Lage nicht allein sind.

SELBSTVERORTUNG DER VERSANDHANDELSBESCHÄFTIGTEN UND BEDEUTUNG DES GEWERKSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS

Die „Ameise“, die „einen Befehl empfängt und ausführt“.

Die Beschäftigten im Versandhandel sehen sich als unbefristete, sozial abgesicherte Arbeitnehmende in der Mittelschicht, allerdings eher am unteren Ende. Da sie Leiharbeit und Erwerbslosigkeit aus eigener Erfahrung kennen und sich mit ihrer ungelerten und gesellschaftlich wenig anerkannten Tätigkeit sowie ihrem unterdurchschnittlichen Gehalt als „kleine Leute“ (VH6, VH10, VH8) in sozialer Nähe zur Unterschicht befinden, sehen sie sich dazu genötigt, sich von dieser abzugrenzen. Nicht die Höhe des verfügbaren Einkommens, sondern die mit Stolz betonte Unabhängigkeit von staatlichen Sozialtransfers sowie der ge-

regelte Tagesablauf unterscheide sie von denen „unten“. Dabei finden sich abwertende Anklänge, wenn einem Teil der Sozialtransferabhängigen vorgeworfen wird, sie hätten sich in der Passivität eingerichtet und strebten den Schritt in die geregelte Erwerbsarbeit gar nicht mehr an (VH8, VH9, VH10).

Mit dem Bild der „Ameise“ (VH9) oder der reinen Arbeitskraft, „die ihren Kopf mehr oder weniger nicht braucht“ (VH8), beschreiben die Versandhandelsbeschäftigten ihren Arbeiterstatus. In dieser negativen Beschreibung spiegelt sich die gesellschaftliche Abwertung dieser Tätigkeiten, aber auch die eigene Distanz zu ihrer als monoton und sinnlos empfundenen Arbeit und zu ihrem Unternehmen wider. Wenn gleich im produzierenden Sektor Rudimente eines traditionellen Produzentenstolzes noch zu finden sind, gründen sich auf den Arbeiterstatus nur noch selten positive Identitäten. Trotzdem erleben die Befragten im Versandhandel Stärke und Solidarität in jenem Teil der Belegschaft, der sich gewerkschaftlich engagiert und an Streiks beteiligt. Keiner unserer Befragten identifiziert sich auch nur in Ansätzen mit dem Unternehmen oder der eigenen Arbeit; sie verstehen sich jedoch sehr wohl als kämpferische Streikende oder Gewerkschafter, die einen Betriebsrat „knallhart erkämpft“ (VH9) und dem Management auf der „Teppichetage“ (VH10) zwar noch immer keinen Tarifvertrag, aber doch Lohnerhöhungen abgerungen haben. Indem sie sich gegen die schlechten Arbeitsbedingungen wehren, erheben sie sich aus der Anonymität, die ihnen der Arbeiterstatus auferlegt. So sind zwei Interviewpartner stolz darauf, dem Management persönlich bekannt zu sein, weil sie sich mit ihm „anlegen“ (VH11) und es „permanent unter Druck setzen“ (VH7).

Wird von einzelnen Befragten im Plural formuliert („wir“), so umfasst dies zum einen inklusiv alle Beschäftigten, die sich gegen das Management zusammenschließen, unabhängig von Herkunft und Beschäftigungsverhältnis. Zum anderen weist es – in Ansätzen – mitunter auch über die Belegschaft hinaus: Einzelne Befragte verorten sich in der gleichen Situation wie Lohnabhängige anderer Bereiche. Dass sie sich als Streikende als Teil einer solidarischen Gemeinschaft sehen und ein kämpferisches Selbstbewusstsein entwickeln, ist dabei das Verdienst der Gewerkschaft. Bei Gewerkschafts- und Streikaktionen wird Solidarität allmählich hergestellt; angesichts der heterogenen Belegschaft (diverse Nationalitäten, Leih- und Festbeschäftigte) ist ein Zusammengehörigkeitsgefühl keineswegs selbstverständlich. Gewerkschaften sind

in der Region – trotz einer Zunahme von Arbeitskämpfen in den letzten Jahren – seit 30 Jahren wenig durchsetzungsfähig; in den 1990er Jahren haben sie im Osten wie im Westen sehr viele Mitglieder verloren (Dörre et al., 2017, 49–51). So hätte eine ältere Befragte sich „überhaupt nie vorstellen“ können, nach der Wende „jemals in einer Gewerkschaft“ zu sein (VH9); bei nur einem Befragten gehört die Gewerkschaftsmitgliedschaft traditionell und familiär dazu.

Das beschriebene inklusive Verständnis von Solidarität ist allerdings nicht gefestigt. Zu der schon erwähnten Abgrenzung nach unten tritt gelegentlich – neben einer bei vielen überaus solidarischen Haltung gegenüber Geflüchteten – eine Abgrenzung gegen die „fremden Kulturen, die nicht zu uns passen“ (VH9), und der Wunsch, dass man sich statt ihrer „erst mal um die eigenen Leute kümmert“ (VH8; auch: VH10). Das von wenigen formulierte abstrakte Bewusstsein, mit anderen Lohnabhängigen im selben Boot zu sitzen, ist bislang kaum mit entsprechenden, über den Streik für die eigenen Anliegen hinausgehenden Erfahrungen unterfüttert. Zwar gibt es im Streikbündnis auch linke und studentische Unterstützerguppen, diese werden von einem Teil unserer Interviewpartner jedoch mit Skepsis betrachtet: „Da habe ich immer so ein bisschen das Gefühl, wer selber noch nicht gearbeitet hat und sich hier mit der Keule hinstellt und den Arbeitenden sagen möchte, was sie jetzt fordern sollen, finde ich nicht so toll“ (VH8; auch: VH9). Angesichts der sich seit den 1980er Jahren vollziehenden Ausdifferenzierung von Lohnarbeitsverhältnissen (Mayer-Ahuja, 2019, 172–173) und der relativen Schwäche von Gewerkschaften in der Region sind die Ansätze eines allgemeinen Lohnabhängigenbewusstseins dennoch ein beachtlicher Befund.

SELBSTVERORTUNG DER ERWERBSLOSEN UND BEDEUTUNG DES ENGAGEMENTS IM STADTTEILZENTRUM

„Bin ein Mensch wie jeder andere.“

Wenig überraschend verorten sich die Langzeiterwerbslosen im Sample (B1, B4, B5, B6) im gesellschaftlichen „Unten“, grenzen sich aber – wie auch die Versandhandelsbeschäftigten – teils vehement nach „ganz unten“ ab. „Ganz unten“ stünden diejenigen, die im Gegensatz zu ihnen selbst „nicht wollen“ (B6). Im Kontrast dazu werden die eigenen unermüden,

aber bisher erfolglosen Anstrengungen betont, in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu gelangen: „Natürlich bin ich meines Glückes Schmied, aber [...] wenn ich Hilfe brauche und man gibt mir die nicht so in der Form, wie ich es erwarte, dann kann ich auch nicht weiterkommen. [...] Ich will ja arbeiten und habe so nicht die Möglichkeiten“ (B5).

Um ihre Lage und gleichsam die Härte der gesellschaftlichen Konkurrenz zu beschreiben, nutzen einzelne Befragte Formulierungen, die ihre Situation mit dem „Fressen und Gefressenwerden“ in der Natur vergleichen: ein Geflüchteter, der allen „egal“ sei und „wie ein Tier in einem Heim leben“ müsse (B2), oder eine Erwerbslose mit schwacher Position in der „Nahrungskette“ (B4). Mit Nachdruck bestehen die Befragten darauf, dass ihr niedriger sozialer Status nicht mit ihrem Wert als Mensch gleichzusetzen ist. „Ich komme aus der Unterschicht oder noch tiefer. [...] [A]lso nur vom Finanziellen gesehen. Sonst bin ich ganz oben mit dabei. Bin ein Mensch wie jeder andere“, fordert etwa eine Engagierte die von der sozialen Position unabhängige Anerkennung ihres Werts und ihrer Fähigkeiten (B5).

Dem Stadtteilzentrum kommt dabei die große Bedeutung zu, diese Bedürfnisse zumindest zum Teil zu befriedigen. Hier begegnen sich Menschen, die die Erfahrung der (Langzeit-)Erwerbslosigkeit teilen. Mit finanziellen und sozialen Problemen, rechtlichen Fragen und Schwierigkeiten bei Anträgen können sie sich im Stadtteilzentrum gegenseitig helfen und erleben, dass sie nicht allein sind: „Ich weiß ja vieles nur, weil mir das alles passiert ist“, erzählt eine Befragte, die sich in der Antragsberatung engagiert (B4). Ehrenamtlich bieten die Aktiven neben Selbsthilfe und Sozialberatung auch Sprachkurse und regelmäßig warme Küche an. Darüber hinaus sei das Zentrum einfach ein angenehmer Aufenthaltsort, an dem Menschen eigene Ideen in die Tat umsetzen können. Neben den erwähnten Fragen zur Antragstellung geben die Befragten Einsamkeit und psychische Probleme als Gründe für den ersten Besuch des Stadtteilzentrums an, der einige zunächst große Überwindung gekostet habe. Das Stadtteilzentrum sei für sie ein familienähnlicher Ort, an dem sie „Gefährten“ (B4), „Freunde“ (B6, B1) und „Mitkämpfer“ (B3) treffen und das Gefühl hätten, „eine ganz feste Größe“ zu sein, auf die „alle zählen“ (B5). Im Stadtteilzentrum, das unabhängig von Alter, Status oder ethnischer Herkunft einen niedrighschwelligem Zugang bietet, wird inklusive Solidarität gelebt. Nur einer der Befragten, ein Geflüchteter mit guter Ausbildung (B2), der das Stadtteilzentrum

wegen der Deutschkurse besucht, identifiziert sich weniger mit der dortigen Gemeinschaft. Für ihn ist die prekäre Lebenssituation und somit auch der Besuch des Stadtteilzentrums nur ein Übergang, da ein fester Aufenthaltstitel sowie eine Möglichkeit der Fortsetzung der Ausbildung zum Interviewzeitpunkt unmittelbar absehbar ist.

Da im Zentrum der Gesellschaftsbilder-Forschung die Verbindung zwischen der „großen“ und der „kleinen“ Welt steht, interessieren wir uns dafür, ob dem Stadtteilzentrum über den sozialen Nahraum hinaus eine Bedeutung beigemessen wird. Zwei Befragte stellen ihre ehrenamtliche Arbeit in einen größeren Kontext: Eine Person bezeichnet das Stadtteilzentrum als „Gewerkschaft“ und formuliert die Hoffnung, dass diese in Zukunft zu einer großen Bewegung aller Erwerbslosen wachse (B5); für eine andere können Begegnungsorte wie das Stadtteilzentrum langfristig die Gesellschaft verändern: „[J]e mehr solcher Orte [es] gibt wie hier, wo Positives gelebt wird und Soziales gelebt wird als Selbstverständlichkeit und mit offenem Herzen und ehrlich, ich denke, das ist nicht viel. Aber es ist ein Tropfen. Und viele Tropfen sind dann schon wieder eine Pfütze und viele Pfützen ein See [...]“ (B3). Die anderen vier Aktiven stellen über die praktische Alltagsunterstützung hinaus keinen größeren Bezug zur Gesellschaft her. Sie sind beispielsweise durch die eigene schlechte gesundheitliche Lage beeinträchtigt oder gerade erst der Wohnungslosigkeit entkommen. Es füllt sie vollständig aus, ihren Alltag zu bestreiten und ihre Existenz abzusichern, wobei sie das Stadtteilzentrum in hohem Maße auffängt.

Trotz der inklusiv-solidarischen Praxis des Stadtteilzentrums finden sich auch hier Haltungen, die die Exklusivität der eigenen Gruppe betonen. Neben der bereits benannten Abgrenzung nach „unten“ zeigt sich – ähnlich wie bei den Beschäftigten im Versandhandel – eine Abgrenzung nach „außen“, unter den Langzeitarbeitslosen allerdings besonders ausgeprägt in Form einer Ethnisierung des Sozialen (B1, B4, B6): „Nichts gegen Ausländer, überhaupt nicht. Die kriegen gleich mal eine Wohnung. [...] Da fühlt man sich dann als deutscher Bürger ein bisschen veralbert, ne. [...] Gut, das sind auch Menschen. Aber als erstes zählen doch unsere eigenen, ne.“ (B6) Die hier zitierte Befragte hat sich auch schon einmal bei extrem rechts dominierten Anti-Asyl-Demonstrationen umgesehen und erwähnt anerkennend, dass sich dort „die Leute wehren“ (B6). Sie leidet stark unter der Fremdbestimmung der Ämter und hat sich bereits einmal aus Protest vor dem Jobcenter ange-

kettet. Großes Verständnis äußert sie für verzweifelte Attentate von Erwerbslosen auf Jobcenter-Mitarbeitende. Dass sie sich auch für rechte Bewegungen interessiert und rassistische Ressentiments äußert, zeigt die Gefahr an, dass der „Problemrohstoff“ (Dörre et al., 2018) der sozialen Härte ihres Lebens von rechts politisiert wird. Dies gilt, wenngleich nicht im selben Maße, auch für andere Befragte. Dennoch sind rassistische und sozialdarwinistische Orientierungen bei keiner befragten Person gefestigt; sie werden durch praktische Erfahrungen etwa des Zusammenseins mit Geflüchteten im Stadtteilzentrum gebrochen.

VERBINDUNGEN ZWISCHEN DER „GROSSEN“ UND DER „KLEINEN“ WELT

„[D]en Tarifvertrag durchsetzen und vielleicht noch die Welt [...] ein bisschen gerechter machen.“

Wie prägen die dargestellten (erwerbs-)biografischen Erfahrungen die Gesellschaftswahrnehmungen der Befragten? Welche Bezüge stellen sie zwischen der „großen“ und der „kleinen“ Welt her, und welche politischen Ansichten vermitteln zwischen diesen beiden Welten?

- 1.) Zunächst ist festzustellen, dass die Lebensumstände der Befragten beider Gruppen (Schicht- und Nachtarbeit bzw. langjährige Abhängigkeit von staatlichen Transferzahlungen; Armut) soziale Isolation begünstigen. Das Stadtteilzentrum und die gewerkschaftliche Arbeit bilden in diesem Kontext Orte der Begegnung, der Selbstwirksamkeit und der Solidarität, die aber nicht immer inklusiv, sondern auch ausgrenzend gelebt wird.
- 2.) Die Engagementformen unterscheiden sich dabei erheblich. Die gewerkschaftliche Arbeit ist vergleichsweise stark organisiert, während das Stadtteilzentrum einen niedrigschwelligen Rahmen bietet. Die gewerkschaftliche, politische Arbeit prägt die Sichtweisen der Beteiligten auf Politik und Gesellschaft stärker als das lockere, zunächst unpolitische Zusammensein im Stadtteilzentrum. Dies zeigt sich an den im Vergleich zu den relativ ähnlichen Sicht-

weisen der Versandhandelsbeschäftigten (z. B. hinsichtlich Sozial- und Lobbyismuskritik, siehe unten) deutlich heterogeneren Ansichten der befragten Erwerbslosen.

- 3.) Das Engagement ist für die Befragten ein Weg, sich gegen die erlebte Fremdbestimmung (durch Management bzw. Jobcenter) aufzulehnen und nicht den Verhältnissen ausgeliefert zu sein. Das Stadtteilzentrum ermöglicht, dass die vereinzelt und zunächst individuelle Erfahrung der Erwerbslosigkeit als gesellschaftlich bedingte und mit anderen geteilte begriffen wird. Im Versandhandel geht das Engagement in einigen Fällen über das Ziel der Verbesserung der eigenen Situation hinaus, wenn man sich in der Verantwortung für die kommende Generation (VH9) oder alle Lohnabhängigen (VH11) sieht und den Kampf gegen die im Betrieb erlebte Konkurrenz, Entfremdung und Ausbeutung und beispielsweise konkret für einen Tarifvertrag als einen Kampf für eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft begreift (VH7, VH11).
- 4.) Die Sicht auf die „große Welt“ hängt in diesen Fällen eng mit den eigenen (Arbeits-)Erfahrungen in der „kleinen Welt“ zusammen, etwa wenn die kritisierten Missstände im Unternehmen als Symptom gesamtgesellschaftlicher Probleme aufgefasst werden. Verwiesen wird beispielsweise auf eine Dominanz großer internationaler Konzerne gegenüber nationalstaatlicher Regulierung (VH7, VH9, VH11) und Wirtschaftslobbyismus (VH8, VH10). Dies beeinflusst auch die Sicht auf „die Politik“, die in der Wahrnehmung der Beschäftigten diese nicht gegen Willkür und Ausbeutung durch den Arbeitgeber schützt.
- 5.) Bei den Beschäftigten im Versandhandel sind durch die gewerkschaftliche Organisation und Arbeitskämpfe Ansätze eines allgemeinen Lohnabhängigenbewusstseins entstanden. Dieses ist aber widersprüchlich und fragil, da sich die Befragten nicht nur nach „oben“, sondern auch nach „unten“ und in Teilen außerdem nach „außen“ abgrenzen und gelegentlich verschwörungsideologische Denkmuster aufweisen (VH7, VH9, VH10, siehe unten).
- 6.) Die Befragten nehmen sich im Kleinen durchaus als selbstwirksam wahr, erleben sich im Großen jedoch als weitgehend ohnmächtig, wie es eine Besucherin des Stadtteilzentrums auf den Punkt bringt: „Man lebt ja doch irgendwie nur vor sich her. Und kann nichts machen, nichts beeinflussen“ (B5). Alle Angehörigen beider Be-

fragtengruppen fühlen sich politisch nicht oder nur unzureichend repräsentiert und trauen dem politischen Personal wenig Problemlösungskompetenz zu.

- 7.) Die in unterschiedlichen Abstufungen, aber doch von allen geäußerte Distanz zur etablierten Politik ist dabei zu erheblichen Teilen Ausdruck der Wahrnehmung, dass diese die Befragten nicht vor Ausbeutung schütze bzw. ihnen in ihrer schwierigen sozialen Lage nicht helfe. Demokratie ende dort, wo Wirtschaftsinteressen beginnen, so die einhellige Auffassung. Wenn in diesem Zusammenhang Politikerinnen und Politiker als „Marionetten“ bezeichnet und das Praktizieren von „Zensur“ oder die Erteilung von „Maulkörben“ behauptet werden (VH7, VH9, VH10, B4), radikalisiert sich diese Kritik in verschwörungsideologischer Weise. Auch autoritäre Wünsche nach einem starken Staat, der ohne Demokratie soziale Gleichheit durchsetzt (VH8), können mit dieser Kritik verbunden sein. Die am eigenen Leib erlebte soziale Härte bildet somit einen „Problemrohstoff“, der auch rechtsextrem oder verschwörungsideologisch bearbeitet werden kann.

SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE GELEBTE DEMOKRATIE IN SACHSEN

Auf den ersten Blick mögen unsere Ergebnisse für die demokratische Kultur in Sachsen ernüchternd ausfallen: Verbreitet ist unter den Befragten eine große Distanz zu den Institutionen der parlamentarischen Demokratie, in und von denen sie sich nicht repräsentiert sehen. Gleichzeitig setzen sich die Befragten engagiert im Betrieb oder im Stadtteil für ihre eigenen Belange und die von anderen ein, was sich als gelebte demokratische Kultur im Kleinen verstehen lässt. Hier finden sich Ansätze von Solidarität, Teilhabe und Selbstwirksamkeit. Gerade diese Orte und Organisationen zu stärken, wo sich Menschen begegnen und wo Solidarität „hergestellt“ werden kann, ist aus unserer Sicht deshalb notwendig. Die Ergebnisse unserer Untersuchung zeigen auch, dass Menschen im Bereich der Einfacherarbeit und in Abhängigkeit von staatlichen Transferzahlungen wenig gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten sehen und über keine Öffentlichkeit verfügen. Gewerkschaften und Orte wie das Stadtteilzentrum sind, insofern sie die Verzweiflung und Entfremdung zumindest teilweise auffangen und abmildern können,

daher von großer Bedeutung (vgl. auch Kalkstein, 2021). Sie ermöglichen Partizipation im unmittelbaren Umfeld und die Entwicklung einer solidarischen Grundhaltung, was insbesondere angesichts der kritischen und distanzierten Haltung zum politischen System eine noch größere Bedeutung gewinnt. Allerdings sollten diese Erfahrungen aufgrund der vielfältigen Faktoren für politische Sozialisation nicht überbewertet werden. Trotz gewerkschaftlicher Organisation und Überzeugung ist eine rechte Orientierung nicht ausgeschlossen (Dörre et al., 2018). Ethnisierung des Sozialen, Abwertung von Erwerbslosen und damit „exklusive Solidarität“ finden sich auch unter den Befragten, die sich im Rahmen gewerkschaftlichen oder sozialen Engagements solidarisch zueinander verhalten. Damit ist aus unserer Sicht auch klar, dass für eine lebendige demokratische Kultur eine rein formale Partizipation nicht ausreicht: Sie muss inhaltlich gefüllt und wertebasiert sein. Um etwas an der wahrgenommenen Nicht-Repräsentation zu ändern, müssten Menschen aber über den Nahbereich hinaus erleben, dass sie gesellschaftliche Ungleichheiten und erfahrene Ungerechtigkeiten politisch verändern und beeinflussen können.

Bei allen Widersprüchen und Grenzen sind die Teilhabe im Nahbereich und Organisation in der Erwerbsarbeit wichtige Elemente einer lebendigen Demokratie, deren Bedeutung angesichts der anstehenden gesellschaftlichen Herausforderungen (Digitalisierung, Klimakrise etc.) eher noch zunehmen. In den Konflikten um die Transformation der Gesellschaft geht es nicht zuletzt auch darum, wer eigentlich über die Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels (mit-)entscheiden kann.

LITERATUR

- Altenried, Moritz (2017). Die Plattform als Fabrik. Crowdwork, Digitaler Taylorismus und die Vervielfältigung der Arbeit. In *Prokla* 187, 175–192.
- Brinkmann, Ulrich/Dörre, Klaus/Röbenack, Silke/Kraemer, Klaus/Speidel, Frederic (2006). *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Butollo, Florian/Engel, Thomas/Füchtenkötter, Manfred/Koepf, Robert/Ottaiano, Mario (2018). Wie stabil ist der digitale Taylorismus? Störungsbehebung, Prozessverbesserungen und Beschäftigungssystem bei einem Unternehmen des Online-Versandhandels. In *Arbeits- und Industrie-soziologische Studien* 11 (2018) 2, 143–159.
- Butollo, Florian/Koepf, Robert (2020). Die doppelte Einbettung der Logistikarbeit und die Grenzen prekärer Beschäftigung. In *WSI Mitteilungen* 73 (2020) 3, 174–181.
- Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.) (2009). *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt: Campus.
- Dörre, Klaus/Bose, Sophie/Lütten, John/Köster, Jakob (2018). Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. In *Berliner Journal für Soziologie* 28 (2018) 1–2, 55–90.
- Dörre, Klaus/Goes, Thomas/Schmalz, Stefan/Thiel, Marcel (2017). *Streikrepublik Deutschland? Die Erneuerung der Gewerkschaften in Ost und West*. Frankfurt: Campus.
- Dörre, Klaus/Happ, Anja/Matuschek, Ingo (Hrsg.) (2013). *Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben*. Hamburg: VSA.
- Dörre, Klaus/Scherschel, Karin/Booth, Melanie/Haubner, Tine/Marquardsen, Kai/Schierhorn, Karen (2013). *Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik*. Frankfurt/New York: Campus.
- Hans-Böckler-Stiftung (HBS) (2019). *Osten liegt bei Löhnen und Tarifbindung zurück*. Böckler Impuls 14/2019.
- Hilmer, Richard/Kohlrausch, Bettina/Müller-Hilmer, Rita/Gagné, Jérémie (2017). *Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern*. Working Paper Forschungsförderung Nummer 044 der Hans-Böckler-Stiftung, August 2017. URL: https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_044_2017.pdf (letzter Zugriff: 10.09.2021).
- Kalkstein, Fiona (2021): „Geld lässt ruhiger schlafen, das hab ich erlebt“ – Vereinbarkeit zwischen Mutterschaft und Beruf aus klassensensibler Perspektive. Hamburg: Alma Marta.
- Kiess, Johannes/Schmidt, Andre (2020). Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt: Industrial Citizenship zur Stärkung der Demokratie. In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (119–147). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2019). „Normalarbeitsverhältnis“ – Ein langer Abschied oder: Zeit für einen neuen Aufbruch?. In A. Doris Baumgartner/Beat Fux (Hrsg.), *Sozialstaat unter Zugzwang?* (S. 165–186). Wiesbaden: Springer VS.
- Mayring, Philipp (2016). *Einführung in die qualitative Sozialforschung: Eine Anleitung zum qualitativen Denken*. Weinheim/Basel: Beltz.
- Popitz, Heinrich/Bahrndt, Hans Paul/Jüres, Ernst August/Kesting, Hanno (1957). *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie*. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (2010). *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*. München: Oldenbourg.
- Röbenack, Silke (2020). Der lange Weg zur Einheit – Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland. URL: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-deutschen-einheit/47242/arbeitslosigkeit> (letzter Zugriff: 10.09.2021).
- Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim/Deje, Richard/Müller, Bernhard (2018). *Rechtspopulismus und Gewerkschaften? Eine arbeitsweltliche Spurensuche*. VSA: Hamburg.
- Schmalz, Stefan/Hinz, Sarah/Hasenohr, Anne/Singe, Ingo (2017). Totgesagte leben länger: Demografischer Wandel und Arbeitspolitik in Ostdeutschland. In *Berliner Debatte Initial* 28 (2017) 3, 7–21.
- Schulten, Thorsten/Lübker, Malte/Bispinck, Reinhard (2019). Tarifverträge und Tarifflucht in Sachsen. WSI-Study. URL: https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_studies_19_2019.pdf (letzter Zugriff: 13.09.2021).



Feminismus – ein Fremdwort?

Geschlechterdemokratie und Antifeminismus im Erzgebirge – eine Bestandsaufnahme¹

MOBILISIERUNG MIT ANTIFEMINISMUS – LOKALE UND STRUKTURELLE EINORDNUNG

Im sächsischen Annaberg-Buchholz treffen sich seit 2010 einmal im Jahr Gegnerinnen und Gegner von Schwangerschaftsabbrüchen zum sogenannten Schweigemarsch für das Leben. Bis zu 700 Teilnehmende kamen dafür beim letzten Marsch vor der COVID-19-Pandemie im Mai 2019 in die Kleinstadt im Erzgebirge. Gerahmt wurde die Veranstaltung u. a. durch eine Rede des ehemaligen evangelischen Pfarrers Theo Lehmann. Dieser erklärte 2012 im Rahmen einer öffentlichen Erklärung, dass Homosexualität nicht mit der Bibel vereinbar wäre (Lambeck, 2016). Ferner trat er regelmäßig bei CEGIDA auf, dem Chemnitzer Ableger der rechtsextremen Organisation PEGIDA (Schulz, 2017). Auch zum „Schweigemarsch“ geladen war der Liedermacher Jörg Swoboda, der in seinem Lied „Kindersterblichkeit“ Schwangerschaftsabbrüche in den Kontext des Holocaust setzt (Mönch, 2019). Zum Abschluss sprach einer der Initiatoren der Veranstaltung, Joachim Hadlich, Mitglied des „Fachausschuss Familie“ der AfD-Landesprogramm-Kommission, und begrüßte die verschärfte Gesetzgebung im US-Bundesstaat Alabama (ebd.).

Anhand dieser Beispiele werden persönliche und ideologische Überschneidungen zwischen der antifeministischen „Lebensschutzbewegung“ und der extremen Rechten bereits deutlich. Untersucht werden sie im derzeit laufenden Forschungsprojekt „Geschlechterdemokratie im Erzgebirge“. Was begünstigt die Anschlussfähigkeit der antifeministischen und homofeindlichen Programmatiken und warum erfährt die Gegenwehr der lokalen Bevölkerung und ihr demokratisches und femi-

1) Wir danken an dieser Stelle allen Teilnehmenden für ihr Engagement und ihre Beteiligung an unseren Interviews. Dorothea Föcking und Henriette Rodemerk danken wir für ihre ausgesprochen engagierte Mitarbeit im Forschungsprojekt.

nistisches Engagement so wenig Aufmerksamkeit und Unterstützung? Bevor diesen Fragen im Folgenden nachgegangen wird, möchten wir auf die Bedeutung der „Lebensschutzbewegung“ in Deutschland eingehen und unser Verständnis von Antifeminismus in Verbindung zu Positionen der extremen Rechten diskutieren.

„LEBENSCHUTZBEWEGUNG“

In der BRD entstand die sogenannte Lebensschutzbewegung in den 1970er Jahren als eine Reaktion auf die beginnenden Diskussionen um eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und eine mögliche Reform des § 218 (Achtelik, 2015, 155). Schon die ersten „Lebensschutzgruppen“ sind „als eine konservative, insbesondere antifeministische Gegenbewegung“ zur zweiten Frauenbewegung und den feministischen Kampagnen für eine liberalisierte Abtreibungsgesetzgebung zu verstehen (Knecht, 2006, 154f.).

Das Engagement der heterogenen Bewegung gegen Abtreibungen, sexuelle Freiheiten und die Vielfalt sexuellen Begehrens entspringt in vielen Fällen in Deutschland einer christlich-fundamentalistischen Ideologie (Achtelik, 2015, 156), die sich mit antidemokratischen Einstellungen paart und gegen Aufklärung und Moderne gerichtet ist (Sanders et al., 2014, 94). Das zugrundeliegende patriarchale Familienbild kann sich aus einem „konservativen bis extrem rechten Weltbild“ (ebd.) speisen und bildet daher ein Scharnier vom rechten Rand in die Mitte der Gesellschaft. Abgelehnt werden folglich Homosexualität und jene Familienkonstellationen, die dem Ideal der heterosexuellen Familie, die im besten Fall weiß, deutsch und christlich ist, nicht entsprechen (vgl. Sanders et al., 2014, 42). In ihren Warnungen vor einer „demografischen Krise“ trifft sich die Bewegung mit dem völkischen Nationalismus der Neuen Rechten (vgl. Achtelik, 2015, 157): Das Phantasma, nur die autoritäre Durchsetzung der patriarchalen Familie könne die Menschheit vor dem Untergang retten, teilen beide.

Die öffentlich wirksamen Aktivitäten der selbsternannten „Lebensschützer“ bestehen maßgeblich aus den „Märschen für das Leben“, die in Berlin, Freiburg, Fulda, München, Münster und eben auch dem sächsischen Annaberg-Buchholz im Erzgebirge stattfinden. Daneben gehören die sogenannten Gehsteigberatungen, bei denen Frauen vor Beratungsstellen oder Arztpraxen angesprochen werden, um sie von einem

Schwangerschaftsabbruch abzuhalten, aber auch Strafanzeigen gegenüber Praxen und Kliniken im Rahmen des § 219 zum aktionistischen Programm. Verschiedene „Lebensschutz“-Organisationen betreiben Beratungsstellen und auch wenn sie nicht den gesetzlich erforderlichen Beratungsschein ausstellen, erwecken sie doch den Anschein eine ergebnisoffene Beratung anzubieten (Sanders et al., 2014, 53).² Außerdem sind die christlichen „Lebensschützer“ auch im Erzgebirge sehr aktiv in der Gemeindegarbeit und hier besonders im Bereich der Jugendarbeit engagiert, wodurch eine relativ hohe Beteiligung von Jugendlichen an den entsprechenden „Märschen für das Leben“ erzielt wird (Sanders et al., 2014, 55; Achtelik, 2015, 158).

Aus Gleichstellungsperspektive agiert die „Lebensschutzbewegung“ in einem wichtigen Kampffeld für antifeministische Deutungen und stellt einen konkreten Angriff auf die *sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte* (SRGR)³ von Frauen – und, wie eingangs bereits gezeigt wurde, auch von LSBTIQ – dar. Das geforderte generelle Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen verhindert selbige nicht, sondern führt erwiesenermaßen zu gefährlichen Praktiken des Abbruchs: Schätzungen der WHO zufolge sterben jährlich 47.000 ungewollt Schwangere weltweit, denen ein Zugang zu sterilen Instrumenten und medizinischer Versorgung fehlt (WHO/Gutmacher Institute, 2011). Hinzu tritt die psychologische Belastung durch strafrechtliche Verfolgung und Stigmatisierung derjenigen, die einen illegal durchgeführten Abbruch überleben (AK FE.IN, 2020, 69). Vor diesem Hintergrund von „Lebensschutz“ zu sprechen, mutet seltsam an, denn das Leben der ungewollt Schwangeren wird hier kaum geschützt.

ANTIFEMINISMUS

„Reproduktive, sexuelle und geschlechtliche Rechte sind seit jeher zentrales Aktions- und Kampffeld für Feminist*innen und sexuelle Emanzipationsbewegungen“, konstatiert das *Autor*innenkollektiv* „Feminis-

- 2) Das betrifft auch den 1990 in Leipzig gegründeten *KALEB e.V.*, dessen Arbeit in der MDR Reportage „Schwangere unter Druck“ (MDR Exakt, 2021) kritisch offengelegt wird und der auf der Website des Freistaates missverständlich als Schwangerschafts(konflikt) beratungsstelle gelistet wird (Freistaat Sachsen, 2021).
- 3) Unter dem Überbegriff SRGR werden alle Aspekte reproduktiver Gesundheit und des sexuellen Selbstbestimmungsrechts zusammengefasst. Maßgeblich geht es dabei um die Themen Verhütung, Schwangerschaftsabbruch und Reproduktionstechnologien (Piesche, 2018). Zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Begriff der Selbstbestimmung im Kontext von Schwangerschaftsabbrüchen siehe auch Achtelik (2015).

tische Intervention“ (AK Fe.In, 2020, 68). Eben hier setzt die „Lebensschutzbewegung“ an und versucht feministisch erkämpfte Rechte von Frauen und LSBTIQ zurückzunehmen. Sie ist in diesem Sinne eine antifeministische Bewegung. Doch was verstehen wir darunter?

Antifeministischen Bewegungen verteidigen eine Gesellschaftsordnung, die auf einem hierarchischen Geschlechterverhältnis beruht. Im Falle der „Lebensschutzbewegung“ ist dieses religiös begründet und findet seinen konkreten Ausdruck in der Ehe zwischen Mann und Frau mit biologischem Nachwuchs. Diese Geschlechterordnung samt ihrer männlichen Vormachtstellung wird dabei als ahistorisch und naturhaft dargestellt.⁴ Zentral sind die „natürlichen“ Unterschiede zwischen Männern und Frauen als Grundlage für ihre gesellschaftlichen Rollen. Während der Mann als Beschützer zu dienen hat, wird Frau-Sein untrennbar mit Mutter-Sein verknüpft und Sexualität sollte heterosexuell und familienorientiert sein (Sanders et al., 2014, 23ff.). Feminismus wird zum Feindbild erklärt. Imaginiert wird, dass er die Geschlechteridentitäten von Männern und Frauen zerstöre und zur Auflösung der Familie führe (ebd., 35f.). Sowohl materielle Ressourcen und Rechte von Frauen und LSBTIQ als auch ihre generelle Sichtbarkeit und Repräsentation in der Gesellschaft sind Antifeministinnen und Antifeministen ein Dorn im Auge (ebd., 21). Strategisch fokussiert sich die antifeministische Bewegung dabei auf Gesetzgebungen und realpolitische Maßnahmen, wenn es beispielsweise um konkrete Ressourcen und die Verteilung staatlicher Gelder geht. Im Zuge eines „Kulturkampfes“ wird gleichzeitig ein gesellschaftlicher Wandel angestrebt, der mit dem Kampf um Begriffe beginnt (ebd., 40). Dazu gehört auch die Leugnung von Diskriminierung und Benachteiligung von Frauen und LSBTIQ.

Die Motive antifeministischer Bewegungen sind nicht alleine auf religiöse Weltanschauungen zurückzuführen. Sie finden ihren Ausdruck mitunter in konservativen, männerbündischen, rechtsnationalen, verschwörungsmental und neoliberalen Ausdrucksformen gegen feministische Kämpfe (Höcker et al., 2020, 254). Anhand der teilweise wider-

4) Tatsächlich stammt diese Geschlechterordnung, in der biologisches (sex) und soziales Geschlecht (gender) übereinstimmen und von der Norm her mit heterosexuellem Begehren verbunden sind, aus der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts (AK Fe.In, 2020, 26; ausführlich dazu: Bock, 2000). Die hier umrissene Ordnung ist seit ihrer Entstehung prekär und diente vor allem als Ideal für das aufstrebende Bürgertum. Als solches hatte es auch Einfluss auf die Familien der Arbeiterklasse, war hier aber nicht durchsetzbar, sondern führte zur Doppelbelastung der Frau, die sowohl Lohn- als auch Reproduktionsarbeit leisten musste.

sprüchlichen Delegitimierungen wird deutlich, dass Antifeminismus auch dort analysiert werden kann, wo er sich noch nicht in organisierter Bewegungsform materialisiert hat, sondern lediglich als Einstellung, Ressentiment oder Ideologie in Erscheinung tritt (ebd., 248 ff.).

Trotz ihrer Verwobenheit lohnt sich die Abgrenzung der spezifischen kulturellen, politischen und psychodynamischen Bedeutungen und Funktionen von Antifeminismus, Sexismus und Misogynie (vgl. Höcker et al., 2020, 251 ff.).

MISOGYNIE

Misogynie beschreibt die Vorstellung einer ontologischen Minderwertigkeit von Frauen, die für die Historikerin Ute Planert (1998) einen festen Bestandteil abendländischer Kultur bildet (ebd., 252). Demgegenüber verstehen wir unter dem klassischen Sexismus (ebd., 257) allgemeiner traditionelle und spezifisch heteronormative Rollenzuschreibungen.

SEXISMUS

Sexismus „betont die Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Sinne einer Demonstration der Überlegenheit des Mannes und fixierter Rollenzuschreibungen an Frauen“ (Heitmeyer, 2002, 20).

ANTIFEMINISMUS

Antifeminismus wird definiert als eine organisierte Gegnerschaft zu feministischen Emanzipationsbestrebungen (Lang/Peters, 2018), die sich aktuell meist heteronormativ gegen die Auspluralisierung sexueller, geschlechtlicher und familiärer Lebensformen richtet (ebd.; Maihofer/Schutzbach, 2015; Höcker et al., 2020). Im Sinne eines Ressentiments oder einer Ideologie kann Antifeminismus auch als ein „Symptom“ des Unbehagens in der (Post-)Moderne verstanden werden. Versuche der Emanzipation aus der traditionellen Geschlechterordnung, ihr Wandel und ihre Infragestellung, werden in der antifeministischen Ideologie als Bedrohungen einer vermeintlichen Harmonie wahrgenommen, die bekämpft werden müssen (Höcker et al., 2020, 251 ff.).

Antifeminismus richtet sich ähnlich wie der Antisemitismus gegen das Versprechen einer egalitären und pluralistischen gesellschaftlichen Modernisierung und stellt Reaktionen „auf widersprüchliche gesellschaftliche Prozesse dar, durch die traditionelle Verhältnisse aufgebrochen und Menschen in ambivalenter Weise aus diesen – wenn auch unvollständig – emanzipiert werden“ (Hessel/Misiewicz, 2020, 170). Dabei ist der Antifeminismus als antimodernes Ressentiment mehrfach attraktiv: Es werden Sehnsüchte nach einer traditionellen Ordnung erfüllt, in der vermeintlich harmonische und widerspruchsfreie Geschlechterrollen und Familienbilder bestanden hätten; „Schuldige für die komplexen Anforderungen moderner Geschlechterspannungen identifiziert (z.B. Feministinnen und jüdische Eliten)“ sowie „das stabilisierende Identitätsangebot (Geschlechterrollen) geschützt“ (Höcker et al., 2020, 253, 267). In der Leipziger Autoritarismus Studie 2020 wurde mit den Möglichkeiten der empirischen Einstellungsforschung gezeigt, dass antifeministische Ressentiments in allen Bereichen der deutschen Bevölkerung vorkommen (47,3 % der Männer und 28,7 % der Frauen stimmen mindestens einer antifeministischen Aussage zu). Weiterhin zeigten sich deutliche Zusammenhänge zwischen Antifeminismus mit Verschwörungsmentalität und Autoritarismus sowie mit Rechtsextremismus (ebd., 276).

ERZGEBIRGSKREIS

In unserem Forschungsprojekt fragen wir auch nach den sozialräumlichen Standortfaktoren im Erzgebirge, die Mobilisierungen wie die der „Lebensschutzbewegung“ und den jährlich stattfindenden „Schweigemarsch“ begünstigen. Dabei sind immer auch die Verbindungen zu Netzwerken der extremen Rechten vor Ort zu beachten.

Zum einen finden bundesweit agierende Vereine und Kampagnen im Erzgebirge einen fruchtbaren Boden, zum anderen beeinflussen Gruppierungen aus dem Erzgebirge durch medienwirksame Auftritte und überregionale Vernetzungen rechtsradikale und antifeministische Diskurse (etwa die „Volkstod-Kampagne“). Die Bürgerbewegung *Schneeberg wehrt sich* etablierte bereits im Jahr 2013 Motive und Mobilisierungsstrategien neurechter Bewegungen, wie sie sich in den folgenden Jahren etwa bei PEGIDA wiederfanden (Kulturbüro Sachsen, 2019, 28ff.). Die Chronik der Initiative *Spektrum 360°* listet für das Jahr 2020 über 100 rechtsextreme Vorfälle im Erzgebirgskreis, darunter 10 tätliche

Angriffe auf Linke, Geflüchtete und Journalistinnen und Journalisten (Spektrum 360°, 2021, 14). Überregional beachtet wurde die Ermordung des Homosexuellen Christopher W. durch Rechtsextreme im Jahr 2018 in Aue (Stange, 2019; Unsleber, 2019).⁵ Im Wahlverhalten zeigt sich eine christlich-konservative Orientierung mit Sympathien für rechte Programmatiken. So erreichte die AfD im Erzgebirgskreis bei der Bundestagswahl 2021 einen Zweitstimmenanteil von 30,6% (RND, 2021). Neben der unwidersprochenen Brisanz rechter Netzwerke im Erzgebirge sollte jedoch auch die Demokratiegefährdung durch antifeministische Ideologien berücksichtigt werden. Die Journalistin Jennifer Stange, die sich schon lange mit der „Lebensschutzbewegung“ im Erzgebirgskreis auseinandersetzt, spricht mit Blick auf den Landkreis auch von einer „kulturellen Hegemonie“ (Stange, 2014, 137f.).

SITUATIONS- UND BEDARFSANALYSE

Um ein erstes Bild von den Kontextfaktoren zu gewinnen, die antifeministische Dynamiken im Erzgebirgskreis begünstigen und emanzipatorische Handlungsräume begrenzen, haben wir sieben Experteninterviews geführt. In der Auswahl der Gesprächspartnerinnen und -partner haben wir uns auf die Bereiche Kommunalpolitik, Journalismus, Beratungsarbeit und politische Bildungsarbeit konzentriert und Personen befragt, die in ihrer Arbeit feministische Ziele verfolgen und somit auch potenziell mit antifeministischen Mobilisierungen konfrontiert sind.

UNSERE INTERVIEWPARTNERINNEN UND -PARTNER

- Der Jugendverein *Agenda Alternativ e.V.* organisiert Veranstaltungen im Bereich der politischen Bildungsarbeit für Jugendliche und Erwachsene im Erzgebirgskreis und verfolgt das Ziel, die Auseinandersetzung sowie das Entgegenreten gegenüber Ausgrenzungs- und Unterdrückungsmechanismen zu fördern.

5) In der Eingangsstatistik des Innenministeriums erscheint der Mord an Christopher W. als einziges rechtsextremes Tötungsdelikt im Jahr 2018. Staatsanwaltschaft und Gericht kommen im Juni 2019 allerdings zu dem Schluss, dass weder Hinweise auf einen rechtsextremen Hintergrund der Tat noch auf ein Hassverbrechen bestehen. Die Opferberatungsstelle des RAA Sachsen zeigte sich angesichts dieses Urteils skeptisch, da die rechtsextreme Vergangenheit der Täter bekannt war und ihr Verhalten vor und nach der Tat sowie die Brutalität des Verbrechens gezeigt hätten, dass die Tat aus schwulenfeindlicher und rechtsextremer Motivation begangen wurde (Unsleber, 2019).

- Die Mitarbeiterinnen des Bundesmodellprojekts *Wir vor Ort im Erzgebirgskreis – WILDWASSER Chemnitz, Erzgebirge und Umland e.V.* bieten eine spezialisierte Fachberatung gegen sexuelle Gewalt in Kindheit und Jugend an, um der Unterversorgung an Präventions- und Unterstützungsangeboten für Betroffene im Erzgebirgskreis entgegenzuwirken.
- Simone Lang ist *Vorsitzende des Kreisverbandes der SPD im Erzgebirge*, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und Unterstützerin der Forderung nach einem Frauenschutzhaus im Erzgebirgskreis.
- Suzan Omer arbeitet ehrenamtlich als Sprachmittlerin bei *HELP e.V.* in Aue und hat darüber auch den Interkulturellen Frauentreff des Vereins kennengelernt, wo sich geflüchtete und nicht-geflüchtete Frauen über ihren Alltag austauschen.
- Steve Becker von der *Mobilen Umlandsberatung des different people e.V.* bietet Beratungs- und Unterstützungsangebote zu Fragen rund um die Themen sexuelle Orientierungen, geschlechtliche Identitäten sowie queere Lebensrealitäten an.
- Das *Mobile Beratungsteam des Kulturbüro Sachsen e.V.* bietet Beratungen in Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen an und unterstützt die Stärkung einer demokratischen Alltagskultur vor Ort.
- Die Journalistin Jennifer Stange recherchierte bereits für das Dossier „Evangelikale in Sachsen“ für die Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen zu den Schnittstellen christlich-fundamentalistischer und neurechter Bewegungen (Stange, 2014).

INTERVIEWS ALS AKTIVIERENDE BEFRAGUNG

Ziel unserer Interviews war es, subjektive Handlungsproblematiken in der Arbeitswelt und im zivilgesellschaftlichen Engagement zu erschließen und vorhandenes „Veränderungswissen“ – also in unserem Fall ein Wissen um Möglichkeiten der Intervention und Gegenwehr gegen Antifeminismus und die Wahrnehmung und Gestaltung demokratischer und emanzipatorischer Handlungsräume – zu erschließen. Daher wählten wir einen subjektwissenschaftlichen Ansatz der aktivierenden Befragung (vgl. Reimer-Gordinskaya/Tzschiesche, 2021, 122). Die Grundlage für

die 60- bis 90-minütigen Interviews bildeten problemzentrierte Leitfäden, die in einem semi-strukturierten Vorgehen in Hinblick auf den spezifischen Erfahrungshorizont für jede Person konkretisiert wurden und teilweise biografische Vertiefungen ermöglichten (vgl. ebd., 123).

WAS HEISST ANTIFEMINISMUS?

Das vorerst wichtigste Ergebnis unserer Befragung zeigt sich darin, dass der analytische Begriff „Antifeminismus“ von unseren Interviewpartnerinnen und -partnern selten benutzt wurde und das Begriffsverständnis teilweise Unsicherheiten hervorrief, auch wenn es durchaus zu einer Thematisierung antifeministischer Inhalte und Strukturen kam. *Agenda Alternativ e.V.* führt dazu an, dass die Auseinandersetzung mit Antifeminismus ein Prozess ist, der in der Arbeit ihres Vereins erst in den letzten Jahren angestoßen wurde. Diese Auseinandersetzung sei verbunden mit der Schwierigkeit,

„dass Antifeminismus etwas ist, was man oft nicht ganz so offensichtlich vorgesetzt bekommt. Man muss oft genau gucken, was steckt hinter welcher Aussage, um dann eine Reflexion darüber zu machen, was davon frauenfeindlich und was explizit antifeministisch war“.

Interview: Agenda Alternativ e.V.

In den Interviews herrschte Unsicherheit darüber, ob Äußerungen und Verhalten Misogynie und Sexismus ausdrücken oder darüber hinaus schon als antifeministisch einzustufen sind. So stellt sich *Agenda Alternativ* die Frage: „Fängt Antifeminismus erst da an, wo es zu einer Mobilmachung gegen feministische Positionen kommt?“ Diese Frage zeigt den Bedarf an weiterer theoretischer Klärung. Ihre Beantwortung macht einen analytischen Blick auf die latenten Verschränkungen und Übergänge zwischen Antifeminismus, Misogynie und Sexismus nötig, sowie ein besseres Verständnis dafür, wie sich die organisierte Radikalisierung vollzieht.

FEMINISMUS – EIN FREMDWORT?

Parallel dazu schildert das MBT, dass antifeministische Bezüge auch in der Beratung schwer herauszuarbeiten seien. Der Begriff sei in der

breiteren Wahrnehmung noch nicht angekommen, was auch damit zu tun habe, dass schon der Begriff Feminismus bei vielen Leuten nicht gut ankäme. Auch in der Vereinsarbeit von *Agenda Alternativ* fällt das regional verbreitete Unverständnis für die Notwendigkeit von feministischen Anliegen auf. Simone Lang beschreibt: „Feminismus im Erzgebirge ist noch ein Fremdwort“ (Interview Simone Lang). Die Gleichberechtigung von Frauen, repräsentiert etwa durch ihre Präsenz in der Politik und in Führungspositionen, wird von der SPD-Politikerin als etwas „Modernes“ beschrieben, dem im Erzgebirgskreis mit Unbehagen und Ressentiments begegnet wird. Das steht ihrer Ansicht nach in Verbindung mit einer konservativen Kultur, in der kirchliche Institutionen stark verwurzelt sind und durch die die Verankerung feministischer Positionen erschwert würde. Dabei führe ein konservatives Denken dazu, dass Frauen eher auf eine Rolle als Hausfrau und Mutter verwiesen und damit aus der politischen Arbeit zurückgedrängt würden. So seien es im Erzgebirgskreis überwiegend Männer, die die entscheidungsbefugten Positionen innehaben.

VERLEUGNETE WIRKLICHKEIT: GEWALT GEGEN FRAUEN

Gewalt gegen Frauen und der daraus folgende ungedeckte Bedarf an Schutzräumen und Beratungsangeboten werde eher geleugnet als skandalisiert, so die SPD-Politikerin weiter. Das sei vor allem in ihrem Engagement für ein Frauenschutzhaus deutlich geworden.⁶ Auch die Mitarbeiterinnen des Projekts *Wir vor Ort gegen sexuelle Gewalt im Erzgebirgskreis* schildern:

„Die Entscheidungsträger im Erzgebirge waren bisher der Meinung, egal was Fallzahlen gesagt haben, egal was politische Statistiken gesagt haben, wir brauchen keinen Frauenschutz, weil sexuelle Gewalt gibt es bei uns nicht. Wir haben keine häusliche Gewalt und sexuellen Missbrauch haben wir auch nicht.“

Interview: Wir vor Ort im Erzgebirgskreis – WILDWASSER Chemnitz, Erzgebirge und Umland e. V.

6) In einer Petition forderte der Landesfrauenrat 2018 die Einrichtung eines Frauenschutzhauses im Erzgebirgskreis. Nach langen Auseinandersetzungen wurden zwei Frauenschutzwohnungen eingerichtet. Diese haben jedoch eine verhältnismäßig geringe Kapazität und der Träger einer der Einrichtungen, der *schwach + stark e.V.* weist Verbindungen zur „Lebensschutzbewegung“ auf (Ramczik, 2020).

Wird ein sexueller Übergriff oder Missbrauch offengelegt, so würde der gesellschaftliche Stand einer Person in der jeweiligen Gemeinde entscheiden, wer glaubhaft erscheint. Wenn Sexualität, psychosoziale Probleme und Gewaltverhältnisse wie im Erzgebirge tabuisiert sind und in der Öffentlichkeit nur eingeschränkt thematisiert werden können, begünstigt dies jedoch Gewalt gegenüber Mädchen und Frauen und erschwert Auseinandersetzungen mit verantwortlichen Tätern und Strukturen (vgl. Andresen et al., 2021).

FAMILIE STÄRKEN – VON RECHTS

Traditionelle Wertevorstellungen und Familienideale böten im Erzgebirgskreis auch eine hohe Anschlussfähigkeit für rechtsextreme Positionen, so Steve Becker vom *different people e. V.*:

„Gerade im ländlichen Raum zählen noch bestimmte Werte. Und genau diese Werte (.) pushen rechte Parteien. Zwar mit einem anderen Hintergrund, aber sie pushen diese Werte. Familiärer Zusammenhalt ist so ein Schlagwort.“

Interview: Steve Becker, different people e. V.

Gerade hier spiele Antifeminismus eine entscheidende Rolle in seiner potenziellen Brückenfunktion von konservativen Positionen bis hin zur extremen Rechten, so das MBT. Antifeministische Inhalte sind dazu geeignet, Ungleichwertigkeitsvorstellungen zu verbreiten und mitsamt den entsprechenden Akteuren zu normalisieren. Die Gefahr, die dabei für das demokratische Zusammenleben entstehe, werde unterschätzt.

KÄMPFE UM EMANZIPATION

Immer wieder wurde geäußert, dass es im Erzgebirge mehr Sichtbarkeit von Frauen und Mädchen, von LSBTIQ und vielfältigen Lebens- und Lebensweisen sowie eine Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft braucht. Während viele junge Menschen die Region verlassen, um sich in größeren Städten mehr Freiräume zu schaffen, bedeutet der Alltag für diejenigen, die bleiben, einen permanenten Kampf um Gestaltungsräume und um die Selbstbestimmung ihrer gesellschaftlichen Position. Auch wenn die Resilienz einzelner Frauen beeindruckend ist, wird im

Interview mit *Wir vor Ort gegen sexuelle Gewalt* deutlich, wie sehr es an solidarischen Unterstützungsnetzwerken mangelt:

„Es gibt viele starke Frauen im Landkreis, die sich eben nicht unterkriegen lassen wollen. Da ziehe ich meinen Hut, denn wir kriegen ja mit, welchem Druck sie ausgesetzt sind und welchen Anfeindungen und Anschuldigungen. Ich kann mir das nicht vorstellen, wie es sich anfühlt, wenn dein ganzes Dorf gegen dich ist.“

Interview: Wir vor Ort im Erzgebirgskreis – WILDWASSER Chemnitz, Erzgebirge und Umland e.V.

ANTIFEMINISMUS: EINE BISHER UNTERSCHÄTZTE DEMOKRATIEGEFÄHRDUNG

In der Leipziger Autoritarismus Studie 2020 wurde ein wesentliches Ziel des Antifeminismus benannt: Es geht um die Verhinderung eines demokratischen Prozesses, welcher „die Auspluralisierung und Auflösung der traditionellen Geschlechterordnung sowie Emanzipation von Frauen aus gesellschaftlichen Ungleichheits-, Macht- und Herrschaftsverhältnissen anstrebt“ (Höcker et al., 2020, 276). Antifeminismus richtet sich damit gegen basale demokratische Aushandlungen, wie etwa die Forderung nach der Verwirklichung der Grundrechte. Festhalten lässt sich, dass Antifeminismus eine Klammer für verschiedene politische Gruppen bildet und im Erzgebirge Allianzen zwischen christlich-fundamentalistischen und Kreisen der extremen Rechten bis in die „Mitte“ der Gesellschaft ermöglicht. Für die verbindende Funktion des Antisemitismus prägte Shulamit Volkov (2001) den Begriff des *kulturellen Codes* und diskutiert seine Übertragbarkeit auf Antifeminismus. Dabei spielt Antifeminismus für die Anschlussfähigkeit neurechter Mobilisierungen gerade deswegen gegenwärtig so eine wichtige Rolle, weil er in der breiten Öffentlichkeit weder benannt noch erkannt wird (Hessel/Misiewicz, 2020, 172). Das zeigte sich auch in unseren Interviews. Insbesondere wenn antifeministische Inhalte latent als etwas, was ständig präsent, normal und für eine Mehrheit nicht anstößig ist, erscheinen, erschwert dies „das Erkennen der konkreten Äußerungen der Menschenfeindschaft“ (ebd.) und Engagement für Demokratie und Emanzipation.

LITERATUR

- Achtelik, Kirsten (2015). *Selbstbestimmte Norm. Feminismus, Pränataldiagnostik, Abtreibung*. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Andresen, Sabine/Demant, Marie/Galliker, Anna/Rott, Luzia (2021). Sexuelle Gewalt in der Familie Gesellschaftliche Aufarbeitung sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche von 1945 bis in die Gegenwart. URL: https://www.aufarbeitungskommission.de/wp-content/uploads/Studie_Sexuelle-Gewalt-in-der-Familie_bf.pdf (letzter Zugriff: 14.12.2021).
- Autor*innenkollektiv Fe.In (2020). *Frauen*rechte und Frauen*hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt*. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Bock, Gisela (2000). *Frauen in der europäischen Geschichte: vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. München: Beck.
- Freistaat Sachsen (2021). Schwangerschaftsberatung. URL: <https://www.familie.sachsen.de/schwangerenberatung.html> (letzter Zugriff: 26.11.2021).
- Heitmeyer, Wilhelm (2002): *Deutsche Zustände*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hessel, Florian/Misiewicz, Janne (2020). Antifeminismus und Antisemitismus in der Gegenwart. Eine Fallanalyse zu Verschränkung und kultureller Codierung. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Band 8: Antisemitismus* (S. 168–179). Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Höcker, Charlotte/Pickel, Gert/Decker, Oliver (2020). Antifeminismus – Das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene. In Oliver Decker/Elmar Brähler, *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus-Studie* (S. 249–282). Gießen: psychosozial-Verlag.
- Knecht, Michi (2006). *Zwischen Religion, Biologie und Politik. Eine kulturanthropologische Untersuchung der Lebensschutzbewegung*. Münster: LIT Verlag.
- Kulturbüro Sachsen e.V. (2019). Sachsen Rechts unten 2019. <https://kulturbuero-sachsen.de/sachsen-rechts-unten-2019/> (letzter Zugriff: 26.11.2021).
- Lambeck, Fabian (2016). Evangelischer Dschihadist. *Neues Deutschland*, 07.01.2016, S. 4.
- Lang, Juliane/Peters, Ulrich (2018). Antifeminismus in Deutschland. Einführung und Einordnung des Phänomens. In Juliane Lang/Ulrich Peters (Hrsg.), *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt* (S. 13–36). Hamburg: Marta Press.
- Maihofer, Andrea/Schutzbach, Franziska (2015). Vom Antifeminismus zum Anti-Genderismus. Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz. In Sabine Hark/Paula-Irene Villa (Hrsg.), *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen* (S. 201–218). Bielefeld: transcript.
- MDR Exakt (2021). Schwangere unter Druck. MDR Exakt, 20.10.2021. URL: <https://www.mdr.de/investigativ/beratungsstelle-abtreibung-schwangerschaft-100.html> (letzter Zugriff: 25.11.2021).
- Mönch, Tim (2019). Holocaustrelativierungen bei Marsch von christlichen Fundamentalisten in Annaberg-Buchholz. URL: <https://www.bell-tower.news/sachsen-holocaustrelativierung-bei-marsch-von-christlichen-fundamentalisten-in-annaberg-buchholz-85617/> (letzter Zugriff: 25.11.2021).
- Piesche, Peggy (2018). Einführung: Reproduktive Rechte – Definition und Debatten. URL: <https://www.boell.de/de/2018/02/28/reproduktive-rechte> (letzter Zugriff: 25.11.2021).
- Planert, Ute (1998). *Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Ramczik, Jessica (2020). Feminist Wasteland. *MissyMagazineBlog*, 10.08.2020. URL: <https://www.missymagazine.de/blog/2020/08/10/feminist-wasteland/> (letzter Zugriff: 26.11.2021).
- Reimer-Gordinskaya, Katrin/Tzschiesche, Selana (2021). *Antisemitismus, Heterogenität, Allianzen. Jüdische Perspektiven auf Herausforderungen der Berliner Zivilgesellschaft*. Springe: Zu Klampen Verlag.
- RND = Redaktionsnetzwerk Deutschland (2021). *Wahlkreis Erzgebirge 1: Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 in Grafiken*. URL: www.rnd.de/politik/bundestagswahl-2021-ergebnisse-fuer-den-wahlkreis-erzgebirgskreis-i-OVYVDASYG-VF4V17J4N2T4UIUZ4.html (letzter Zugriff: 25.11.2021).
- Sanders, Eike/Jentsch, Ulli/Hansen, Felix (2014). „Deutschland treibt sich ab“. *Organisierter ‚Lebensschutz‘, christlicher Fundamentalismus und Antifeminismus*, Münster: Unrast Verlag.
- Schmincke, Imke (2018). Frauenfeindlich, Sexistisch, Antifeministisch? Begriffe und Phänomene bis zum aktuellen Antigenderismus. *APuZ Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung*, 68 (2018) 17, 28–33.
- Schulz, Tim (2017). Was ist übrig von Cegida? URL: <https://www.endstation-rechts.de/news/was-ist-uebrig-von-cegida.html> (letzter Zugriff: 25.11.2021).
- Spektrum 360° (2021). Chronik über rechtsradikale Aktivitäten im Erzgebirgskreis 2020. URL: <https://spektrum360.noblogs.org/files/2021/03/Chronik2020.cleaned.pdf> (letzter Zugriff: 25.11.2021).
- Stange, Jennifer (2014). Evangelikale in Sachsen. Ein Bericht. URL: <https://weiterdenken.de/de/2014/06/01/evangelikale-sachsen-ein-bericht> (letzter Zugriff: 25.11.2021).
- Stange, Jennifer (2019). Ermordet, weil er schwul war? *Deutschlandfunk Kultur*, 26.04.2019. URL:

https://www.deutschlandfunkkultur.de/prozess-im-erzgebirge-ermordet-weil-er-schwul-war.1001.de.html?dram:article_id=447252 (letzter Zugriff: 25.11.2021).

- Unsleber, Steffi (2019). Warum musste er sterben?, *tazonline*, 10.09.2019. URL: <https://taz.de/Homofeindliche-Gewalt-in-Aue/!5621565/> (letzter Zugriff: 25.11.2021).
- Volkov, Shulamit (2001). Antisemitismus und Antifeminismus: soziale Norm oder kultureller Code. In Dies., *Das jüdische Projekt der Moderne. Zehn Essays* (S. 62–81). München: C.H. Beck.
- World Health Organization (WHO)/Gutmacher Institute (2011). Facts on Induced Abortions Worldwide. URL: <https://youthsextion.files.wordpress.com/2011/05/2011facts-iaw.pdf> (letzter Zugriff: 26.11.2021).





Mein rechter, rechter Platz ist frei

In welchen sächsischen Gemeinden sind extrem rechte Parteien besonders stark und was schützt davor?

EINLEITUNG

Das Wahlergebnis der sächsischen Landtagswahlen 2019 ist auf der Gemeindeebene eindeutig durch sozial-, wirtschafts- und infrastrukturelle Unterschiede geprägt (Dilling/Kiess, 2021). In großen sächsischen Städten mit guter Nahversorgung, starkem Zuzug und hohem Frauenanteil reüssieren Grüne und Linke eher, auf dem Land wird in schrumpfenden Gemeinden eher AfD, in wachsenden eher CDU gewählt. Darüber hinaus spielen weitere Faktoren eine Rolle: Rechte Parteien sind dort stark, wo demokratische Strukturen und die Zivilgesellschaft schwächer sind. Auf die Raumnahme durch extrem rechte Akteure wird in der Rechtsextremismusforschung bereits kontinuierlich hingewiesen (Heitmeyer, 1999; Quent, 2013; Grunert/Kiess, 2021). Gerade der ländliche Raum ist oft, wenn auch nicht immer, durch eine ausgedünnte Infrastruktur sowie eine schwächere Zivilgesellschaft geprägt.

In diesem Beitrag möchten wir näher untersuchen, welche lokalen Besonderheiten in sächsischen Gemeinden den Erfolg oder Misserfolg der extrem rechten AfD – über bisher betrachtete strukturelle Faktoren hinaus – erklären können und welche Rückschlüsse sich daraus für demokratische Parteien und die Zivilgesellschaft ziehen lassen. Dazu haben wir uns jene Gemeinden näher angesehen, die sich mit unserem bisher genutzten statistischen Modell¹, in das nur ausgewählte sozial-, wirtschafts- und infrastrukturelle Variablen eingingen, weniger gut voraussagen lassen. Zwar hat das statistische Modell insgesamt eine hohe Erklärungskraft für den Zweitstimmenanteil der verschiedenen Parteien in den sächsischen Gemeinden, doch gibt es Ausreißer, die einen genaueren Blick notwendig erscheinen lassen.

1) Für eine ausführliche Darstellung und Diskussion unserer Regressionsmodelle siehe Dilling/Kiess (2021).

Wir möchten das zunächst an einem Beispiel verdeutlichen: Das Modell für den AfD-Zweitstimmenanteil hätte nahegelegt, dass die Gemeinde Panschwitz-Kuckau im Landkreis Bautzen einen höheren AfD-Zweitstimmenanteil erreicht, als die 2019 tatsächlich verbuchten 17,53%. Wir haben den AfD-Zweitstimmenanteil also *überschätzt*. Gleichzeitig haben wir in dieser Gemeinde den CDU-Zweitstimmenanteil *unterschätzt*. Es gibt also Faktoren, die für das Wahlverhalten in Panschwitz-Kuckau relevant sind, aber über die von uns berücksichtigten strukturellen Faktoren hinausgehen. In diesem konkreten Fall vermuteten wir bereits eine historische Pfadabhängigkeit: Die Gemeindebevölkerung ist überwiegend katholischer Konfession und spricht zudem zu einem beachtlichen Teil sorbisch. Traditionell bindet die CDU dieses Milieu an sich (Haffert, 2021; Klemenz, 2021). Dabei sind solche historischen Pfadabhängigkeiten keine Automatismen, sondern speisen sich aus dem Engagement der Menschen vor Ort, die Traditionen weiterführen und Vereine beleben. Andere Studien kommen anhand der Beobachtung, dass dort, wo früher schon NSDAP und NPD gewählt wurde, heute die AfD gewählt wird, zu dem Schluss, dass es Kontinuitäten rechter Milieus gibt (Richter/Bösch, 2017; Cantoni et al., 2019). Bekannt ist dies historisch von sozialdemokratischen oder eben christlichen Milieus (klassisch: Lepsius, 1993). Allerdings lassen sich nicht alle Besonderheiten, die uns auffielen, auf eine historische Pfadabhängigkeit zurückführen. Deshalb und für die Erarbeitung von Gegenstrategien gegen extrem rechte Raumnahme lohnt sich der Blick auf lokale Besonderheiten.

Im Folgenden stellen wir zunächst kurz dar, was wir bereits zur Bedeutung von Strukturfaktoren herausgearbeitet haben. Anschließend erläutern wir, wie wir unsere „Ausreißer“ identifiziert haben. Um diese Abweichungen zu erklären, haben wir einerseits weitere mögliche Einflussfaktoren recherchiert. Neben der Konfessionszugehörigkeit gehören dazu auch länger zurückliegende Wahlergebnisse extrem rechter Parteien sowie anderer (Klein-)Parteien. Andererseits haben wir Personen befragt, die aufgrund ihrer (ehemaligen) Position und langjährigen Erfahrung in einer Partei in Sachsen über mögliche Gründe für die identifizierten Ausreißer am besten Auskunft geben können. Diesen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern legten wir dazu unsere statistischen Auswertungen und die Liste der Ausreißer vor und baten um ihre schriftliche oder mündliche (per Telefon) Einschätzung. Unsere Untersuchung

bestätigt die Vermutung, dass neben strukturellen Faktoren auch das soziale Milieu vor Ort, die politische Kultur sowie bspw. besonders bekannte bzw. beliebte Politikerinnen und Politiker dabei helfen, die Ausreißer zu erklären. Für die Praxis bedeutet dies, dass neben (der Wahrnehmung von) Ungleichheiten die Präsenz demokratischer Akteure im öffentlichen, insbesondere ländlichen Raum entscheidend ist. Diese Präsenz muss Glaubwürdigkeit sowie eine eindeutige Parteinahme für die Demokratie beinhalten. Eine lebendige zivilgesellschaftliche Kultur stärkt die Demokratie auch in einem schwierigen sozioökonomischen Umfeld.

ZENTRALE ERGEBNISSE DES DRITTEN EFBI POLICY PAPER UND DAS AUSREISSER-PHÄNOMEN

Im dritten EFBI Policy Paper (Dilling/Kiess, 2021) haben wir untersucht, welche sozial-, wirtschafts- und infrastrukturellen Indikatoren Einfluss auf den Zweitstimmenanteil der im Landtag vertretenen Parteien auf der Ebene der sächsischen Gemeinden bei der Landtagswahl 2019 hatten. Zu diesem Zweck haben wir unter Rückgriff auf Daten des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen multivariate Regressionsanalysen – eine Methode zur Bestimmung des statistischen Einflusses mehrerer unabhängiger Variablen auf eine abhängige Variable – durchgeführt. Einflussfaktoren wie die Größe der Gemeinde, das Geschlechterverhältnis, die Anzahl der Arbeitslosen, das Wachstum (oder der Rückgang) der Bevölkerung einer Gemeinde sowie verschiedene Infrastrukturindikatoren erwiesen sich dabei als relevant (Tabelle 1).

Die AfD erwies sich dabei als besonders erfolgreich in Orten mit hoher Arbeitslosigkeit sowie größeren Entfernungen zu Orten des täglichen Bedarfs wie etwa Apotheken, Supermärkten, Grundschulen und ÖPNV-Haltestellen. Gemeinden mit einem hohen Frauenanteil wiesen tendenziell deutlich niedrigere Zweitstimmenergebnisse der AfD auf. Gleichzeitig wurde deutlich, dass die AfD 2019 in schrumpfenden Gemeinden erfolgreich war. Die Grünen und die Linke erzielten hingegen in urbanen und infrastrukturell besser angebundenen Gemeinden mit hohem Frauenanteil Erfolge. Das traf vor allem auf Leipzig und Dresden zu, aber in beiden Fällen auch auf einige kleinere Städte und Gemeinden. Die CDU war eher abseits von Leipzig und Dresden in kleineren, aber

TABELLE 1

Vergleich des standardisierten Einflusses der ökologischen Faktoren

UV	AfD	Grüne	CDU	Die Linke	SPD
● Größe der Gemeinden (Bevölkerungsgröße)	-	+++	-	++	
● Anteil der Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft		+			
● Natürlicher Saldo	-		++	-	
● Saldo der Zuzugs- und Fortzugsrate	--		++	-	
● Frauenanteil	---	+		+++	++
● Schuldenstand je Einwohner*in	-		+		
● Steuerinnahmekraft je Einwohner*in					
● Personal im Kernhaushalt der Gemeinde je 1.000 Einwohner*innen					
● Arbeitslose je 1.000 Einwohner*innen im erwerbsfähigen Alter	+++	--		--	
● Anteil der Haushalte mit mind. mBit/s		+			
● Durchschn. PKW-Fahrtzeit zum nächsten BAB-Anschlussstelle in Minuten		-		-	-
● Durchschn. PKW-Fahrtzeit zum IC/EC/ICE-Bahnhof	-	--	+++		
● Gymnasien in der Gemeinde vorhanden	--	+		++	
● Einwohner*innengewichtete Luftfließdistanz zu Stationen des täglichen Bedarfs	++	-			--

Nicht signifikante Effekte sind der Übersicht halber freigelassen. Entnommen aus: Dilling/Kiess, 2021, 10.

Standardisierte Regressionskoeffizienten

wachsenden Gemeinden erfolgreich. Die SPD profitierte von einem hohen Frauenanteil und niedrigen Entfernungen zu Orten des täglichen Bedarfs. Die genannten Faktoren hatten dabei eine große statistische Erklärungskraft. Für die Grünen erklären sie 59% der Unterschiede zwischen den Gemeinden, für die AfD und die Linke 36%, für die CDU 31% und für die SPD immer noch 24%. Für sozialwissenschaftliche Modelle sind das gute Werte. Jedoch bleibt erstens ein großer Teil der Varianz unaufgeklärt, zweitens wird bei Regressionen zwar Kausalität unterstellt, das Verfahren ist jedoch korrelationsbasiert, und drittens beobachten wir Ausreißer, also Gemeinden, die nicht in das skizzierte Muster passen. Dem möchten wir nun weiter nachgehen.

WIE KOMMEN DIESE AUSREISSER ÜBERHAUPT ZUSTANDE UND WIE LASSEN SIE SICH IDENTIFIZIEREN?

Mit unseren Regressionsanalysen versuchten wir, den jeweiligen Zweitstimmenanteil einer Partei auf Gemeindeebene vorherzusagen beziehungsweise zu erklären. Die Regressionsgleichung spezifiziert damit jeweils einen vorhergesagten Wert und nicht das tatsächliche Wahlergebnis. Das Modell soll auch nicht die Einzelergebnisse, sondern die Gesamtheit der Abweichung der tatsächlichen Werte vom Mittelwert erklären. Anders gesagt: Die Regressionsanalyse versucht Unterschiede *zwischen* den tatsächlich beobachteten Wahlergebnissen in den Gemeinden einer Partei zu erklären. In der Logik der Varianzzerlegung kann diese Gesamtvarianz in einen durch die unabhängigen Variablen (unsere Strukturdaten) erklärten Anteil und in einen nicht-erklärten Anteil zerlegt werden. Das Verhältnis der erklärten Varianz zur Gesamtvarianz wird mit einem Wert zwischen 0 (keine Varianzaufklärung) und 1 (das Modell erklärt alle Unterschiede zwischen den Gemeinden) angegeben. In der sozialwissenschaftlichen Forschung liegt in der Regel kein perfekter Zusammenhang vor. Es gibt also Abweichungen zwischen dem vorhergesagten und dem tatsächlichen Zweitstimmenanteil einer Partei in einer Gemeinde. Die einzelne Abweichung, die auf Grundlage der gewählten unabhängigen Variablen nicht erklärt werden kann, wird auch als Residuum bezeichnet. Wir betrachten im Folgenden nun nur jene Gemeinden, die ein besonders hohes Residuum von $\pm 1,5$ aufwiesen.²

2) Wir haben den Cut-Off von $\pm 1,5$ gewählt, da er die bereits optisch auffälligen Ausreißer der Punktwolke der jeweiligen Residualverteilung gut erfasst. Nota bene: ein ähnlich

In diesen Gemeinden unter- oder überschätzten wir das Wahlergebnis der Parteien besonders stark.

Abbildung 1 stellt zunächst die Verteilung der AfD-Zweitstimmen bei der sächsischen Landtagswahl 2019 dar. Erkennbar sind die dunkelblau eingefärbten AfD-Hochburgen sowie die Gemeinden mit niedrigem AfD-Zweitstimmenanteil, allen voran Leipzig, Dresden und – deutlich erkennbar – die Gemeinden im Verwaltungsverband „Am Klosterwasser“ nordöstlich von Dresden im Landkreis Bautzen. Bezieht man zusätzlich Abbildung 2 mit ein – die Über- und Unterschätzungen unseres Regressionsmodells –, so wird deutlich, in welchen sächsischen Gemeinden unsere zuvor beschriebenen Indikatoren zur Sozial-, Wirtschafts- und Infrastruktur das jeweilige Zweitstimmenergebnis der AfD weniger gut erklären. Nicht gefärbte Flächen in Abbildung 2 sind Gemeinden, die wir aus der Analyse ausschließen mussten. Für 334 der insgesamt 419 sächsischen Gemeinden lagen alle nötigen Informationen vor.³

Der Blick auf die Abweichungen (Abbildung 2) zeigt, dass unser Modell das Ergebnis der AfD auf Grund der Daten z. B. zu Abwanderung, Arbeitslosen oder Frauenanteil unter anderem in zwei Gemeinden nordöstlich von Dresden deutlich überschätzt. Tatsächlich lag das Ergebnis der AfD in Nebelschütz (Abweichung: -9,1%; tatsächliches Ergebnis: 20,8%) und im bereits erwähnten Panschwitz-Kuckau (-13,2%; tatsächlich: 17,5%) sehr viel niedriger, als aufgrund der Strukturdaten anzunehmen wäre. Besonders interessant ist, dass wir in beiden Orten gleichzeitig die CDU stark unterschätzten – es handelt sich um regelrechte CDU-Hochburgen: Das CDU-Ergebnis lag mit 56,4% in Panschwitz-Kuckau um 19,4% höher als es unser Modell vorhergesagt hätte und auch deutlich über dem Landesdurchschnitt. Für Nebelschütz beobachten wir eine Abweichung von 15,3%. Hier lag das tatsächliche Ergebnis der CDU bei 54,2%. Dieser Effekt ist mit Abstrichen auch für die Gemeinde Wittichenau, südlich von Hoyerswerda, zu beobachten und lässt sich vermutlich auch auf angrenzende Gemeinden übertragen, die aufgrund fehlender Werte in unserer Grafik weiß dargestellt sind.

hohes Residuum bei AfD und Linken führt zu unterschiedlich hohen Abweichungen in%, da die Ergebnisse von insgesamt auf einem anderen Niveau liegen: Die AfD hat beispielsweise ein Residuum von -2,4 in Panschwitz-Kuckau, was einer Überschätzung des Ergebnisses von 13,2% entspricht, während ein ähnlich hohes Residuum der Linken in Görlitz mit -2,7 einer Überschätzung von -5,6% entspricht.

- 3) Für 85 Gemeinden und Städte in Sachsen lagen keine Informationen zum Anteil der Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft vor. Diese haben wir aus unseren Berechnungen deshalb ausgeschlossen. Unsere Ergebnisse sollten allerdings auch für diese ausgeschlossenen Gemeinden im Großen und Ganzen zutreffen.

Ein ähnlicher, aber umgedrehter Effekt lässt sich für das Bahretal und Großdubrau beobachten: Hier überschätzt die Modellrechnung die CDU und unterschätzt gleichzeitig die AfD. Auch im direkt neben der CDU-Hochburg Panschwitz-Kuckau gelegenen Elstra (+9,6%; tatsächlich: 42,3%) wird die AfD unterschätzt – ihr Zweitstimmenanteil lag höher als die sozial-, wirtschafts- und infrastrukturellen Daten erwarten ließen. Zu den Gemeinden mit erhöhtem AfD-Zweitstimmenanteil gehören außerdem Neusalza-Spremberg, Neibeau, Großpostwitz und Lampertswalde. Teilweise, wie in Neusalza-Spremberg und in der Neibeau, gingen diese unterschätzten AfD-Werte mit im Vergleich zur Modellvorhersage niedrigeren Werten für die Linke einher. Für die Gemeinde Neibeau (+14,8%; tatsächlich: 48,4%) unterschätzten wir den AfD-Zweitstimmenanteil am stärksten.

WELCHE REGIONALEN BESONDERHEITEN ERKLÄREN AUFFÄLLIGE WAHLERGEBNISSE AUF GEMEINDEEBENE?

Eine Gruppe von Gemeinden im Landkreis Bautzen, die als Ausreißer identifiziert wurden, ist durch einen für Sachsen untypischen hohen Anteil an katholischen Kirchenmitgliedern charakterisiert. Dieser liegt in Nebelschütz bei 84%, in Panschwitz-Kuckau bei 78% und in Crostwitz, welches ebenfalls Teil des Verwaltungsverbands „Am Klosterwasser“ ist, bei 93% (Statistisches Bundesamt, 2014). Die in direkter Nachbarschaft gelegenen Gemeinden Elstra und Großdubrau, aber auch das Bahretal, welche höhere AfD-Werte aufwiesen, als unsere Modelle es erwarten ließen, kommen lediglich auf einen Katholikenanteil von 2–8% (Statistisches Bundesamt 2014). Crostwitz wurde im Nachgang der Bundestagswahl 2021 als eine der „letzten Bastionen der CDU in Sachsen“ (Klemenz, 2021, 3) bezeichnet. Das ist ebenso für die anderen Gemeinden des Verwaltungsverbandes festzuhalten. Auch die von uns befragten Expertinnen und Experten verwiesen darauf, dass die CDU in Sachsen in katholischen Gemeinden einen Bonus genießt.

Falter (1991) verwies in einer historischen, gesamtdeutschen Analyse bereits auf die Resistenz katholischer Wählerinnen und Wähler gegenüber der NSDAP. Haffert (2021) argumentiert, dass es einen Zusammenhang zwischen der Unterdrückung von Katholiken in preußisch-protestantischen Gebieten im 19. Jahrhundert und der heutigen Resistenz gegenüber der AfD-Wahl gibt. Unterdrückungserfahrungen

ABBILDUNG 1

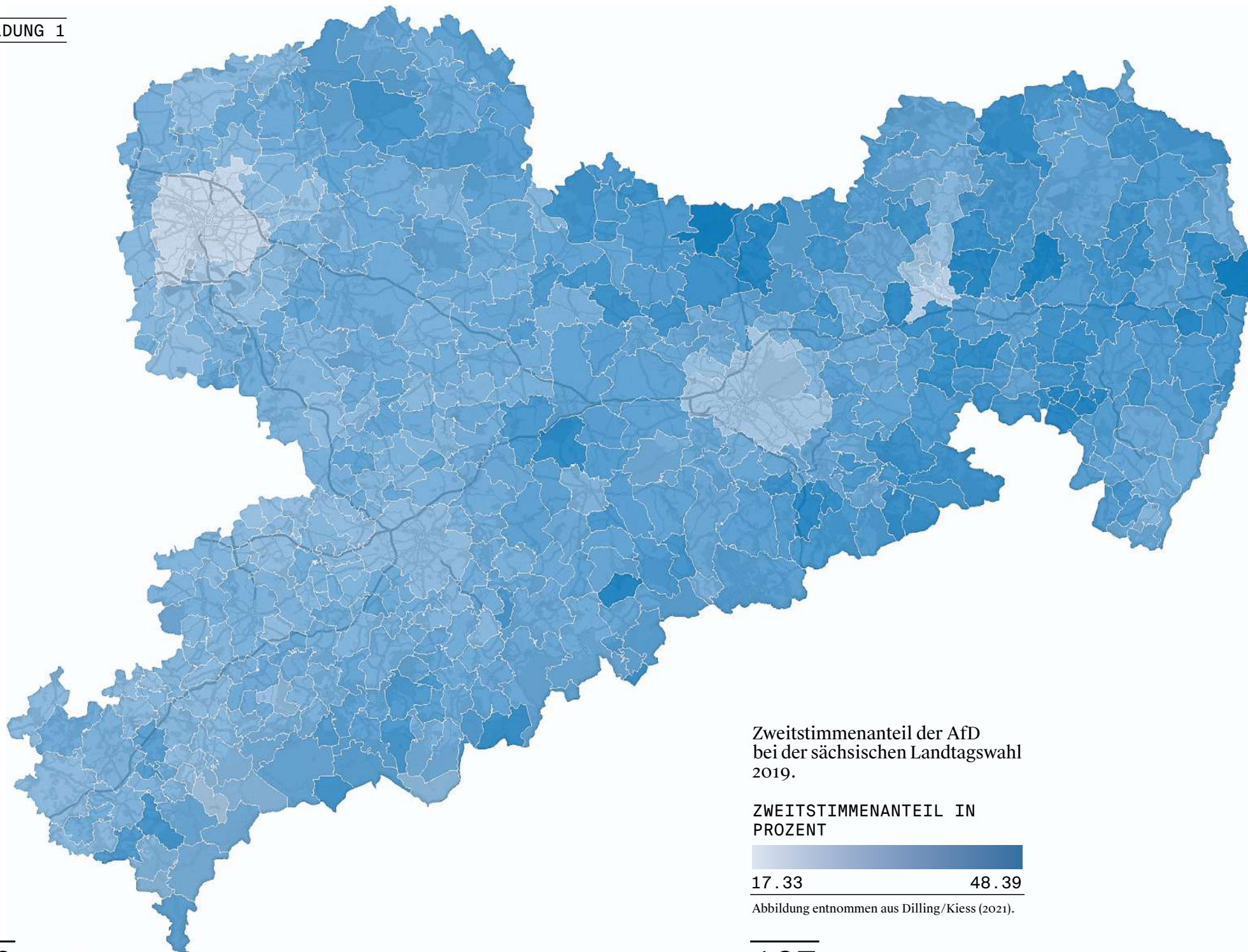
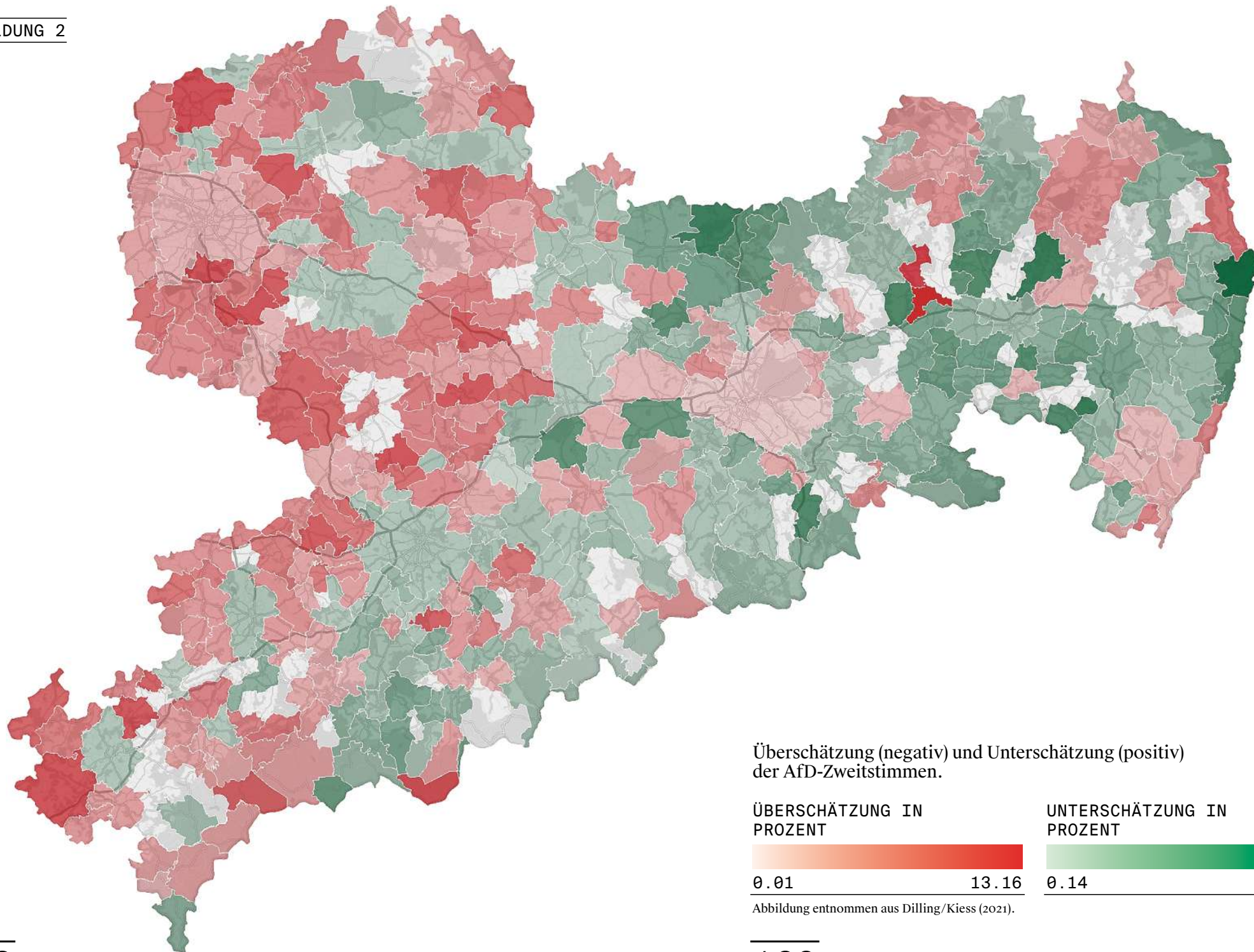


ABBILDUNG 2



Überschätzung (negativ) und Unterschätzung (positiv) der AfD-Zweitstimmen.

ÜBERSCHÄTZUNG IN PROZENT



UNTERSCHÄTZUNG IN PROZENT



Abbildung entnommen aus Dilling/Kiess (2021).

in Preußen hätten demnach zur Formierung von dichten, weitestgehend von der katholischen Kirche losgelösten, katholischen Milieus geführt. Laienorganisationen und eine katholische Zivilgesellschaft füllen die Lücke aus. Gleichzeitig besteht eine historische Verbindung zwischen der CDU und der Zentrums-Partei, die zwischen 1871 und 1933 80% der katholischen Stimmen auf sich zog (ebd., 6). In der Gegenwart hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken wiederholt dazu aufgerufen, die AfD nicht zu wählen, teilweise gilt ein Unvereinbarkeitsbeschluss der Mitgliedschaft katholischer Organisationen mit der AfD-Parteimitgliedschaft. Für Ostdeutschland im Allgemeinen und Sachsen im Besonderen trägt der Erklärungsansatz aber nur bedingt: Erstens störe die DDR-Geschichte die historische Kontinuität dieser katholischen Milieus und zweitens lassen sich die Effekte heute kaum nachweisen, da es zu wenig katholische Gemeinden in Ostdeutschland gibt (Haffert, 2021, 6, mit Verweis auf Kösters et al., 2009, 497ff.).

Das sorbisch-katholische Milieu im Verwaltungsverband „Am Klosterwasser“ kommt jedoch dem von Haffert (für westdeutsche, preußische Gebiete) beschriebenen Phänomen der historischen Tradierung von Unterdrückungserfahrungen katholischer Minderheiten sehr nahe: Anders als katholische Sorben, waren evangelische Sorben zum Ende des 19. Jahrhunderts stärker in einem zur Einsprachigkeit führenden Assimilationsprozess eingebunden, was auch durch die Organisation in Landeskirchen bedingt ist (Walde, 2004, 3). Der Kulturkampf zwischen dem protestantischen Staat und der katholischen Kirche wiederum – aber auch die Verfolgung der Sorben im Dritten Reich – hat zu einem besonderen Organisationsgrad und einer Milieubildung geführt, insbesondere dort, wo die katholisch-sorbische Minderheit von einer protestantischen Mehrheit umgeben war (ebd., 3ff.).

Huber und Yendell (2019, 76) vermuten zudem, dass christliche Religiosität im Allgemeinen in stark säkularisierten Gebieten wie beispielsweise Sachsen mit einer intrinsischen Motivation zur Religiosität einhergeht, welche Werte wie Nächstenliebe, Wohltätigkeit und Toleranz stärker in den Mittelpunkt rückt. So sagt ein Bewohner von Crostwitz in Bezug auf das starke Ergebnis der CDU in der Bundestagswahl 2021: „Unsere christliche Überzeugung ist entscheidend: Frieden, Moral, Ehrlichkeit, Respekt, Freiheit. [...] Hass und Hetze soll es nicht geben, egal ob schwarz oder weiß, deutsch oder sorbisch“ (Klemenz, 2021, 3).

Einen anderen Einfluss scheint Religiosität in einigen Gemeinden um Annaberg-Buchholz und Johannegeorgenstadt im Erzgebirge zu haben. Hier lag das tatsächliche Wahlergebnis der CDU um 11,5 Prozentpunkte deutlich niedriger als es unser Regressionsmodell nahelegte (tatsächlich: 28,6%). Ein Gesprächspartner bestätigte entsprechend, dass Teile des freikirchlich geprägten und traditionell CDU wählenden Erzgebirgskreises zur AfD gewechselt seien. Als Kurt Biedenkopf (CDU) noch Ministerpräsident in Sachsen war, hätte dieser (auch hier) die etwa 60% „konservatives Stimmenpotenzial“ in Sachsen auf sich gezogen – einen Wert den CDU und AfD heute zusammen erreichen. Der Unterschied zwischen freikirchlich-protestantischen und katholischen Hochburgen sei demnach, dass erstere offenbar weniger loyal und letztere „gesetzter“ konservativ wären.

Neben der Konfession verwiesen einige unsere Gesprächspartnerinnen und -partner auf die Verbreitung extrem rechter Strukturen in den AfD-Hochburgen. Eine Analyse solcher Netzwerke im Einzelnen können wir an dieser Stelle nicht leisten, aber wir können vermuten, dass Wahlerfolge extrem rechter Parteien in der jüngeren Vergangenheit auf eine gewisse Akzeptanz extrem rechter Positionen und Milieus schließen lassen. Tatsächlich erlangte die NPD bei der Landtagswahl 2004 mit 18% im Bahretal, 15,8% in Elstra, 16,4% in Großdubrau, 17,2% in Lampertswalde, 13,5% in der Neißeau – die Liste lässt sich fortsetzen – besonders hohe Ergebnisse in jenen Gemeinden, die 2019 hohe AfD-Zeitstimmenanteile aufweisen, welche unsere Modelle nur schlecht erklären konnten.⁴ In diesen Gemeinden spielen also extrem rechte Parteien schon länger eine Rolle. Historische Kontinuitäten extrem rechter Wahlentscheidungen sind in verschiedenen Studien sowohl für den Zusammenhang NPD und AfD (Richter/Bösch 2017) als auch für den Zusammenhang NSDAP und AfD (Cantoni et al., 2019) nachgewiesen worden. Gleichzeitig spielen die großen demokratischen Parteien auf der Gemeindeebene oft eine sehr geringe Rolle. Die sächsischen AfD-Hochburgen weisen starke Kommunalwahlergebnisse der *Freien Wähler* (FW) sowie weiterer Gruppierungen, etwa in Spremberg der *Kultur- und Heimatfreunde Neusalza-Spremberg e.V.* (10,8% zusätzlich zu 25,5% FW und 22,7% AfD) oder in der Neißeau die *Freie Liste Neißeau* (52,4% zusätzlich zu *Kein Giftmüll in der Neißeau* mit 35,3% und den *Freunden der FF Zodel* mit

4) Zum Vergleich: Die Landtagswahlergebnisse der NPD in Nebelschütz, Panschwitz-Kuckau und Crostwitz lagen 2004 bei 5,2% und niedriger.

12,4%). Grundsätzlich ist die unabhängige Organisation der Bürgerinnen und Bürger in Wahlinitiativen begrüßenswert. Allerdings scheint uns die geringe Rolle der etablierten demokratischen Parteien auch ein Zeichen für die Deinstitutionalisierung des demokratischen Systems zu sein. Es bleibt festzuhalten: Dort, wo die im Landtag vertretenen demokratischen Parteien schwach vertreten sind, hat die AfD über sozial-, wirtschafts- und infrastrukturelle Faktoren hinaus mehr Zulauf.

Auch für die anderen im sächsischen Landtag vertretenen Parteien können wir Gemeinden identifizieren, für die die Wahlergebnisse mit Strukturdaten alleine nicht erklärt werden können. Für *Die Linke*, SPD und *Bündnis90/Die Grünen* ist dabei anzumerken, dass die Abweichungen vom Modell entsprechend der niedrigeren Ergebnisse auch geringer ausfielen. Bei hohen Residuen lag die Abweichung je Gemeinde bei $\pm 2,5$ -6%.

Für *Bündnis90/Die Grünen* sind hier zuallererst Markkleeberg (+4,5%; tatsächlich: 11,7%) und Radebeul (+5,5%; tatsächlich: 12,7%) zu nennen. Beide Gemeinden zeichnen sich durch ihre unmittelbare Nähe zu Leipzig bzw. Dresden aus und weisen großstadtaffine Milieus auf. Die Zweitstimmenergebnisse ähneln eher denen der Großstädte als dem Umland. Diese Milieuunterschiede bestehen dabei weniger hinsichtlich Einkommen und Bildung (diese Faktoren hatten wir im Regressionsmodell bereits berücksichtigt). Vielmehr verweisen unsere Gesprächspartnerinnen und -partner für Markkleeberg auf eine aktive Ortsgruppe, eine schon seit längerem vorhandene, vergleichsweise starke Vertretung im Stadtrat sowie persönliche, kommunalpolitische Kontinuität. Zusätzlich gelte für Markkleeberg und Großpösna, dass es hier durch die zahlreichen, inzwischen meist stillgelegten Tagebaue stärker als andernorts in Sachsen ausgeprägte Netzwerke von Umweltschutzgruppen gibt (z.B. die *Bürgerinitiative Störmthaler See*). Dieses Umfeld stärke die Grünen tendenziell. Auch in Radebeul gäbe es eine langjährige gute Zusammenarbeit mit dem Bürgerforum, die einen Großteil der progressiven Zivilgesellschaft binde. Offenbar ist es zudem in Radebeul durch die lokalpolitische Wählervereinigung *Bürgerforum/Grüne* besser als anderswo in Sachsen gelungen, die Akteurinnen und Akteure der Friedlichen Revolution mit den Grünen zu vereinen.

Auch die Ergebnisse der Grünen in den Gemeinden Tharandt (+3,8%; tatsächlich: 9,6%) und Klipphausen (+2,8%; tatsächlich: 7,2%) lassen sich auf diese Weise erklären: Beide weisen sehr aktive Ortsgrup-

pen auf. Tharandt ist zudem Sitz der Fachrichtung Forstwissenschaften der TU Dresden, was eventuell Auswirkungen auf die (Zusammensetzung der) Einwohnerinnen und Einwohner hat. Schließlich ist das deutlich herausstechende Ergebnis der Grünen in Görlitz (+3,4%; tatsächlich: 8,9%) zu erwähnen. Dieses erklärten unsere Gesprächspartnerinnen und -partner mit der Kandidatin Franziska Schubert (Bündnis90/Die Grünen), die eine hohe Bekanntheit durch den Wahlkampf zur Oberbürgermeister-Wahl 2019 genieße. Im ersten Wahlgang lag sie damals knapp hinter dem CDU-Kandidaten und hatte sich zu dessen Gunsten zurückgezogen, um einen AfD-Oberbürgermeister zu verhindern. Der Fokus im Wahlkreis liege sehr stark auf der Konkurrenz zwischen AfD und CDU. In dieser Gemengelage konnten die Grünen offenbar auch Stimmen von SPD und Linke für sich gewinnen, die entsprechend schwächer abschnitten. In Freiberg habe es, so ein Gesprächspartner, 2014 unter ganz anderen Randbedingungen einen ähnlichen Aufbruch gegeben, der sich aber wegen personeller Wechsel und des Einbruchs bei den Wahlen 2017 und 2019 wieder abgeschwächt habe. Die besseren Ergebnisse in strukturell ungünstigerem Umfeld sind also stark von personeller Kontinuität und dem Engagement von Einzelpersonen bzw. Gruppen abhängig.

Die Linke ist unter anderem in den Gemeinden Rochlitz (+4,5%; tatsächlich: 14,1%) und Geringswalde (+4,5%; tatsächlich: 12,5%) stärker, als nach unserem Modell zu erwarten gewesen wäre. Auch hier vermutet einer unserer Gesprächspartner, dass der gemeinsame Ortsverband Rochlitz-Geringswalde vergleichsweise größer sowie jünger und damit letztlich auch aktiver sei. In Lugau/Erzgebirge (+5,7%; tatsächlich: 14,2%) stellt die Partei den Bürgermeister, die daraus resultierende Präsenz und Verankerung erkläre das bessere Landtagswahlergebnis, genau wie dieses in Hoyerswerda (+3,3%; tatsächlich: 13,9%) auf die Kandidatur des landespolitisch bekannten Politikers Ralph Büchner zurückzuführen sei. Unser Gesprächspartner vermutet zudem, dass sich in Görlitz (-5,6%; tatsächlich: 6,5%) die Polarisierung zwischen CDU und AfD sowie die Bekanntheit der Grünen-Kandidatin auf die Zweitstimmen ausgewirkt habe.

Für die SPD fällt zunächst auf, dass sich die unterschätzten „Ausreißer“ auf Westsachsen, die überschätzten jedoch auf Ostsachsen konzentrieren. Auch insgesamt schneidet die SPD in Westsachsen deutlich besser ab. In Westsachsen unterschätzt unser Modell vor allem Gemeinden südlich von Leipzig, namentlich Markkleeberg, Großpösna, Rötha,

Böhlen, Neukieritzsch, Borna, Regis-Breitlingen und Geithain. Einer unserer Gesprächspartner wies daraufhin, dass die gegenwärtige Staatsministerin Petra Köpping (SPD) hierbei eine Rolle spielen dürfte. Sie war in den 1990er Jahren in Großpösna Bürgermeisterin und später Landrätin im ehemaligen Landkreis Leipziger Land, welcher bis zur sächsischen Kreisreform 2008 existierte und zu welchem die genannten Gemeinden gehörten. Zudem stellt die SPD in Rötha, Borna und Markkleeberg den Bürgermeister. Die Mitgliederbasis im Leipziger Süden sei zwar wie insgesamt im Freistaat eher schwach, jedoch hier sehr aktiv – was sich in den Ergebnissen niederschlägt.

Weitere „Ausreißer“ nach oben erklärte unser Gesprächspartner ebenfalls durch hervorstechende Personalien: Der Landtagsabgeordnete Volkmar Winkler (SPD) könnte das gute Ergebnis in Mügeln erklären, da er in Mügeln lebt und hier Bürgermeister war. Einen ähnlichen Erklärungsansatz bietet er für Roßwein und Moritzburg an: Henning Homann (SPD), der Generalsekretär der SPD Sachsen und Stellvertretender Landtagsfraktionsvorsitzender, ist aktiv in Roßwein und Martin Dulig (SPD), der Vorsitzende der SPD Sachsen, lebt in Moritzburg. Für die Überschätzung der SPD in Ostsachsen, allen voran in den Gemeinden Weißenberg und Löbau, konnte unser Gesprächspartner hingegen keine Erklärung liefern. Görlitz (-3,4%; tatsächlich: 4,8%), der stärkste negative Ausreißer der SPD, kann ebenfalls mit der speziellen, zugespitzten Gemengelage zwischen CDU, AfD und Grünen erklärt werden.

DISKUSSION DER ERGEBNISSE

Sozial-, wirtschafts- und infrastrukturelle Daten können Wahlergebnisse teilweise erklären, aber darüber hinaus müssen wir weitere Faktoren miteinbeziehen, die eine quantitative Analyse nur bedingt berücksichtigen kann. Der Verwaltungsverband „Am Klosterwasser“ zeigt exemplarisch, dass Stadt-Land-Unterschiede keinem Determinismus zur rechtsextremen Wahlentscheidung unterliegen: In diesen Gemeinden wählten die Menschen verhältnismäßig selten die AfD. Unsere Gesprächspartnerinnen und -partner wiesen außerdem auf die Bedeutung der Kandidierenden vor Ort hin. Sozialpsychologische Klassiker der Wahlforschung (Campbell et al., 1954; Campbell et al., 1960) betonen neben der Parteiidentifikation und der Einstellung zu Sachfragen ebenfalls die Einstellung zu Kandidierenden.

Die Einschätzungen unserer Gesprächspartnerinnen und -partner entsprechen auch weiteren Hypothesen der Wahlforschung: Die zentrale Annahme des mikrosoziologischen Ansatzes ist (Lazarsfeld et al., [1944] 1960, 27), dass die individuelle Wahlentscheidung maßgeblich durch die soziale Umgebung – die Forschung nennt vor allem Familie, Kolleginnen und Kollegen, Bekannte sowie Freundinnen und Freunde – beeinflusst wird. Damit schließt der mikrosoziologische Ansatz an Simmels (1890) Überlegungen zu sozialen Kreisen an (Schoen, 2014, 175). Ein sozialer Kreis sind zum Beispiel die Belegschaft eines Unternehmens oder die Mitglieder eines Sportvereins. Diese Kreise beeinflussen politische Einstellungen und Wahlentscheidungen. Ob in einer Gemeinde besonders viele Katholikinnen und Katholiken wohnen und sich in eigenständigen Vereinen organisieren oder ein Unternehmen besonders patriarchal geführt wird, all das formt politische Einstellungen. Auch die Auflösung (durch Abwanderung) solcher sozialen Zusammenhänge prägt: In einem volatilen, durch Umbrüche charakterisierten Umfeld entstehen dann weniger starke Parteiloyalitäten als in einem sozialen Umfeld mit langfristig stabilen und homogeneren sozialen Kreisen (Schoen, 2014, 177). In Gemeinden, in denen Institutionen wie demokratische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen usw. eher eine geringe Rolle spielen, fehlen entsprechende Milieus. Fortzüge und Überalterung lassen lokale Institutionen an Bedeutung verlieren. In solchen eher „leeren“ Räumen haben es Herausfordererparteien und besonders solche, die vermeintlich „einfache“ Lösungen anbieten, leichter, Gehör zu finden. Einige Gemeinden in Sachsen weisen umgekehrt schon seit Jahrzehnten verfestigte, rechtsradikale Milieus auf; die NPD konnte bereits hohe Stimmenanteile erringen und so Strukturen festigen, von denen heute auch die AfD profitiert. Solche Pfadabhängigkeiten sind jedoch nicht zwangsläufig, wenn demokratische Parteien extrem rechte Akteure klar ausgrenzen und selbst – verschiedene – politische Angebote machen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in einem Umfeld, in dem kaum noch eine demokratische Geschäftsgrundlage besteht, die Gestaltung des Gemeinwesens tendenziell unmöglich wird (siehe den Beitrag von Kiess in diesem Band). Unser Beitrag verweist daher auf die Relevanz von lokalem politischem Engagement der demokratischen Parteien und der Zivilgesellschaft sowie der Notwendigkeit der demokratischen „Rückeroberung“ von Orten, in denen die Raumnahme extrem rechter Akteure zu lange vernachlässigt und hingenommen wurde.

LITERATUR

- Campbell, Angus/Gurin, Gerald/Miller, Warren E. (1954). *The Voter Decides*. Evanston/Illinois: Row, Peterson and Company.
- Campbell, Angus/Converse, Phillip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E. (1960). *The American Voter*. New York: Wiley.
- Cantoni, Davide/Hagemeister, Felix/Westcott, Mark (2019). *Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology*. Collaborative Research Center Transregio 190, Discussion Paper No. 143.
- Dilling, Marius/Kiess, Johannes (2021). *Die Landtagswahlen 2019 in Sachsen im Kontext der Sozial-, Wirtschafts- und Infrastruktur auf Gemeindeebene*. EFBI Policy Paper 3-2021. Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung.
- Falter, Jürgen W. (1991). *Hitlers Wähler*. München: C.H.Beck.
- Grunert, Johannes/Kiess, Johannes (2021). *Extrem rechte Strukturen und Dynamiken in Chemnitz: Situationsanalyse und Handlungsbedarf*. EFBI Policy Paper 2-2021. Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung.
- Haffert, Lukas (2021). The Long-Term Effects of Oppression: Prussia, Political Catholicism, and the Alternative für Deutschland. *American Political Science Review*, 1–20.
- Heitmeyer, Wilhelm (1999). Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus. In P. E. Kalb, K. Sitte & C. Petry, *Rechtsextremistische Jugendliche – Was tun?* (S. 47–79). Weinheim/Basel: Beltz.
- Huber, Stefan/Yendell, Alexander (2019). Does Religiosity Matter? Explaining right-wing extremist attitudes and the vote for the Alternative for Germany (AfD). *Religion and Society in Central and Eastern Europe* 12 (1), 63–82.
- Klemenz, Franziska (2021). Zu christlich für die AfD. *Sächsische Zeitung*, 29.09.2021.
- Kösters, Christoph/Kullmann, Claudio/Liedhegener, Antonius/Tischner, Wolfgang (2009). Was kommt nach dem katholischen Milieu? Forschungsbericht zur Geschichte des Katholizismus in Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. *Archiv für Sozialgeschichte* 49, 485–526.
- Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernard/Gaudet, Hazel ([1944] 1960). *The People's Choice. How the voter makes up his mind in a presidential campaign*. New York: Columbia University Press.
- Lepsius, M. Rainer (1993). Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In Ders. (Hrsg.), *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze* (S. 25–50). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Quent, Matthias (2013). *Zwischen Symbolwirkung und alltäglichen Raunkämpfen: manifester Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliche Gegenbewegung in Erfurt. Situations- und Ressourcenanalyse für die Landeshauptstadt*. Erfurt.
- Richter, Christoph/Bösch, Lukas (2017). *Demokratiefernere Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017*. IDZ – Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.
- Schoen, Harald (2014). Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In *Handbuch Wahlforschung*, Hrsg. Jürgen W. Falter und Harald Schoen (S. 169–240). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Simmel, Georg (1890). *Über soziale Differenzierung. Soziologische und psychologische Untersuchungen*. Leipzig: Duncker und Humblot.
- Statistisches Bundesamt (2014). *Zensus 2011. Bevölkerung. Ergebnisse des Zensus am 9. Mai 2011*.
- Walde, Martin (2004): Demographisch-statistische Betrachtungen im Oberlausitzer Gemeindeverband „Am Klosterwasser“. *Lëtopis* 51 (1), 3–27.





„Friedliche Revolution 2.0“

Rückgriffe auf den Systemwechsel 1989/90 als Kitt im Corona-Protestgeschehen

„1989“ IM ZEICHEN DES PROTESTS

Am 7. November 2020 versammelten sich in Leipzig etwa 20.000 Personen, um gegen die Regelungen von Bund und Ländern zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie zu demonstrieren. Das maßgeblich von *Querdenken* – einem von Michael Ballweg initiierten Bündnis mit deutschlandweiten Ablegern – organisierte, heterogene Protestgeschehen in der sächsischen Großstadt rief bundesweit mediale Resonanz hervor: Einerseits mündeten Teile der Veranstaltung in Gewalt, als rechtsextremistische Gruppierungen eine Polizeisperre durchbrachen und auf den geschichtsträchtigen Leipziger Innenstadtring gelangten; andererseits erinnerte die Ikonographie des Protests unter dem Schlagwort „Friedliche Revolution 2.0“ an Versuche der PEGIDA-Bewegung, das Jahr 1989 für ihre Zwecke umzudeuten (vgl. Vorländer et al., 2016, 123 f.). Darüber hinaus bestätigte sich an diesem 7. November, worauf Verfassungsschutzbehörden bereits im Frühjahr 2020 hingewiesen hatten: Rechts-extremistische Gruppen nutzten Anti-Lockdown-Proteste, um auf den Versammlungen Ungleichheitsideologien ebenso wie Verschwörungserzählungen zu verbreiten – etwa vom „Großen Austausch“, dem „Great Reset“ oder über „QAnon“ (vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, 2020; siehe auch Brieger, 2021).

Der Beitrag richtet sein Augenmerk auf das Demonstrationsgeschehen in Sachsen und fragt nach der Bedeutung von „1989“ für die Protestmobilisierung: Inwiefern, wie und mit welchen Zielen greifen die Akteure diskursiv auf den Systemwechsel 1989/90 zurück? Im Mittelpunkt der empirischen Analyse stehen die Proteste von *Querdenken*, besonders um den 7. November 2020 herum, aber auch die Versuche einiger Protestakteure, über Parteinuugründungen prägende Kraft in der institutionalisierten Politik zu entfalten, sowie deren Verbindungen in

den seit Jahren verankerten parteiförmigen Rechtsextremismus (NPD). Ziel ist dabei nicht nur, die Funktion der historischen Bezüge als Kitt im vielgestaltigen Corona-Protestgeschehen zu beleuchten, sondern auch Anregungen für zivilgesellschaftliche Akteure und die historisch-politische Bildung im Umgang mit Fehldeutungen und -rahmungen im Kontext der Pandemie zu geben. Als Grundlage der empirischen Untersuchung dienen die Kommunikationskanäle der Gruppierungen, besonders Plakate, Aufrufe zur Demonstration in digitalen und analogen Medien sowie zentrale, über YouTube abrufbare Reden, unter anderem bei Kundgebungen in Leipzig und Dresden. Der Verquickung digitaler und analoger Sphären kommt sohin besondere Aufmerksamkeit zu.

SYSTEMWECHSEL ALS UMKÄMPFTER ERINNERUNGSPUNKT

Das Jahr 1989 war eine Zäsur für die europäische Geschichte, zumal für das geteilte Deutschland. Die seither vielleicht gar ritualisierten Veranstaltungen zum Erinnern jener epochalen Zeit (Lindenberger, 2021) treffen in der Bundesrepublik auf ein bemerkenswertes Terrain. Streifen die Ereignisse 1989 und 1990 den Alltag der westdeutschen Bevölkerung allemal beiläufig, grub sich die Transformation tief in das Leben und die Biografien der Ostdeutschen ein. Wie Martin Sabrow überzeugend argumentiert, wickelt sich die Sprachlosigkeit angesichts des rasanten Mauerfalls bald zwei Narrativen: dem der „Wende“ und dem der „Revolution“. Beide Deutungsversuche – erstmals laut Sabrow so gegenübergestellt von der ostdeutschen Schriftstellerin Christa Wolf – ordneten die Geschehnisse rund um 1989 aus freilich ganz unterschiedlichen Perspektiven. War zunächst der wenig euphorische Begriff der „Wende“ gerade alltags-sprachlich relevant, löste ihn mit größerem Abstand der glänzende Revolutionsbegriff ab. Letzterer findet heute vor allem Widerhall bei politischen Bildungsträgern und auf staatlichen Gedenkveranstaltungen. Was jenen Mutigen Tribut zollt, die im Herbst 1989 auf die Straße gingen, klammert die durchaus desillusionierenden Erfahrungen in der anschließenden Transformationsphase aus (vgl. Sabrow, 2019, 25–29). Pointiert heißt es bei Sabrow: „Der staatlich gestützten Erzählung vom alles überstrahlenden Fluchtpunkt Freiheit steht die biografisch fortwirkende Last einer gesellschaftlich bis heute nicht hinreichend anerkannten Enttäuschung gegenüber.“ (Ebd., 30)

Das Jahr „1989“ ist sohin Gegenstand eines immer wieder von neuem geführten Streits um (Be-)Deutungen, wobei dieser Disput vor allem bei verbogenen Geschichtsdeutungen rechtspopulistischer und -extremistischer Akteure ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit tritt. Verweise auf das Jahr 1989 reüssierten schon vor der COVID-19-Pandemie, etwa im Kontext der 2004 in Sachsen und besonders in Leipzig organisierten „Hartz-IV-Proteste“, die in ländlichen Regionen rechtsextremistischen Akteuren eine Bühne boten. Sie fanden aber auch Eingang in die „Montagsmahnwachen“ zur Zeit des Ukraine-Konflikts 2014 und in die – bereits erwähnten – PEGIDA-Proteste (Hartmann/Leistner, 2019, 20f.). Ins Auge fällt dabei besonders die Selektivität der Bezüge auf das Jahr 1989: Aus den vielen parallelen Prozessen und den verschiedenen Phasen in diesen schnelllebigen Monaten sind es meist die eindrucksvollen Massendemonstrationen, auf die verwiesen wird (ebd., 23). Teilweise tritt der Versuch hinzu, über konkrete Persönlichkeiten aus der oppositionellen Bewegung Kontinuitätslinien zu ziehen (ebd.). Für die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger, im Hier und Heute protestieren zu gehen, scheint die eigene Teilnahme an den Versammlungen im Jahr 1989 jedoch eine untergeordnete Rolle zu spielen (Hartmann, 2021, 162).

Der Rückblick auf das Jahr 1989 dient vor allem der Legitimation der Versammlungen: Wer die Bundesrepublik und die DDR diskursiv gleichsetzt, will das mitunter gewaltvolle Vorbringen eigener Anliegen rechtfertigen (ebd., 148f.). Besonders die AfD wird nicht müde, Bezüge zu den Umbruchsjahren 1989/1990 herzustellen. Mal rückt das „Wende“-Narrativ der Enttäuschten und Abgehängten, mal das „Revolutions“-Narrativ der erfolgreich Widerständigen in den Vordergrund (ebd., 152). Die Präsenz der Partei bei den Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie nimmt kaum wunder. Zugleich demonstriert unter dem Banner der „Friedlichen Revolution 2.0“ ein breites Spektrum an esoterisch-alternativ-anthroposophischen und evangelikalischen Milieus (Leistner/Stach, 2021). Nach Leistner und Stach wirkten weniger konkrete Inhalte denn vielmehr die geteilte, berauschende Erfahrung der Großdemonstration sowie die Eigenwahrnehmung der Demonstrierenden als Gegenstimme zur dominanten Lesart der Pandemie in der Öffentlichkeit als bindendes Glied im heterogenen Protestspektrum (ebd.). Gerade das von Leistner und Stach genannte Selbstbild vieler Demonstrierender, die Pandemie und ihren Verlauf „besser“ als

die öffentlichen Institutionen analysieren und bewerten zu können, mag dabei wie ein Katalysator für die Verbreitung von Verschwörungsnarrativen auf den Versammlungen wirken. So stellte Michael Barkun bereits im Jahr 2015 fest, die Neigung zu alternativen Erkläransätzen („heterodoxem Wissen“) im Allgemeinen gehe nicht selten Hand in Hand mit einem Hang zu Verschwörungsglauben im Besonderen. Kurzum: Wer ohnehin bereits staatlich finanzierten Institutionen, wie etwa Universitäten oder Forschungseinrichtungen, misstrauet, sei eher empfänglich für Deutungsmuster von selbsternannten Expertinnen und Experten (vgl. Barkun, 2015).

„1989“ ALS LEGITIMATIONSSTRATEGIE: QUERDENKER

Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie führt die mediale Öffentlichkeit zumeist unter dem Schlagwort „Querdenker“. Die Heterogenität des Versammlungsgeschehens trifft diese Einordnung kaum, wie allein ein differenzierender Blick auf die Demonstrationen in Sachsen erhellt (Panreck et al., 2021). So stehen zahlreiche coronabezogene Versammlungen nicht unmittelbar in Zusammenhang mit dem ursprünglich im Südwesten der Bundesrepublik entstandenen Bündnis. Gleichwohl sticht der Einfluss von *Querdenken* innerhalb der vielgesichtigen Protestlandschaft ins Auge, zumal wegen der Impulswirkung auf andere Protestströmungen im Frühjahr 2020. Auch existieren Querverbindungen zu Gruppierungen, die nicht der Nomenklatur des Bündnisses folgen, mit diesem aber inhaltliche und organisatorische Schnittmengen aufweisen.¹ Das Mobilisierungspotenzial der *Querdenker* übertrifft dabei jenes der übrigen Akteure im Feld: Verzeichnete ein Großteil der Demonstrationen bis September 2021² zwei- oder dreistellige Teilnehmerzahlen, brachten regionale *Querdenken*-Ableger mehrfach tausende Menschen auf die Straßen. Das zeigt sich vor allem am Protestgeschehen rund um den Beginn des „November-Lockdowns“ 2020: Am 31. Oktober folgten geschätzt 5.000 Protestierende einem Aufruf unter anderem von *Querdenken*-351 in Dresden und

1) So benennt der Dresdner Ableger *Querdenken 351* unter anderem *Eltern stehen auf*, *Christen im Widerstand* und *Ärzte für Aufklärung* als Partner (siehe *Querdenken 351 Dresden*, 2021).

2) Insgesamt wurden bis Ende September 2021 rund 850 Protestereignisse registriert. Viele dieser Demonstrationen waren unangemeldet oder sind aufgrund ihres nicht-lokalen Charakters – wie die Straßenrandproteste entlang der B96 – einem Urheber nicht eindeutig zuzuordnen.

am 7. November wurde in Leipzig mit mindestens 20.000 Demonstrierenden der vorläufige Höchstwert für eine einzelne Protestveranstaltung während der Pandemie in Sachsen erreicht.³

Konzeption und inhaltliche Ausrichtung dieser Großdemonstration in der Messestadt waren beispielhaft für das Bemühen des Bündnisses, die Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens als autoritär zu etikettieren und im narrativen Brückenschlag zum Umsturz der SED-Diktatur den eigenen Protest in eine Aura heldenhaften „Widerstandes“ zu hüllen. Sowohl die ursprüngliche *Querdenken*-Gruppierung aus Stuttgart („711“) als auch der Leipziger Ableger („341“) hatten für den 7. November um Teilnahme geworben.⁴ Bereits im Vorfeld verdeutlichten die Organisatorinnen und Organisatoren, welche argumentative Klammer die heterogenen Interessen der Protestierenden binden sollte: Digitale Plakate verkündeten „Die zweite friedliche Revolution“, es hieß „Schließ dich an!“ (Bewegung Leipzig, 2020a);⁵ eine Pressemitteilung artikulierte den Anspruch, „Geschichte gemeinsam wiederholen“ zu wollen (Bewegung Leipzig, 2020d). Umfangreiche Kampagnen in den Sozialen Netzwerken, überregionale logistische Unterstützung durch Busunternehmer Thomas Kaden (*Honk for Hope*) und Aufrufe bei anderen Corona-Protesten verstärkten die Mobilisierungswirkung.⁶ Teilnehmende waren überdies zum Mitbringen von Kerzen angehalten, was den Versuch akzentuierte, auch auf ikonographischer Ebene Emotionen zu wecken und erinnerungsbehaftete Analogien zum Herbst 1989 planvoll zu produzieren (vgl. Stach/Hartmann, 2020). Nils Wehner, als führendes Mitglied der Bewegung Leipzig an beiden Großdemonstrationen im November beteiligt, hatte schon knapp einen Monat zuvor bei einer *Querdenken*-Kundgebung zur Reise nach Leipzig aufgerufen und öffentlich das Ziel formuliert, „genau die gleichen Bilder“ wie 1989 erzeugen

3) *Querdenken* verantwortete allerdings auch Proteste, welche die avisierten Teilnehmerzahlen verfehlten.

4) Als weiterer Initiator firmierte die mit *Querdenken 341* eng verbundene Gruppierung *Bewegung Leipzig*. Für den Aufruf zeichneten weiterhin *Mitteldeutschland steht auf und bewegt sich* sowie *Eltern stehen auf* (siehe *Bewegung Leipzig*, 2020d).

5) In einer alternativen Version änderte sich das Motto, wohl als Reaktion auf Kritik an einer allzu offensichtlichen Vereinnahmung des „Heldenstadt“-Narrativs, in „Friedliche (R)Evolution“. Die Verbreitung des ursprünglichen Entwurfs in den Sozialen Netzwerken verhinderte dies nicht (vgl. Stach/Hartmann, 2020).

6) So veröffentlichte *Bewegung Leipzig* unter anderem einen tausendfach geteilten Video-Trailer mit Bildmaterial der Demonstrationen 1989 und veranstaltete bereits am 19. Oktober in Leipzig einen „Montagsspaziergang“, bei dem für den 7. November „schon mal geübt“ werden könne (siehe *Bewegung Leipzig*, 2020b; vgl. weiterhin statt vieler *Bewegung Leipzig*, 2020c).

zu wollen, „wieder mit Kerzen in der Hand“. Er glaube, dies sei „ein großes Zeichen an die Leute, die jetzt noch schlafen“ (Wehner, 2020b). Der im *Querdenken*-Kontext häufig beobachtbare Modus Operandi einer Reduktion historischer Komplexitäten durch beliebig wiederverwert- und leicht wiedererkennbare Stilmittel trat hier deutlich zu Tage – ebenso deren performante Inszenierung im Rahmen einer Authentizität zwar beanspruchenden, aber letztlich vor allem dem Selbstzweck dienenden Widerstandsästhetik.⁷

Das Narrativ der „Friedlichen Revolution 2.0“ fiel in Leipzig überdies auf einen räumlichen und zeitlichen Resonanzboden: Nicht nur war die Messestadt zentraler Handlungsort der Proteste im Herbst 1989, auch jährte sich am 7. November der Rücktritt der DDR-Regierung unter Willi Stoph. Diese doppelte Chance, ihre aktuelle Opposition gegen die vermeintliche Corona-Diktatur mit dem historischen Widerstand gegen das SED-Regime zu verweben, ließen die *Querdenken*-Organisatorinnen und -Organisatoren und deren Gäste nicht verstreichen. Redebeiträge am 7. November charakterisierten die Bundesregierung als Totengräberin des Verfassungsstaates. Dramaturg und Schriftsteller Anselm Lenz etwa sah in den Pandemie-Schutzmaßnahmen eine „Notstandsgesetzgebung, [...] [um] uns dauerhaft in undemokratische, diktatorische und letztlich faschistische Strukturen zu werfen“ (Lenz, 2020). Pfarrer Christoph Wonneberger, zentrale Figur der Leipziger Proteste 1989 und zur Legitimierung der historischen Anschlussfähigkeit des Corona-Widerstandes bereits im Vorfeld von den Organisatoren in einem Werbevideo aufgebeten (Wehner, 2020a; vgl. auch Stach/Hartmann, 2020), sprach von einem Virus, das „nicht nur die Menschen, sondern auch den Rechtsstaat befallen“ habe (Wonneberger, 2020). Die Orchestrierung des 7. November durch die *Querdenken*-Verantwortlichen vermittelte den Teilnehmenden, der Genese eines neuen zeithistorischen Augenblicks teilhaftig zu werden und wie die Bürgerinnen und Bürger der DDR den staatlichen Institutionen entgegentreten zu können (vgl. Stach/Hartmann, 2020). Genau dies taten dann auch einige der Anwesenden: Von wiederholten Aufrufen zum friedlichen Protest unbeeindruckt, mündete der – ebenfalls keineswegs spontane, sondern ganz bewusst als Höhepunkt der „Evokation des Geistes von 1989“ (ebd.) geplante – abschließende Demonstrationzug über eine der zentralen Straßen Leipzigs in Gewalt.

7) Vgl. zu „Geschichtsbildern [...] als Abziehbilder [...], gleich den Memes und GIFs in den Social-Media-Kanälen“ Lindenberger (2021); siehe auch Stach/Hartmann (2020).

Teils verummte, im rechtsextremen Spektrum und Hooligan-Lager verortete Teilnehmende griffen Ordnungskräfte sowie Pressevertreterinnen und Pressevertreter an. Die eigentliche Kundgebung war bereits zuvor aufgrund der Missachtung von Corona-Regeln abgebrochen worden (Geiler et al., 2020; Krause, 2020).

Erkannten Medien und Verfassungsschutzbehörden in den Exzessen einen weiteren Beleg für die Indoktrinierung der *Querdenker* durch demokratiefeindliche Kräfte, avancierte der 7. November in der Eigenwahrnehmung nicht weniger Protestierender zum Schlüsselereignis. Wie schon 1989, so die in der Gegenöffentlichkeit schnell kolportierte Deutung, sei der Leipziger Innenstadtring Schauplatz einer wegweisenden und vorbildstiftenden Auseinandersetzung zwischen repressiver Staatsmacht und einem sich nicht einschüchtern lassendem Volk gewesen, welche gezeigt habe, die Konfrontation mit der Exekutive sei nicht nur notwendig, sondern auch erfolgreich umsetzbar.⁸ Erneut offenbarte sich hier die Tendenz zur geschichtsvergessenen Selbstverklärung in Teilen des Protestspektrums, war doch die vermeintliche Furchtlosigkeit der Demonstrierenden, deren Grundrecht auf Versammlungsfreiheit selbst inmitten einer pandemischen Krise durch den demokratischen Verfassungsstaat weitgehend gesichert blieb, kaum mit jenem Mut zu vergleichen, den die Bürgerinnen und Bürger der DDR beim montäglichen Gang auf die Straße unter allgegenwärtiger Angst vor einer „chinesischen Lösung“ aufbringen mussten (vgl. BpB et al., 2018; Kellerhoff, 2021). Zudem, wie Lindenberger treffend feststellt, erwies sich das Narrativ des „kollektiven Widerstandes“ bei näherer Betrachtung kaum als hinreichend, um tatsächlich eine die Euphorie des Moments langfristig überdauernde Massenbewegung konstituieren zu können (Lindenberger, 2021).

MANIFESTATION DES PROTESTS: DIE PARTEINEUGRÜNDUNG FREIE SACHSEN

Nach fast zwei Jahren der Pandemie und des sie begleitenden Protests drängt sich die Frage auf, inwiefern Akteure der „uncivil society“ eine

8) So beurteilte etwa das NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ den 7. November als Wendepunkt in der Entwicklung der vermeintlichen Widerstandsbewegung gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen. Den Querdenkern habe es bis dahin an Entschlossenheit gefehlt, ihre „Ansprüche auch durchzusetzen“. An diesem Tag aber, an dessen „Ende die Kapitulation der Staatsmacht stand“, habe „sich der Volkswille letztlich doch manifestieren“ können (NPD Sachsen, 2020a).

Institutionalisierung im politischen System der Bundesrepublik anstreben. Das Augenmerk liegt dabei auf Parteien, die – anders als Vereine oder Verbände und im Gegensatz zur Weimarer Republik – in der Bundesrepublik Verfassungsrang haben. Sie streben qua Definition über die Interessenartikulation und -aggregation hinaus an, ihre Forderungen in den politischen Wettstreit der Wahlen zu stellen und diese – einmal in Regierungsverantwortung – in Gesetze fließen zu lassen. Diese Form der Institutionalisierung war zunächst in Baden-Württemberg zu beobachten, wo im Jahr 2020 aus dem *Querdenker*-Umfeld die Partei *Widerstand 2020* entstand, die aber in die beiden Kleinstparteien *WIR2020* und *Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis)* zerbrach. Bei den Landtagswahlen 2021 erreichten diese 0,8 bzw. 1 Prozent und blieben damit unbedeutend (vgl. Koos/Binder, 2021, 315). Bei der Bundestagswahl kam *die Basis* immerhin auf 1,4 Prozent, in Sachsen auf 1,5 Prozent.

Neben der bundesweit agierenden Partei *die Basis* manifestierten sich Strömungen der sächsischen Protestlandschaft im Februar 2021 in der rechtsextremistischen Partei *Freie Sachsen*.⁹ Sie avancierte zu einer prägenden Kraft im Demonstrationsgeschehen im Erzgebirgsraum und verantwortete zahlreiche medial auf Resonanz stoßende Kundgebungen. Das idiosynkratische Parteiprogramm, welches unter anderem mehr Autonomie für den Freistaat und notfalls auch den „Säxit“ fordert, lieferte dabei die argumentative Basis einer durch Verschwörungsnarrative und Wissenschaftsskepsis angereicherten Fundamentalopposition gegen die Corona-Maßnahmen sowie die verantwortlichen Bundes- und Landesregierungen (Brieger/Panreck, 2021). Den von *Querdenken* im Protestgeschehen etablierten Bezug auf 1989 griffen die Freien Sachsen wiederholt auf: Besonders bemühte sich die Partei um Demonstrationen an Montagen und begleitende Berichterstattung in den rege bespielten Sozialen Netzwerken. Schlagzeilen wie „Montagsproteste wachsen in ganz Sachsen!“ skizzierten das Bild einer – faktisch nicht vorhandenen – landesweiten Bewegung („Wie ein Flächenbrand“), deren vermeintliche Nähe zum historischen Vorbild Legitimität bezeugen sollte (*Freie Sachsen*, 2021a). Der Analogiebildung dienlich gemacht wurde zudem, wie schon bei den *Querdenkern* in Leipzig, die angebliche Furchtlosigkeit der Demonstrierenden („mutige Bürger [gingen] auf die Straße“ [a. a. O.]).

9) Die Freien Sachsen traten nicht zur Bundestagswahl an, wohl aber stellten sie einen Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl in Plauen auf (Brieger/Panreck, 2021).

Stärker als *Querdenken* hängen die Freien Sachsen indes einer übersteigerten regionalen Identität an, wenn sie etwa „sächsische Widerständigkeit“ beschwören und Ressentiments gegen Westdeutsche schüren. So wird im Parteiprogramm der *Freien Sachsen* gefordert, westdeutsche Verwaltungsbeamte, Richter und Journalisten „wieder geregelt in ihre Heimatländer“ zurückzuführen (Freie Sachsen, 2021b).

Wie der Rückgriff auf das Jahr 1989 *Querdenken* und *Freie Sachsen* verbindet, fallen überdies die Interdependenzen der neugegründeten Partei mit der rechtsextremistischen NPD in den Blick. So ist das Verhältnis beider von Doppelmitgliedschaften und ideologischen Schnittmengen geprägt.¹⁰ Zudem teilen die Gruppierungen die Imagination eines bevorstehenden – oder sich bereits entfaltenden – „Freiheitskampfes“. Der Fluchtpunkt einer „Friedlichen Revolution 2.0“ tritt in den Agitationsbemühungen der NPD aber in den Hintergrund. So mobilisierte sie parallel zu *Querdenken* für die Leipziger Großdemonstration am 7. November 2020, ihre Bildsprache („Lockdown durchbrechen!“, „Deutsche geben niemals auf“) stand dabei jedoch in Kontrast zu den auf den „friedlichen“ Aspekt der „Revolution 2.0“ pochenden Ankündigungen von *Querdenken* – mithin nahm der Tonfall der NPD die späteren Ausschreitungen vorweg (NPD Sachsen, 2020b).¹¹

AUSBLICK: EMOTIONEN IN DER HISTORISCH-POLITISCHEN BILDUNG

Immer wieder – so mutet es an – bedient sich ein Spektrum an Protestierenden in der COVID-19-Pandemie im „Bauchladen“ Geschichte. Spielte die AfD bereits vor der Pandemie auf der Klaviatur der historischen Parallelisierungen von Bundesrepublik und der späten DDR, ist besonders den Bündnissen rund um *Querdenken* in Leipzig der Versuch zuzuschreiben, historische Ereignisse und die damit verbundenen Emotionen für ihre Zwecke nutzbar zu machen. Die *Querdenken*-Narrative verdichten sich überdies in der institutionalisierten Politik in Form der aus den

10) Zu diesem Urteil fand auch das Landesamt für Verfassungsschutz, welches die *Freien Sachsen* nach wenigen Monaten als rechtsextremistisches Beobachtungsobjekt klassifizierte (vgl. MDR Sachsen, 2021).

11) Etwas deutlicher hervor tritt das 1989er-Narrativ, vor allem dank einiger Interviewpartner, in einer von der Sachsen-NPD geteilten Videoreportage ihres Vorsitzenden Peter Schreiber, der zugleich Chefredakteur der *Deutschen Stimme* ist. In den offiziellen Stellungnahmen der Partei scheint dieser Aspekt aber kaum durch (siehe NPD Sachsen, 2020a).

Protesten heraus gegründeten und mit der NPD verwobenen rechtsextremistischen Partei *Freie Sachsen*. Ins Auge fällt dabei die Selektivität der historischen Anleihen: Einzelne, aus dem Kontext gerissene Momentaufnahmen erhalten einen neuen Rahmen, um dem Protestanliegen Gewicht zu verleihen oder Gewalt zu rechtfertigen.

Die wiederholten Bezüge auf das Jahr 1989 rücken dabei die Frage nach Reaktions- und Handlungsmöglichkeiten in den Vordergrund – etwa für historisch-politische Bildung oder zivilgesellschaftliche Akteure, die sich der Gestaltung von Demokratie verpflichtet sehen. Das Formulieren globaler Antworten scheitert mithin an den variierenden Kontexten der politisch motivierten Umdeutungen von Geschichte. An dieser Stelle geht es uns sohin darum, erste Ideen für den Umgang mit Fehl- und Umdeutungen des Jahres 1989 im Sinne einer präventiv agierenden Demokratiebildung anzuregen.

Anders als von den Protestierenden suggeriert, ist „Geschichte“ mehr als ein fester, abgeschlossener Zustand in der Vergangenheit. Die Erinnerung ist nicht nur durch das tatsächlich Erlebte, sondern auch durch das spätere Deuten von Erfahrungen geprägt. Zu Recht betont Christina Schwarz die Herausforderung für die historisch-politische Bildung, mit der Pluralität der Erinnerungen an das Jahr 1989 umzugehen. Zuvorderst Jugendliche bewegen sich in verschiedenen Diskursen über „1989“, etwa in der Schule oder in den Familien. Die dort transportierten Narrative stehen dabei bisweilen in Widerspruch zueinander (Schwarz, 2021, 450). Es gleicht einem großen Schritt gerade für Jüngere, die Parallelität von Narrativen über vermeintlich eindeutige Ereignisse – nach Hannah Arendt Tatsachenwahrheiten (Arendt, 1987) – auszuhalten und politisch motivierte Rückgriffe von wissenschaftlich fundierten Argumentationen zu unterscheiden. Die Dekonstruktion politischer Vereinnahmungen, die Reflexion der teils widersprüchlichen Diskurse und das Befähigen zur Quellenkritik rücken in den Mittelpunkt historisch-politischer Bildung (Schwarz, 2021, 456).

Hierfür braucht es Fähigkeiten, die über die konkreten Kenntnisse der historischen Kontexte – die Proteste 1989 waren *ein* Mosaikstein vielfältiger Ursachen für den Fall des Eisernen Vorhangs, die deutsche Wiedervereinigung und den Zusammenbruch der Sowjetunion – und der unterschiedlichen politischen Systeme von DDR und heutiger Bundesrepublik hinausgehen. Manipulierte und selektive Bezüge auf historische Ereignisse lassen sich argumentativ und sachlich entkräften. Zugleich

wohnt ihnen eine emotionale Dimension inne: Wer an die Massendemonstrationen 1989 erinnert, ruft Konnotationen und Gefühle hervor. Dabei erscheint es kaum ausreichend, den Emotionen eine sachliche Argumentation entgegenzusetzen. Vielmehr rückt die Reflexion der Emotion selbst (vgl. Oeftering, 2019, 35–37) in den Vordergrund: Welche Emotionen löst das historische Ereignis aus? Welchen Zweck hat die Emotion? Was soll sie bewirken? Demokratiebildung zielt auf das Befähigen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zur Teilhabe im politischen Raum. Ganz im Sinne der Interdisziplinarität historisch-politischer Bildung bietet sich ein fachübergreifender Ansatz aus Geschichts-, Kommunikations- und Politikwissenschaft, aber auch Sozialpsychologie zur Analyse von Gefühlen, Affekten und politischen Leidenschaften im politischen Raum an. Gerade in Zeiten kurzlebiger, nicht selten auf Provokation ausgerichteter und bisweilen hasserfüllter Posts in Sozialen Medien gewinnt der Umgang mit Emotionen gesamtgesellschaftlich an Gewicht.

LITERATUR

- Arendt, Hannah (1987). *Wahrheit und Lüge in der Politik: zwei Essays*. München.
- Barkun, Michael (2015). Conspiracy theories as stigmatized knowledge. *Diogenes* 62 (3–4), 114–120.
- Bewegung Leipzig (2020a). Facebook-Beitrag (@BewegungLeipzig) vom 17.10.2020 (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- Bewegung Leipzig (2020b). Facebook-Beiträge (@BewegungLeipzig) vom 17.10.2020 und 19.10.2020 (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- Bewegung Leipzig (2020c). Facebook-Beiträge (@BewegungLeipzig) vom 23.10.2020, 25.10.2020, 28.10.2020, 29.10.2020 (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- Bewegung Leipzig (2020d). Presse-Mitteilung zur Großdemo „Zweite Friedliche @Evolution“ (07.11.2020). URL: https://bewegungleipzig.de/signed/https%3A%2F%2Fus-west-2.amazonaws.com%2Fsecure.notion-static.com%2Ffco91b3d-759b-4d17-b783-3b367b6d31c1%2FDemo-7-11-Leipzig.pdf?table=block&id=bad_75461-89d7-403e-ae39-eeee25d40905&spaceid=c6337b13-6b33-4ee3-ac51-34c8390f5250&name=Demo-7-11-Leipzig.pdf&cache=v2 (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- Brieger, Stefan (2021). „Die Maske ist der Stern“ – Verschwörungsnarrative im Kontext der Corona-Proteste (in: Denken ohne Geländer. Der Blog des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e.V.). URL: <https://haitblog.hypothesises.org/1813> (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- Brieger, Stefan/Panreck, Isabelle-Christine (2021). Rechtsextremistische Parteien in der Corona-Pandemie – Neugründungen und altbekannte Akteure. In Uwe Backes et al. (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2021* (S. 179–191), Baden-Baden.
- Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)/Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (Hrsg.) (2018). „Die Chinesische Lösung“. URL: www.jugendopposition.de/145315 (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- Freie Sachsen (2021a). Montagsproteste: Erneut Tausende in Sachsen auf den Straßen! URL: <https://freie-sachsen.info/2021/montagsproteste-erneut-tausende-in-sachsen-auf-den-strassen/> (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- Freie Sachsen (2021b). Wofür wir stehen. URL: <https://freie-sachsen.info/wofuer-wir-stehen/> (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- Geiler, Julius/Lemkemeyer, Sven/Kotsev, Maria (2020). Lambrecht verurteilt Gewalt – Forderungen nach Aufklärung. *Tagesspiegel Online* (08.11.2020). URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/querdenken-demo-in-leipzig-lambrecht-verurteilt-gewalt-forderungen-nach-aufklaerung/26600184.html> (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- Hartmann, Greta (2021). „Wir 1989er“ – geschichtspolitische Aneignungen der Erinnerung und alltagsweltliche Resonanzen. In Alexander
- Leistner/Monika Wohlrab-Sahr (Hrsg.), *Das umstrittene Erbe von 1989* (S. 145–165), Köln/Weimar/Wien.
- Hartmann, Greta/Leistner, Alexander (2019). Umkämpftes Erbe. Zur Aktualität von „1989“ als Widerstandserzählung. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 69 (35–37), 18–24.
- Kellerhoff, Sven Felix (2021). Warum die SED-Führung die „chinesische Lösung“ lobte. *Welt Online* (22.03.2021). URL: <https://www.welt.de/geschichte/article194512807/Tian-anmen-Platz-1989-Darum-lobte-die-SED-die-chinesische-Loesung.html> (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- Koos, Sebastian/Binder, Nicolas (2021). Wer unterstützt die „Querdenker“? In Sven Reichardt (Hrsg.), *Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive* (S. 295–320), Frankfurt/New York.
- Krause, Daniel (2020). „Das Ausmaß der Gewalt hat eine völlig neue Dimension erreicht“, *t-online* (09.11.2020). URL: https://www.t-online.de/region/leipzig/news/id_88898242/-querdenken-demo-in-leipzig-angriffe-auf-journalisten-und-drohungen-der-polizei.html (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2020). Extremisten nutzen Coronalage für ihre Interessen. URL: <https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/2250.html> (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- Leistner, Alexander/Stach, Sabine (2021). Leipzig, 7. November 2020: „Querdenken“. In Martin Langebach (Hrsg.), *Protest. Deutschland 1949-2020* (388–393), Bonn.
- Lenz, Anselm (2020). Redebeitrag vom 7.11.2020 auf der Querdenken-Demonstration in Leipzig. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=dQ8rhO-igrE> (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- Lindenberg, Thomas (2021). Der Verschleiß der öffentlichen Geschichte. Ein Versuch über die Grenzen der Diktaturaufarbeitung (in: Denken ohne Geländer. Der Blog des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e.V.). URL: <https://haitblog.hypothesises.org/1943> (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- MDR Sachsen (2021). „Freie Sachsen“ als rechts-extremistische Verfassungsfeinde eingestuft. URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/partei-freie-sachsen-verfassungsfreundlich-recht-extremistisch-landesverfassungsschutz-100.html> (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- NPD Sachsen (2020a). Facebook-Beitrag (@npd_sachsen) vom 8. November 2020 (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- NPD Sachsen (2020b). Facebook-Beiträge (@npd_sachsen) vom 5. November 2020 (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- Oeftering, Tonio (2019). Hannah Arendts „Wahrheit und Politik“ – eine fachdidaktische Lektüre vor dem Hintergrund des aufziehenden Zeitalters

- der „postfaktischen Politik“. In Carl Deichmann und Michael May (Hrsg.), *Orientierungen politischer Bildung im „postfaktischen Zeitalter“* (S. 29–38), Wiesbaden.
- Panreck, Isabelle-Christine/Schmeitzner, Mike/Lindenberg, Thomas/Böttcher, Claudia/Tiepmar, Jochen (2021). Die „Spanische Grippe“ und Covid-19 in Sachsen. In Sven Reichardt (Hrsg.), *Die Misstrauensgemeinschaft der „Querdenker“. Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive* (S. 91–124). Frankfurt/New York.
- Querdenken 351 Dresden (2021). Freunde. URL: <https://querdenken-351.de/partner> (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- Sabrow, Martin (2019). „1989“ als Erzählung. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 69 (35–37), 25–33.
- Schwarz, Christina (2021). „1989“ in der historisch-politischen Bildung. In Ilko-Sascha Kowalczyk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hrsg.), *(Ost) Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews. Teil II – Gegenwart und Zukunft* (S. 449–461). Bonn.
- Stach, Sabine/Hartmann, Greta (2020). Friedliche Revolution 2.0? Zur performativen Aneignung von 1989 durch „Querdenken“ am 7. November 2020 in Leipzig (in: *Zeitgeschichte-online*). URL: <https://zeitgeschichte-online.de/geschichts-kultur/friedliche-revolution-20> (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven (2016). *PEDIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*. Wiesbaden.
- Wehner, Nils (2020a). Interview mit Christoph Wonneberger auf dem Youtube-Kanal von Bewegung Leipzig/Querdenken 341. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=jwM5NnFwpdA&t=5s> (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- Wehner, Nils (2020b). Redebeitrags Nils Wehners auf einer Querdenken-Kundgebung am 10.10.2020 in Berlin. URL: https://www.youtube.com/watch?v=RBk_dg7O354 (letzter Zugriff: 10.10.2021).
- Wonneberger, Christoph (2020). Redebeitrag vom 7.11.2020 auf der Querdenken-Demonstration in Leipzig. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=EDjAcKf8sRI> (letzter Zugriff: 10.10.2021).



In Szene gesetzt

Konflikträume in Leipzig und Wurzen

Die sächsischen Städte Leipzig und Wurzen liegen gerade einmal 30 Kilometer voneinander entfernt, könnten jedoch hinsichtlich ihrer politischen Aufladung unterschiedlicher kaum sein: Leipzig gilt als Ort besonderer linker Mobilisierung, Wurzen seit 30 Jahren als ein Zentrum der neonazistischen Bewegungen im Freistaat (siehe auch den Beitrag „Zivilgesellschaft als ‚Bollwerk gegen Rechts?‘“). Beide Städte sind Kristallisationspunkte für kollektive Identitäten und Konflikte zwischen politischen Opponenten.

In unserer Forschung untersuchen wir die Konfliktodynamiken in diesen beiden Städten. Dabei treten immer wieder Orte in den Vordergrund, an welchen sich die Konflikte in besonderer Weise manifestieren. Zentral für unseren Forschungsfokus ist die Annahme, dass Räume als konkrete Orte sowie auch deren imaginierte Bedeutungen für die Analyse von Konflikten von hoher Relevanz sind. Wir schließen damit an psychoanalytische Forschung zur Bearbeitung von Konflikten im Raum an (Wright, 2018; Figlio/Richards, 2003; Pohl, 2019). Mit dem Terminus der „Konflikträume“ wollen wir die Besonderheit von konkreten Orten betonen: Dass an ihnen die Konflikte zu Tage treten, ist nicht nur aktuellen politischen Anlässen geschuldet, sondern im selben Maß ihrer historischen Bedeutung – und wie sehr diese in die Gegenwartsgesellschaft hineinreicht. So lassen sich mit den Orten, an denen die Konflikte ausgetragen werden, auch die Motive hinter den konflikthaften Dynamiken der Gesellschaft verstehen.

Kaum ein Ereignis ist so exemplarisch für die politischen Konflikte in Leipzig wie der Angriff am 11. Januar 2016 auf den Leipziger Stadtteil Connewitz. An diesem Tag zogen am Rande einer LEGIDA-Demonstration etwa 250 vermummte, rechtsextreme Hooligans, Kampfsportler und Neonazis durch die Straßen. Mit Sprengkörpern, Steinen und Äxten ausgestattet, griffen sie Geschäfte an und schlugen auch auf Passanten ein. Die Täter griffen dabei gezielt einen Stadtteil an, der für die politische „Linke“ seit den 1990er Jahren ein symbolisch wichtiger Ort ist. Insbesondere in den Umbruchsjahren nach dem Ende der DDR zog es viele junge Menschen aus dem Leipziger Umland (u. a. auch aus Wurzen)

nach Leipzig. Sie flüchteten vor der extrem rechten Hegemonie aus den ländlichen Gebieten. In Connewitz bot der hohe Leerstand einen Ausgangspunkt, um sich alternative Räume zu schaffen. Die Entwicklung der Hausbesetzungen und politischen Szene in Connewitz fasst der Stadtsoziologe Dieter Rink zusammen (2000): Schon in den 1980er gehörte Connewitz zu den Stadtteilen Leipzigs, in welchen sich die sogenannten Schwarzbezüge häuften (ebd., S. 121). Innerhalb kurzer Zeit besetzten 1990 Aktivisten aus dem Kreis des *Neuen Forums* insgesamt 14 Häuser in Connewitz (ebd., S. 122). Ziel war es, den Abriss weiterer Altbauten zu stoppen und alternative Wohnräume zu schaffen. Schnell entstanden eine soziokulturelle Infrastruktur sowie Vernetzungen, wie etwa die „Connewitzer Alternative“, durch welche das Viertel zunehmend zu einem Anziehungspunkt für eine alternative und autonome Szene wurde. Als solch eine Anlaufstelle war der Stadtteil auch wiederholt Übergriffen durch Neonazis ausgesetzt. Gleichwohl galt er durch die starke Vernetzung als Ort des Rückhalts und relativer Sicherheit – auch weil zunächst eine Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei geschlossen werden konnte. Nachdem es Ende 1992 in Anschluss an eine Aktion einer Jugendclique zu einer Straßenschlacht mit der Polizei kam, veränderte sich die Lage. Auf Seiten der Stadt war der Konflikt Ausgangspunkt für ein härteres Vorgehen gegenüber den Hausbesetzern sowie von Versuchen, zukünftige Besetzungen zu verhindern (ebd., S. 125). Auf Seiten der Hausbesetzer sei der „Mythos Connewitz“ geboren worden, der zunehmend mehr „Linke“ nach Connewitz zog. Durch diese frühen Ereignisse in den 1990er Jahren vorbereitet, gilt Connewitz auch heute noch als Chiffre für linke Kultur und linken Protest – weit über Leipzig hinaus. Als solcher Raum ist der Stadtteil weiterhin prominenter Austragungsort von politischen Konflikten.

Auch in Wurzen können wir die Verdichtung des politischen Konflikts in der Stadt an einem spezifischen, wenn auch gänzlich anders beschaffenen Ort beobachten: dem Denkmal für die im Ersten Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten auf dem Alten Friedhof. Während die heutige Bedeutung von Connewitz über die letzten 30 Jahren geprägt wurde, reichen die Bezüge des Denkmals weiter zurück und holen geschichtliche Ereignisse in die Gegenwart, die heute niemand mehr selbst erlebt hat. Das als Erinnerungsort für die Angehörigen gefallener Soldaten gedachte Denkmal wurde in den vergangenen Jahren durch die extreme Rechte genutzt, um ihre national-völkische Ideologie zu propagieren.

Wiederholt fanden Fackelmärsche und Gedenkveranstaltungen von Neonazis am Volkstrauertag statt, organisiert von Mitgliedern der NPD und ihrer Jugendorganisation, den *Jungen Nationalisten* (u.a. chronik. LE, 2008, 2011). Da Denkmale wie das in Wurzen in ihrer politischen Bedeutung nicht nur der Erinnerung, sondern auch gleichzeitig der Heroisierung dienen, ist es leicht für die extreme Rechte, auch an diesen Aspekt anzuknüpfen. Um mit dieser Vereinnahmung zu brechen, luden das Wurzener *Bündnis für Demokratie gegen Neonazismus* unterstützt durch die *Gesellschaft der Neuen Auftraggeber*¹ und durch Vertreter der Galerie für Zeitgenössische Kunst Leipzig (GfZK) im Jahr 2011 fünf internationale Künstlerinnen und Künstler ein, Entwürfe für eine *Kommentierung* des Denkmals anzufertigen. Einige der Entwürfe sahen eine Veränderung des Denkmals durch das Hinzufügen weiterer Elemente vor, das Denkmal an sich sollte aber bereits aus Gründen des Denkmalschutzes erhalten bleiben. Zu einem Abschluss des Projektes kam es nie. Innerhalb der Zivilgesellschaft bildete sich Widerstand gegen diese Pläne: So setzten sich einige Akteure für den Erhalt des Denkmals in seiner bestehenden Form ein, da sie den Verlust des Erinnerungsortes in seiner historischen Symbolik fürchteten. Eine im Rahmen des Kunstprojektes stattfindende öffentliche Veranstaltung im Wurzener Rathaus „verlief konfliktreich und endete im Eklat. Die am Projekt Beteiligten beschlossen, auf die Umsetzung eines der Entwürfe vorerst zu verzichten“ (Gesellschaft der Neuen Auftraggeber, o. J.). Ein offizielles Gedenken zum Volkstrauertag wurde zuletzt aus einem Zusammenschluss aus Kirchengemeinde, dem Geschichts- und Altstadtverein sowie dem Oberbürgermeister der Stadt organisiert (LVZ, 2018). Auch gab es Versuche, die Bedeutung des Denkmals als Mahnmal für den Frieden zu unterstreichen. So bemühte sich etwa der Geschichts- und Altstadtverein der Stadt um die Erneuerung einer bereits am Denkmal angebrachten Kasette, welche Erde aus den französischen Schlachtfeldern enthielt. Durch eine Spendenaktion wurde 2012 eine Reise nach Frankreich und das Anbringen einer neuen Kasette ermöglicht. Wenige Monate später wurde auch die erneuerte Kasette gestohlen (ebd.).

Wir sehen, beide Orte – Connewitz und das Wurzener Denkmal – sind exemplarisch in sozialen und politischen Konflikten der Gegenwart

1) Die *Gesellschaft der Neuen Auftraggeber* ist eine von der Kulturstiftung des Bundes geförderte gemeinnützige Organisation, welche bundesweit Projektinitiativen unterstützt, die eine künstlerische Auseinandersetzung mit lokalen, gesellschaftlichen Themen umsetzen wollen (<https://www.neueauftraggeber.de>).

verankert, die gleichzeitig in der Vergangenheit wurzeln. In beiden sächsischen Städten tragen die geschichtlichen Entwicklungen und wie sie heute rezipiert werden, zu den Bedeutungen dieser Konflikte bei und bestimmen so die aktuellen Konflikte mit. Während Leipzig durch die Einordnung als „linker“ Raum für die extreme Rechte zum prominenten Angriffsort ihres Kampfes um Hegemonie wurde, tritt in Wurzen das Fortwirken von geschichtlich-übergreifenden, autoritären Vorstellungen von Gesellschaft deutlich zutage. Diese verweisen damit unmittelbarer auf (psychisch) Unerledigtes aus der Zwischenkriegszeit und dem Nationalsozialismus und darauf, wie weit dieses Unerledigte bis heute Gegenstand politischer Kämpfe ist.

Um das Konfliktgeschehen in Leipzig und Wurzen im Vergleich zu analysieren, kann auf zwei Forschungsprojekte zurückgegriffen werden, die von unserer Arbeitsgruppe durchgeführt wurden: Das Projekt „Konflikttraum Leipzig“ (Teilstudie des vom BMFSFJ geförderten Projekts „Urbane Gewalt“) hatte von 2018 bis 2019 die Eskalationsdynamik von Gewalt zum Gegenstand; das Projekt „Zivilgesellschaft in Wurzen“ ist ein laufendes Projekt am EFBI, welches 2020 begonnen wurde.

In beiden Studien wurden Bewohnerinnen und Bewohner der jeweiligen Stadt zu Forschungsgesprächen eingeladen. Die Teilnehmenden dieser Gruppendiskussionen und Interviews wurden mit denselben Fragen dazu aufgefordert, miteinander ins Gespräch zu kommen und über ihr Leben in der jeweiligen Stadt zu berichten: „Wie ist es für Sie, in Ihrer Stadt zu leben?“ „Was macht Ihren Alltag aus, was ist Ihnen hier wichtig?“ „Wie ist es für Sie, sich hier zu engagieren?“ Die 60- bis 90-minütigen Diskussionen und Interviews wurden anschließend im Wortlaut transkribiert. Diese Gesprächsprotokolle waren Grundlage der anschließenden Auswertung. Zunächst wurden die jeweils einzelnen Gespräche ausgewertet, anschließend wurden sie miteinander verglichen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Wahrnehmung der Gesprächspartner herauszuarbeiten (Volmerg/Leithäuser, 1988; Lorenzer, 2005).

STREIT UM DAS ERINNERN: DAS „KRIEGERDENKMAL“ IN WURZEN

Ausgangspunkt des Forschungsprojektes in Wurzen war die Frage nach zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten und Handlungsversuchen in einer Stadt, die durch die Präsenz rechtsextremer Akteure wiederholt unter

Druck gerät. Im Jahr 2021 wurden Gruppendiskussionen mit unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren durchgeführt. Die Analysen dieser Diskussionen sind noch nicht abgeschlossen, eine erste Einschätzung soll aber dennoch gegeben werden. Entlang der Auseinandersetzung um das Denkmal lässt sich hierbei ein Einblick in die städtische Konfliktdynamik gewinnen. Schon 2012 wurde in der medialen Berichterstattung über die beschriebene Kunstaktion am Denkmal thematisiert, dass der Konflikt die Wurzener Bürgerschaft spalte (LVZ, 2012). Und auch in den von uns fast ein Jahrzehnt später durchgeführten Diskussionsrunden findet sich der Streit um das Denkmal, an dem „die Geister sich scheiden“ (GD5, Minute 52), weiterhin als ein Kristallisationspunkt des Konflikts zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Stadt wieder.

In den oben aufgeführten Bestrebungen des Wurzener *Bündnis für Demokratie gegen Neonazismus*, das Denkmal umzugestalten, zeigt sich ein Versuch, das Denkmal der extremen Rechten als ideologischen und identifikatorischen Referenzpunkt zu entziehen. In Erinnerung an die Gefallenen des Ersten Weltkrieges verweist das Denkmal auf einen der großen Angriffskriege, die von Deutschen und in deutschem Namen im letzten Jahrhundert geführt wurden. Anders als der Zweite Weltkrieg ist der Erste Weltkrieg nicht mit dem Zivilisationsbruch der Shoah verbunden. Das macht ihn besonders attraktiv für die extreme Rechte. Das Denkmal soll nicht nur an die Geschichte des Ersten Weltkrieges erinnern, sondern hilft auch, in der Erinnerung auszuklammern, was sich im Zweiten Weltkrieg anschloss.

Mit der Umgestaltung des Denkmals wollte man es den Akteuren der extremen Rechten „unmöglich“ machen, „dort ihre Veranstaltungen zu zelebrieren“ (GD8, Minute 27), wie ein Teilnehmer der Gruppendiskussionen das Kunstvorhaben zusammenfasst. Schnell sei die Denkmaldebatte dann „sehr hochgekocht“ (GD8, Minute 25). Denn gleichzeitig wurde aus Kreisen der Wurzener Bürgerschaft das Vorhaben vehement abgelehnt. In einem offenen Brief, der 2012 auf der Internetseite der CDU Wurzen veröffentlicht wurde, wandte man sich mit folgender Begründung gegen die Kunstaktion: „Jedes Kunstwerk bleibt geistiges Eigentum des Künstlers, der es geschaffen hat. Aus Anstand und aus Achtung vor dem Werk eines herausragenden Künstlers verbietet sich eigentlich schon von selbst jeder Gedanke, ein solches Werk zu verändern.“ (23.03.2012, aus der Materialsammlung des NDK Wurzen)

Das Denkmal sei auch in seiner derzeitigen Form bereits „ein einzigartiges und selbstredendes Mahnmal gegen Krieg und Gewalt“ (ebd.). Während die Aufmärsche der neonazistischen Gruppen und ihre Ritualen von dem Gesprächspartner der einen Diskussionsrunde als „schon sehr gruselig“ (GD8, Minute 26) beschrieben werden, wehrt sie ein Teilnehmer einer anderen Diskussionsrunde als Idiotie ab: Diese Fackelumzüge seien „oft sehr lächerlich, mit Kerzen und irgendwelchen Zeremonien“ (GD5, Minute 59). Dass diese Versammlungen von vielen Akteuren in Wurzen als „Affront“ (GD5, Minute 60) wahrgenommen wurden, teilt der Gesprächspartner zwar, eine Umgestaltung des Denkmals führe aber dennoch zu weit. Er findet, ein veränderter Umgang mit dem Denkmal sei der bessere Weg – so etwa das Anbringen der Kassette mit Erde aus den Schlachtfeldern Frankreichs als Symbol für den Frieden in Europa. Darüber, dass diese so bald wieder zerstört war, zeigte sich der Gesprächspartner entrüstet. Klar ist auch für ihn: An dem Denkmal wird sich „abreagiert“ (GD5, Minute 63) und der Umgang mit dem Denkmal bleibt umstritten. Dies zeigt sich auch bei den Gedenkveranstaltungen, die von einem Zusammenschluss aus Mitgliedern der Kirchgemeinde und dem Geschichts- und Altstadtverein organisiert werden. So berichtet ein weiterer Teilnehmer unserer Diskussionsrunden Folgendes: Zum Abschluss eines solchen Gedenkens habe man die deutsche Nationalhymne gesungen, was bei einigen der Anwesenden zu Irritation und dem Gefühl „das ist ja hier wie bei PEGIDA“ (GD5, Minute 53) geführt habe. Ein Gefühl, welches der Gesprächspartner nicht nachvollziehen kann: „Und dass man sich da wegdreht und beschämt sich fühlt und dann mit Deutschland nichts zu tun haben will. Also da schüttel ich dann auch bloß meinen Kopf.“ (Ebd.)

Dass sich die Konfliktdynamik in Wurzen unter anderem an einem Denkmal verdichtet, verwundert nicht. In Denkmälern finden geteilte Erfahrungen, Idealisierungen wie auch Traumata, einen Ausdruck (Wright, 2018; Volkan, 2008). Am Denkmal in Wurzen zeigt sich darüber hinaus, dass es mitunter umstritten ist, für was ein Denkmal stehen soll, welche Werte und Emotionen in ihm zum Ausdruck kommen sollen und Referenzpunkt für welche kollektiven Erzählungen es darstellen soll.

**ANGRIFF UND VERTEIDIGUNG: DER STADTTEIL CONNEWITZ
IN LEIPZIG**

In seiner Bedeutung und Symbolkraft deutlich weniger umstritten scheint der Leipziger Stadtteil Connewitz zu sein. Zum Ort der Austragung von Konflikten wird er aber gerade durch seine, von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen geteilte Symbolkraft. Im Rahmen des in Leipzig durchgeführten Forschungsprojekts wurden Gruppendiskussionen und Einzelinterviews mit Angehörigen organisierter linker Gruppen, aber auch mit Hooligans, Angehörigen der extremen Rechten sowie Polizisten durchgeführt. Ziel war es, die Dynamiken und Polarisierung der politischen Konflikte in Leipzig zu verstehen.

Bei der Auswertung fiel zunächst auf, dass immer wieder der oben angeführte Angriff auf Connewitz zur Sprache kam. In den Gesprächen wurde gleichzeitig deutlich, wie die gesellschaftspolitischen Entwicklungen Leipzig zu einem Ort in Sachsen gemacht haben, der sowohl von den politisch rechten wie auch linken Befragten als letzter verbliebener „roter Fleck“ (GD2, Z. 1858) in dem ansonsten konservativen Sachsen wahrgenommen wird. Insbesondere der Stadtteil Connewitz erscheint als bedeutungsvoller Ort, weil er nach der Wende und in den sogenannten Baseballschläger-Jahren zu Beginn der 1990er Jahre ein Zufluchtsort wurde. Diese Bedeutung ist bis heute auch in weiten Teilen der Gesellschaft bekannt und bildet für alle in unserer Studie befragten Gruppen und ihren Bezug zu Leipzig und Connewitz einen wichtigen Referenzpunkt. Die Erzählungen in den Gruppendiskussionen umfassen Selbsterlebtes, sind bei manchen Teilnehmenden aber auch übernommene Erinnerungsbilder. In der Weitergabe und Übernahme dieser Erinnerungen zeigt sich das Fortwirken der 1990er Jahre in den mentalen Repräsentationen.

Aus der Perspektive der befragten Polizisten sind die Nachwendejahre vor allem mit den Wirren des Umbruchs, Chaos und unklaren Handlungsleitlinien verbunden. Berichte über gewaltvolle Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Gruppierungen und die Polizei als Akteur, der diese Gruppen auseinanderhalten musste, prägen die Erzählungen der Beamten. Die Auseinandersetzungen zwischen den politischen Lagern wurden als Kämpfe um das Stadtgebiet erlebt, denen die Polizei kaum Einhalt gebieten konnte. Der politische Gehalt der vergangenen Auseinandersetzungen spielt in der Wahrnehmung der

Polizistinnen und Polizisten keine Rolle. Wenn Politik überhaupt thematisiert wird, dann nicht als Anlass von Konflikten, sondern im Sinne einer abstrakten Größe, die fremd bleibt, von außen kommend und übergreifend den Lebensalltag bestimmt, ohne dass man Einfluss auf sie hat: eben „die Politik“. Die Wahrnehmung eines „Laissez-faire-Stils“ der damaligen Politik, insbesondere der frühen 1990er Jahre, wird auch für erlebte Hilflosigkeit in der aktuellen polizeilichen Arbeit verantwortlich gemacht. Damit in Zusammenhang steht, dass weniger ein Verlust gesellschaftlicher Ordnung als vielmehr polizeilicher Ordnung beklagt wird.

Komplementär erscheint die Erinnerung eines extrem rechten Hooligans im Einzelinterview: Im Gegensatz zu den negativen Erinnerungen der Polizisten verbindet der interviewte Hooligan nostalgische Erinnerungen an diese „gesetzlose Zeit“ (I3, Z. 139–140). Er selbst fand als Jugendlicher Anschluss an die Neonazi-Szene. Damals seien die Rechten noch stark und gut organisiert gewesen, und hätten die Linke wie auch Migranten „im Griff gehabt“ (I3, Z. 150). Sie hätten nicht nur eine Straße beherrscht, sondern die ganze Stadt. Deshalb ist bis heute der Stadtteil Connewitz eine Provokation. Ein Ort, an welchem sich die gegnerische Seite verfestigen konnte.

Die Erzählungen in den linken Gruppierungen spiegeln dieses Narrativ. Auch hier gelten die 1990er Jahre als eine Zeit, in welcher das Stadtbild durch Rechte geprägt war und Linke im Alltag der beständigen Gefahr von Angriffen und Anschlägen auf die eigenen Räume bzw. Stadtteile ausgesetzt waren. Linke Projekte hätten geschützt werden müssen – beispielsweise in abgetrennten und verbarrikierten Häusern –, um überhaupt existieren zu können. Trotzdem galt Leipzig und insbesondere Connewitz auch damals schon als ein Zufluchtsort. Ältere Diskussteilnehmer berichten, dass sie damals aus dem Umland nach Leipzig gezogen waren, weil sie in ihren Herkunftsorten immer wieder Opfer von Angriffen durch Neonazis geworden wären. Die Stadt Leipzig stellte sich für viele der Teilnehmenden aus den linken Gruppierungen im Gegensatz zur ländlichen Region Sachsens als ein Ort dar, dem das Gefühl anhaftete, als Linker „politisch einigermaßen frei sein zu können“ (GD1, Z. 452). Ein Bild, das bis heute besteht.

Die Bedrohung und Gewalterfahrung der 1990er Jahre sind in der Erinnerung ein wichtiges Motiv. Das gilt auch für die Angehörigen linker Gruppen, die die Zeit nicht selbst erlebt haben. Das umkämpfte und

unfertige Leipzig, die Räume, die als rüdig erlebt wurden, die man sich zugleich aber auch als Rückzugsräume aneignen konnte, werden zur positiven Ausgangserzählung. So lassen sich auch die gegenwärtigen Hausprojekte, die zumeist selbstorganisierte Aneignung und Gestaltung von Häusern, ohne die Hausbesetzungen der 1990er Jahre nicht verstehen. Obwohl dies nicht explizit reflektiert wird, enthält die Erinnerung an die Nachwendezeit so auch etwas Nostalgisches und wird zu einer Art Ursprungserzählung. Es sind Erinnerungsbilder, die sich zu geteilten Narrativen entwickelt haben und die Identifikation mit Leipzig und Connewitz als linke Räume prägen.

Aber diese Erzählungen und Bedeutungen, die mit Leipzig und Connewitz verknüpft sind, behalten auch etwas Ambivalentes. Leipzig ist die Stadt, in die viele aus dem umliegenden „Dunkeldeutschland“ (GD5, Z. 149) geflohen sind und in der sie zum ersten Mal das Gefühl einer linken Überzahl erlebten (GD1; GD5). Gleichzeitig ist für das Erleben der linken Gruppen das Gefühl charakteristisch, man lebe in einer „Blase“ (GD1, Z. 633; GD5, Z. 141). In diesem Bild wird die Prekarität dieser Vorstellung von Connewitz und Leipzig deutlich, die Begrenztheit dieser Räume als psychischer Puffer gegen Bedrohungserleben. Denn die Metapher der Blase bringt das hochgradig Verletzliche und neben der Abgrenzung von einem Außen auch die ständige Bedrohung durch dieses Außen zum Ausdruck. Um sich dennoch abgrenzen zu können und sichere Räume zu behalten, wird in den Gruppendiskussionen häufig der Aufbau immer kleinerer Schutzräume thematisiert: Stadtteile, Hausprojekte, Sportvereine, Frauensportvereine. Diese Orte werden zu einer „Blase in der Blase“ (GD1; GD2; GD5). Aber auch hier kann das Außen immer einbrechen. Ein solches Einbrechen des Außen in die Blase stellt der oben aufgeführte Angriff auf Connewitz 2016 dar. Denn die besondere Bedeutung Connewitz' als Ort des Rückzugs und der Rückversicherung für Linke macht den Stadtteil auch für die extreme Rechte und Neonazis umso bedeutungsvoller. Ein ehemaliger Hooligan spricht in unserem Forschungsinterview davon, wie überrascht die linke Szene gewesen sei, als bei dem Angriff auf Connewitz „300 Leute in ihrem Wohnzimmer standen [...] und dabei ist der ganze Trupp mindestens 25 Minuten durch linkes Gebiet marschiert“ (I3, Z. 1309ff.). Der Überfall wird als Eindringen in den Rückzugsraum, das sinnbildliche „Wohnzimmer“, also in einen privaten Schutzraum beschrieben. Man erhofft sich, den politischen Opponenten umso mehr zu verletzen, indem

man ihn an einem empfindlichen Ort trifft. Es ist ein Angriff auf die psychischen Schutzmechanismen der Anderen, auf deren „Containment“, wie wir es mit einem psychoanalytischen Begriff fassen würden. Dabei ist weniger von Bedeutung, wie viele der sich als links verstehenden Gruppen und Personen im heutigen Leipzig tatsächlich noch ihren Lebensmittelpunkt im Stadtteil Connewitz ausmachen oder nicht. Es ist der Bedeutungsgehalt des Stadtteils, der von beiden politischen Seiten geteilt wird, welches ihn zum prominenten Ort des Konfliktes machte und macht. Umso stärker wird versucht, den Stadtteil als einen Rückzugsraum gegenüber der extremen Rechten, der Polizei wie auch gegenüber zunehmender Gentrifizierung zu verteidigen. Als Beispiele für solche Versuche können vor diesem Hintergrund auch die Graffitis mit Slogans wie „no nazis, no cops“, welche sich immer wieder an Hauswänden finden, aber auch die Farbbomben und Beschädigungen an Neubauten, den wahrgenommenen Stellvertretern der Gentrifizierung, gedeutet werden.

VERHÄLTNIS VON RAUM, GESCHICHTE UND IDENTITÄT FÜR POLITISCHE KONFLIKTE

Der Forschung zu den zwei Orten, an welchen sich die beschriebenen Konflikte kristallisieren, liegt die Annahme zugrunde, dass sowohl konkrete Orte wie auch deren sozial geteilte Bedeutung für die Analyse von Konflikten von hoher Relevanz sind. Ausgehend von einem Verständnis des Zusammenhangs von Identifikationsprozessen, historischen Tradierungen und der sozialen Konstruktion von Raum lassen sich politisches Handeln, Konfliktodynamiken und politische Polarisierungen sozialpsychologisch betrachten. In unserer Forschung untersuchen wir, welche Bedeutungen Orten zugeschrieben wird und wie sich kollektiv geteilte Repräsentationen entlang von ihnen entwickeln. Wir betrachten, was auf diese Orte projiziert wird, sowie die psychologischen wie physischen Mechanismen der „Verräumlichung“ von Konflikten. Wir fragen danach, wie Gruppen diese Orte und Symbole im Raum als Identifikationsobjekte zur Selbststabilisierung wählen und wie das Handeln an diesen Orten zu einem Agieren von Konflikten genutzt wird. So werden Orte etwa zum Symbol konkreter Gruppen. Sie werden als Identifikationsobjekte zu Schutzräumen, aber auch zur Angriffsfläche durch Andere. Diese Mechanismen finden wir etwa in den Bedeutungszuschrei-

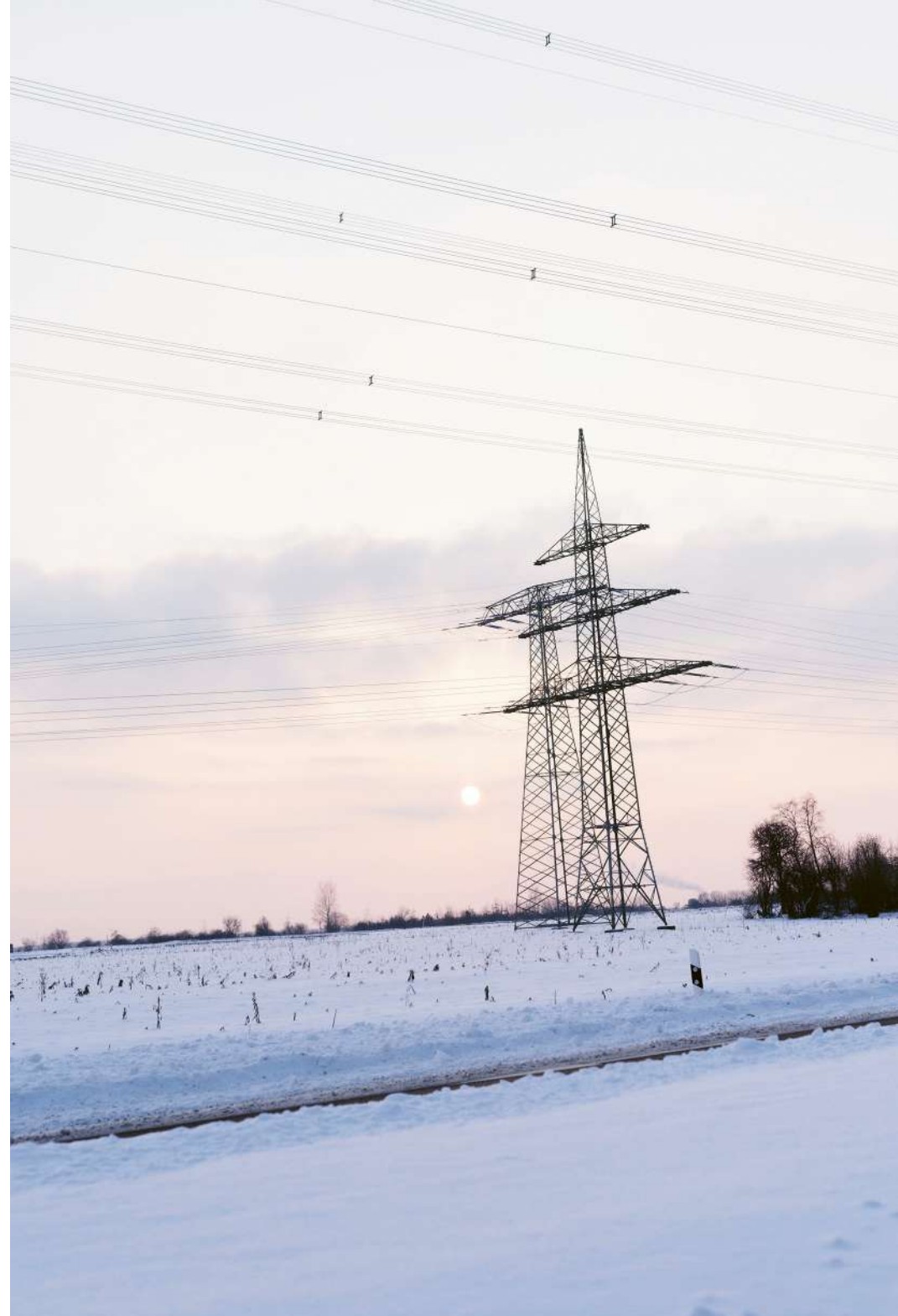
bungen auf den Stadtteil Connewitz als Schutz- und Rückzugsraum einer linken Szene.

Geraten Gruppen unter Druck, werden historische mentale Repräsentationen als Referenz für die eigene Identität und die Restauration von Kontrolle und Selbstwert umso wichtiger. Dabei können die tradierten Repräsentationen sowohl an kollektive Errungenschaften wie auch kollektive Traumata erinnern („chosen glories“ und „chosen traumas“, Volkan, 2008, 211). In Leipzig wurde die Bedeutung der mentalen Repräsentation der 1990er Jahre als kollektive Referenz deutlich. Das Beispiel des Wurzener Denkmals hingegen zeigt, wie umstritten die Deutung kollektiver Erinnerungsorte sein kann. Für einige der Akteure wird das Denkmal zum kulturellen „Verstärker“ (Volkan, 2008), weil es als Symbol und in den Ritualen, die an dem Denkmal vollzogen werden, die Identität der Gruppe bestärkt. Für andere Akteure ist es gerade dieser identifikatorische Moment, welcher den Wunsch nach Umgestaltung hervorbringt. Durch das Streiten um Bedeutungen, das Einwirken auf und die Gestaltung von Orten können soziale und politische Konflikte in Szene gesetzt und ausgetragen werden.

Die Auseinandersetzungen um die Aneignung dieses Raums sind soziale Kämpfe um die Frage, in welcher Gesellschaft Menschen leben wollen. Es sind mit den Worten des amerikanischen Geographen Don Mitchell *Kämpfe um Deutungshoheit*: „Like other wars, wars over culture are territorial, they literally take place. Culture wars are about defining what is legitimate in a society, who is an ‚insider‘ and who is an ‚outsider‘. They are about determining the social boundaries that govern our lives“ (Mitchell, 2000, 5). Die Orte schaffen dabei keine kollektive Identität. Sie zu gestalten bedeutet aber, die Vergangenheit zu interpretieren und die Deutungshoheit über die Vergangenheit zu erlangen, letztlich also, nach der politischen Hegemonie über die Gegenwart zu streben (Decker, 2016). So haben spezifische Orte eine Bedeutung in sozialen Konflikten, weil sich an und in ihnen gesellschaftliche Widersprüche verdichten oder soziale Aushandlungsprozesse entlang ihrer Gestaltung ausgetragen werden. Die Konflikte werden an diesen Orten verhandelt und entwickeln sich entlang dieser Orte. Dass sie zu prominenten Austragungsorten und Kristallisationspunkten von Konflikten werden, lässt sich aber erst verstehen, wenn auch die sozialen Konstruktionen dieser „Räume“, die mit ihnen verbundenen Vorstellungen und Symbolgehalte, betrachtet werden.

LITERATUR

- chronik.LE (16.11.2008). Nazis marschieren am Volkstrauertag ungestört mit Fackeln und Trommeln durch Wurzen. URL: <https://www.chronik-le.org/ereignis/nazis-marschieren-volkstrauer-tag-ungestoert-fackeln-trommeln-wurzen> (letzter Zugriff: 18.12.2021).
- chronik.LE (12.11.2012). Nazi-Aufmarsch zum „Heldengedenken“ in Wurzen. URL: <https://www.chronikle.org/ereignis/nazi-aufmarsch-heldengedenken-wurzen> (letzter Zugriff: 18.12.2021).
- Decker, Oliver (2016). Siedlungen. In Oliver Decker/Frank Berger/Falk Haberkorn (Hrsg.), *Vom KZ zum Eigenheim. Bilder einer Mustersiedlung* (S. 7–61). Springe: zu Klampen.
- Figlio, Karl, & Richards, Barry (2003). The Containing Matrix of the Social. *American Imago*, 60(4), 407–428.
- Gesellschaft der Neuen Auftraggeber (o.J.). Projektseite „DenkMal: Perspektivwechsel“. URL: <https://www.neueauftraggeber.de/de/projekte/die-neuen-auftraggeber-von-wurzen> (letzter Zugriff: 18.12.2021).
- Lorenzer, Alfred (2005). *Szenisches Verstehen. Zur Erkenntnis des Unbewußten* (Kulturanalysen. Vol. 1). Marburg: Tectum-Verlag.
- LVZ (2012). Kunstwettbewerb um Gefallenendenkmal spaltet Wurzener Bürgerschaft. *Leipziger Volkszeitung* vom 04.05.2012. URL: <https://www.lvz.de/Region/Wurzen/Kunstwettbewerb-um-Gefallenendenkmal-spaltet-Wurzener-Buergerschaft> (letzter Zugriff: 21.12.2021).
- LVZ (2018). Am Volkstrauertag: Wurzener gedenken der Weltkriegstoten. *Leipziger Volkszeitung* vom 09.11.2018. URL: <https://www.lvz.de/Region/Wurzen/Am-Volkstrauertag-Wurzener-gedenken-der-Weltkriegstoten> (letzter Zugriff: 18.12.2021).
- Mitchell, Donald (2000). *Cultural geography. A critical introduction*. Oxford [u.a.]: Blackwell.
- NDK (o. J.). Sammlung von Artikeln, Statements und Briefen zur Diskussion um das jährliche neonazistische „Heldengedenken“ zum Volkstrauertag und die Gestaltung des Denkmals für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges in Wurzen (chronologisch). URL: https://www.ndk-wurzen.de/downloads/Sammlung_Materialien_zu_Denkmalstreit_in_Wurzen11.pdf (letzter Zugriff: 18.12.2021).
- Pohl, Lucas (2019). Das urbane Unbewusste: Psychoanalyse und kritische Stadtforschung. *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 7, 47–64.
- Rink, Dieter (2000). Der Traum ist aus? In Roland Roth / Dieter Rucht (Hrsg.), *Jugendkulturen, Politik und Protest: Vom Widerstand zum Kommerz?* (S. 119–140). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Volkan, Vamik D. (2008). Large-group identity, international relations and psychoanalysis. *International Forum of Psychoanalysis* 18, 206–213.
- Volmerg, Birgit, & Leithäuser, Thomas (1988). *Psychoanalyse in der Sozialforschung. Am Beispiel einer Sozialpsychologie der Arbeit*, Köln.
- Wright, Deborah L. S. (2018). Spatialisation and the Fomenting of Political Violence. In Steffen Krüger/Karl Figlio/Barry Richards (Hrsg.), *Fomenting Political Violence* (S. 167–187). Camden.







168

DEMOKRATIE IN SACHSEN



169

ANALYSE & BEFUNDE



170

DEMOKRATIE IN SACHSEN



171

ANALYSE & BEFUNDE





Zur Lage rechts- motivierter Gewalt in Sachsen

Im Jahr 2021 jährte sich die Selbstenttarnung des NSU zum zehnten Mal. Seither ist bekannt, dass Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und die Polizistin Michèle Kiesewetter von Rechtsterroristen ermordet wurden. Im Jahr 2021 jährten sich auch der Anschlag am OEZ München zum fünften Mal, der Mord an Walter Lübcke und der Anschlag in Halle zum zweiten und jener in Hanau zum ersten Mal.

Rechte Gewalt findet täglich statt – in Deutschland und in Sachsen. Sie basiert auf Ideologien der Ungleichwertigkeit und gehört zur Erfahrung vieler Menschen, die von *Rassismus*, *Antisemitismus*, *Sozialdarwinismus* oder *LSBTIQ-Feindlichkeit* betroffenen sind. Und rechte Gewalt trifft auch jene, die als *politische Gegner* gesehen werden.

Seit ihrer Entstehung Anfang der 2000er Jahre erheben unabhängige Beratungsstellen für Betroffene Zahlen und Daten zu rechtsmotivierter Gewalt. Jährlich berichten sie zu den Taten, veröffentlichen detaillierte Statistiken und folgen dabei einer gemeinsamen Definition. Diese ist angelehnt an das polizeiliche Definitionssystem der „Politisch motivierten Kriminalität“¹, räumt der Perspektive der Betroffenen jedoch eine entscheidendere Rolle ein. Wenn die „Umstände der Tat und/oder Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür [liefern], dass sie sich gegen eine Person [richtet] wegen ihrer/ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen politischen Haltung, Einstellung und/oder Engagements, Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, sozialen Status, physischen und/oder psychischen Behinderung oder Beeinträchtigung, sexuellen Orientierung und/oder sexuellen Identität oder äußeren Erscheinungsbildes“ (BKA, 2016, 5),

1) Das polizeiliche Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ wurde 2001 eingeführt und zuletzt 2016 überarbeitet.

dann handelt es sich um rechte Tatmotive. Wir erfassen Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Taten gegen LSBTIQ sowie *politische Gegner*, *Nichtrechte* und *Alternative*. Von Gewalt sprechen wir im engeren Sinne und folgen dabei dem Anspruch, mit der Statistik nur jene Spitze des Eisbergs rechter Straftaten abzubilden, die Menschen in ihrer körperlichen Unversehrtheit verletzt. Als Gewalttaten finden also Körperverletzungs- und Tötungsdelikte sowie Brandstiftung oder Raub Eingang. Ausnahmen bilden Sachbeschädigung sowie Nötigung und Bedrohung. Diese fließen in massiven Fällen in die Statistik ein. Denn wenn die Folgen für die Betroffenen, gegen die sich diese Taten richteten, erheblich sind, ist nach Definition der Beratungsstellen die Schwelle der Gewalt erreicht.²

Der vorliegende Text bietet eine Übersicht zu rechtsmotivierter Gewalt in Sachsen im Jahr 2021 und bettet diese in die Entwicklungen der letzten Jahre ein. Der vorläufige Stand der Erhebung³ zeigt quantitative Trends auf, in welchen Regionen Sachsens Schwerpunkte zu verorten und welche Gruppen besonders betroffen sind. Mit Blick auf die Betroffenen der Gewalt soll anhand von Beispielen ein Klima beschrieben und Folgen aufgezeigt werden.

EIN BLICK AUF DIE ENTWICKLUNGEN

Seit Jahren bewegen sich die Angriffszahlen in Sachsen auf ähnlichem Niveau. In drei Jahren jedoch gab es eine besonders hohe Zahl an Übergriffen: 2015 und 2016 gingen die rassistischen Mobilisierungen gegen die Aufnahme Geflüchteter mit mehr Gewalt einher, 2018 schlugen sich die rassistischen Ausschreitungen in Chemnitz nieder. Für das Jahr 2021 zählten die Opferberatungsstellen nach vorläufigem Stand 178 Angriffe, von denen über 240 Menschen betroffen waren. Die COVID-19-Pandemie scheint sich in zwei entgegengesetzten Weisen auszuwirken: Einerseits bewirkt die Beruhigung des Alltagslebens durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Virusverbreitung einen Rückgang der Angriffe, andererseits bringen dieselben Maßnahmen ein neues Phänomen rechtsmotivierter Gewalt hervor. Politische Verantwortungsträger, Mitarbei-

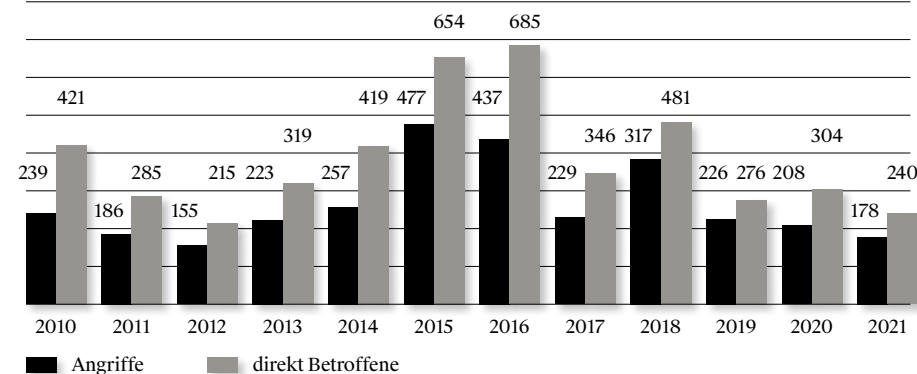
2) Detaillierte Angaben zur Zählweise sind zu finden unter: <https://www.raa-sachsen.de/support/statistik/wie-wir-zaehlen> (Stand: 16.11.2021).

3) Die Drucklegung des vorliegenden Bandes erfolgte vor der Fertigstellung der Statistik zu rechtsmotivierter Gewalt in Sachsen 2021. Die detaillierte Statistik veröffentlicht die RAA Sachsen voraussichtlich Anfang März 2022.

tende von Test- und Impfzentren oder Zug-, Laden- und Gastronomiepersonal, das auf die Maskenpflicht hinweist, werden auf Basis rechter Verschwörungsideologien als *politische Gegner* konstruiert und angegriffen.

ABBILDUNG 1

Rechtsmotivierte Angriffe in Sachsen 2010 bis 2021



Beim Blick auf Motive, Straftatbestände und Tatorte setzt sich die Entwicklung der Vorjahre fort: Etwa die Hälfte der Angriffe wird aus rassistischen Motiven verübt, bei der Gewalt gegen *politische Gegner* und *Nichtrechte* deutet sich eine Zunahme an. Bei den Straftatbeständen handelt es sich überwiegend um Körperverletzungsdelikte. Rechtsmotivierter Gewalt findet zumeist im öffentlichen Raum statt. Darüber hinaus spielen seit 2015 zwei weitere Tatortbereiche eine herausragende Rolle: Demonstrationen sowie das private Wohnumfeld der Betroffenen. Waren 2015 vor allem die PEGIDA-Demonstrationen in Dresden und die sachsenweiten Anti-Asyl-Kundgebungen Schauplatz rechtsmotivierter Angriffe, waren es drei Jahre später die gewaltvollen Aufmärsche in Chemnitz und seit 2020 die Demonstrationen der „Querdenker“. Im Gegensatz zu den Jahren 2015 und 2016, als Asylunterkünfte zu den häufigsten Angriffsorten zählten, waren diese in den letzten fünf Jahren kaum das Ziel. Stattdessen ist eine deutliche Zunahme von rassistischen Angriffen im Wohnumfeld der Betroffenen zu beobachten.⁴

4) Die Statistiken zu den zurückliegenden Jahren finden sich unter: <https://www.raa-sachsen.de/support/statistik/> Hier lassen sich die jährlichen Berichte nachlesen, mit einem Tool lässt sich zudem die „Statistik erkunden“: https://www.raa-sachsen.de/support/statistik/statistiken/rechtsmotivierter-und-rassistische-gewalt-in-sachsen-2020-5145#_tool (letzter Zugriff: 16.11.2021).

So wurde im Landkreis Nordsachsen Anfang Mai auf einer privaten Feier ein Mann von einem der Mitfeiernden zu Boden geschlagen. Dem vorausgegangen seien teils rassistische Beleidigungen.⁵ In Zwickau gerieten im April *politische Gegner* ins Visier einer Neonazigruppe: Hakenkreuz-Schmierereien auf dem Briefkasten, Graffitis mit Gewaltaufrufen, gezieltes Klingeln an der Wohnungstür und Verfolgen. In Trebsen wurde eine Familie zwei Nächte lang auf ihrem Grundstück von einer Gruppe Jugendlicher und junger Erwachsener rassistisch beleidigt und massiv bedroht. Anfang Mai attackierte in Leipzig eine Frau ihre Nachbarinnen antisemitisch. Auf Beleidigungen folgten Anfeindungen. Schließlich versperrte die Täterin den Eingang zum Wohnhaus und stieß die Betroffene von der Tür weg. Als es dieser dennoch gelang, das Haus zu betreten, klopfte und klingelte die Nachbarin durchgehend, bis die Betroffene die Polizei rief. Die Polizei musste zweimal anrücken, da die Nachbarin nach dem ersten Einsatz ihre antisemitischen Attacken fortsetzte.

Angriffe im Wohnumfeld verursachen auch bei leichten Straftaten wie Sachbeschädigung und Beleidigung sowie erst recht bei Bedrohung oder physischer Gewalt massive Belastungen bei den Betroffenen. Es ist ein Angriff auf die „eigenen vier Wände“, jenen Ort, an dem wir uns in der Regel sicher fühlen. Genau dieses Sicherheitsgefühl wird massiv beschädigt. Der Wohnort ist nun gleichzeitig Tatort. Dass die Täter im direkten Umfeld wohnen, nicht selten sogar Tür an Tür, stellt eine reale Gefahr für die physische und psychische Unversehrtheit dar. Solche Lebensumstände machen es unmöglich, das Erlebte konstruktiv zu verarbeiten und zu einem Sicherheitsgefühl zurückzufinden. Die Betroffenen leben in beständiger Angst vor erneuten Attacken, trauen sich ohne Begleitung nicht mehr vor die Tür. Als letzter Ausweg bleibt in solchen Fällen nur der Umzug. Häufig stehen diesem jedoch bürokratische, finanzielle und strukturelle Hürden im Weg.

EIN BLICK IN DIE SÄCHSISCHEN REGIONEN

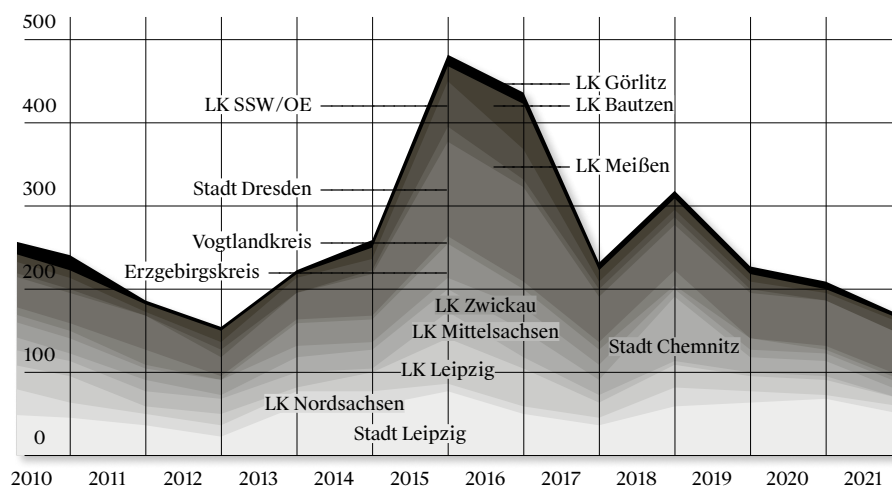
Vor allem die sächsischen Großstädte Leipzig und Dresden, aber auch Chemnitz sind Zentren rechtsmotivierter Gewalt. Das liegt nicht allein an der größeren Bevölkerungszahl, denn auch auf 100.000 Einwohner gerechnet, ändern sich die Spitzenpositionen wenig. Vielmehr zeichnen

5) Alle im Folgenden beschriebenen Fälle finden sich unter: <https://www.raa-sachsen.de/support/chronik/> (letzter Zugriff: 16.11.2021).

sich Großstädte durch eine deutlich höhere Mobilität und damit mehr Gelegenheiten der Begegnung im öffentlichen Raum aus und so bieten sich auch mehr Gelegenheiten, Einstellungen der Ungleichwertigkeit tötlich auszuleben. Weitere Gründe der stabil hohen Angriffszahlen, die wir als Beratungsstelle vor allem in Leipzig und Dresden registrieren, sind die höhere Sensibilität für das Phänomen rechtsmotivierter Gewalt und vielfältige Netzwerke, Vereine und Initiativen, die Vorfälle melden. Unabhängig davon zeigen zeitweilige starke Zunahmen rechtsmotivierter Angriffe aber auch, wie sich spezifische regionale Situationen auswirken können. Waren es 2018 die rassistischen Ausschreitungen von Ende August und Anfang September, die die Angriffszahlen in Chemnitz in die Höhe schnellen ließen, war es der durch PEGIDA angeheizte rassistische Diskurs in Dresden, der dazu führte, dass seit 2015 den Parolen häufiger auch Taten folgten. Bestärkt durch die Stimmung leben Täter bis dahin nur verbal geäußerte rassistische Einstellungen in spontanen Gewalttaten aus. Zwei Vorfälle zeigen das besonders deutlich: In Dresden trat im Dezember 2019 ein 70-jähriger Mann einen Vierjährigen von seinem Laufrad, als dieser mit seiner kopftuchtragenden Mutter auf dem Nachhauseweg von der Kita war. In Chemnitz wurde im Juli 2020 ein Zehnjähriger beim Spielen im Hof von einem Geschoss aus einer Druckluftwaffe am Oberschenkel getroffen.

ABBILDUNG 2

Rechtsmotivierte Gewalt in den sächsischen Regionen



In beiden Städten waren für den massiven Anstieg der Angriffszahlen aber auch organisierte Neonazistrukturen verantwortlich. In Dresden gingen zahlreiche Körperverletzungen, Brandstiftungen sowie Sprengstoffdelikte auf das Konto der *Freie Kameradschaft Dresden*, deren Mitglieder in mehreren Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt wurden. In Chemnitz machten organisierte rechte Hooliganstrukturen und Neonazis Jagd auf People of Color (PoC)⁶ und griffen Gegendemonstrierende sowie Journalisten an. Die Gruppe *Revolution Chemnitz* beging einen gezielten Überfall und plante Anschläge, bevor sie als rechtsterroristische Vereinigung verurteilt wurde⁷.

Unter den sächsischen Landkreisen ist insbesondere der Landkreis Leipzig seit Jahren eine Schwerpunktregion rechtsmotivierter Gewalt. Das dominante Auftreten rechter Gruppen in dieser Region lässt sich auf Neonazistrukturen zurückführen, die sich in den 1990er Jahren insbesondere in Wurzen etablieren konnten (vgl. auch den Beitrag von Natalie Gittner und Julia Schuler in diesem Band). Regelmäßig geraten hier sowohl PoC als auch *politische Gegner* und *Nichtrechte* in den Fokus rechtsradikaler Akteure. Neben Wurzen betrifft das auch Orte der näheren Umgebung. So gab es beispielsweise in Trebsen, einer Kleinstadt im Muldental, 2021 zwei Angriffe, die vermutlich von derselben Tätergruppe verübt wurden. Neben dem bereits oben beschriebenen Fall wurde Ende Juli ein in der Kleinstadt als politisch aktiver Linker bekannter Jugendlicher von etwa zehn Tätern verletzt. Bei einer privaten Feier in einer Kleingartenanlage zwangen ihn die dort anwesenden Neonazis mit Schlägen, sein T-Shirt mit der Aufschrift „Rassismus Tötet“ ausziehen, um es zu verbrennen. Neben Naziparolen fielen dabei auch antisemitischen Beleidigungen.

Zuletzt mehrten sich die Angriffe auch in den Landkreisen Zwickau und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge wieder. Ähnlich wie der Landkreis Leipzig ist der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge seit den frühen 1990er Jahren ebenfalls eine Hochburg rechter Strukturen und von diesen ausgehender Gewalt. In den Fokus der Öffentlichkeit rückte 2015 die aus den Anti-Asyl-Protesten hervorgegangene *Gruppe Freital*,

6) People of Color, kurz PoC, ist eine Selbstbezeichnung von Menschen, die von Rassismus betroffen sind.

7) 2020 wurden acht Männer am Oberlandesgericht Dresden als terroristische Vereinigung verurteilt, fünf zudem wegen ihrer Beteiligung am Angriff am 14. September 2018 auf der Chemnitzer Schlossteichinsel. Ein Prozesstagebuch findet sich unter <https://www.revolution-chemnitz.org>.

die sich innerhalb kürzester Zeit radikalisiert hatte und u.a. mehrere Sprengstoffanschläge auf Wohnungen Geflüchteter in Freital verübte.⁸ Nicht zuletzt deuten alltäglich erlebte Beleidigungen und auch körperliche Attacken auf stark verbreitete rassistische Einstellungen hin. So wurde Mitte Februar 2021 in Heidenau ein PoC auf dem Heimweg vom Bahnhof unvermittelt von einem 16-Jährigen aus einer Gruppe heraus angegriffen. Zuvor fielen rassistische Beleidigungen. Nachdem der Täter kurzzeitig geflüchtet war, kam er mit seinem doppelt so alten Bruder zurück, der den Betroffenen würgte und schlug. Einen Monat später bedrohten ihn die Täter an seinem Wohnhaus erneut. Mitte Januar wurde bereits ein 45-jähriger PoC von zwei Männern in Heidenau rassistisch beleidigt und attackiert. Die Angreifer demütigten den Betroffenen, indem sie den Inhalt seiner Tasche auf die Straße entleerten.

Im Landkreis Zwickau richtet sich die Gewalt vor allem gegen *politische Gegner* sowie *Nichtrechte*. Das hängt auch mit jungen Neo-nazis zusammen, die seit 2020 sehr aktiv sind (RAA Sachsen/Kulturbüro Sachsen, 2021). Doch auch alte Neonazi-Akteure, die in der Zwickauer Region ebenso verwurzelt sind wie die in Wurzen, treten immer wieder in Erscheinung. In einer aktuellen Situationsanalyse zur extrem rechten Szene in Zwickau heißt es, dass diese „offensiv, gewaltbereit [ist] und sich sicher in ihrem Tun [fühlt]. Seit Jahren terrorisieren unterschiedliche extrem rechte Gruppen marginalisierte und engagierte Personen in Zwickau. [...] Die heutigen Protagonisten [...] lassen sich oftmals auf die gleichen Gruppen zurückführen, die Anfang der 2000er Jahre die Stadt als Experimentierfeld für extrem rechte Agitation entdeckten. Nicht wenigen davon lassen sich Kontakte zum Unterstützungsumfeld des ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘ (NSU) nachweisen.“ (Grunert, 2021a, 1)

Viele Aktionen – Schmierereien und Beleidigungen – bewegen sich zwar unter der Schwelle zur (physischen) Gewalt, schaffen aber durch Vehemenz ein Klima der Angst unter Betroffenen. Zahlreiche rechte Graffitis markieren den öffentlichen Raum. Gezielte Sachbeschädigungen, Anfeindungen und Angriffe sollen einschüchtern und die eigene Dominanz unterstreichen⁹: Als sie am 1. Mai 2021 Naziaufkleber auf der

8) 2018 wurden sieben Männer und eine Frau am Oberlandesgericht Dresden als rechtsterroristische Vereinigung verurteilt. Ein Prozesstagebuch der 74 Verhandlungstage findet sich unter <https://www.raa-sachsen.de/freital>.

9) Eindrücklich dargestellt ist die Situation in Zwickau bspw. in einem frei verfügbaren Fernsehbeitrag (MDR Exakt, 2021) und in einem Interview, das Johannes Grunert mit drei Betroffenen führte (Grunert 2021b).

Straße entfernten, wurden Personen von einem Auto verfolgt und aus diesem beschimpft. Ende Mai verwüsteten Unbekannte den Gemeinschaftsgarten *Kunstplantage* – ein Freiraum für Urban Gardening, soziale Projekte, Kunst, Musik, Natur, (Sub-)Kultur und Sonnenanbeter, wie sich das Zwickauer Projekt selbst beschreibt. Vier Monate später trafen Steine die Fensterscheiben einer Moschee in Zwickau. Nach einer Demonstration gegen eine AfD-Wahlkampfveranstaltung Ende September wurde Jugendlichen gedroht, von der Brücke geschubst zu werden. Die Täter bespuckten die Jugendlichen, packten eine Person und stießen sie umher. Anfang Oktober wurden Teilnehmende des *Christopher-Street-Day* in Zwickau von Rechten beleidigt, geschlagen und getreten. Bereits im Vorfeld hatte es Drohungen aus der rechten Szene gegeben. Während der Veranstaltung sammelten sich immer wieder kleine Gruppen am Rand der Veranstaltung und beleidigten die Teilnehmenden.

EIN BLICK AUF DIE STRAFVERFOLGUNG

Bei der Betrachtung rechtsmotivierter Gewalt in Sachsen darf ein Blick auf deren juristische Aufarbeitung nicht fehlen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, inwiefern die Tatmotivation in der Verhandlung beleuchtet und im Urteil berücksichtigt wird. Die angemessene Aufklärung und Ahndung solcher Taten sind für den gesellschaftlichen Umgang mit rechter Gewalt von zentraler Bedeutung. Denn rechte Gewalt zielt nicht allein auf das betroffene Individuum:

„Vorurteilsmotivierte Taten wirken auf drei unterschiedlichen Ebenen. Zunächst bei den Betroffenen selbst, die durch die Tat verletzt wurden [...]. Als sog. Botschaftsverbrechen zielen sie aber primär auf die gesamte (vermutete) Gruppe ab, sämtlichen Angehörigen der Minderheit soll signalisiert und verdeutlicht werden, dass sie hier nicht erwünscht sind, dass ihnen die Daseinsberechtigung und schlussendlich ihr Lebensrecht als ‚die Anderen‘ abgesprochen und dieses Ziel auch mit Gewalt verfolgt wird [...]. Schlussendlich haben die Taten neben der individuellen und gruppenbezogenen Ebene einen gesamtgesellschaftlichen Impetus, wonach die, in der demokratischen Gesellschaft garantierten, Grund- und Menschenrechte ins Wanken geraten sollen.“

Lang/Pietrzyk, 2019, 132

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines besonderen Schutzes von Minderheiten, denn vorurteilsmotivierte Taten richten sich gegen jene, die aufgrund historischer bzw. derzeitiger gesellschaftlicher Verhältnisse marginalisiert sind (vgl. ebd., 131). Auf Empfehlung des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages wurde § 46 Abs. 2 StGB so erweitert, dass „die Beweggründe und die Ziele des Täters, besonders auch rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische oder sonstige menschenverachtende“ strafscharfend im Urteil berücksichtigt werden (vgl. Deutscher Bundestag, 2014). Zudem wurden die Ermittlungs- und Dokumentationspflichten bei rassistisch motivierten Taten in den Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV) entsprechend geändert. Seit 2015 in Kraft (Bundesgesetzblatt, 2015), ist die Anwendung von Gericht zu Gericht jedoch höchst unterschiedlich. „Oftmals werden weder die vorurteilsmotivierten Beweggründe noch die politische Agenda, in der die Taten geschehen, sowie die Ideologie, aus der sie entspringen, in der Anklageschrift oder Hauptverhandlung und folglich auch nicht im Urteil angesprochen.“ (Lang/Pietrzyk, 2019, 134)

Eine offizielle Erhebung zur Berücksichtigung der Tatmotivation in Anklageschrift, Hauptverhandlung oder Urteil steht ebenso aus wie ein belastbares Definitionssystem und eine entsprechende Statistik zu juristischen Folgen rechtsmotivierter Gewalttaten. Auch das Monitoring der unabhängigen Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt erfasst aktuell weder die juristischen Folgen der von ihnen dokumentierten Gewalttaten systematisch noch die Berücksichtigung des Tatmotivs. Beispielhaft für die juristische Aufarbeitung werden zwei ergangene Urteile aus dem Jahr 2021 vorgestellt und die Aufarbeitung der Chemnitzer Vorfälle aus dem Jahr 2018 schlaglichtartig betrachtet.

Am 30. August 2020 verletzte ein 16-Jähriger, der der Neonaziszene zugeordnet werden kann, einen jungen Mann und eine junge Frau lebensbedrohlich mit einem Messer. Auf einer Open-Air-Technoparty in der Dresdner Heide, die vorrangig durch die alternative Musikszene veranstaltet und besucht wird, beleidigte der Täter zunächst eine andere Person rassistisch und zeigte den Hitlergruß. Wenig später stach er auf die beiden ein. Die Staatsanwaltschaft hatte Anklage wegen zweifachen versuchten Mordes erhoben, sah jedoch kein rechtes Tatmotiv. Anfang August 2021 verurteilte das Landgericht Dresden nach nicht öffentlicher Verhandlung den inzwischen 17-jährigen Florian R. zu einer

Jugendhaftstrafe von siebeneinhalb Jahren. Das Gericht sah das Mordmerkmal der Heimtücke als erwiesen und behielt sich gar vor, den Jugendlichen nach Verbüßung der Haft in der Sicherungsverwahrung unterzubringen. Ein rechtes Tatmotiv als niederen Beweggrund stellte die Kammer jedoch nicht fest. Vielmehr habe der alkoholisierte Täter „aus Frust“ gehandelt und sei mit seiner „Lebenssituation unzufrieden“ gewesen. Auch wenn der Täter einen extrem rechten Hintergrund – dies zeigen Recherchen zu den Online- und Offline-Vernetzungen des Täters – gehabt habe, habe er aus reiner Mordlust, aus „Freude an der Vernichtung von Menschenleben“ zugestochen.¹⁰ Woher eine solche jedoch kommen kann und inwiefern das mit verinnerlichteten Ungleichwertigkeitsvorstellungen und einer neonationalsozialistischen Gesinnung zusammenhängt, diesen Fragen scheinen weder Staatsanwaltschaft noch Gericht nachgegangen zu sein: „Die im Zusammenhang mit den vorbezeichneten Ermittlungsverfahren gewonnenen Erkenntnisse legen eine fremdenfeindliche und rechtsextreme Gesinnung des Beschuldigten nahe. Ungeachtet dessen konnte die insbesondere im Internet verbreitete Vermutung, der Angriff auf die zwei Personen sei rechtsradikal motiviert, nicht durch Beweismittel untermauert werden,“ heißt es lapidar in einer Antwort auf eine kleine Anfrage im Sächsischen Landtag (Sächsischer Landtag, 2021). So kommt das Gericht scheinbar lieber zu dem unbefriedigenden Ergebnis, das Motiv habe sich nicht weiter erhellbar lassen, als diesem tatsächlich auf den Grund zu gehen und gemäß §46 Abs. 2 StGB in das Urteil einfließen zu lassen.

Am Abend des 27. August 2018 attackierte eine Gruppe Neonazis das jüdische Restaurant „Schalom“ in Chemnitz, während die rechte Bürgerbewegung *Pro Chemnitz* im Stadtzentrum demonstrierte. Der Inhaber beschrieb, wie mindestens ein Dutzend schwarz gekleideter und vermummter Personen das Gebäude mit Steinen, Flaschen und einer Eisenstange angriffen. Dabei wurden die Fensterscheiben sowie die Fassade beschädigt und der Inhaber an der Schulter verletzt. Während des Angriffes riefen die Täter antisemitische Parolen und Beleidigungen. Erst drei Jahre später, am 8. September 2021, verhandelte das Amtsgericht Chemnitz gegen Kevin A. Er wurde als einer der Täter zu einem Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt – acht Monate für gefährliche Körperverletzung und Landfriedensbruch in einem besonders

10) Zu diesem Urteil berichteten Alexander Schneider (2021) in der Sächsischen Zeitung und das Antifa Recherche Team Dresden (2021).

schweren Fall, vier Monate aus einem früheren Verfahren wegen unerlaubten Handels mit Betäubungsmitteln. Der politische Hintergrund dieser Tat wurde juristisch durchaus berücksichtigt. Die Generalstaatsanwaltschaft Dresden führte das Verfahren, in dem die antisemitische Tatmotivation ebenso thematisiert wurde wie der politische Hintergrund des Angeklagten und der Kontext der Tat – die rechten Demonstrationen und Ausschreitungen in jenen Tagen in Chemnitz. Dennoch wirft es Fragen auf, dass zwischen Tat und Gerichtsprozess drei Jahre vergingen und dass lediglich einer der rund zehn Angreifer ermittelt werden konnte. Letzteres ist insofern fraglich, als dass ein wiederhergestellter Chatverlauf zwischen dem Angeklagten und dem bekannten Neonazi Leon R. aus Eisenach im Verfahren eingeführt wurde. In diesem versicherten sich die beiden Männer, am 27. August 2018 nach Chemnitz zu fahren.¹¹

Hinsichtlich der Ereignisse in Chemnitz 2018 fällt die Bilanz der juristischen Aufarbeitung insgesamt ernüchternd aus: zahlreiche Einstellungen, kaum Verurteilungen, seit mehr als drei Jahren laufende Ermittlungen (vgl. Kleffner, 2020). Auch im Falle eines Angriffs am 1. September 2018 durch Neonazis auf eine Gruppe Gegendemonstrierender, die sich auf dem Rückweg zu ihrem Bus befanden, warten die Betroffenen auf eine weitere Entwicklung. Zwar hat die Generalstaatsanwaltschaft Dresden inzwischen Anklagen erhoben, doch sind noch immer keine Gerichtstermine festgelegt. Ein Betroffener schildert den Überfall:

„Nach dem Ende der Kundgebung begaben wir uns auf den Heimweg, und zwar zu unserem Bus [...] Als wir einen Park durchquerten, passierte es. Eine Gruppe von 15 bis 20, wenn nicht mehr Neonazis, bewaffnet mit Brettern, Stöcken, und Totschlägern kamen [...] auf unsere Gruppe zu gerannt. Sie hatten offensichtlich auf Gegendemonstrierende gelauert. Ein paar von uns bekamen Schläge ab, [...] wurden aufs übelste beleidigt, es kam zu Sachschäden und zu rassistisch motivierter Hetzjagd.“

NSU Watch/VBRG, 2021

11) Ein Bericht zu dieser Gerichtsverhandlung findet sich auf der SUPPORT-Homepage des RAA Sachsen (2021), <https://www.raa-sachsen.de/support/meldungen/prozessbericht-urteil-wegen-angriffs-auf-das-schalom-in-chemnitz-im-august-2018-5599>.

„Das ist drei Jahre her, drei Jahre, in denen ich auf Gerechtigkeit, auf Aufarbeitung hoffe. Passiert ist wenig. [...] Keiner der Täter wurde verurteilt und bestraft“, berichtet ein weiterer Betroffener und gibt zu bedenken:

*„Für alle Opfer, für die Zivilgesellschaft ist es eine ständige Beleidigung, dass die Vorfälle immer noch nicht aufgeklärt und verhandelt wurden. Es heißt, dass die Demokratie das Engagement der Bürger*innen braucht und wünscht. Doch ebenso wichtig ist auch eine Justiz, die dieses Engagement schützt. Denn nur so können wir für eine Welt eintreten, die weder grau noch braun ist, sondern bunt und vielfältig.“*

NSU Watch/VBRG, 2021

ES GIBT VIEL ZU TUN

Rechtsmotivierte Gewalt bleibt in Sachsen ein drängendes gesellschaftliches Problem. Menschen sind aufgrund von verbreiteten Ungleichwertigkeitsvorstellungen betroffenen von Diskriminierung, Beleidigungen, Anfeindungen bis hin zu Gewalt. Es existieren vielerorts langjährig etablierte neonazistische Strukturen, um die auch neue Gruppierungen nachwachsen. In der Gesellschaft verbreitete Einstellungen der Ungleichwertigkeit und zugespitzte Diskurse und Mobilisierungen verstärken sich gegenseitig. Das angeheizte Ressentiment mündet in Angriffe auf jene, die abgewertet werden, und birgt die Gefahr tödlicher Gewalt. Das haben die Anschläge in Halle und Hanau schmerzlich vor Augen geführt. Die strafrechtliche Aufarbeitung verläuft in Sachsen indes nach wie vor in vielen Fällen schleppend. Es bedarf dringender Schritte der Veränderung. Denn, so ein Betroffener vom 1. September 2018 in Chemnitz, „[E]s entsteht der Eindruck, dass die sächsische Justiz kein wirkliches Interesse hat, die Hintergründe aufzuklären oder die Täter zu verurteilen. Noch schlimmer ist das Gefühl, dass Nazischläger die Justiz nicht fürchten müssen und weiter ungestraft zuschlagen können.“ (Ebd.)

Zwar wurde im April 2021 ein erster Schritt unternommen, indem die Generalstaatsanwaltschaft Dresden und das Landeskriminalamt einen gemeinsamen Leitfadens veröffentlichten, um antisemitische Straftaten zukünftig besser zu erkennen und konsequenter zu verfolgen. Aber weder ist dieser Leitfaden öffentlich und damit diskutierbar, noch exis-

tieren Leitfäden für weitere Vorurteilsmotivationen. Beides wäre dringend nötig, um das Vertrauen Betroffener in die Arbeit von Ermittlungsbehörden und Justiz zu stärken. Darüber hinaus gilt es rechtsmotivierte Gewalttaten an sächsischen Gerichten mit Priorität zu behandeln, damit die Täter eine schnelle Reaktion spüren. Dafür müssen auch Richterschaft und Staatsanwaltschaften sensibilisiert sein – für die Spezifik rechtsmotivierter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und für die Auswirkungen auf Betroffene und die demokratische Zivilgesellschaft. Es geht nicht zuletzt um die Ausschöpfung der Möglichkeiten des Rechtsstaats, um solche Taten tatsächlich mit der Härte zu verfolgen, wie es so oft nach schweren rechten Gewalttaten versprochen wird.

LITERATUR

- Antifa Recherche Team Dresden (2021). Urteil zum Messerangriff: Bagatellisierung rechter Gewalt. 28.08.2021. URL: <https://www.addn.me/antifa/urteil-zum-messerangriff-bagatellisierung-rechter-gewalt/> (letzter Zugriff 15.11.2021).
- Bundesgesetzblatt (2015). *Bundesgesetzblatt Jahrgang 2015 Teil I Nr. 23*, ausgegeben zu Bonn am 19. Juni 2015.
- Bundeskriminalamt (Hrsg.) (2016). *Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität*. Berlin.
- Deutscher Bundestag (2014). *Gesetz zur Umsetzung von Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages*. Drucksache 18/3007 vom 30.10.2014.
- Grunert, Johannes (2021a). *Situationsanalyse: Die extrem rechte Szene in Zwickau*, EFBI Policy Paper 4-2021.
- Grunert, Johannes (2021b). „Rechte Gewalt und Drohungen sind immer noch alltäglich.“ Interview. URL: <https://weiterdenken.de/de/2021/11/02/ein-richtiges-scheissgefuehl-interview-ueber-das-erleben-rechter-bedrohungen-zwickau> (letzter Zugriff 15.11.2021).
- Lang, Kati/Pietrzyk, Kristin (2019). Mit den Mitteln des Rechts. Plädoyer für eine konfrontative Nebenklage bei vorurteilsmotivierter Gewalt. In Volker Eick, Jörg Arnold, *40 Jahre RAV. Im Kampf um die freie Advokatur und um ein demokratisches Recht* (S. 131–137), Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Kleffner, Heike (2020). Strafflos in Chemnitz: Keine Ahndung von rechtsradikaler Gewalt. In Nele Austermann et al., *Recht gegen rechts. Report 2020* (S. 295–303), Frankfurt a.M.: S. Fischer Verlag.
- MDR Exakt (2021). Drohung, Gewalt, Vandalismus – Neonaziübergriffe in Zwickau. *MDR Exakt*, 10.11.2021. URL: <https://www.mdr.de/video/mdr-videos/c/video-571540.html> (letzter Zugriff: 08.12.2021).
- Schneider, Alexander (2021). Zweifacher Mordversuch in der Dresdner Heide. *Sächsische Zeitung*, 02.08.2021. URL: <https://www.saechsische.de/kriminalitaet/zweifacher-mordversuch-in-der-dresdner-heide-5496740-plus.html> (letzter Zugriff 15.11.2021).
- RAA Sachsen (2021). Prozessbericht: Urteil wegen Angriffs auf das „Schalom“ in Chemnitz im August 2018. 09.09.2021. URL: <https://www.raa-sachsen.de/support/meldungen/prozessbericht-urteil-wegen-angriffs-auf-das-schalom-in-chemnitz-im-august-2018-5599> (letzter Zugriff 15.11.2021).
- RAA Sachsen/Kulturbüro Sachsen (2021). 10 Jahre NSU Selbstenttarnung in Zwickau. Eine Bestandsaufnahme der RAA Sachsen und des Kulturbüro Sachsen. <https://www.raa-sachsen.de/support/publikationen/10-jahre-nsu-selbstenttarnung-in-zwickau-5711> (letzter Zugriff 15.11.2021).
- Sächsischer Landtag (2021). *Drucksache 7/5913* vom 19. April 2021.
- NSU Watch/VBRG (2021). Podcast Folge #18 Vor Ort bei der Open Lecture Series #2: Verschleppte Strafverfolgung und ihre Folgen am Beispiel der rassistischen Mobilisierungen in Chemnitz 2018. URL: <https://verband-brg.de/folge-18-vor-ort-gegen-rassismus-antisemitismus-und-rechte-gewalt-die-podcastserie-von-nsu-watch-und-vbrg> (letzter Zugriff 15.11.2021).





Zivilgesellschaftliche Dokumentationsarbeit gegen rechte Raumnahme

chronik.LE als Plattform einer reflexiven Stadtgesellschaft

EINLEITUNG

Chronik.LE ist ein ehrenamtliches, journalistisches Projekt für Leipzig sowie die umliegenden Landkreise Leipziger Land und Nordsachsen, dessen Arbeit im Kern aus der Dokumentation von und Recherche zu extrem rechten, rassistischen, sexistischen und anderweitig diskriminierenden Ereignissen besteht. Die Dokumentationsplattform chronik.LE wurde 2009 gegründet, als im Leipziger Osten vermehrt neonazistische Aktivitäten und Angriffe stattfanden, die von der Lokalpresse verharmlosend und entpolitisierend thematisiert wurden. Um diese Zustände und ihre politischen Hintergründe zu benennen und dafür eine Öffentlichkeit zu schaffen, entstand das Dokumentations- und Analyseprojekt. Seit 2008 wurden über 4.300 extrem rechte und diskriminierende Ereignisse dokumentiert. Diese reichen von einfachen Propagandataten, Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffen über eine Vielzahl extrem rechter Versammlungen bis hin zu den rechten Morden an Karl-Heinz Teichmann (2008), Kamal Kilade (2010) und André K. (2012).

Zivilgesellschaftliche Dokumentationsarbeit leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur nachhaltigen Schwächung von *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* (GMF) und *rechten Raumnahmebestrebungen*. Im Folgenden wird am Beispiel der Leipziger Dokumentations- und Analyseplattform chronik.LE gezeigt, wie eine Dokumentationspraxis mit Bezug auf Medien-, Vernetzungs- und Bildungsarbeit zur Schaffung einer „reflexiven Stadtgesellschaft“ (Grau/Heitmeyer, 2013, 31–33)

beiträgt und damit den Raumnahmen der extremen Rechten entgegenwirken kann (Zschocke, 2022).

FEINDSELIGE NORMALITÄT UND RECHTE RAUMNAHME

Mit Salzborn (2018, 17f.) verstehen wir Rechtsextremismus als vorläufigen analytischen Sammelbegriff für ein gesellschaftliches Syndrom, das sowohl menschenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung (GMF) als auch extrem rechte Handlungen, welche die kategoriale Gleichheit aller Menschen in Frage stellen oder abzuschaffen versuchen, umfasst. Für die Praxis von chronik.LE ist vor allem von Interesse, dass Ungleichwertigkeitsideologien der Bevölkerung in Wechselwirkung mit Aktivitäten extrem rechter Akteure stehen. Geteilte Feindbilder Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – also bspw. rassistische, sexistische und antisemitische Ressentiments – können sich zu rechtsextremen Haltungen verschärfen und machen rechtsextreme Handlungen zugleich gesellschaftlich anschlussfähig.

Dabei ist die Abwertung von Gruppen entlang ethnischer, kultureller, religiöser oder gar vermeintlich biologischer Merkmale „in der Regel Ausdruck und Resultat langer, z.T. jahrhundertealter politischer und kultureller Auseinandersetzungen“ (Becker, 2016, 446) und somit fest in den gesellschaftlichen Verhältnissen sowie individuellen Sozialisationswegen verankert. Dadurch sind solche Ressentiments weder einer politischen Reflexion unmittelbar zugänglich noch durch rechtliche Diskriminierungsverbote einfach zu beseitigen. Analysen der Wahlerfolge der *Alternative für Deutschland* (AfD) zeigen zudem, dass Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Verlauf des letzten Jahrzehnts zunehmend prägend für politische Wahl- und Richtungsentscheidungen von Teilen der Bevölkerung geworden sind (Kaiser, 2021, 15; Mullis/Zschocke, 2019, 4ff.).

Zudem zeichnet sich die extreme Rechte heute nicht vordergründig durch aktionistische NS-Folklore wie Wehrmachtsdemonstrationen, Rudolf-Heß- und „Bombenholocaust“-Gedenkmärsche aus, sondern orientiert sich an gesellschaftlichen Konfliktfeldern wie Migration oder der gegenwärtigen COVID-19-Pandemie (chronik.LE, 2021; Quent, 2019, 100 f.). Das bedeutet keineswegs, dass die Verklärung des Nationalsozialismus durch die extreme Rechte bedeutungslos wäre. Unabhängig davon versuchen extrem rechte Akteure jedoch zunehmend, durch

rechte Raumnahme Orte und Regionen zu dominieren und eine „feindselige Normalität“ (Grau/Heitmeyer, 2013, 11) zu schaffen. Neben der Zunahme von Propaganda und Gewalttaten in spezifischen (städtischen) Räumen gewinnen rechte Raumnahmen insbesondere durch zunehmende Deutungshoheit (extrem) rechter Akteure über das Zusammenleben vor Ort an Brisanz (Zschocke, 2022, 3–5). Hier erfahren ihre Ungleichwertigkeitsideologien keinen Widerspruch und politische Gegner sowie Betroffene rassistischer, sexistischer, antisemitischer und anderer Diskriminierungen sind systematisch angegriffen und Verdrängungen ausgesetzt – denen gegenüber die Dominanzgesellschaft blind ist.

DOKUMENTATIONSARBEIT FÜR EINE REFLEXIVE STADTGESELLSCHAFT

Dokumentationsarbeit als politische Praxis setzt an der *feindseligen Normalität* an. Neben dem erdrückenden Ausmaß an Vorfällen von Diskriminierung sowie rechter Propaganda und Gewalt nimmt sie auch deren Ignoranz, Verdrängung und Verstärkung durch „feindselige Mentalitäten in der Bevölkerung“ (Grau/Heitmeyer, 2013, 11) in den Blick. Dokumentationsarbeit verstärkt Ansätze einer *reflexiven Stadtgesellschaft*, die sich dieser Normalität mit bürgerschaftlichen, politischen Engagement stellt. Insofern begreifen wir unter reflexiver Stadtgesellschaft die Gesamtheit an zivilgesellschaftlichem Engagement, das der Abwehr und Verdrängung von Problemdefinitionen und -wahrnehmungen im Zusammenhang mit Rechtsextremismus entgegentritt. Dabei werden nicht nur offensichtlich extrem rechte Akteure problematisiert, sondern die Normalisierungsprozesse von GMF thematisiert und kritisiert sowie insbesondere Betroffene von Diskriminierung und rechter Gewalt in ihrer Selbstermächtigung unterstützt. Die reflexive Stadtgesellschaft ist das Gegenbild einer feindseligen Normalität, in der GMF und eine sie „harmonisierende Gemeinschaftlichkeit“ (ebd., 32 f.) dominant zu werden drohen. Die Bereitstellung von Informationen über diskriminierende Ereignisse und Analysen zu deren Hintergründen sind grundlegend, um dieses Engagement zu unterstützen und zu verstärken.

Die Dokumentationsarbeit verfolgt das Ziel, eine Situationsbeschreibung der Diskriminierungsrealität vor Ort zu liefern. Dabei geht es aber nicht um die Erstellung eines „objektiven“ Lagebildes, sondern um die Perspektiven der Betroffenen. Diese werden in der öffentlichen

Debatte kaum beachtet und sind oftmals unsichtbar. Zu dieser Einschätzung kamen auch der NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages (Deutscher Bundestag, 2013, 736) und die 2. Unabhängige Expertenkommission Antisemitismus (Deutscher Bundestag, 2017, 95). Da das Erkennen dieser Wirklichkeit selbst Teil der öffentlichen Debatte ist und damit auch vom Sensibilisierungsgrad der einzelnen Menschen und Gruppen der Stadtgesellschaft abhängt (vgl. Grau/Heitmeyer, 2013, 13), rückt die Dokumentationsarbeit von chronik.LE die Wahrnehmung von Betroffenen rechter Gewalt und Propaganda in den Fokus. In diesem Sinne ist die Dokumentationspraxis nicht „neutral“. Sie orientiert sich an der Perspektive der Betroffenen, setzt deren Situationsdefinition zentral und untermauert diese durch verifizierte Informationen. Damit verhilft sie der Betroffenenperspektive zu mehr Sichtbarkeit und wirkt dem Problem einer „sekundären Viktimisierung“ (Schestak-Haase/Adorf, 2020) entgegen. Das „sitierte Wissen“ (Perinelli, 2017) Betroffener ist für eine Veränderung der öffentlichen Debatte über Diskriminierungsrealitäten unentbehrlich. Zentral ist dabei, Betroffene nicht paternalistisch zu instrumentalisieren, sondern ihre Perspektiven in der öffentlichen Wahrnehmung zu stärken – auch um der Dominanzgesellschaft ihre blinden Flecken aufzuzeigen. Dokumentationsarbeit, wie sie von chronik.LE und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren geleistet wird, steht dadurch oftmals in Konkurrenz zu polizeilichen Lagebildern. Denn im Unterschied zur staatlichen Erfassungspraxis richtet sie sich nicht an der Strafbarkeitsgrenze oder dem fragwürdigen Extremismusmodell der Verfassungsschutzämter aus.

DOKUMENTATION UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Oftmals besteht in Städten und Gemeinden kein umfassendes Problembewusstsein für das Ausmaß und die Motive diskriminierender Taten. Zugleich zeigt die hohe und stetig zunehmende Zahl an Ereignismeldungen, dass eine unabhängige Dokumentation von diskriminierenden Fällen, rechter Gewalt und Aktivitäten der extremen Rechten unentbehrlich ist. Die Dokumentationspraxis von chronik.LE interveniert in die Öffentlichkeit, indem sie grundlegend über das Ausmaß und die Alltäglichkeit von Ideologien der Ungleichwertigkeit aufklärt, diskriminierende Fälle in einer Chronik dokumentiert und auf Aktivitäten sowie Entwicklungen der extremen Rechten hinweist. Die dokumentierten

Ereignisse stammen zum Großteil aus dem unmittelbarem Kontakt mit Betroffenen, Unterstützenden und Zeugen, werden jedoch auch durch Recherche in öffentlichen Quellen wie Tageszeitungen und Polizeimeldungen gewonnen.

Die Arbeit der letzten elf Jahre zeigt dabei: Nur ein geringer Teil der Taten wird von Akteuren der extremen Rechten begangen. Häufig sind es alltägliche Situationen wie ein frauenfeindlicher Angriff¹ vom 13. Mai 2021 (Abb. 1), in denen Menschen herabgewürdigt, bedroht oder sogar angegriffen werden. Ausgehend von der Erfassung der Fälle werden Betroffene an professionelle Opferberatungsstellen verwiesen und zugleich kritische Medienarbeit betrieben, indem z.B. Ermittlungsbehörden und Tagespresse auf die Umstände der Tat hingewiesen werden.

Die Praxis von chronik.LE bewegt sich dabei stets im Spannungsfeld von notweniger Professionalität und ehrenamtlicher Freiwilligkeit. Da die Ressourcen begrenzt sind, soll mit den verfügbaren Mitteln vor allem die Qualität der Dokumentation sichergestellt werden: Gemeldete Ereignisse werden durch Recherchen weiterer Quellen, z.B. Behörden- und Medieninformationen, Zeugen sowie Bildmaterial verifiziert. Dadurch kann zwar die Plattform nicht tagesaktuell sein, jedoch ist diese Arbeit grundlegend dafür, dass aus einer bloßen Fallsammlung eine verifizierbare Situationsbeschreibung wird, die Praktikern im jeweiligen Sozialraum sowie für wissenschaftliche Vertiefungen nützlich ist und von Betroffenen als Ressource genutzt werden kann.

Wie umfangreich eine solche Situationsbeschreibung sein kann, hängt unter anderem davon ab, wie weit ihr Blick reicht. Die Dokumentation von chronik.LE kann als ehrenamtliche und unabhängige Arbeit stets nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit abbilden – „von einer hohen Dunkelziffer muss weiterhin ausgegangen werden“ (Mayer, 2021, 6). Gerade beim Zugang zu Betroffenen von Alltagsrassismus erfährt die Praxis von chronik.LE anhaltend Grenzen. Hier gilt es, fortwährend Sprachbarrieren zu überwinden und fehlende Zugänge zu einem (post-)migrantischen Umfeld zu finden.

1) Chronik-Eintrag eines frauenfeindlichen Angriffs an Christi Himmelfahrt 2021: <https://strato.chronikle.org/ereignisse/sexistische-beleidigung-angriff-fahrradfahrerin-zentrum-nord> (letzter Zugriff: 08.12.2021).

SITUATIONSANALYSEN

Über die Dokumentationspraxis hinaus veröffentlicht chronik.LE im zweijährigen Abstand die Broschüre *Leipziger Zustände* (LEZ). Darin werden umfangreiche Beschreibungen in unterschiedlichen Diskriminierungsfeldern, Analysen lokaler Situationen und aktueller Entwicklungen der extremen Rechten vorgenommen. Auch die Analysen der Redaktion und die Expertisen externer Autorinnen und Autoren stellen nur einen Ausschnitt der Diskriminierungsrealität dar. Sie bleiben notwendig dort blind, wo die Dokumentation aufgrund der Positionalität und Wahrnehmungen der Redaktion sowie anderen Zugangshürden teils erhebliche Lücken aufweist.

Vertiefende Analysen leisten trotz dessen einen Beitrag, das Dunkelfeld weiter zu erhellen und allgemeine Entwicklungstendenzen der Diskriminierungsrealitäten aufzuzeigen, sodass proaktive Bearbeitung entlang von Ursachen möglich wird. Publikationen wie die LEZ adressieren in erster Linie zivilgesellschaftlich Aktive, städtische Akteure sowie Betroffenengruppen und damit diejenigen, die nach dem Verständnis von chronik.LE die Basis einer reflexiven Stadtgesellschaft sind. Der publizistischen und analytischen Arbeit liegt ebenso wie der Dokumentationspraxis der Gedanke zugrunde, im situierten Wissen von Betroffenen einen unersetzlichen Beitrag für die Wahrnehmung gesellschaftlicher Realität zu sehen. Gemeinsam wird dieses Wissen in ein größeres Bild städtischer und regionaler Entwicklungen eingeordnet, um so Handlungsdruck gegenüber kommunalen oder auch polizeilichen Akteuren aufzubauen. Im Zuge des jahrelangen Engagements hat sich insbesondere mit der Stadt Leipzig ein kontinuierlicher Wissenstransfer im Rahmen der „Partnerschaft für Demokratie“ etabliert.

VERNETZUNG

Regionale Vernetzung und Bekanntheit sind weitere wichtige Aspekte erfolgreicher Dokumentationspraxis und daran anschließender Analysen. In kleinstädtischen und strukturschwachen Regionen, in denen zivilgesellschaftliche Akteure, alternative Infrastrukturen und eine individuelle Interventionsbereitschaft zur Schaffung „produktive[r] Unruhe“ (Grau/Meitmeyer, 2013, 32) nur gering ausgeprägt sind, werden weniger Fälle gemeldet und erfasst als in einer urbanen, studentisch

geprägten Metropole wie Leipzig. Ansätze einer reflexiven Stadtgesellschaft sind dementsprechend nicht nur Ziel der Bemühungen, sondern zugleich auch Voraussetzung für die Praxis von chronik.LE.

Neben der Dokumentations- und Analysearbeit hat chronik.LE deshalb in den letzten Jahren verstärkt Vernetzungen zwischen Einzelpersonen und Gruppen begleitet. Ausgangspunkt dieser Arbeit waren in der Vergangenheit wiederholt Meldungen aus der Zivilgesellschaft, die über Versuche rechter Raumnahme in den Stadtteilen Leipzigs oder Kleinstädten der Region berichteten. Die erhöhten Vorkommnisse neonazistischer Aktivitäten und Angriffe führten dazu, dass Betroffene proaktiv Unterstützungsbedarf äußerten. Oftmals verfügten die Personen nicht über die entsprechenden Ressourcen oder die notwendigen Netzwerke innerhalb ihres Lebensumfeldes, um erfolgreich eine Öffentlichkeit für die Problemlage zu schaffen und damit Handlungsbedarf gegenüber kommunalen Akteuren zu artikulieren. Aufgrund der Reichweite und Positionierung zwischen Aktiven und öffentlichen Akteuren wird chronik.LE hier eine günstige Vermittlungsposition zuteil. Mit der Vernetzungsarbeit geht eine kritische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einher, die auf der Dokumentationspraxis fußt und Aufmerksamkeit für aktuelle Entwicklungen generieren kann.

Chronik.LE kann für eine solche Vernetzung Impulse setzen. Dennoch braucht es neben einem gewissen Problembewusstsein auch die weiterführende Selbstorganisation von Betroffenen und Unterstützenden. Diese sind entscheidend, um eine nachhaltige Vernetzung zu erreichen. Ist eine solche Vernetzung erfolgreich, birgt sie das Potenzial der Etablierung zivilgesellschaftlicher Strukturen, die dauerhaft zur Stärkung einer reflexiven Stadtgesellschaft und somit zur Schwächung von Ungleichwertigkeitsideologien beitragen.

PRODUKTIVE UNRUHE SCHAFFEN!

Anhand einiger Beispiele aus der Arbeit von chronik.LE lässt sich veranschaulichen, dass Dokumentationsarbeit nicht für sich steht. Wie erläutert wurde, ist sie auf eine Beschreibung der Diskriminierungsrealität, Analysen zu deren Ursachen und Zusammenhängen im städtischen Zusammenleben sowie die Vernetzung von und mit Betroffenen gerichtet. Die Arbeit von chronik.LE und verbündeten Initiativen schafft damit eine *produktive Unruhe*, die einer reflexiven Stadtgesellschaft Vorschub

leistet sowie rechter Raumnahme und einer feindseligen Normalität entgegenwirkt.

RASSISMUS OFFENLEGEN UND INTERVENTIONSSTRATEGIEN ENTWICKELN

In einer „postmigrantischen Stadt“ (Yildiz/Berner 2021) wie Leipzig gehören migrantische Lebenswelten ebenso zum Alltag wie unterschiedliche Formen von Rassismus, die fortwährend daraufhin wirken, migrantisch gelesene Menschen zu marginalisieren, zu diskriminieren oder ihnen gar körperlich zu schaden.

Eine der schwerwiegendsten rassistischen Taten in den vergangenen Jahren war 2010 der Mord an Kamal Kilade durch zwei bekannte Neonazis. Anstatt den Tathintergrund jedoch klar zu benennen, war die öffentlichen Berichterstattung sowie insbesondere die Strafverfolgung bis zum Urteil durch eine Verleugnung der rassistischen Motivation der Täter gekennzeichnet. So plädierte die Staatsanwaltschaft Leipzig bis zuletzt für eine zufällige Tat in Folge eines Streits unter Alkoholeinfluss. Insbesondere die Prozessdokumentation des *Initiativkreis Antirassismus* und öffentliche Aktionen sowie die Dokumentation bei chronik.LE und Veröffentlichungen in den *Leipziger Zuständen* wirkten dieser Einschätzung entgegen (Rassismus tötet! Leipzig/Initiativkreis Antirassismus, 2014), sodass Kamal als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt wurde. Wenngleich es immer wieder Sachbeschädigungen eines Gedenkortes für Kamal Kilade gab, ist die Erinnerung an ihn und die rassistischen Hintergrund der Tat heute ins Stadtbild eingeschrieben.

Im Jahr 2012 eskalierte die Diskussion um ein progressives Konzept der „Dezentralisierung“ der Unterbringung von Asylsuchenden in Leipzig. Bei der Vorstellung des Konzeptes kam es zu rassistischen Protesten von Anwohnenden in mehreren Stadtteilen. Beschreibungen und Analysen des Geschehens in den *Leipziger Zuständen* warnten angesichts dieser Situationen vor der Anschlussfähigkeit der Politik der extremen Rechten an alltagsrassistische Einstellungen von Stadtteilbewohnern (Initiativkreis, 2012; Kausch et al., 2012). Lange bevor die rassistische Protestwelle der Jahre 2015–2017 die Republik erfasste, konnten diese Reflexionsprozesse in Leipzig unmittelbar in antirassistische Praxis einfließen, wie das Beispiel einer Intervention in Schönefeld zeigt (Hummel, 2014). Dort etablierte das Bündnis *Refugees Welcome*

2013 eine proaktive Begleitung des Ankommens von Geflüchteten in Form von „Willkommensmahnwachen“, um eine rassistische Protestreihe der NPD unter dem Motto „Nein zum Heim!“ zu durchkreuzen. Darüber hinausgehende karitative Aktivitäten einer lokalen Willkommensinitiative und eine Veranstaltungsreihe des *Initiativkreis: Menschen. Würdig* zu den Themen Migration, Flucht, Asyl und Rassismus unter Einbeziehung lokaler Akteure und Geflüchteter veränderten das Klima im Stadtteil nachhaltig, wie Steven Hummel in einer retrospektiven Bewertung der Interventionen feststellte:

„So ist es erfolgreich gelungen, den Protest als rassistisch zu diskreditieren und die Neonazis mit ihren Aktionen ins Abseits zu stellen. [...] Aufgrund einer breit angelegten Pressearbeit und einem wahrnehmbaren Interesse am Thema ist es gelungen, die Deutungshoheit über die Situation vor Ort zu erreichen.“

Hummel, 2014, 14

Alltagsrassismen gehören heute zu einem der drängendsten Probleme der Leipziger Stadtgesellschaft und Parteien mit völkischer-rassistischer Programmatik wie die AfD sind in spezifischen lokalen Settings überaus erfolgreich (Zschocke, 2019). Dennoch muss festgehalten werden, dass die rassistische Protestwelle der Jahre 2015–2017 die Stadt Leipzig nicht in demselben Maß ergriff und erfolgreich war wie in den meisten anderen Teilen des Landes Sachsen. Interventionsstrategien wie in Schönefeld trugen ihren Teil dazu bei.

JENSEITS DER STADT: VERNETZUNG FÜR EINE AKTIVE ZIVILGESELLSCHAFT

Beispielhaft zeigt sich anhand der nordöstlich von Leipzig gelegenen Kleinstadt Taucha, dass auch Vernetzungsprozesse jenseits der Leipziger Stadtgrenze Früchte tragen können. Seit dem Jahr 2018 häuften sich die Meldungen über rechte Propagandadelikte und verbale Bedrohungen gegenüber politischen Gegnern. Durch das Monitoring der neonazistischen Aktivitäten vor Ort wurden sowohl lokale Strukturen der extremen Rechten offengelegt als auch eine rechte Raumnahmestrategie ersichtlich. Mit propagandistischen Graffiti und Stickern, die eine „NS-Zone“ oder einen „Nazi-Kiez“ proklamieren, werden Hoheitsansprüche im städtischen Raum markiert. Verstärkt wird das durch gezielte Bedrohungen

und Einschüchterungsversuche gegenüber Personen, die sich in Taucha für ein demokratisches Miteinander engagieren (Barth, 2021). Weiterführende Recherchen ermöglichten es, rechte Strukturen und Aktivitäten, ihre Kontinuität und Zusammenhänge vor Ort aufzuzeigen. Bereits in den 2000er Jahren formierten sich in Taucha neonazistische Strukturen, die der NPD nahestanden und sich personell aus der Hooliganszene des 1. FC Lokomotive Leipzig zusammensetzten. Auch gegenwärtig ist die extrem rechte Fußball- und Kampfsportszene das verbindende Element der an den Aktionen beteiligten rechtsoffenen und rechtsextremen Jugendlichen in Taucha (Klein, 2021, 90f.).

In Folge einer Putzaktion, die sich gegen die zunehmende rechte Raumnahme in der Kleinstadt richtete, gründete sich Ende 2018 der Verein *Solidarische Alternativen für Taucha* (SAfT). Mit verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen, Aktionen sowie Bildungs- und Kulturprojekten möchte der Verein nicht nur ein demokratisches Gegenangebot, sondern auch Aufmerksamkeit für die Situation schaffen. Zu diesem Zweck erstellte die Initiative eine Broschüre, die inhaltlich auf der Dokumentation von chronik.LE basierte und diese Informationen für die Tauchaer Zivilgesellschaft aufbereitete. Im Folgejahr fand sich zudem erstmalig der *Runde Tisch Taucha* zusammen – ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Akteure, den auch chronik.LE durch Gespräche und die Bereitstellung von Informationen begleitete. Gemeinsam wurde ein Positionspapier erarbeitet, in dem neben einer Situationsbeschreibung konkrete Handlungsvorhaben für ein „lebenswertes Taucha“ (Runder Tisch, 2019) dargelegt wurden. Das Positionspapier wurde 2020 im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt, an der auch der Bürgermeister und einige Stadträtinnen und Stadträte teilnahmen.

Allein das Monitoring von extrem rechten Aktivitäten und deren Aufbereitung in Situationsanalysen kann jedoch der rechten Raumnahme in Taucha nicht entgegenwirken, wie die über 50 Ereignisse seit Anfang 2019 in der Dokumentation von chronik.LE² zeigen. Insbesondere die Schaffung alternativer Räume und Aktivitäten für Jugendliche ist in kleinstädtischen Regionen wichtig, da ihnen dadurch die Selbstorganisation und Selbstermächtigung abseits rechtsextremer Jugendkulturen ermöglicht wird. Dementsprechend möchte die aus dem Umfeld

2) Die in Taucha dokumentierte Ereignisse zeigen, dass rechte Raumnahme ein anhaltendes Problem darstellt: <https://strato.chronikle.org/ereignisse/taucha> (letzter Zugriff: 08.12.2021).

von SAfT im Jahr 2019 gegründete Schülergruppe *Demokratie und Freiheit, Toleranz erleben* (DuFTe) ein alternatives Angebot für Jugendliche in Taucha etablieren. Langfristig sind solche Initiativen relevant, um selbsttragende Strukturen einer aktiven Zivilgesellschaft zu etablieren.

FAZIT UND HERAUSFORDERUNGEN

Die dargestellten Praxen der Dokumentations- und Rechercharbeit, einer kritischen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, der Bereitstellung von Analysen in der Reihe *Leipziger Zustände* sowie der Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren durch chronik.LE und verbündeten Initiativen sind von grundsätzlicher Bedeutung für die Potenziale einer reflexiven Stadtgesellschaft. Aus Alltagserfahrungen von Betroffenen heraus werden konkrete Ereignisse Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Form von Propaganda und Gewalttaten identifiziert und beschrieben. Sie werden aufbereitet und für weiterführende Praxen anschlussfähig gemacht (Beratungen von Betroffenen, Öffentlichkeitsarbeit und Analysen). Sie helfen das uneindeutig strukturierte Feld, in dem sich Akteure der Zivilgesellschaft und der extremen Rechten gleichermaßen bewegen, fortwährend neu zu vermessen und strategische Optionen für ein solidarisches Zusammenleben offen zu legen. Nur eine mündige Zivilgesellschaft, die der feindseligen Normalität mit Widerspruch begegnet und damit einer „harmonisierenden Gemeinschaftlichkeit“ (Grau/Heitmeyer, 2013, 32–33) entgegentritt, kann dauerhaft zur Schwächung von Ungleichwertigkeitsideologien beitragen.

Das Potenzial einer solchen Dokumentationsarbeit ist abhängig von der Wirkung auf die zu erreichenden Zielgruppen und auf das weite Feld der Zivilgesellschaft. Das vielseitige Engagement der Ehrenamtlichen von chronik.LE steht damit vor der anhaltenden Herausforderung einer weiteren Professionalisierung. Neben dem Abbau der beschriebenen Sprach- und Zugangsbarrieren zählt dazu allen voran, die technischen Möglichkeiten auf der Höhe der Zeit zu nutzen: digitale, kostenfreie Publikationen, visuelle und kartografische Aufbereitung, Schaffung von Anknüpfungspunkten für Medien- und Bildungsarbeit. Die bloßen Ereignismeldungen liefern selbst nur Beschreibungen des Geschehens und nicht dessen Erklärung (Mayer, 2021, 21). Erst die Einordnung einzelner Fälle in ein größeres Bild städtischer Entwicklungen eröffnet weitere Möglichkeiten für vielfältige Interventionsstrategien.

LITERATUR

- Barth, Olaf (2021). Nach Aufkleber-Aktion. Tauchaer wehrt sich gegen Diffamierung als „Linksterrorist“. *Leipziger Volkszeitung*, 19.05.2021. URL: www.lvz.de/Region/Taucha/Tauchaer-wehrt-sich-gegen-Diffamierung-als-Linksterrorist (letzter Zugriff 23.11.2021).
- Becker, Rainer (2016). Wenn abstrakte Items auf die Wirklichkeit der Stammtische treffen. In Wolfgang Frindte/Daniel Geschke/Nicole Haußecker (Hrsg.), *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“*. *Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen* (S. 443–462). Wiesbaden: Springer VS.
- chronik.LE (2021). Die Querdenken-Protteste im November. Selbstermächtigung, Staatsversagen und Radikalisierung. In chronik.LE (Hrsg.), *Leipziger Zustände 2021. Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig* (S. 42–43). Leipzig: Engagierte Wissenschaft.
- Deutscher Bundestag (2013). Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes. Drucksache 17/14600.
- Deutscher Bundestag (2017). Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Drucksache 18/11970.
- Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.) (2011): *Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells*. Wiesbaden: Springer VS.
- Grau, Andreas/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2013). *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa Verlag.
- Hummel, Steven (2014). Leipzigs (Neue) Wutbürger. Rassistische Mobilmachung gegen Asylunterkünfte. In chronik.LE (Hrsg.), *Leipziger Zustände 2014. Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig* (S. 12–15). Leipzig: Engagierte Wissenschaft.
- Initiativkreis: Menschen.Würdig. (2012). Geschlossene Gesellschaft. Die Leipziger Asyldebatte. In chronik.LE (Hrsg.), *Leipziger Zustände 2012. Dokumentation rassistischer, faschistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig* (S. 12–17). Leipzig: Engagierte Wissenschaft.
- Kaiser, Susanne (2021). *Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobilmachen*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Kausch, Stefan/Stärck, Alexander/Sternberger, Katja (2012). Leipzigs lokale Kämpfe zwischen Rassifizierungen und (De-)Klassifizierungen. Zur Auseinandersetzung um die dezentrale Asylunterbringung in Leipzig. In chronik.LE (Hrsg.), *Leipziger Zustände 2012. Dokumentation rassistischer, faschistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig* (S. 18–20). Leipzig: Engagierte Wissenschaft.
- Klein, Sarah (2021). #solidarischestaucha statt Nazi-Kiez. In chronik.LE (Hrsg.), *Leipziger Zustände 2021. Dokumentation rassistischer, faschistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig* (S. 90–91). Leipzig: Engagierte Wissenschaft.
- Mayer, Elena (2021). Analyse von Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Text Mining der Dokumentation von chronik.LE 2008–2019. *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 1(2021), Heft 1, 42–59.
- Mullis, Daniel/Zschocke, Paul (2019). Regressive Politiken und der Aufstieg der AFD. Ursachen-suche im Dickicht einer kontroversen Debatte. *PRIF Report 5/2019*, Frankfurt a. M. URL: https://www.hsfk.de/fileadmin/HSEFK/hsfk_downloads/PRIF0519.pdf (letzter Zugriff 23.11.2021).
- Perinelli, Massimo (2017). Situiertes Wissen vs. korruptiertes Wissen. Warum die migrantische Perspektive in die Wissenschaft gehört. Und der Verfassungsschutz raus. In Juliane Karakayali et al. (Hrsg.), *Den NSU-Komplex analysieren. Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft* (S. 145–162). Bielefeld: transcript.
- Quent, Matthias (2019). *Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können*. München: Piper.
- Rassismus tötet! Leipzig/Initiativkreis Antirassismus (2014). Die verschwiegenen Toten. Opfer rechter Gewalt in Leipzig seit 1990. In chronik.LE (Hrsg.), *Leipziger Zustände 2014. Dokumentation rassistischer, faschistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig* (S. 38–40). Leipzig: Engagierte Wissenschaft.
- Runder Tisch Taucha (2019). *Positionspapier 2019. Ein demokratisches und solidarisches Gemeinwesen gestalten*. URL: https://saft.noblogs.org/files/2021/01/Positionspapier2019_Runder-Tisch-Taucha_1-13.pdf (letzter Zugriff 23.11.2021).
- Salzborn, Samuel (2018). *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze* (= Studienkurs Politikwissenschaft). Baden-Baden: Nomos.
- Schestak-Haase, Franziska/Adorf, Matthias (2020). Tödliche Kontinuitäten. Rechte Gewalt und sekundäre Viktimisierung durch Justiz, Polizei und Öffentlichkeit im Kontext rechter Todesfälle in Thüringen seit 1990. In Institut für Zivilgesellschaft (IDZ) Jena (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Kontinuitäten* 4(2020), Band 7, 136–145.
- Yıldız, Erol/Berner, Heiko (2021). Postmigrantische Stadt. Eine neue Topographie des Möglichen. *Zeitschrift für Migrationsforschung*, Bd. 1 Nr. 1 (2021), Stand, Herausforderungen und Perspektiven der Migrationsforschung, 243–264.
- Zschocke, Paul (2019). Im Schatten der Stadt. Ist Leipzig-Grünau ein Modellwahlbezirk der AfD? In chronik.LE (Hrsg.), *Leipziger Zustände 2019*.

- Dokumentation rassistischer, faschistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig* (S. 68–71). Leipzig: Engagierte Wissenschaft.
- Zschocke, Paul (2022). Leipzig-Grünau. Wie die Baseballschlägerjahre zum heutigen Erfolg der AfD beitragen. In Judith Miggelbrink/Daniel Mullis (Hrsg.), *Lokal extrem rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen* (i. E.). Bielefeld: transcript.



Fehlendes Haus- verbot

Die Nutzung von Immobilien durch die extreme Rechte in Sachsen

EINLEITUNG

Die Möglichkeit zur Raumnutzung ist eine der zentralen Voraussetzungen von politischer Arbeit. Wer keinen Ort hat, sich zu treffen und zu versammeln, keine Rückzugsräume, um Absprachen zu treffen, und keinen Platz bieten kann für Veranstaltungen, der wird es sehr schwer haben, mit seiner Politik wirksam zu sein und eine politische Relevanz zu entfalten. Dies ist auch der extremen Rechten klar. Seit vielen Jahren verfügen Aktivistinnen und Aktive des extrem rechten politischen Spektrums über zahlreiche Zugangsmöglichkeiten zu verschiedenen Objekten in Sachsen. Hinzugekommen ist seit einigen Jahren der Versuch, eigene Objekte zu erwerben. In einem Beitrag der völkischen Kampagne „Zusammenrücken in Mitteldeutschland“ gibt der bundesweit bekannte Neonazi-Kader Tobias Sch. (Künstlername: Baldur Landogart) seine Einschätzung preis: „Die typischen Fehler der klassischen deutschen Rechten“ möchte Sch. zukünftig vermeiden (Zusammenrücken in Mitteldeutschland, 2020). Der inzwischen in Ostsachsen ansässige Neonazi ist der Ansicht, dass beispielsweise Demonstrationen nichts bringen, um die eigenen politischen Ziele zu erreichen. Wenn man umrechnet, so Sch., dass circa 500 bis 1000 Teilnehmende einer Demonstration jeweils 30 Euro Benzingeld oder andere Ausgaben haben, dann könne man sich davon im Osten der Republik bereits ein kleines Grundstück kaufen. „Und wenn man sich das jetzt mal überlegt, all die Jahre, wie viele Demonstrationen es im Nationalen Widerstand gab. Wenn man das Geld für Immobilien zum Beispiel genutzt hätte, dann hätten wir heute in jeder deutschen Stadt eine nationale Begegnungsstätte.“ (Ebd.) Der Erwerb von Immobilien durch Angehörige extrem rechter Gruppen muss als Teil einer aktuellen politischen Strategie verstanden werden. Um diese These zu stützen, werden wir im Folgenden einen Überblick zu rechten Räumen im Bundesland Sachsen geben.

Unter rechten Räumen verstehen wir hierbei Immobilienobjekte und Liegenschaften, die von Vertreterinnen und Vertretern extremer Bewegungen und Organisationen für ihre politischen Aktivitäten genutzt werden. Für unsere Aufstellungen haben wir jene Räume mit aufgenommen, die für die jeweiligen extrem-rechten Szenen im Zeitraum vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2020 eine Bedeutung hatten. Im Rahmen unserer Recherchen sind uns in diesem Untersuchungszeitraum 97 konkrete Räume bekannt geworden, zu denen die extrem rechten Szenen Zugangsmöglichkeiten hatten. Wir gehen davon aus, dass es darüber hinaus in Sachsen eine Dunkelziffer weiterer Orte gibt, deren Existenz uns in unseren Recherchen nicht bekannt geworden ist. Die Eigentumsverhältnisse der von uns recherchierten Räume sind unterschiedlich. Wir haben die Objekte danach unterschieden, welche hauptsächliche Nutzungsart sie im Untersuchungszeitraum erfüllten. Darüber hinaus war für die Bewertung der politischen Bedeutung die Frage relevant, ob eine dauerhafte Nutzung der Immobilie vorliegt, ob sie ein regionales oder überregionales Einzugsgebiet hat und welche konkreten Organisationen oder Gruppen den jeweiligen Ort nutzen.

Zu Beginn werden wir uns zunächst der Bedeutung von Räumen im politischen Kampf der extremen Rechten in der jüngeren Geschichte widmen. Nachfolgend präsentieren wir die Ergebnisse unserer Untersuchung in Form von Typen, um die Orte zu charakterisieren. Wie bei der sozialwissenschaftlichen Typenbildung üblich kommt es auf Merkmale an, die besonders betont werden, um die soziale oder psychische Funktion hervorzuheben. Einige wenige Orte kommen dabei in mehreren Typen vor, weil sie für unterschiedliche Zwecke zur Verfügung standen. Nicht auf alle Orte können wir im Einzelnen eingehen. Stattdessen werden die einzelnen Typen von Orten exemplarisch beschrieben und anhand dessen unterschiedliche Orte in Sachsen vorgestellt. In einem Fazit möchten wir einen ersten knappen Ausblick auf Handlungsmöglichkeiten wagen.

DIE BEDEUTUNG VON RÄUMEN FÜR DEN POLITISCHEN KAMPF

Immobilien haben schon länger eine wichtige strategische Bedeutung für die extreme Rechte. Am Beispiel einer Immobilie in Hetendorf analysiert Röpke (2009) bereits für die 1980er und 1990er Jahre die Funktion dieses Ortes als ein wichtiges Schulungs-, Vernetzungs- und Organi-

sationszentrum von Neonazis. Als grundgesetzlich geschützter Privatraum ermöglicht eine Immobilie weitgehend ungestörte politische Arbeit, der Zugriff von Behörden wird erschwert. Doch mit welcher Strategie die Immobilien erworben und wofür sie genutzt werden, hat sich im Laufe der Zeit verändert und bedarf einer genaueren Betrachtung. Im Folgenden soll eine theoretische Einordnung des Erwerbs von Immobilien in die Aktivitäten und Strategien der extremen Rechten gegeben werden. Immobilien sind zu verstehen als ein Teil der Angebotsstruktur der extremen Rechten (vgl. Quent/Schulz, 2015, 26). Inwiefern diese Angebotsstrukturen zu einem Erfolg des Rechtsextremismus beitragen, lässt sich durch den Begriff der Geländegewinne fassen (vgl. ebd., 27). Der Begriff, eingeführt von Borstel (2009, 58), fasst „wie stark der Rechtsextremismus in einer jeweiligen gesellschaftlichen Situation dazu in der Lage ist, die Demokratie in einem konkreten Raum zu gefährden, sie einzugrenzen oder in ihrer Entfaltung zu stören“. Die Immobilien stellen sich – wie andere Angebotsstrukturen der extremen Rechten – gleichzeitig sowohl als Erklärung für Geländegewinne als auch durch Geländegewinne erklärbar dar (vgl. Quent/Schulz, 2015, 25).

Zum Ersten sind Immobilien eine wichtige Ressource für die Organisation des politischen Kampfs (Vernetzung, Lagerräume, Treffpunkte, Schulung, Versand, Parteiorganisation, private Vernetzung und Wohnen). Damit können Immobilien, die zeitweise oder dauerhaft genutzt werden, Geländegewinne fördern. In ihrer Studie zu Rechtsextremismus im lokalen Kontext unterteilen Quent und Schulz (2015) die Geländegewinne nach dem vierstufigen Schema von Heitmeyer (1999). Sie unterscheiden dabei Provokationsgewinne, Räumungsgewinne, Raumgewinne und Normalitätsgewinne. Provokationsgewinne seien niedrigschwellige Erfolge, durch die die extreme Rechte als Akteur wahrgenommen wird, z. B. durch Sticker, Graffiti oder Auftritte. Bei Räumungsgewinnen gelingt es den Akteuren, andere Gruppen aus bestimmten Räumen zu verdrängen. Durch Raumgewinne können Räumungsgewinne dann auf Dauer gesichert werden. Es entstehen sogenannte Angstzonen für Betroffene und eigene Territorien für die Akteure. Schlussendlich sind Normalitätsgewinne dann erfolgt, wenn die Akteure als etabliert und akzeptiert gelten (vgl. Quent/Schulz, 2015, 28). Die Nutzung von Immobilien kann vor allem die drei letzteren Gewinne verstärken, denn sie sichern langfristig und dauerhaft eigene Räume, zu denen nur jene Zugang haben, die ins eigene Weltbild passen (vgl. Röpke, 2009, 249).

Ein Beispiel für Provokations- und Räumungsgewinne, die von Immobilien ausgehen oder durch sie verstärkt werden, ist das Gebäude in der Chemnitzer Innenstadt, in welchem sich die Kanzlei von Martin Kohlmann befindet. Dieses war 2018 einer der zentralen Anlaufpunkte vor und während der rassistischen Aufmärsche in der Stadt Chemnitz. Räumungsgewinne werden auch dort erzielt, wo sich in Immobilien für Veranstaltungen eingemietet wird und kurzfristig eine Verdrängung von anderen Gruppen erzeugt werden kann (vgl. Quent/Schulz, 2015, 28). Aber vor allem die dauerhafte Nutzung kann zu Raumgewinnen und im schlimmsten Falle zu Normalitätsgewinnen führen. Vor allem vermeintliche, nach außen wirkende Sozialangebote sind Raumnahmen im direkten lokalen Umfeld, die Normalisierungsgewinne erzielen sollen. Als Beispiel dafür sind die Immobilien der Partei *Der III. Weg* in Plauen zu nennen. Hier ist klar erkennbar, dass es nicht mehr um Abschottung geht (wie beispielsweise noch in Hetendorf), sondern um ein Hineinwirken in die umliegende Gesellschaft (vgl. Röpke, 2009, 252).

Nicht nur im unmittelbaren lokal-räumlichen Kontext fördern Immobilien Geländegewinne. Sie können als Vernetzungs- und Organisationsort auch überregional wirken. Beispiele dafür sind ein Veranstaltungsgelände in Ostritz, das für Treffen von Neonazis aus ganz Deutschland dient, und die Räumlichkeiten der Burschenschaft Salamandria in Dresden, die zwar weniger stark in das umliegende Viertel wirken, jedoch ein Knoten- und Vernetzungspunkt verschiedenster Akteure und Akteurinnen der rechten Szene sind (Kulturbüro Sachsen e.V., 2021, 19). Auch Versand- und Gewerberäume entfalten ihre Wirkung eher im ideologischen als im direkten physischen Raum.

Der Erwerb und die Nutzung von Immobilien findet vor allem dort statt, wo bereits Geländegewinne zu verzeichnen sind, die politische Kultur sich offen gegenüber rechten und rechtsextremen Positionen zeigt und mit möglichst wenig Gegenengagement zu rechnen ist (vgl. Quent/Schulz, 2015, 290f.). Neonazis sind auf der „Suche nach politischer Ungestörtheit“ (Röpke, 2009, 252). Wie man anhand der Initiative *Zusammenrücken in Mitteldeutschland* und dem Zuzug von prominenten westdeutschen Neonazis wie Michael Brück sehen kann, wird Ostdeutschland als ein attraktiver Ort für Neonazis dargestellt (vgl. Zusammenrücken in Mitteldeutschland, o.J.). Hier scheinen für sie die Gegebenheiten für ein ungestörteres Wirken besser als beispielsweise in westdeutschen Großstädten. Neben bereits bestehenden Geländegewinnen

spielen dabei auch die billigeren Miet- und Kaufpreise eine Rolle. Die Nutzung von Immobilien durch die extreme Rechte muss also sowohl hinsichtlich ihrer Wirkung, die zur Verstärkung von Geländegewinnen führen kann, als auch in Bezug auf die Erklärung für diese Entwicklung, die in bereits bestehenden Geländegewinnen bestehen können, untersucht werden (vgl. Abbildung 1).

RECHTE RÄUME IN SACHSEN

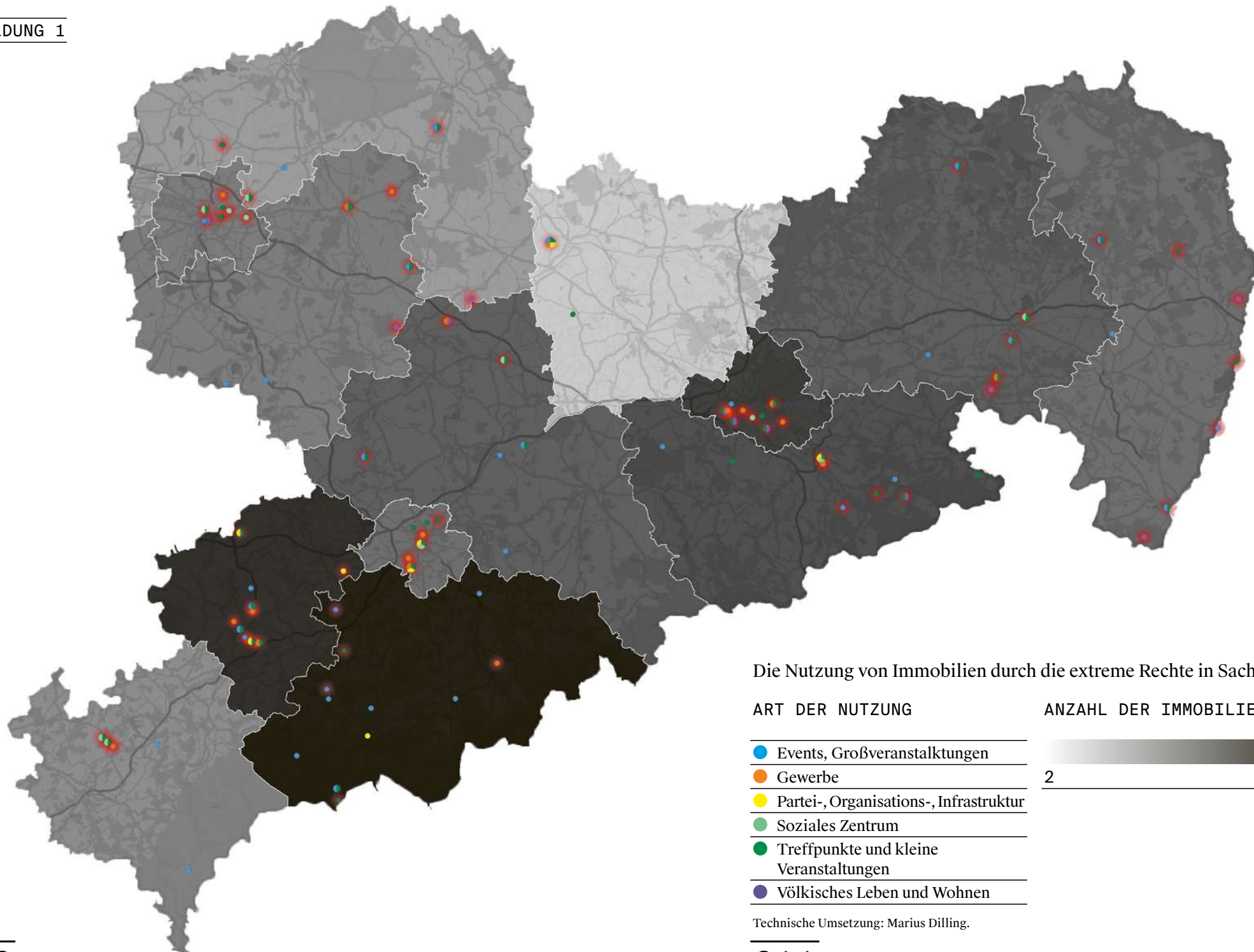
ORTE FÜR DEN RECHTEN LIFESTYLE

Unter Orten für den rechten Lifestyle werden Räume verstanden, die von extrem rechten Akteurinnen und Akteuren überwiegend als Gewerbe- und Geschäftsräume genutzt worden sind. Sie können Geländegewinne im lokalen Umfeld begünstigen und wirken überregional ideologisch (z.B. bei Versandunternehmen).

Über die Herstellung und den Vertrieb explizit rechter Kleidung, Tonträger oder Literatur wird die Identifikation mit der extrem rechten Szene erleichtert. Läden dieser Art schaffen eine Grundlage für die Sichtbarkeit und Präsenz von Neonazi-Subkulturen und rechtem Lifestyle im öffentlichen Raum. Durch das Vorhandensein von Szenegeschäften wird in den jeweiligen Orten die Ansprechbarkeit der lokalen Neonazi-Szene vereinfacht und damit eine strukturelle Ausbreitung begünstigt. Darüber hinaus ist nicht zu unterschätzen, dass sie sowohl als Einnahmequelle dienen als auch Szeneangehörigen der extremen Rechten Arbeitsplätze bieten. Ein Teil der Gewinne aus den Geschäftsbetrieben fließt in die Szene zurück (vgl. Raabe, 2019).

In Sachsen existierten in den letzten drei Jahren mindestens 19 unterschiedliche Räume, die diesem Cluster zuzuordnen sind. Diese sind Eigentum von Akteurinnen und Akteuren der extremen Rechten oder von ihnen dauerhaft gepachtet oder gemietet. Acht dieser Gewerberäume verteilten sich auf die größeren Städte Chemnitz (3), Dresden (4) und Leipzig (1). Die anderen befanden sich verteilt in den Landkreisen Leipzig, Bautzen, Meißen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Mittelsachsen, Vogtland, Zwickau und Erzgebirgskreis. Zwölf der insgesamt 19 von Rechtsextremen genutzten Gewerberäume sind im Untersuchungszeitraum ausschließlich durch die Herstellung und den Verkauf von Szene-Kleidung, rechtsextremer Musik oder Büchern an ihrem konkre-

ABBILDUNG 1



ten Ort aufgefallen. Die anderen sieben Gewerberäume erfüllen noch weitere Zwecke innerhalb der extremen Rechten. So haben sechs der gezählten Geschäfte im Berichtszeitraum auch als Treffpunkt für die regionale Neonazi-Szene fungiert. Von herausragender Bedeutung ist hierbei das Geschäft des extrem rechten Labels *PC-Records* in Chemnitz: *PC-Records* gilt als ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt der bundesweiten Rechtsrock-Szene. Einer der hier gezählten Gewerberäume ist nicht der Neonazi-Szene zuzuordnen. Stattdessen wird dieser von neu-rechten Akteurinnen und Akteuren mit bundesweiter Anbindung genutzt (vgl. Anders, 2020). Die Betreiberin des Dresdner Buchhauses Loschwitz trat im Untersuchungszeitraum gemeinsam mit wichtigen Vertreterinnen und Vertretern des rechtsextremen *Instituts für Staatspolitik* in Erscheinung. In die Räume der Immobilie wurden verschiedene Akteurinnen und Akteure der Neuen Rechten eingeladen oder stellten ihre Publikationen vor.

ORTE FÜR DIE INSZENIERUNG

Unter Orten für die Inszenierung werden Räume verstanden, die von der extremen Rechten vorwiegend dafür genutzt werden, um sich selbst als ein soziales Angebot zu inszenieren. Diese Orte werden vor allem für eine symbolische Raumnahme genutzt, können aber je nach weiteren Kontextfaktoren auch Normalisierungsgewinne ermöglichen.

Die Akteurinnen und Akteure der extremen Rechten inszenieren sich selbst oft als Kümmerer für die sozialen Probleme der deutschen Bevölkerung. In dieser Rolle möchten sie gern wahrgenommen werden. Darüber hinaus ist bekannt, dass in der medialen Berichterstattung das vermeintlich soziale Engagement von rechten Aktivistinnen und Aktivisten oft warnend aufgegriffen wird. In der Betrachtung dieses Clusters ist es notwendig, eine besondere Aufmerksamkeit auf die in vielen Fällen große Diskrepanz zwischen Schein und Sein zu legen. In den Selbstdarstellungen der Neonazis wird behauptet, dass diese Orte großen Einfluss auf das Gemeinwesen nehmen, als Nachbarschaftszentren fungieren und dabei eine breite Bevölkerungsschicht erreichen. In der Realität besitzen nur die wenigsten der Objekte tatsächlich eine Strahlkraft über das eigene Milieu hinaus.

In Sachsen existierten im Untersuchungszeitraum sechs solcher Objekte. Sie sind in Plauen, Pirna, Döbeln, Dresden und Chemnitz zu finden. Besonders beachtenswert ist dabei die Arbeit der neonazistischen Kaderpartei *Der III. Weg* in Plauen (Kulturbüro Sachsen e.V., 2020). Ausgehend von zwei Immobilien der Neonazis im Stadtteil Plauen-Haselbrunn wurden kostenfreie Kleiderausgaben, Ausgabe von Schulmaterialien, Nachhilfe- und Gitarrenunterricht, Frauen- und Familienfrühstück, Kampfsportunterricht für Kinder und Jugendliche sowie diverse Treffmöglichkeiten (insbesondere für jüngere Menschen) angeboten. *Der III. Weg* konnte mit diesen Angeboten und der damit verbundenen Präsenz im Stadtteil Raumgewinne – in Teilen gar Normalisierungsgewinne – erzielen und seine Ideologie erfolgreich verbreiten (Kulturbüro Sachsen e.V., 2021, 20ff.).

In Dresden existiert ein sozialer Ort, der durch rechte Akteurinnen und Akteure betrieben wird, die in der Vergangenheit nicht in der klassischen Neonazi-Szene aktiv waren. Stattdessen stehen die Protagonistinnen und Protagonisten der völkischen PEGIDA-Bewegung nahe und kooperieren in Werbefilmen mit der neu-rechten Gruppierung *Ein Prozent*. Der dazugehörige Verein betreibt eine Begegnungsstätte für Obdachlose und führt diverse öffentlichkeitswirksame Aktionen zur Unterstützung von Obdachlosen durch. Dabei wurde er u.a. von bekannten AfD-Parteifunktionären, aber auch durch einzelne Neonazis, die der NPD angehörten, unterstützt. In den Videos, die der Verein von seinen Aktionen ins Internet stellte, war u.a. ein ehemaliger Bundesvorstand der NPD-Jugendorganisation *Junge Nationale* (JN) aufgetreten. Die Videos wurden u.a. von der neu-rechten Gruppierung *Ein Prozent* verbreitet. Im Umfeld ebenjener Gruppierung war in den letzten Jahren in Dresden auch Julian M. aufgetreten, von dem auch Bilder existieren, auf denen er im Pirnaer „Haus Montag“, das von organisierten Neonazis betrieben wird, mit *CasaPound*-Plakaten posiert. Die faschistische *CasaPound*-Bewegung in Italien gilt vielen Neonazis, die vorgeben ein Soziales Zentrum zu betreiben, als ein wichtiger Referenzpunkt (vgl. Koch, 2019). Das Pirnaer „Haus Montag“ präsentiert sich selbst über soziale Medien ebenfalls als Soziales Zentrum. Jedoch ist dieser Ort eher der Prototyp einer starken Diskrepanz zwischen Schein und Sein. In dem Objekt treffen sich regelmäßig Neonazis aus der Region der Sächsischen Schweiz. Eine soziale Wirkung in das Gemeinwesen oder über die eigene Klientel hinaus findet ausgehend von diesem Ort nicht statt.

ORTE DER ERTÜCHTIGUNG

Unter Orten der Ertüchtigung werden Räume verstanden, die von der extremen Rechten vorwiegend als Sport- und Trainingsstätten genutzt werden, um sich selbst in diversen Kampfsportarten auszubilden. Kampfsportevents sorgen für die Zeit ihrer Durchführung für Räumungsgewinne im Umfeld des Austragungsorts, während Trainingsstätten dauerhafte Raumgewinne darstellen.

In Anknüpfung an Ideen aus der Zeit des historischen Nationalsozialismus spielt der durchtrainierte und kampfbereite, soldatische Mann eine tragende Rolle in rassistischen, heteronormativen Menschenbildern. Kampfsport und körperliche Ertüchtigung nehmen aus diesem Grund innerhalb eines Teils der neonazistischen und neu-rechten Szene einen wichtigen Platz ein. Zudem wird suggeriert, für den Straßenkampf zu trainieren, um die eigene Vormachtstellung zu erkämpfen, durchzusetzen und zu festigen. Einige Neonazis bereiten sich mit ihrem Training auf einen vermeintlichen Tag X vor, an welchem die Gesellschaft revolutionär umgestaltet werden soll. Über organisierte extrem rechte Kampfsportevents, eigene Trainingsstätten oder rechte Kampfsport-Label werden jedes Jahr große finanzielle Summen umgesetzt (vgl. Steiner, 2019).

Im Rahmen unserer Recherchen sind wir auf vier Orte in Sachsen gestoßen, an denen nachweislich Akteurinnen und Akteure der organisierten Neonazi-Szene eigene Kampfsportzentren betreiben oder die Zugänge und Strukturen zu diesen dominieren. Es wurde jedoch auch deutlich, dass eine landesweite Studie zu extrem rechten Sport-, Fitness- und Kampfsportzentren ein Desiderat darstellt. Zwar existieren vereinzelte Hinweise und Berichte über Sportstätten, Veranstaltungen und Trainingsgruppen hinsichtlich einer Verbindung zur Szene der extremen Rechten, jedoch ist die Informationslage für eine valide Bewertung und Beschreibung oft nicht ausreichend.

Innerhalb Sachsens scheint die extrem rechte Kampfsportszene im Großraum Leipzig besonders breit aufgestellt zu sein. Wir führen diese Beobachtung jedoch nicht darauf zurück, dass dort mehr solcher Sportstätten existieren, sondern dass die Informationslage deutlich besser ist als in anderen Regionen in Sachsen.

ORTE FÜR DIE GROSSEN SACHEN

Unter Orten für die großen Sachen werden Räume verstanden, die von der extremen Rechten für die Durchführung von Veranstaltungen mit mehr als 50 Teilnehmenden genutzt worden sind. Bei Veranstaltungen entstehen kurzzeitig Räumungsgewinne, die bei dauerhafter Nutzung zu Raumgewinnen ausgeweitet werden können.

Anhand von rechten Events und Großveranstaltungen werden genutzte Räume in der Regel öffentlich bekannt. Klassische Veranstaltungsformate sind dabei Konzerte. Das Bundesland Sachsen ist im bundesweiten Vergleich eine Schwerpunktregion für Konzertveranstaltungen. Vor der COVID-19-Pandemie ist die Zahl dieser Konzerte seit 2013 jedes Jahr gestiegen. Im Jahr 2019 wurden den Behörden 50 neonazistische Konzerte oder Liederabende in Sachsen bekannt (Köditz, 2020). Darüber hinaus finden sogenannte Zeitzeugenvorträge und Kampfsportevents statt.

Im Untersuchungszeitraum wurden 36 unterschiedliche Orte in Sachsen für diese Art von Veranstaltungen genutzt. Dabei hatten die Räumlichkeiten in Mücka, Ostritz und Torgau-Staupitz eine dauerhafte Bedeutung auch über die Grenzen des Bundeslandes hinaus. Neben diesen drei Objekten standen mindestens zehn weitere im Untersuchungszeitraum dauerhaft für Veranstaltungen mit mehr als 50 Teilnehmenden zur Verfügung. An den anderen 23 Orten konnten wir im Untersuchungszeitraum nur eine Veranstaltung nachweisen. Hierbei handelt es sich oft um Mietobjekte, wie z.B. Vereinsheime von Kleingartenvereinen, Einmietlokale oder Eventlocations sowie größere Gaststätten, deren Betreibende selbst nicht der organisierten extrem rechten Szene angehören. Eine Strategie, um sich in solche Lokale einzumieten, ist oft das Vorgeben falscher Gründe, wie etwa eine private Geburtstagsfeier. Nach Bekanntwerden der Täuschung können die Neonazis oft kein zweites Mal zurückkehren. Zudem werden Orte für die Zukunft unattraktiv, wenn sich Anwohnende gegen Veranstaltungen wehren oder das Event durch Polizeieinsätze abgebrochen wird.

ORTE FÜR DAS RECHTE LEBEN

Unter Orten für das rechte Leben werden Räume verstanden, die von der extremen Rechten für die Umsetzung völkischer Lebenskonzepte, nationaler Wohnprojekte oder anderer extrem rechter Lebens- und Wohn-

ideen genutzt worden sind. Je nach Kontextbedingungen und Reaktion der Anwohnenden können diese Raumgewinne sich auch zu Normalisierungsgewinnen ausweiten.

Uns wurden im Untersuchungszeitraum zwölf Objekte bekannt, die von Personen der extremen Rechten in der in diesem Cluster definierten Form genutzt worden sind. Mindestens sieben dieser Liegenschaften befinden sich im Privateigentum der Akteurinnen und Akteure der extremen Rechten selbst. Teilweise finden in den scheinbar privaten Räumen auch interne Treffen und Vernetzungsveranstaltungen statt. Auch Liederabende und Konzerte für einen sehr begrenzten Personenkreis werden in Privatadressen veranstaltet. In zwei Objekten wird daneben auch Gewerbe betrieben.

In dieses Cluster wurden auch die Wohnräume derjenigen Burschenschaften in Sachsen aufgenommen, die im extrem rechten Dachverband *Deutsche Burschenschaft* organisiert oder durch eindeutige extrem rechte Aktivitäten aufgefallen sind. Diese Räume sind mit rechten Strukturen verwoben und durchdrungen. Die Räumlichkeiten der Verbindungshäuser der Burschenschaften sind eigens und immer schon konzeptionell Orte für Veranstaltungen wie Vorträge und gesellige Abende. Rechte Burschenschaften sind oft bundesweite und auch elitäre Verbindungen, rechte Kaderschmieden und Vernetzungsräume (Kulturbüro Sachsen e.V., 2021, 16ff.).

In den letzten Jahren ist in Sachsen ein verstärkter Zuzug von völkischen Siedlern zu beobachten. Nach ersten Ansiedlungen im Landkreis Mittelsachsen wird von dieser Szene über Plattformen wie z. B. der Kampagne „Zusammenrücken in Mitteldeutschland“ dazu aufgerufen, sich im Bundesland niederzulassen. Darauf wird in der vorliegenden Publikation im Beitrag von Franz Hammer näher eingegangen.

ORTE FÜR DIE FUNKTIONÄRE

Unter Orten für die Funktionäre werden Räume verstanden, die von der extremen Rechten vorwiegend als Partei- oder Abgeordnetenbüros mit der entsprechenden parteipolitischen Infrastruktur genutzt werden. Diese Orte stützen lokale Raumgewinne, sind aber auch darüber hinaus für die überregionale politische Arbeit bedeutend.

Insgesamt konnten wir im Untersuchungszeitraum acht Objekte identifizieren, die als Parteiräume für die NPD, die Partei *Der III. Weg* oder *Pro Chemnitz* (seit 2021: *Freie Sachsen*) zur Verfügung stehen. Bis auf zwei Räume, bei denen wir keine Anhaltspunkte dafür finden konnten, werden alle Parteibüros auch für andere Zwecke genutzt. So ist beispielsweise das „Haus Montag“ in Pirna nicht nur Parteibüro des Kreisverbandes der NPD Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, sondern zugleich Anlaufpunkt für verschiedene Rechtsradikale der Region. Dort fanden im Untersuchungszeitraum regelmäßig Veranstaltungen wie Mitgliederversammlungen, Vorträge und Schulungen, aber auch einfache Treffen statt. Von bundesweiter Bedeutung ist das „Haus der Deutschen Stimme“ in Riesa, das nach wie vor der organisatorische und strukturelle Dreh- und Angelpunkt zur Aufrechterhaltung der NPD-Parteistruktur und der ihr nahestehenden Medien und Verlage ist (Kulturbüro Sachsen e.V., 2021, 35ff.). Auch die Partei *Der III. Weg* nutzt – wie bereits beschrieben wurde – ihre Parteiräume in Plauen vielfältig und inszeniert sich damit im Gemeinwesen.

Die Parteiräume, die von der AfD oder ihren Mitgliedern gemietet oder zur Verfügung gestellt werden, haben wir für unseren Beitrag vernachlässigt. Die AfD und ihre Mitglieder verfügen in Sachsen über mindestens 26 Büros im gesamten Land verteilt. Davon ausgehend, dass ein großer Teil des sächsischen Landesverbandes der AfD nachweislich der extremen Rechten zuzuordnen ist, müssen diese Räume bei zukünftigen Untersuchungen stärker berücksichtigt werden.

ORTE FÜR DIE KLEINEN SACHEN

Unter Orten für die kleinen Sachen werden Immobilien verstanden, die von der extremen Rechten vorwiegend für kleinere Veranstaltungen mit weniger als 50 Teilnehmenden oder als Treffpunkte genutzt werden. Diese Orte fungieren oft nicht als direkte Raumnahme, sondern dienen der internen Vernetzung und Weiterbildung und können als eine Grundlage für Geländegewinne gesehen werden.

In Sachsen wurden uns im Rahmen unserer Recherchen insgesamt 51 Objekte bekannt, zu denen die extreme Rechte Zugang hatte, um sich zu treffen und kleinere Veranstaltungen durchzuführen. Für 32 dieser Orte lassen sich auch andere Nutzungszwecke nachweisen: Sie dienen beispielsweise der Umsetzung völkischer Lebenskonzepte oder werden

als Parteiräume, Soziale Zentren, für Gewerbe und in einigen Fällen auch für Großveranstaltungen genutzt. Es handelt sich bei diesen Orten z. B. um die Höfe von völkischen Siedlern, Lokale in Kleingartensparten, Räume in Gaststätten oder in Vereinsheimen, rechtsextreme Szenegeschäfte, private Grundstücke oder die Häuser extrem rechter Burschenschaften. Alarmierend ist zudem, dass 38 dieser Objekte der extremen Rechten im Untersuchungszeitraum dauerhaft zur Verfügung gestanden haben. Weiterhin ist davon auszugehen, dass in diesem Bereich eine hohe Dunkelziffer existiert: Die tatsächliche Anzahl von Räumen, die der extremen Rechten in Sachsen für regelmäßige, kleinere Treffen zur Verfügung stehen, dürfte um einiges höher liegen.

Gerade kleinere Räume, die oft unbehelligt von öffentlicher oder behördlicher Wahrnehmung betrieben werden, nehmen innerhalb der extremen Rechten wichtige Funktionen ein. Sie sind Rückzugsräume, in denen im vertrauten Kreis und in internen Treffen wichtige Absprachen getroffen, Netzwerke geschaffen und die Organisation von Binnenwirkung schaffenden Veranstaltungen und Treffen vorbereitet sowie eigene Hoheiten über Rahmenbedingungen – wie Zugänge, Öffnungszeiten und Kontrollausübung – erprobt werden. Die Etablierung von Treffpunkten der extremen Rechten im gesamten Bundesland trägt wesentlich zum Geländegewinn im Sinne eines Normalisierungsgewinns bei und erleichtert das fortdauernde Erstarken der rechten Szenen in Sachsen.

FAZIT

Bereits kurz nach der Wende haben organisierte Neonazis vor allem in Ostdeutschland versucht, Räume für sich zu vereinnahmen. Bekannt wurde die von Neonazis selbst gewählte Bezeichnung „national befreiter Zonen“ (vgl. Döring, 2006) welche intendierte Angsträume für potenziell oder real von rechter Gewalt Betroffene sein sollten und politische Widersacherinnen und Widersacher verdrängten. Eine politische Kultur, die weniger klar Abgrenzung und Gegenengagement umzusetzen in der Lage ist, bietet einen idealen Nährboden für extrem rechte Bestrebungen. Noch heute profitiert die extreme Rechte von Normalisierungsgewinnen der 1990er und 2000er Jahre und erschwert demokratisches Engagement.

Wie auch andere Angebotsstrukturen ermöglicht und fördert die Nutzung von Immobilien Geländegewinne für die extreme Rechte. Diese

können je nach Immobilienart, Nutzungsweise, Besitzverhältnis und diskursiver Rahmung unterschiedliche Wirkung entfalten. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass der Erwerb und die Nutzung von Objekten vor allem dort stattfinden, wo bereits Geländegewinne durch die extreme Rechte stattgefunden haben und eine politische Kultur vorhanden ist, die eher offen gegenüber rechten Ideologien ist. Dies erklärt unter anderem das vermehrte Auftreten solcher Beobachtungen in Sachsen. Die Verdrängung durch Gegenengagement und die selbstständige Aufgabe der westdeutschen und/oder großstädtischen Räume hat zur Folge, dass eine zunehmende Ansiedlung der extremen Rechten in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands, wo die politische Kultur einen gesellschaftlichen Resonanzraum für ihre Ideologien bietet, stattfindet.

Mit einer Gesamtzahl von mindestens 97 konkreten Orten verfügen die extrem rechten Bewegungen und ihre Szenen in Sachsen über eine im bundesweiten Vergleich ausgesprochen hohe Anzahl an Räumen, zu denen sie in den letzten drei Jahren Zugangsmöglichkeiten hatten. Es handelt sich um Orte für Großveranstaltungen, Gewerberäume, Soziale Zentren, Parteibüros und einfache Szene-Treffpunkte. Da sich in jedem sächsischen Landkreis solche Objekte befinden, kann von einer flächendeckenden Problematik gesprochen werden.

Der überwiegende Teil der 97 Räume hat eine regionale Bedeutung für die Neonazi-Szene in der direkten Umgebung des Ortes. Wir können nur bei einigen wenigen Objekten von einer überregionalen Bedeutung sprechen. Allerdings verfügt eine gut etablierte und mit eigenen Räumen ausgestattete lokale Neonazi-Szene über deutlich bessere Möglichkeiten, sich mit anderen Gruppen und Zusammenhängen zu vernetzen und damit ein überregionales Netzwerk aufzubauen.

Die Gefahr, die von rechten Räumen ausgeht, ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Die Zugangsmöglichkeiten zu unterschiedlichen Orten setzen die Potenziale für die Akteurinnen und Akteure der rechten Bewegungen erst frei. Allerdings sollte die diskursive Konstruktionsebene von Raum mit beachtet werden. Die extreme Rechte möchte durch Raumnahme eine Hegemonie erlangen und neben den materiellen Orten einen symbolischen Raum besetzen (vgl. Berg/Üblacker, 2020, 200). Das tut sie beispielsweise, indem sie sich als sozialer Player in einer Region geriert. Diese Narrative können durch mediale Berichterstattung sogar weitergeführt und verstärkt werden. Die unkritische Übernahme rechter Beschreibungen zur Wirkung ihrer Räume hat damit ebenso

Anteil an der symbolischen Raumerweiterung. Deswegen ist es unabdingbar, die Aktivitäten zu beobachten, aber das Narrativ kritisch zu hinterfragen.

Zu beobachten war in Sachsen in der Vergangenheit auch, dass rechte Orte sich nur dort etablieren konnten, wo sie wenig Widerstand erfahren haben. Gelegentlich zeigt sich dort, wo neue rechte Projekte im Entstehen sind, Gegenwehr von Seiten der lokalen Bevölkerung. Dies macht die Orte unattraktiv für die extreme Rechte und verhindert die Raumnahme. So können Konzerte teilweise verhindert werden, bevor sie überhaupt stattfinden, oder angemietete Räumlichkeiten werden ihnen kein zweites Mal zur Verfügung gestellt. Dass einige Konzerte und Veranstaltungen der extremen Rechten immer noch sehr klandestin und konspirativ organisiert werden müssen, zeigt, dass ihnen an vielen Orten kein selbstbewusstes öffentliches Auftreten ohne Gegenwehr möglich ist.

Den Räumen in Sachsen, zu denen die extreme Rechte über Zugangsmöglichkeiten verfügt, sollte mit verwaltungsrechtlichen Prüfungen, baurechtlichen Auflagen und formal-juristischen Genehmigungsverfahren begegnet werden. Allerdings bleibt dies nur eine Seite der Medaille. Wenn die rechten Räume verschwinden oder der Zugang zu solchen erschwert wird, dann verschwinden damit noch nicht diejenigen, die diese Räume potenziell nutzen würden. Daher ist es wichtig, in Sachsen attraktive Orte zu schaffen, in denen demokratische Positionen selbstbewusst vertreten werden. Wenn diejenigen vor Ort gestärkt und gefördert werden, die für menschenrechtsorientierte Positionen streiten und dabei solidarisch an der Seite der Betroffenen von Rassismus stehen, dann ist langfristig kein Platz mehr für die Räume der extremen Rechten. Eine starke demokratische Zivilgesellschaft vor Ort ist perspektivisch eines der besten Rezepte gegen rechte Orte.

LITERATUR

- Anders, Alexa (2020). Dresdner Annäherungen. *Der Rechte Rand. Das Antifaschistische Magazin* 32 (2021) 188, 40–41.
- Berg, Lynn/Üblacker, Jan (2020). *Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Borstel, Dierk (2009). Geländegewinne? Versuch einer (Zwischen-) Bilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge. In Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster, *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten* (S. 58–74), Wiesbaden: Springer VS.
- Döring, Uta (2006). ‚National befreite Zonen‘. Zur Entstehung und Karriere eines Kampfbegriffs. In Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hrsg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland* (S. 177–206), Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlag.
- Heitmeyer, Wilhelm (1999). Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus. Zum Problem unzureichender politischer Gegenöffentlichkeit in Städten und Kommunen. In Peter E. Kalb/Karin Sitte/Christian Petry, *Rechtsextremistische Jugendliche. Was tun?* (S. 47–79), Weinheim: Beltz Verlag.
- Koch, Heiko (2019). Quo vadis CasaPound? *Antifaschistisches Infoblatt AIB* 125/4. 2019, 60–61.
- Kubiak, Susanne (2020). Rechtsextremistische lokale Raumeignung im Spiegel des Diskurses. Das Beispiel Dortmund-Dorstfeld. In Lynn Berg/Jan Überlacker, *Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte* (S. 199–222), Bielefeld: transcript Verlag.
- Kulturbüro Sachsen e.V. (2020). *Monitorium Rechts. Heft 3. Der III. Weg in Sachsen*, Dresden.
- Kulturbüro Sachsen e.V. (2021). *Sachsen rechts unten 2021*, Dresden.
- Köditz, Kerstin (2020). Sachsen 2019: Mehr extrem rechte Konzerte. 03.04.2020. URL: <https://kerstin-koeditz.de/?p=3688> (letzter Zugriff: 06.08.2021).
- Quent, Matthias/Schulz, Peter (2015). *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien*, Wiesbaden: Springer VS.
- Raabe, Jan (2019). Rechtsrock in Deutschland. Funktion, Entwicklung, zentrale Akteure – Umriss eines wachsenden Problems. In Gideon Botsch/Jan Raabe/Christoph Schulze (Hrsg.), *RechtsRock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs* (S. 19–44). Berlin-Brandenburg: be.bra wissenschaft verlag GmbH.
- Röpke, Andrea (2009). Immobilienkäufe durch Rechtsextremisten. In Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster, *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten* (S. 245–258), Wiesbaden: Springer VS.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2019). *Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos*, Berlin: Christoph Links Verlag.
- Steiner, Felix M. (2019). Zwischen Männlichkeit, Metapolitik und Straßenkampf. *Der Rechte Rand. Das Antifaschistische Magazin* 30 (2019) 178, 12–13.
- Zusammenrücken in Mitteldeutschland (o.J.). Wer wir sind und was wir wollen. URL: <https://zusammenruecken.io/wer-wir-sind-und-was-wir-wollen/> (letzter Zugriff: 08.12.2021).
- Zusammenrücken in Mitteldeutschland (2020). Im Gespräch mit Baldur Landogart, Podcast. 06.11.2020.



Protest im ange- stammten Gebiet

Ideologische Landnahme der Völkischen Bewegung in Sachsen

STILLES ANKOMMEN

Seit dem Jahr 2015 siedelten sich in einem nur wenige Quadratkilometer großen Gebiet rund um die Kleinstadt Leisnig im Landkreis Mittelsachsen gezielt völkische Siedler an. Sie kauften Höfe, nahmen Jobs in der Gegend an und gründeten eigene Unternehmen wie den Adoria-Verlag.¹ Zunächst geschah dies relativ still und ohne Öffentlichkeit, um möglichst wenig Aufmerksamkeit zu erregen sowie ungestört Immobilien zu erwerben und Netzwerke aufzubauen. Diese Ansiedlung von Familien aus dem Umfeld der verbotenen *Heimattreuen Deutschen Jugend* in Sachsen wurde an verschiedenen Stellen bereits beschrieben (z.B. Kulturbüro Sachsen, 2021, 26ff.). Ziel der Siedler war es vor allem, Rückzugsorte zu etablieren, um mit ihren Familien möglichst „ungestört“ leben zu können. Doch die Zeit des klandestinen Ankommens und des stillen Aufbaus der eigenen Netzwerke vor Ort scheint mittlerweile vorbei zu sein. Seit März 2020 bewerben die Völkischen ihr Siedlungsprojekt öffentlich mit einer überregionalen, an faschistische Familien adressierten Kampagne: Mit *Zusammenrücken in Mitteldeutschland* wird der Kauf preiswerter Höfe in ostdeutschen, ländlichen Räumen beworben. Im Folgenden soll ein kurzer Überblick über die Beweggründe der Siedler gegeben werden, um anschließend auf die neueren Entwicklungen innerhalb der Szene im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie einzugehen. Basis für die Ausführungen dieses Beitrags sind in erster Linie Recherchen des *Kulturbüros Sachsen e.V.* in den Selbstdarstellungen und Veröffentlichungen der völkischen Szene und aus deren Umfeld.

Ausschlaggebend für ihre Entscheidung in die dünner besiedelten, ländlichen Räume der neuen Bundesländer zu gehen, war, dass sie

1) Am 16. Juni 2015 wurde der von völkischen Siedlern gegründete Adoria-Verlag mit Adresse in einem Leisniger Ortsteil im Handelsregister eingetragen. Daneben berichtet auch ein Akteur der Szene, dass er bereits 2015 nach Sachsen gezogen ist (*Zusammenrücken*, 2020).

erwarteten, hier auf eine Bevölkerungsstruktur zu treffen, die weniger durch Migrationsbewegungen der letzten Jahrzehnte geprägt wäre als ihre bisherigen Wohnorte in den westlichen Bundesländern. So hatten ihre Kinder an westdeutschen Schulen Kontakt zu „nichtdeutschen“ Kindern und sollten davor in Zukunft bewahrt werden (Revolution auf Sendung, 2020). Nach eigener Aussage geht es den Siedlern darum, ein „Leben nach unserer Art“ im „germanischen Kernland“ zu führen (ebd.). Die völkischen Gruppen suchten gezielt nach Räumen, in denen sie eine möglichst homogene weiße Bevölkerung vorfanden, da sie die Einwanderungsgesellschaft als Bedrohung für sich und ihre Kinder wahrnehmen. Hinzu kommt, dass auf die in der 90er Jahren bereits populäre Idee des Ostens als „national befreite Zone“² zurückgegriffen werden kann. (Schmidt, 2014, 7) Letztlich ist ihr Ansiedlungsprojekt in Ostdeutschland der Versuch, eine „Blut und Boden“-Ideologie³ umzusetzen und ihre Kinder so zu sozialisieren, dass sie die Idee einer homogenen, weißen Volksgemeinschaft weitertragen. Es ist für sie existenziell, dass ihre Kinder ohne Kontakt zu Menschen, die sie als „nicht-deutsch“ betrachten, erzogen werden: „Aber spätestens, wenn deine Kinder auf die weiterführenden Schulen gehen und überall auch drumherum sind ja quasi afrikanisch-arabische Siedlungsgebiete und deren Jugendkultur, die sickert extrem stark auch in diesen deutschen, ländlichen Raum in Westdeutschland ein“, so einer der Akteure der Initiative *Zusammenrücken in Mitteldeutschland* (Revolution auf Sendung, 2020, Minute 35:15–35:33). Selbst erklärtes Ziel ist der „Erhalt der Volkssubstanz“ (ebd.).

Anziehend war es für die völkischen Siedler zunächst, vor Ort und frei von zivilgesellschaftlichen oder staatlichen Interventionen Netzwerke mit Gleichgesinnten aufbauen zu können. „Du hast politische Weggefährten. Du musst nicht 80 Kilometer fahren zu irgendeiner Veranstaltung, sondern zwei Dörfer weiter.“ (Kraemer, 2020, Minute 9:11–9:18) Aber bereits frühzeitig schätzten sie auch, dass ihnen von Teilen der Bevölkerung Wohlwollen entgegengebracht wurde.

2) Es handelte sich dabei um ein seit 1990 diskutiertes Strategiekonzept, dass eine rechts-extreme Hegemonie in ländlichen Räumen gerade der östlichen Bundesländer propagierte. Das Konzept sah den Aufbau autarker rechter Netzwerke vor, die möglichst unabhängig von staatlichem Zugriff arbeiten sollten. Vielfach wurde der Erwerb von Immobilien propagiert.

3) Dabei geht es den Akteuren auf der einen Seite um die Besiedlung von Gebieten, die sie aus ihrer Beschäftigung mit „Ahnenkunde“ als ihnen zustehend betrachten, da sie schon immer „germanisch“ besiedelt waren, andererseits wollen sie über mehrere Generationen hinweg hier wieder eine Bevölkerung aufbauen, die an das Gebiet gebunden ist.

„Das ist eine wunderbare positive Ergänzung, da kann man ganz viel Kraft draus ziehen, dass man im Umkreis von wenigen Kilometern – sagen wir mal fünf bis zehn Kilometern – so viele Bekannte hat, ja Gesinnungsfreunde, wie man auch das nennen will. Aber da gibt einen noch ’nen viel wichtigeren Punkt [...] nämlich dass die Menschen, die nicht in diesem Gefüge zu Hause sind, die also hier schon seit eh und je leben, die hier angestammt sind, einen auch ganz positiv aufnehmen. Also man findet über die Kameraden hinaus viel schneller Anknüpfung an die angestammte Bevölkerung, weil die bodenständiger sind, weil die offener sind. [...] Aber diese Offenheit, diese Gemeinschaft der normalen Leute, die nicht in politischen Strukturen verhaftet sind, die hat mich sehr überrascht, positiv, und hat mich auch beflügelt hier.“

Zusammenrücken, 2020, Minute 2:47–3:57

Fehlende kritische Stimmen oder störende Interventionen aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Exekutive der Gemeinden, in denen sie sich ansiedelten, machten es ihnen besonders einfach, hier sesshaft zu werden.⁴

Zunehmend werden die Völkischen in den Gemeinwesen aktiv. Von der anfänglichen Zurückhaltung ist nur noch wenig zu spüren. Besonders deutlich wurde dies bei den Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie in Leisnig. Selbst- und sendungsbewusst organisierten die völkischen Netzwerke die Kundgebungen und bewarben diese aktiv. Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, was die Völkischen während der COVID-19-Pandemie dazu bewegte, öffentlich zu agieren. Wie versuchen sie Anschlussfähigkeit bei anderen Akteuren zu erreichen, die kritisch auf die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung blicken?

CORONAKRISE UND VÖLKISCHES DENKEN

Eine weit verbreitete Vorstellung ist, dass rechtsextreme Akteure populäre Themen besetzen und bestehende Proteste unterwandern. Jedoch zeigt gerade das Beispiel der Proteste gegen die Maßnahmen im Zuge der COVID-19-Pandemie, dass die Völkischen gezielt Proteste organi-

4) Zur Wirkung fehlender kritischer Stimmen im Gemeinwesen bei der Ansiedlung völkischer Siedler vgl. Kulturbüro Sachsen, 2021, 26ff.

sieren und dort ihre ureigenen Themen setzen. Hier von Unterwanderung zu sprechen, führt in die Irre. Bei den „Corona-Protesten“, die seit April 2021 in Leisnig organisiert werden,⁵ spielten die völkischen Siedler aus den angrenzenden Ortsteilen eine herausragende Rolle. Sie traten als Redner auf, sorgten für ein Kinderprogramm, boten Kaffee und Kuchen an und übernahmen die Organisation der Kundgebungen. Über Wochen waren sie mit ihren Familien jeden Montag auf dem Leisniger Marktplatz und hielten ihre Protestkundgebungen ab (vgl. MDR Exakt, 2021).

Die meist männlichen Redner gaben sich kämpferisch und zeichneten ein düsteres Bild von der Zukunft, die durch die politischen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie anbreche. Die Reden waren durchdrungen von einer dystopischen Vorstellung eines Überwachungsstaates, der durch die Umsetzung der Corona-Maßnahmen eingeführt wird und die individuellen Freiheiten einschränkt. Es war nicht die Krankheit, deren Auswirkungen sie fürchteten, vielmehr demonstrierten sie gegen die Einschränkung von individuellen Rechten durch die Hygienemaßnahmen, deren Sinn sie massiv in Frage stellten und als Repression interpretierten.

Lutz Giesen, ehemaliger Mitarbeiter der NPD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern, zog von Greifswald nach Leisnig (Röpke, 2020, 17). Auf einer der Kundgebungen in Leisnig im Frühjahr 2021 meldete er sich zu Wort:

„Hier geht es längst nicht mehr um die sogenannte Volksgesundheit. Hier geht es nur noch darum, um Profite zu machen. Hier geht es darum, um eine neue Weltordnung durchzusetzen. Hier geht es darum, um uns klein zu halten, um uns Fremdbestimmung zu dirigieren. Und dagegen müssen wir aufstehen! Wir müssen unsere Kinder schützen! Wir müssen uns schützen! Wir haben nur ein Leben und das wollen wir nicht hinter Masken und allein zu Haus verbringen!“

LEISNIG.Info, 2021b, Minute 7:53–10:07

Die hier gezeichneten Bilder überraschen nicht, knüpfen sie doch an traditionelle Figuren völkischen Denkens an, die geprägt sind vom

5) Die Kundgebungen im Frühjahr wurden vom 12. April 2021 bis zum 13. Juni 2021 organisiert. Aber auch später wurde über die Telegramgruppe „leisnig.info“ zu Protestaktionen im öffentlichen Raum aufgerufen, wie etwa den persönlichen Protest auf Wunschzetteln an den Weihnachtsbaum auf dem Markt anzubringen.

Entwurf eines kämpferischen Gegentypus zu einem als bedrohlich empfundenen staatlichen Zugriffs auf die völkische Gemeinschaft. Die Befürchtung, dass von einer nach Profit strebenden Elite eine „Neue Weltordnung“ durchgesetzt wird, lässt antisemitische Verschwörungsmymen aufscheinen, die tief im völkischen Weltbild verankert sind.

In ihren dualistischen Beschreibungen und Einteilungen der Welt sahen sich die Völkischen stets von außen bedroht. Der Historiker Uwe Puschner verweist bei der Untersuchung der Ursprünge der völkischen Bewegung im 19. und 20. Jahrhundert auf die in der Ideologie vorherrschenden Gruppenkonstruktionen, die deutlich das „Eigene“ gegen eine ein bedrohliches „Fremdes“ abgrenzen.

„Diese kommen zum Ausdruck in für die Völkischen charakteristischen apokalyptischen Sprachbildern sowie in einer denunziatorischen und aggressiven Hasssprache. In Industrialisierung, Urbanismus, Massengesellschaft, Demokratie, Parlamentarismus, Liberalismus, Individualismus, Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus, Pazifismus, Kosmopolitismus etc. und in allem Internationalen (von der Frauenbewegung bis zum Völkerbund) sahen die Völkischen Zeichen für gefährliche Fehlentwicklungen der Gegenwart, die sie in bizarren Untergangsszenarien grell ausmalten.“

Puschner, 2016, 4

Die Völkischen erleben die Moderne als eine Welt voller Bedrohungen, gegen die sie ankämpfen müssen. Die homogene Volksgemeinschaft gilt ihnen als anzustrebender Gesellschaftsentwurf. Volksgemeinschaft verstehen sie als einen Lebensentwurf frei von allem, was ihnen als bedrohlich oder „entartet“ entgegentritt – eine moderne, vielfältige und komplexe Gesellschaftsordnung. Grundlage der Volksgemeinschaft ist das Konstrukt einer gemeinsamen, homogenen Herkunft, die hier ausschließlich durch die biologische „Abstammung“ definiert wird. Von dieser vermeintlich eindeutigen Abstammung leiten die Völkischen dann das Vorrecht auf geografische Gebiete ab. Migrationsbewegungen werden als Bedrohung verstanden, der es mit einem Abwehrkampf zu begegnen gilt. Der Rassismus ist für die Völkischen ein Naturgesetz. Deutlich beschrieben wird dies auch im Selbstverständnis der *Artgemeinschaft*, einer völkischen, antisemitischen und neuheidnischen Vereinigung, die

auch Anhänger unter den Siedlern im Landkreis Mittelsachsen hat. Dort heißt es: „Die Menschenarten sind verschieden in Gestalt und Wesen. Diese Verschiedenheit ist sinnvolle Anpassung an die unterschiedlichen Naturräume.“ (Artgemeinschaft, o.J.) Nach völkischem Verständnis gehören Menschen also über Generationen hinweg zu „ihrem angestammten Gebiet“ und in diesem Geiste wollen sie auch ihre Kinder erziehen. Dabei streben die Völkischen ein ursprüngliches, einfaches Leben im Einklang mit der Natur an und begreifen sich als Personen eingebettet in ihre Familien, an die sie ihr „Erbe“ weitergeben. „Der Mensch ist unsterblich in den Nachkommen und Verwandten, die sein Erbe teilen. Nur sie können unsere von den Ahnen erhaltenen Anlagen verkörpern. Wir bekennen, dass der höchste Sinn unseres Daseins die reine Weitergabe unseres Lebens ist.“ (Ebd.) Oder wie es einer der mittelsächsischen Siedler in einem Podcast formulierte:

„Es ist für unsere Generation und die kommende Generation die einzige Möglichkeit, friedlich unsere Art, Kultur und Lebensweise zu erhalten und zu pflegen und uns nicht kaputt machen zu lassen von einer konsumgesteuerten westlichen Welt, die nur auf Besitz, wo die Menschen sich nur durch Besitz definieren, sondern wir versuchen, hier eben unsere Kultur, unsere Art und unsere Lebensweise wieder neu zu finden [...] und zu bewahren. [...] Das heißt, das ist die Existenz des deutschen Volkes, die wir nur zusammen retten können.“

Kraemer, 2020, Minute 31:07–31:13

Wie eingangs beschrieben wurde, war es für viele Familien das Ziel, ihre Kinder ohne aus ihrer Sicht störende Einflüsse durch Staat und Migration groß zu ziehen. Ihren Rückzugsraum sehen sie nun massiv gestört durch die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie wie Ausgangsbeschränkungen, Beschränkungen für Treffen oder verpflichtende Tests auf das Virus für ihre Kinder in den Schulen. Diese staatlichen Eingriffe in den von ihnen propagierten Rückzugsraum werden nun zum Anlass, sich politisch vor Ort zu betätigen.

Dazu kommt, dass die Völkischen in permanenter Erwartung der Krise und Bedrohung – sei es durch vermeintlich gesteuerte Zuwanderung, die kapitalistische Wirtschaftsordnung oder einen angeblichen politischen Linksruck – leben. Diesen Bedrohungen setzen sie ihren Lebensent-

wurf entgegen. Eine tatsächliche Krise, wie sie die COVID-19-Pandemie darstellt, ist also ein Zustand auf den sie sich permanent vorbereiten.⁶ Hier ergibt sich die Chance und Notwendigkeit zum Handeln für sie.

IMPFGST UND AGGRESSION

Vom 12. April 2021 bis zum 13. Juni 2021 organisierten die neu in Leisnig angesiedelten Akteure „Montagsdemonstrationen“. Dabei handelte es sich um Kundgebungen auf dem Leisniger Marktplatz. Es wurde bewusst versucht, ein friedliches und familienfreundliches Bild zu inszenieren. Kinderzeichnungen, Seifenblasen und Protestsongs auf der Wander-gitarre boten ein kontrastreiches Bild zu der langen Abfolge von Redebeiträgen von seit vielen Jahren organisierten Rechtsextremen. Begleitet wurden die Kundgebungen durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit. Die Kampagne lief über eine eigene Homepage, einen Telegramkanal und Videos auf verschiedenen Videoplattformen. Ein wiederkehrendes Thema der Veröffentlichungen und Reden waren Vorbehalte gegen Impfungen und eine befürchtete Impfpflicht. Besonderes Augenmerk richteten die Redner auf dem Leisniger Marktplatz auf die Frage nach der Impfung von Kindern. Mehrfach wurde das Thema angesprochen, wobei der Ton recht scharf wurde:

„Aber es gibt Menschen in diesem Land, die ganz offen äußern, ohne Widerspruch, dass sie genau das umsetzen wollen – auch gegen den Willen der Eltern – dass die Kinder dann in der Schule zwangsgeimpft werden, dass mobile Impfteams durch die Schulen und später auch durch die Kindergärten gehen. Damit dort den Kindern der kleine Pieks gegeben wird. Es gibt Menschen, die – und das sage ich ganz deutlich – eins auf die Fresse verdient hätten, wenn das umgesetzt wird. Und ich sage es ganz deutlich: Hände weg von unseren Kindern! Sonst erlebt ihr was!“

LEISNIG.info, 2021c, Minute 0:37–1:23

Die Aggression ist nicht überraschend, bedroht doch die Vorstellung einer („Zwangs“-)Impfung ihrer Kinder gleich mehrere Ebenen des völkischen Selbstverständnisses. Die Vorstellung, dass in diesen frisch

⁶) Die Beschäftigung mit dem Überleben in Krisensituationen wird auch in den Podcasts der Initiative *Zusammenrücken* besprochen (LebensART, 2021).

angeeigneten Rückzugsräumen staatlicher Zugriff so weit reichen könnte, ihre Kinder zwangsweise und ohne ihr Einverständnis zu impfen, empfinden sie als hoch bedrohlich. Generell gilt es den Völkischen, ihre Kinder möglichst vor dem Einfluss des Staates sowie der Demokratie und Moderne, die er repräsentiert, abzuschirmen.

Ein weiterer Aspekt, weshalb eine Impfung so vehement abgelehnt wird, liegt in dem speziellen Verhältnis von Teilen der Völkischen zu Krankheit und Heilung begründet. Im „Artbekenntnis“ der *Artgemeinschaft* heißt es beispielsweise:

„Schmerz und Leid weisen uns auf Gefahren hin und sollen Abwehrkräfte von Körper und Geist wecken. Sie bewirken Erschütterung, aber auch Gesundung. Wir bekennen uns zu Schmerz und Leid als naturgegebenen Kräften und sehen sie nicht als Strafe irgendeiner überirdischen Macht.“

Artgemeinschaft, o.J.

Krankheiten helfen nach diesem Verständnis, den Körper zu stärken. Dies fügt sich gut in bekannt gewordene Erziehungspraxen der Völkischen ein, die bereits im Kindesalter mit „Abhärtungsübungen“ beginnen. Vielfach wird von strapaziösen Märschen, langen Appellen und weiteren Praxen, wie bei kaltem Wetter zelten und ohne Strümpfe laufen, berichtet. Körper und Geist sollen abgehärtet werden (Hechler, 2020, 25). Eine Krankheit, der mit Härte gegen sich selbst begegnet werden muss, wird in diesem Selbstverständnis als Teil des Heilungsprozesses gesehen.

Wie weit dies führen kann, machte auf dramatische Weise der tragische Fall der Tochter von Anja und Baldur B. deutlich. Über den Gerichtsprozess gegen die beiden Eltern wurde bundesweit in den Medien berichtet. Beide Eltern kommen aus völkischen Sippen. 2009 kommt ihre Tochter Sighild qualvoll zu Tode, weil sie das für die Behandlung ihrer Diabetes wichtige Insulin von den Eltern nicht bekommen hatte und die Eltern auf „alternative“ Heilkunde wie die „Neue Germanische Medizin“ vertrauten. Beide Eltern wurden 2015 wegen fahrlässiger Tötung verurteilt (Röpke/Speit, 2019, 84).

Wenn der Körper die Krankheit selber durchstehen muss, weil sie wichtig für die Entwicklung ist, so ist eine Impfung eine bedrohliche Unterbrechung dieses Prozesses. Nicht zuletzt kommt auch in der Ablehnung von Impfungen das alles durchdringende rassistische Grund-

verständnis der Völkischen zum Tragen: Da das kostbarste Gut im Verständnis der Völkischen ihr Erbgut ist, haben sie große Angst davor, dass dies durch moderne Medizin verändert werden könnte. Besonders deutlich bringt es einer der Redner bei der Montagskundgebung am 10. Mai 2021 auf den Punkt:

„Denn bei den meisten Corona-Impfstoffen handelt es sich um die sogenannten mRNA-Impfstoffe. Das heißt die gehen in eure Zellen rein, gehen in eure Genetik hinein und wirken genverändernd in eurem Körper. Ihr könnt sie nicht ausleiten oder ausscheiden. Und so greift hier die Pharmaindustrie und der Mensch in die Jahrmillionen gewachsene Evolution ein, in die Schöpfung.“

LEISNIG.info, 2021a, Minute 1:30–2:03

„Ausleiten“ und „Ausscheiden“ werden hier als die normalen Heilungsmethoden benannt. Das erscheint nicht nur weit entfernt von wissenschaftlich belegten medizinischen Verfahren, sondern ist auch ein Angebot an die esoterische Szene, in der diese Heilverfahren populär sind.⁷ Wenn „Ausleiten“ und „Ausscheiden“ nicht helfen, hilft nur die Verweigerung der Impfung. Zur Not auch mit Gewalt durchgesetzt, wie Lutz Giesen in seinem Redebeitrag deutlich macht. Insbesondere durch ihre Vorstellung von Krankheit und Gesundheit sowie ihre Angst vor vermeintlich genverändernden Impfstoffen, können die Völkischen bei anderen Impfskeptikern anknüpfen, vor allem bei esoterisch geprägten Milieus. Die soziologische Studie zur *Querdenker*-Bewegung der Universität Basel weist auf den Einfluss der Anthroposophie und die Ablehnung von Impfungen durch die anthroposophische Medizin hin. (Frei/Nachtwey, 2021, 32ff.) Dies ermöglicht neue Allianzen, wenngleich im Osten Deutschlands wohl stärker von einer Kritik am demokratischen System als Ausgangspunkt der Proteste ausgegangen werden muss, während in den alten Bundesländern die alternativen und anthroposophischen Milieus dominieren. (Frei/Nachtwey, 2021, 5)

7) Ausgehend von der Vorstellung, dass sich durch einen modernen Lebenswandel Verunreinigungen bilden, die durch „Entschlackung“ ausgeschieden werden müssen, existieren viele Angebote, die eine Entgiftung des Körpers anbieten und offensichtlich auf eine große Nachfrage stoßen. Die Angebote reichen von Nahrungsmittelergänzungen, Tees, Fastenkuren bis hin zu speziellen Pflastern. Wissenschaftliche Belege für die Wirksamkeit sind bislang nicht erbracht worden. Es wurden auch Angebote für die „Ausleitung“ der COVID-19-Schutzimpfungen bekannt (MedMedia, 2021).

SCHULTERSCHLUSS

Auffällig ist, wie offen und deutlich die Völkischen sich im Landkreis Mittelsachsen, aber auch im südlichen Sachsen-Anhalt⁸ äußerten und ihre Proteste organisierten. In den letzten Jahren hatten sich die Akteure, die aktuell sehr präsent und mit großem Sendungsbewusstsein in Erscheinung treten, kaum öffentlich zu politischen Themen geäußert. Offensichtlich sehen die Akteure gerade auch die Chance, mit den Themen, die ihnen wichtig sind, Angebote an andere Bevölkerungsgruppen zu machen. Dafür werden auch Bündnisse eingegangen, die früher nicht öffentlich propagiert wurden. So wurden die Protestkundgebungen in Leisnig unter dem Label der *Freien Sachsen* beworben, auch wenn die Strukturen vor Ort durch die völkischen Akteure gestellt wurden.

Die rechtsextreme Kleinstpartei *Freie Sachsen* versteht sich als Sammlungsbewegung gegen die Schutzmaßnahmen im Rahmen der COVID-19-Pandemie und möchte ein Dach für alle „freiheitlichen und patriotischen Initiativen“ sein (Freie Sachsen, 2021). Die Corona-Maßnahmen machen aus Sicht der *Freien Sachsen* lediglich deutlich, dass das föderalistische Prinzip und die europäische Politik gescheitert sind. Die Proteste richten sich gegen staatliche Organe und es wird von einer „Corona-Diktatur“ gesprochen.

Zufällig ist die Zusammenarbeit der Völkischen mit den *Freien Sachsen* nicht, wenn man sich die führenden Personen der *Freien Sachsen* näher anschaut. So findet sich neben dem NPD-Politiker Stefan Hartung in der Führungsriege hauptsächlich Personal der rechtspopulistischen Partei *Pro Chemnitz*. Die Akteure eint, dass sie sich bereits in der Vergangenheit sehr aktiv gegen Einwanderung positioniert haben und dazu breit mobilisierten. So war Stefan Hartung einer der Mitinitiatoren der *Schneeberger Lichtelläufe* im Jahr 2013, einer Blaupause für die späteren rassistischen und asylkritischen Proteste, die deutschlandweit ab 2015 für großes Mobilisierungspotenzial sorgten.

Der Chemnitzer Rechtsanwalt Martin Kohlmann, der Vorsitzende der *Freien Sachsen*, war 2018 Mitorganisator der rassistischen Proteste in Chemnitz, die symbolisch für den Schulterschluss zwischen AfD, PEGIDA und freien faschistischen Gruppen stehen. An diesen Protesten nahmen auch völkische Akteure aus Mittelsachsen teil. Kritik an der

8) In Zeitz wurden auch Akteure aus Mittelsachsen bei den Protesten aktiv (Sachsen-Anhalt Rechtsaussen, 2021).

Zuwanderungspolitik und an der parlamentarischen Demokratie sind zentraler Bestandteil Kohlmanns politischer Agenda, die in der Forderung nach einem „Säxit“, dem Ausstieg des Freistaates Sachsen aus der Bundesrepublik, gipfelte. Inhaltlich gibt es zwischen den Völkischen und den Protagonisten der *Freien Sachsen* Überschneidungen hinsichtlich des geteilten rassistischen Menschenbilds sowie der Kritik an der demokratischen Gesellschaftsordnung. Befragt danach, wo Martin Kohlmann eine Chance in der Initiative *Zusammenrücken* sehen würde, antwortet er im Interview mit der Initiative selbst: „dass man zusammenarbeitet, zum Beispiel für die Sicherheit hier zu sorgen [...] so was sollte man schon für die Zukunft weiter organisieren, dass man solche Strukturen schafft, die auch bereit sind, die Sicherheit in der Heimatstadt zu verteidigen.“ (Zusammenrücken in Mitteldeutschland, 2020, Minute: 19:22–21:29) Kohlmann bezieht sich dabei auf bereits durchgeführte Streifzüge von Bürgerwehren in Chemnitz (vgl. Endstation Rechts, 2019). Bereits vor seinem Engagement bei den *Freien Sachsen* äußerte sich Kohlmann im Gespräch mit einem der Organisatoren der Initiative *Zusammenrücken in Mitteldeutschland* positiv bezogen auf deren Ansiedlungsprojekt:

„Zusammenrücken – ein schöner Begriff, also lasst uns zusammenrücken, dann gehen wir auch in eine lebenswerte Zukunft, denke ich.“

Zusammenrücken in Mitteldeutschland, 2020, Minute: 21:09–21:29

VÖLKISCHE SOLIDARITÄT

In Leisnig machten die völkischen Siedler solidarische Angebote über die eigenen Kreise hinaus: Lerngruppen für Kinder, gemeinsame Freizeitgestaltung und Beschäftigung mit regionalhistorischen Themen. Bei einer der Protestkundgebungen rief die Mutter einer völkischen Familie ins Mikrofon:

„Wir gründen jetzt hier eine Schule für Kinder, damit sie einfach mit lebensnahen Themen in Kontakt kommen, und zwar lernen in der Gemeinschaft, ohne Noten, ohne Stress, ohne Maske, ohne Tests und ohne Impfung!“

LEISNIG.info, 2021d, 4:53–5:14

Die „Gemeinschaft“ wurde häufig in den Reden bei den Protesten beschworen und meint ausschließlich diejenige mit jenen Menschen, die aus Sicht der Völkischen ein Anrecht darauf haben und mit denen sie inhaltliche Positionen teilen. Es ist die Beschwörung der Volksgemeinschaft. Gleichzeitig wehrt man sich gegen die vermeintlichen Bedrohungen von außen. Und man will weiter an der Normalisierung arbeiten und Unterstützung vor Ort finden. Lutz Giesen spricht es offen aus:

„Wir wollen natürlich auch über diese Seite ein kleines Netzwerk knüpfen. Denn wir werden mittel- bis langfristig auf dieses kleine Netzwerk angewiesen sein. Das ist unser aktuelles Projekt und das soll wachsen. Wachsen kann es natürlich nur gemeinsam, da sind wir uns vielleicht alle einig.“

LEISNIG.info, 2021e, Minute 8:32-8:59

Die Bündnisse im Rahmen der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie führen zu wachsenden Netzwerken der zugezogenen Völkischen vor Ort. Dabei geht es um den Aufbau von Strukturen über die engen eigenen Kreise hinaus. Erfahrungen aus anderen völkischen Siedlungsregionen zeigen, dass es um die Etablierung völkischer Positionen im Gemeinwesen geht. Die Völkischen versuchen als ganz normale Akteure aufzutreten, die sich für die Belange der Menschen einsetzen. Sie brauchen diesen Rückhalt vor Ort, um ihre Ziele langfristig umzusetzen. Als akzeptierte, politische Akteure wenden sie sich dann gegen eine demokratisch engagierte Zivilgesellschaft und versuchen ihr rassistisches Weltbild zu verbreiten. (Röpke, 2019, 160) Wie sich die Situation in Mittelsachsen weiterentwickelt, bleibt abzuwarten. Fest steht, dass weiterhin versucht wird, völkische Familien in der Region anzusiedeln und die völkischen Netzwerke zu vergrößern.

LITERATUR

- Artgemeinschaft (o.J.). Das Artbekenntnis der Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V. URL: <https://asatru.de/das-artbekenntnis/> (letzter Zugriff: 13.12.2021).
- Endstation Rechts (2019). Nach Demo-Flaute: Pro Chemnitz gründet Bürgerwehr? 25.01.2019. URL: <https://www.endstation-rechts.de/news/nach-demo-flaute-pro-chemnitz-gruendet-buergerwehr.html> (letzter Zugriff: 13.12.2021).
- Frei, Nadine/Nachtwey, Oliver (2021). *Quellen des „Querdenkertums“. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg*. Basel: Fachbereich Soziologie, Universität Basel.
- Freie Sachsen (2021). Freie Sachsen für ein freies Sachsen! URL: <https://freie-sachsen.info/> (letzter Zugriff: 13.12.2021).
- Hechler, Andreas (2020). *Funktionalisierte Kinder. Kindeswohlgefährdung in Neonazifamilien – eine Hilfestellung für Fachkräfte in den Bereichen Recht und (Sozial-)Pädagogik*. Bremen: Lidice-Haus.
- Kraemer, Frank (2020). Podcast 6: Zusammenrücken in Mitteldeutschland! youtube, 21.02.2020. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=h-No13VivJ8> (letzter Zugriff: 13.12.2021).
- Kulturbüro Sachsen (2021). *Sachsen rechts unten 2021. Stille Landnahme. Die Ansiedlung völkischer Siedler in Mittelsachsen*. Dresden: Kulturbüro Sachsen e.V.
- LebensART (2021). Podcast mit Zusammenrücken zum Thema: Die Wohnortwahl als Teil der Krisenvorsorge. youtube, 09.03.2021. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=pY-CaeoLONM> (letzter Zugriff: 13.12.2021).
- LEISNIG.info (2021a). Video der 5. Kundgebung in Leisnig vom 10. Mai 2021. *Telegram*, 23.05.2021. URL: <https://t.me/Leisnig/83> (letzter Zugriff: 13.12.2021).
- LEISNIG.info (2021b). Video (Teil 3) der 6. Kundgebung in Leisnig vom 17. Mai 2021. *Telegram*, 30.05.2021. URL: <https://t.me/s/Leisnig?q=%23Sonntagsfilm> (letzter Zugriff: 13.12.2021).
- LEISNIG.info (2021c). Video der 7. Kundgebung vom 24. Mai 2021. *Telegram*, 04.06.2021. URL: <https://t.me/Leisnig/108> (letzter Zugriff: 13.12.2021).
- LEISNIG.info (2021d). Video der 8. Kundgebung vom 31. Mai 2021. *Telegram*, 01.06.2021. URL: <https://t.me/Leisnig/102> (letzter Zugriff: 13.12.2021).
- LEISNIG.info (2021e). 2. Video der 10. Kundgebung vom 13. Juni 2021. *Telegram*, 06.07.2021. URL: <https://t.me/Leisnig/180> (letzter Zugriff: 13.12.2021).
- MedMedia (2021). Aufregung über komplementäre „Impfausleitung“ in Apotheke. *MedMedia*, 01.08.2021. URL: <https://www.medmedia.at/relatus-med/aufregung-ueber-komplementaere-impfausleitung-in-apotheken/> (letzter Zugriff: 13.12.2021).
- MDR Exakt (2021). Rechte Landnahme – wie Nazikader nach Sachsen ziehen. *MDR Exakt*, 02.06.2021. URL: <https://www.mdr.de/video/mdr-videos/c/video-524062.html> (letzter Zugriff: 13.12.2021).
- Revolution auf Sendung (2020). *Podcast Revolution auf Sendung #029. Gespräch mit der Initiative „Zusammenrücken in Mitteldeutschland“*. 19.03.2020. URL: <https://www.spreaker.com/user/revolutionaufsendung/revolution-auf-sendung-029-im-gespraech> (letzter Zugriff: 13.12.2021).
- Röpke, Andrea (2015). *Gefährlich verankert. Rechtsextreme Graswurzelarbeit, Strategien und neue Netzwerke in Mecklenburg-Vorpommern*. Schwerin: SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern.
- Röpke, Andrea (2020). Sachsen. Rechter Kulturkampf. In Heinrich-Böll Stiftung e.V., *Naturliebe und Menschenhass. Völkische Siedler*innen in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen und Bayern*. Erfurt.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2019). *Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos*. Berlin: Christoph Links.
- Puschner, Uwe (2016). Die völkische Bewegung. URL: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/230022/die-voelkische-bewegung> (letzter Zugriff: 13.12.2021).
- Sachsen-Anhalt Rechtsausen (2021). *Völkische Szene, germanische Gläubige und Corona-Proteste*. 05.04.2021. URL: <https://isa-rechtsausen.net/voelkische-szene-germanische-glaeubige-und-corona-proteste/> (letzter Zugriff: 13.12.2021).
- Schmidt, Anna (2014). *Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien*. Berlin: Amadeo Antonio Stiftung.
- Zusammenrücken (2020). Von Norddeutschland nach Sachsen (Podcast). *Telegram*, 25.10.2020. URL: <https://t.me/zusammenruecken/75> (letzter Zugriff: 13.12.2021).
- Zusammenrücken in Mitteldeutschland (2020). Zusammenrücken im Gespräch mit Martin Kohlmann. Videointerview vom 04.08.2020. URL: <https://www.bitchute.com/video/Sk87d3YECBsU/> (letzter Zugriff: 13.12.2021).



Extrem rechter Kampfsport

Der Raum Leipzig im Kontext bundesweiter Entwicklungen

EINLEITUNG

Der bestbezahlte Sportler im Jahr 2020 spielte weder Fußball noch Football, nicht Basketball und auch kein Tennis: Mit geschätzten 180 Millionen US-Dollar führte mit dem Iren Conor McGregor zum ersten Mal ein Kämpfer der *mixed martial arts* (MMA) die vom Magazin *Forbes* erstellte Liste an. McGregor generierte diese stattliche Summe vorwiegend durch Werbepartnerschaften und stellt, was die Selbstvermarktung angeht, eine Ausnahme im MMA dar. Dass ein Kampfsportler eine derartige Attraktivität für Unternehmen besitzt, verweist jedoch auf eine wachsende Popularität des MMA insgesamt und die Lukrativität des aufblühenden Fitness- und Kampfsportmarktes.

Umfassende quantitative Studien zum Feld des Kampfsports und dessen Entwicklung in den letzten 20 Jahren liegen bisher nicht vor. Doch „auch in Deutschland nimmt das öffentliche Interesse merklich zu“ (Zajonc/Claus, 2019, 5), wie Robert Claus und Olaf Zajonc in ihrer Explorativstudie *Zum Stand der Präventionsansätze im Extremkampfsport* festhalten. In dieser arbeiten die Autoren zudem heraus, dass Kampfsport und die in dem Kontext praktizierte Gewalt eine Anschlussfähigkeit für rechte und extrem rechte Ideologien aufweist und somit eine gesteigerte Attraktivität in diesem Milieu erfährt. Claus konstatiert für die vergangenen Jahre einen regelrechten „Kampfsportboom“ (Claus, 2018) innerhalb der extremen Rechten.

Dabei stellt sich der extrem rechte Kampfsport differenziert dar: Es finden sich in ihm zum einen explizit neonazistische „Kampfgemeinschaften“ mit exklusiven Kampfsportveranstaltungen. Zum anderen lässt sich eine „Mischszene“ beobachten, in der Personen aus der extremen Rechten mit Hooligans, Rockern und vorgeblich „unpolitischen“ Kampfsportlern innerhalb professioneller Strukturen zusammentreffen.

Der vorliegende Beitrag unternimmt den Versuch, das Phänomen des extrem rechten Kampfsports hinsichtlich seiner ideologischen Ausrichtung sowie strukturellen und personellen Organisation zu umreißen. Dafür werden zunächst theoretische Referenzpunkte zu Männlichkeits- und Körnernormen, die für die extreme Rechte konstitutiv sind und im extrem rechten Kampfsport vorherrschen, herausgearbeitet. In der Folge sollen die Funktionen des Kampfsports für die extreme Rechte näher beleuchtet und daraufhin ein Überblick über gegenwärtige Akteure und Gruppierungen in diesem Feld geliefert werden. Der Beitrag schließt mit einer näheren Betrachtung der Entwicklung rechter Kampfsportstrukturen im Raum Leipzig und den Merkmalen der dort zu beobachtenden „Mischszene“.

EXTREM RECHTE MÄNNLICHKEITEN

Lange Zeit fehlte es in der Rechtsextremismusforschung bis auf wenige Ausnahmen an genderorientierten Perspektiven und der dezidierten Betrachtung von extrem rechten Geschlechterkonstruktionen. Bis heute ist eine entsprechende Auseinandersetzung in Wissenschaft und sozialpädagogischer Praxis „vergleichsweise als randständig zu betrachten“ (Lehnert, 2017, 201). Seit den 2010er Jahren ist diesbezüglich jedoch eine neue Dynamik innerhalb der Forschungslandschaft festzustellen, wie sich exemplarisch an einigen Sammelbänden zur Bedeutung von Gender innerhalb der extremen Rechten ablesen lässt (vgl. Claus/Lehnert/Müller, 2010; Birsl, 2011; Hechler/Stuve, 2015).

Die Kategorie Gender wird in diesen Forschungen zumeist als historisches Produkt sozialer Praktiken verstanden, dem ein Prozess des *doing gender* oder, wie im vorliegenden Fall, eines *doing masculinity*, also der geschlechtsspezifischen Inszenierung, zu Grunde liegt. Diese expliziten und impliziten Rollenbilder werden gesellschaftlich erlernt und fortwährend reproduziert (Bitzan, 2016, 348). Häufig wird dabei auf das Konzept der „hegemonialen Männlichkeit“, wie es Raewyn Connell (1999) etablierte, rekurriert. Hierin wird davon ausgegangen, dass es „verschiedene sozial konstruierte Formen von Männlichkeiten in einer Gesellschaft gibt, die in einem hierarchischen Verhältnis zueinander stehen“ (Scholz, 2019, 421), darüber hinaus allerdings stets hierarchisch übergeordnet auf die Kategorie „weiblich“ bezogen sind. Während Connells Konzept von *einer* hegemonialen Männlichkeit ausgeht,

die in Bezug zu weiteren Formen, wie der „marginalisierten“ oder „untergeordneten Männlichkeit“ steht, betonen andere Autorinnen und Autoren die Diversität von hegemonialen Männlichkeitskonstruktionen in differierenden sozialen Feldern (Virchow, 2010, 46). So besitzt laut Fabian Virchow das Ideal einer „soldatischen“ und „militarisierten Männlichkeit“ in der extremen Rechten weiterhin einen hegemonialen Status, während es gesamtgesellschaftlich in Deutschland seit 1945 an Dominanz verloren hat (ebd.). Das Bild des Soldaten und damit verbundenen Attribuierungen von „Härte, Opferbereitschaft, Todesmut, Tapferkeit, Zähigkeit, Schneid“ (ebd., 42) fungiert – trotz einiger Modernisierungstendenzen (vgl. Heilmann 2010) – weiterhin als Fixpunkt in der extremen Rechten und grenzt sich dabei von einer als verweicht und dekadent kritisierten Gegenwartsgesellschaft ab (Virchow, 2010, 49). Neben charakterlichen Zuschreibungen wie Härte oder Tapferkeit sind Abwertungen von homosexuellen oder migrantischen Männlichkeiten von zentraler Bedeutung für die gegenwärtige extrem rechte Männlichkeitsnorm. Hinzu kommt ein Selbstbild als Ordnungsmacht, die nach einer körperlichen Durchsetzungsfähigkeit verlangt, um vermeintliche Bedrohungen gegenüber einem imaginierten Volk oder heteronormativen Familien- und Sexualitätsvorstellungen abzuwehren. So ist „der soldatische ‚weiße‘ Mann, der für seine Familie sowohl wirtschaftlich als auch physisch Sorge trägt [...], das herausragende Bild hegemonialer Männlichkeit im Rechtsextremismus und darüber hinaus“ (Lehnert, 2017, 212).

Dem männlichen Körper kommt in dieser Vorstellung eine zentrale Rolle zu. Nach Virchow fungiert er als Bedeutungsträger von Geschlechtlichkeit und seine Präsenz dient als Ausweis von Tatendrang, Härte sowie Kampfbereitschaft und -fähigkeit (Virchow, 2010, 48). Neuartig sind derartige Idealvorstellungen jedoch nicht, vielmehr knüpfen sie an Männlichkeitskonstruktionen aus dem historischen Faschismus an (Häusler, 2014). Insbesondere bezüglich des Nationalsozialismus ist dabei eine Kongruenz von Kampffähigkeit, Soldatentum und Männlichkeit zu konstatieren, „die ihr historisches Beispiel sucht“ (Werner, 2008, 10). Die Bedeutung des Kampfes in Männlichkeitskonstruktionen der gegenwärtigen extremen Rechten wie im historischen Nationalsozialismus verweisen auf einen gemeinsamen ideologischen Kern, in dem es immer darum geht, „Leben als Kampf von Menschen, Gruppen und – in der Sprache der Vertreter*innen – von *Völkern* auszuliegen“ (Claus, 2020a).

Wer das Leben individuell oder kollektiv als Kampf begreift, sucht sich für diesen zu wappnen. Und so finden sich Maßnahmen und Appelle zur Ertüchtigung und Abhärtung des eigenen Körpers in historischen wie gegenwärtigen Quellen der extremen Rechten. Exemplarisch steht dafür der bekannte Ausspruch Adolf Hitlers, der 1935 ein Idealbild der zukünftigen „Deutschen Jungen“ entwarf, nach welchem diese „flink wie Windhunde, zäh wie Leder, hart wie Kruppstahl“ (Domarus, 1988, 533) werden sollten. In einem Aufruf der in den 1970er und 1980er Jahren aktiven *Wehrsportgruppe Hoffmann* heißt es, auf ein solches Ideal rekurrierend: „Wenn du Härte-Training statt Gammelei, sportliche Leistung statt Politschwätzerei und echte Kameradschaft suchst, dann komm zu uns, in die Wehrsportgruppe“ (Rabe, 1980, 217). Und die Appelle zur Ertüchtigung setzen sich in den Slogans gegenwärtiger extrem rechter Gruppierungen fort, wenn etwa auf den Merchandisingprodukten der extrem rechten Kampfsportveranstaltung *Kampf der Nibelungen* die Losungen „Disziplin ist alles“ oder „Schweiß spart Blut“ prangen.

Diese historisch konstanten Vorstellungen einer notwendigerweise zu trainierenden Kampffähigkeit sowie die damit einhergehenden Ideale einer soldatischen Männlichkeit bilden den Referenzrahmen aktueller extrem rechter Körper- und Männlichkeitsvorstellungen. Vor diesem ideologischen Hintergrund und im Anblick der gesamtgesellschaftlichen Popularisierung von Fitness und Kampfsport überrascht es wenig, dass derlei Angebote in der extremen Rechten auf große Resonanz stoßen.

ÜBER WIRTSCHAFTSKREISLÄUFE, REKRUTIERUNGSFELDER UND GEWALT-KOMPETENZEN

Kampfsport erfüllt innerhalb der extrem rechten Szene verschiedene Funktionen: In seiner praktischen Ausübung bereitet er für den direkten Kampf mit politischen Gegnern vor; daneben dienen die Events der Vernetzung der Szene und sind darüber hinaus gemeinsam mit ihrer Vermarktung und Merchandising wirtschaftlich relevant.

Rund um den Kampfsport haben sich in der rechten Szene Wirtschaftskreisläufe etabliert, die von Merchandising und eigenen Kleidungs- marken über Veranstaltungsorganisation und dem Aufbau eigener Kampfsportstudios bis hin zum Verkauf von Nahrungsergänzungsmitteln reichen. Das bekannteste Beispiel für das Zusammenspiel dieser Be-

reiche stellt der bereits genannte *Kampf der Nibelungen* (KdN) dar, der seinen Höhepunkt in den Jahren 2016 bis 2018 erreichte, seitdem jedoch mit Veranstaltungsverböten und den Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie zu kämpfen hat. Bei diesem Event, das von extrem rechten Akteuren organisiert wird, sich an ein Szene-Publikum richtet und Neonazis aus ganz Europa zusammenbringt, treten extrem rechte Kampfsportler in verschiedenen Stilen (Boxen, K1, MMA) gegeneinander an. Zum KdN gehört eine eigene Merchandising-Linie und es bestehen Kooperationen mit anderen extrem rechten Bekleidungs- marken wie *Black Legion* oder *Pride France*. Bei der Planung und Durchführung der Veranstaltungen wird auf bestehendes Knowhow, vornehmlich aus dem RechtsRock, zurückgegriffen. So erklären die Veranstaltenden einer weiteren extrem rechten Kampfsportveranstaltung, dem *TIWAZ-Kampf der freien Männer*, in einem Interview mit der Zeitschrift *N.S. Heute*: „Man muss vorwegnehmen, dass einige aus unserer Stammbesetzung auf langjährige Erfahrung im Bereich der Veranstaltungsorganisation zurückgreifen können. Wenn diese auch bislang in einem anderen Metier tätig waren, so war deren Erfahrungsschatz dennoch von großem Vorteil.“ (N.S. Heute, 2019, 42) Diese Verquickung von bestehenden subkulturellen Angeboten mit dem neu entstehenden Feld des Kampfsports zeigt sich zudem an den Versuchen, den KdN in den Rahmen von extrem rechten Musikfestivals, wie dem *Schild und Schwert-Festival*, zu integrieren.

Die Kampfsportevents und die daran angedockten Geschäfte mit Bekleidung und Sportbedarf dienen auch der Vernetzung innerhalb der Szene. So fanden sich auf den KdN-Veranstaltungen Stände verschiedener extrem rechter Gruppierungen, was die Bedeutung des KdN als einen Raum des Austausches unterschiedlicher extrem rechter Akteure unterstreicht. Auch lässt sich mitunter durchaus ein missionarischer Eifer erkennen, einen bestimmten Lebensstil, zu dem auch die Ausübung von Kampfsport gehört, in die gesamte Szene zu tragen: So schreibt das mit dem KdN verbundene Netzwerk von *Wardon 21*, das dem Konzept des „NS-Straight-Edge“ anhängt und sportliche Betätigung sowie eine gesunde Ernährung propagiert, in einem Beitrag auf der Plattform Instagram: „Die Hand, geöffnet, den Wegweisend, hinauf zum Gipfel der Selbsterkenntnis. Und alle emporziehend, die sie hilfeschend ergreifen wollen.“

Nicht zuletzt erfüllt der Kampfsport die praktische Funktion, durch das Training Gewaltkompetenzen zu erwerben und auszubauen. Das

schließt dabei nicht nur direkt an die oben beschriebenen Ideale einer soldatischen Männlichkeit und Wehrhaftigkeit an, sie gehört im Selbstverständnis der extremen Rechten außerdem zu einer Vorbereitung auf den sogenannten Tag X, an dem staatliche Strukturen zusammenbrechen und mit dem Aufbau einer faschistischen Gesellschaft begonnen werden soll. Ganz offen sprach dies beispielsweise Malte Redeker, ein führender Aktivist der neonazistischen *Hammerskin Nation*, auf einer KdN-Veranstaltung 2018 aus. Dort resümierte er zum Nutzen des Kampfsports für die extreme Rechte: „Es ist für die Psychologie wichtig, für den Mehrwert auf der Straße, fürs Selbstvertrauen, für die körperliche Verfassung und für die viel beschworene Stunde, Tag X, ist es von Nöten sich verteidigen zu können“ (MDR, 2021).

Dass der instrumentelle Einsatz professioneller Kampfsportfähigkeiten nicht auf den „Tag X“ wartet, sondern heute bereits eine akute Bedrohungslage darstellt, ließ sich am Rande von Demonstrationen beobachten (Claus, 2020b, 19). So suchten Neonazis und extrem rechte Hooligans im Rahmen der *Querdenken*-Demonstration am 7.11.2020 in Leipzig gezielt die Konfrontation mit Polizisten, drängten diese zurück und sorgten durch ihren Einsatz von Gewalt schließlich dafür, dass Teilnehmende der Querdenken-Demonstration trotz eines Verbots über den Leipziger Ring laufen konnten. Besonders augenscheinlich wurde die Vernetzung der Szene sowie die Professionalisierung der Gewalt auch bei einem Angriff auf den Leipziger Stadtteil Connewitz im Januar 2016. Dabei attackierten mindestens 250 Neonazis und extrem rechte Kampfsportler aus verschiedenen Städten binnen weniger Minuten einen ganzen Straßenzug, warfen einen Sprengsatz in einen Imbiss und griffen Personen tödlich an.

Die Aus- und Fortbildung der Gewaltkompetenzen lässt sich darüber hinaus in ökonomisches Kapital übersetzen. So verdingen sich diverse extrem rechte Kampfsportler in der Sicherheitsbranche und eine Melange aus Rockern, Hooligans und Neonazis stellt ein personelles Reservoir für extrem rechte Securityfirmen dar (Coşkun, 2020). Dieser Umstand verweist auf eine weitere Funktion des extrem rechten Kampfsports. Er stellt ein Scharnier zwischen Personen aus dem Hooligan-Milieu, Rocker-Gruppierungen, Strukturen der Organisierten Kriminalität und Akteuren der extremen Rechten dar, die eine Affinität zum Kampfsport und zur Gewalt teilen und in ihren Männlichkeitskonstruktionen eine gemeinsame Klammer finden. Zugleich bietet der

rechte Kampfsport vor dem Hintergrund des gesamtgesellschaftlichen Fitness- und Kampfsportbooms ein Rekrutierungsfeld, über das neue, junge Personen an die Szene herangeführt werden können. Dabei stellt der Kampfsport ein niedrigschwelliges Angebot dar, das bestehende subkulturelle Zugänge in die extreme Rechte erweitert. Auf diesen Umstand weisen auch die Autoren Tobias Hoff und Jan Raabe in ihrem Artikel zur Verbindung von RechtsRock und Kampfsport hin, wenn sie schreiben:

„Die Angebote des RechtsRocks und des neonazistischen Kampfsports scheinen sich bestens zu ergänzen. Denn während die traditionelle RechtsRock-Szene für jugendkulturelle Maßstäbe mit ihrer Überalterung zu kämpfen hat, erreichen die extrem rechten Kampfsport-Labels und -Events vor allem ein jüngeres Publikum und platzieren attraktive Angebote innerhalb rechter Erlebniswelten.“

Hoff/Raabe, 2020, 102.

ZU KAMPFSPORTEVENTS, NEONAZISTISCHEN PARTEIEN UND EXTREM RECHTEN KAMPFGRUPPEN

So divers wie die Funktionen, die der Kampfsport erfüllt, sind auch die Gruppen und Strukturen, die sich im Feld des rechten Kampfsports finden lassen.

Im Bereich der extremen Rechten sind Kampfsportevents, wie etwa der Kampf der Nibelungen, von herausgehobener Bedeutung und locken für Szene-Verhältnisse ein großes Publikum an. Für den sächsischen Raum ist dabei vorrangig das *TIWAZ* zu nennen, welches von Akteuren aus dem Umfeld der ehemaligen Kameradschaft *Nationale Sozialisten Chemnitz* organisiert wird und 2018 erstmalig stattfand (Grunert/Kiess, 2021). Auch extrem rechte Parteien versuchen solche Formate zu etablieren. So veranstaltet *Der III. Weg* auf seinem Festival *Jugend im Sturm* seit einigen Jahren Box- und Kickbox-Kämpfe und versucht über Veröffentlichungen der parteieigenen AG *Körper & Geist* einen ideologischen Rahmen für den extrem rechten Kampfsport zu formulieren. Zugleich bot die Partei in verschiedenen Städten kostenlose „Selbstverteidigungskurse“ für Kinder und Jugendliche an. Der Kampfsport kann dabei als niedrigschwelliges soziales Angebot dienen,

um neue Mitglieder für die Partei zu gewinnen. Doch auch in anderen extrem rechten Parteien findet der Kampfsporttrend Wiederhall. Die *Jungen Nationalisten* (JN), die Jugendorganisation der NPD, widmeten dem Kampfsport beispielsweise eine eigene Ausgabe ihres Magazins *Der Aktivist* und einige lokale JN-nahe Gruppen präsentieren sich in Sozialen Netzwerken bei gemeinsamen Trainingseinheiten. Gleiches gilt für die *Identitäre Bewegung* (IB) und die extrem rechte Gruppe *Junge Revolution*. Beide veranstalteten in der Vergangenheit Zeltlager, bei denen gemeinsames Kampfsport- und Fitnessstraining zentrale Bestandteile darstellten (AIB, 2021).

Neben etablierten extrem rechten Gruppen und Parteistrukturen haben sich in den letzten Jahren in verschiedenen Städten Kleingruppen gegründet, die sich aus bestehenden Strukturen entwickelt haben oder an diese angedockt sind. Diese Gruppen definieren sich in erster Linie über den gemeinsam ausgeübten Kampfsport und die ideologische Aufladung desselben. Besonders offensiv vertrat diesen Ansatz die Gruppe *Baltik Korps*, die der unlängst verbotenen Vereinigung *Nationale Sozialisten Rostock* angehörte (NDR, 2021). Sie inszenierte sich in Sozialen Netzwerken als eine Gemeinschaft junger Männer, deren Aufgabe das „stetige Formen von Körper und Geist“ sei. Über ihren Telegram-Kanal verkünden sie: „Wir [...] werden mit all unseren politischen Überzeugungen den Kampf für ein besseres Deutschland fortführen. Eine gesunde, starke und geistig-fundierte Einheit, gegen den Egoismus unserer Zeit.“ Weitere Gruppierungen dieser Art sind *Knockout 51* in Eisenach oder *Werra Elbflorenz* in Dresden. Auch sie messen dem „Stärken von Körper und Geist“, wie es *Werra Elbflorenz* umschreibt, eine hohe Bedeutung zu. Während die Gruppen *Baltik Korps* und *Knockout 51* eng an neonazistische Strukturen angebunden sind bzw. waren, handelt es sich bei *Werra Elbflorenz* vornehmlich um Personen aus dem Umfeld der IB (Reiters, 2021, 7).

Neben der Professionalisierung von Gewaltkompetenzen sticht in diesen Fällen vor allem die ideologische Bedeutung einer individuellen wie „völkisch“ konzipierten Wehrhaftmachung hervor. Die Gruppen schließen dabei explizit an die oben beschriebenen extrem rechten Körper- und Männlichkeitskonstruktionen an, können mit ihrer Selbstinszenierung als sportliche, fitte Männer jedoch auch über die Szene hinaus Attraktivität entwickeln. Eine antifaschistische Recherche zur Gruppe *Knockout 51* deutet dies an, wenn es heißt: „Verbindendes Element

sind vor allem die Nazi-Ideologie und die männliche Selbstinszenierung als furcht- und selbstlose Einzelkämpfer. Gerade der Männlichkeitskult ist unter jungen Männern anschlussfähig an heteronormative Geschlechterideale, wie sie im medialen und gesellschaftlichen Mainstream propagiert werden“ (AGST, 2021).

Der von Robert Claus konstatierte „Kampfsportboom“ in der extremen Rechten lässt sich zusammenfassend sowohl an Großveranstaltungen wie dem KdN und dem *TIWAZ* als auch an der Hinwendung etablierter extrem rechter Parteien und Zusammenhänge zum Kampfsport ablesen. Hinzu treten in den letzten Jahren Gruppierungen vorwiegend junger Männer, in denen der gemeinsame Kampfsport neben der geteilten Ideologie das verbindende Element darstellt.

Die Übergänge zwischen dem extrem rechten Kampfsport und Hooliganismus, Rocker-Strukturen oder „unpolitisch“ auftretenden und auf professionellem Niveau agierenden Kampfsportlern sind häufig fließend. So ist eine „Mischszene“ entstanden, die mit öffentlichen Kampfsportgalen und Trainingsangeboten in professionellen Gyms ein breites Publikum anspricht und zugleich Orte der Rekrutierung, der Vernetzung und der Professionalisierung schafft, in denen extrem rechte Akteure agieren können. Obgleich es punktuelle und personelle Überschneidungen gibt, ist diese Szene von den exklusiven und explizit neonazistisch auftretenden „Kampfgemeinschaften“ und Events wie dem KdN oder dem *TIWAZ* zu differenzieren.

Nachdem die theoretischen Bezugspunkte und praktischen Ausformungen des gegenwärtigen extrem rechten Kampfsports skizziert wurden, soll im Weiteren eine genauere Darstellung der Entwicklungen im Raum Leipzig die Vielschichtigkeit eben jener „Mischszene“ andeuten und die Schnittstellen sowie Anknüpfungspunkte zum extrem rechten Kampfsport kennzeichnen.

LEIPZIGER ALLERLEI

Der gegenwärtige Boom des Kampfsports in der rechten Szene kann im Raum Leipzig an gewachsene Strukturen anknüpfen. Seit der Etablierung in den 2000er Jahren bis in die Gegenwart existieren in der extrem rechten Kampfsportszene zahlreiche personelle Verbindungen zum Hooligan-Milieu des Fußballvereins *1. FC Lokomotive Leipzig*. Die Einbeziehung der Entwicklungen in der Hooligan-Subkultur in den vergan-

genen 20 Jahren ist für das Verständnis des extrem rechten Kampfsports insbesondere in Leipzig von großer Bedeutung. In Folge einer zunehmenden Repression gegenüber Hooligan-Gruppierungen organisierten diese ihre Auseinandersetzungen klandestin und treffen sich seither vornehmlich zu sogenannten Ackermatches abseits der Stadien (Claus, 2020b, 78 ff.). Damit ging eine Professionalisierung der Gewalt in der Hooliganszene einher, die sich auch in einer zunehmenden Präsenz in Gyms und auf Kampfsportveranstaltungen ausdrückt (ebd.). Diese Entwicklung, die bis heute anhält, lässt sich grob auf die Mitte der 2000er Jahre datieren und fiel zeitlich mit einer zunehmenden Popularisierung des MMA in Deutschland zusammen.

In Leipzig hatte diese Entwicklung unmittelbare Auswirkungen. So waren Teile der Hooligan- und Fanszene vom 1. FC Lokomotive Leipzig, die eine Professionalisierung ihrer Kampfsportfähigkeiten betrieben, in der vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuften Fan-Gruppierung *Scenario Lok* und den „örtlichen neonationalsozialistischen Strukturen“ (LfV, 2012, 115) aktiv. Ab 2013 trat mit dem *Boxclub Lokomotive* ein Zusammenschluss bei Kampfsportveranstaltungen auf, bei dem die Verschränkung von Kampfsport- und Hooliganszene bereits im Namen anklingt. Wie eng sich die Verbindungen des *Boxclub Lokomotive* in die extreme Rechte darstellten, lässt sich exemplarisch am Event *Sachsen Kämpft II* ablesen, bei dem verschiedene Kämpfer des Zusammenschlusses in den Ring stiegen. Die 2013 im sächsischen Schildau stattfindende Veranstaltung zog über 500 Zuschauende an, die laut Bericht des Landesamts für Verfassungsschutz „nahezu in Gänze der rechten Szene zuzuordnen“ (LfV, 2014, 27) waren. In der Folgezeit sollten verschiedene Personen aus dem *Boxclub* federführend im *Imperium Fight Team* (IFT) wirken, in dem Akteure aus der extremen Rechten und der Hooligan-Szene zusammenfanden und im Rahmen professioneller Strukturen im eigenen Gym ihre Kampfsportfähigkeiten trainierten.

Doch nicht nur die Kontakte zwischen Hooligans und extremen Rechten kennzeichnen die Leipziger „Mischszene“. Ihre Entwicklung ist darüber hinaus eng verknüpft mit Personen aus der Security-Branche. So war der als „Mastermind“ und „MMA-Pionier im Osten“ (Bergmann, 2011, 12) bezeichnete Marko Z. in den sogenannten Leipziger Diskokrieg involviert, bei dem um die Vorherrschaft im örtlichen Türstehermilieu gekämpft wurde (Wagner, 2008). Zugleich war Z. aktiver Kampfsportler und Trainer des *Bushido Free Fight Team*, welches heute unter dem

Namen *Bushido Sportcenter* zwei Gyms in der Stadt betreibt, die unter anderem auch von Beteiligten des Neonazi-Angriffs auf Connewitz 2016 genutzt werden. Darüber hinaus kämpften für das *Bushido Free Fight Team* bis zu einem Zerwürfnis auch einige jener extrem rechten Hooligans, die später im bereits genannten *Imperium Fight Team* aktiv waren.

Die Verbindungen zwischen der Security-Branche, Rocker-Strukturen sowie Hooligans und extremen Rechten in Leipzig lassen sich jedoch nicht nur an personellen Kontinuitäten und einzelnen Gyms ablesen. Auch wirtschaftliche Netzwerke haben sich entsponnen. Das *Antifaschistische Infoblatt* hat diese detailliert anhand einer Leipziger Security-Firma dargestellt und kommt zu dem Schluss, dass „in Leipzig die Grenzen zwischen Neonazis, Hooligans und Rockern verschwimmen und diese Gruppierungen vor allem im Sicherheitsgewerbe ein finanzielles Auffangbecken finden“ (AIB, 2019). Dies ist zwar nicht nur in Leipzig der Fall, allerdings sind die Verbindungen der dortigen Netzwerke besonders frappierend und einige Kampfsport-Gyms der Stadt stellen Orte dar, an denen Akteure aus den verschiedenen Bereichen zusammenfinden und beispielsweise Jobs im „Sicherheitsgewerbe“ beworben werden (chronik.LE, 2021).

Im Gegensatz zu exklusiven „Kampfgemeinschaften“ wie dem *Kampf der Nibelungen* suchen die Akteure der Leipziger „Mischszene“ gezielt das Licht der Öffentlichkeit und den Anschluss an Kreise jenseits des ideologisierten Neonazismus. Mit der *Imperium Fighting Championship* (IFC) wurden von 2014 bis 2016 insgesamt fünf öffentlichkeitswirksame Kampfsportevents organisiert, bei denen vornehmlich Kämpfer des IFT aktiv waren. Die Veranstaltungen fanden in großen Leipziger Hallen statt und zogen in der Spitze bis zu 1500 Besucherinnen und Besucher an, die „größtenteils aus der sächsischen Hooliganszene, extrem rechten Strukturen und von den Leipziger Hells Angels“ (Claus, 2020b, 80) stammten.

Gerade das IFT ist darüber hinaus bis in die Spitze der deutschen MMA-Szene vernetzt und durchlebte Mitte der 2010er Jahre eine rasante Entwicklung. Beispielhaft für die rapide Professionalisierung stehen dabei die Kämpfer Benjamin Brinsa und Timo Feucht: Beide stammen aus der Fan- und Hooliganszene von Lok Leipzig, beide hatten enge Verbindungen in die extreme Rechte und beide Kämpfer sollten vom globalen MMA-Marktführer, der *Ultimate Fighting Championship* (UFC), unter Vertrag genommen werden. In beiden Fällen wurden die Verträge

aufgrund der extrem rechten Aktivitäten zwar gekündigt und Timo Feucht bezeichnet sich selbst inzwischen als ein Aussteiger aus der extrem Rechten. Das grundsätzliche Interesse an einer Vertragspartnerschaft seitens der UFC verweist allerdings auf den hohen Professionalisierungsgrad der Kämpfer.

Während 2018 mit dem ehemaligen UFC-Kämpfer Peter Sobotta einer der bekanntesten deutschen Kampfsportler ein „MMA-Seminar“ im IFT abhielt, pflegte das Gym zudem gute Kontakte innerhalb der Region – beispielsweise nach Halle zum *La Familia Fightclub*. Einer der dortigen Trainer, der später als extrem rechter Hooligan des Erfurter *Jungsturm* wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt wurde, leitete früher auch Trainingseinheiten im Leipziger IFT.

Von der skizzierten Professionalisierung und Popularisierung unbenommen, sind die Netzwerke ins Hooligan-Milieu und die extreme Rechte also weiterhin intakt. In den letzten Jahren wurden darüber hinaus zunehmend junge Männer in und um Leipzig von dieser „Mischszene“ angezogen. Die Attraktivität der Szene kann dabei sowohl in der Strahlkraft der öffentlichkeitswirksamen Events und den professionell erfolgreichen Kämpfern als auch in der zunehmenden Vermengung von Fußballfankultur und Kampfsport oder der Inszenierung einer wehrhaften Männlichkeit begründet liegen. Exemplarisch für diesen Attraktivitätszugewinn stehen Entwicklungen in der Stadt Wurzen bei Leipzig. Dort präsentierte sich zeitweilig eine Gruppe, die unter der Bezeichnung *808-Crew* firmierte und damit auf die Endung der Wurzener Postleitzahl Bezug nahm. Laut Chat-Protokollen, die der *taz* vorliegen, begriff sich diese Gruppe im Jahr 2018 als Ansammlung „stabiler Jungs“ (Ulrich, 2019), die sich ein Vorbild an der extrem rechten und mittlerweile aufgelösten *Terror Crew Muldentel* nehmen wollten. In Sozialen Netzwerken kursieren seit dieser Zeit verschiedene Gruppenbilder, auf denen junge Männer aus Wurzen und Umgebung gemeinsam beim Kampfsporttraining in nicht-öffentlichen Räumen posieren. Einige von ihnen waren im Mai 2019 Teil einer Gruppe von rund 40 schwarzgekleideten jungen Männern, die das Spiel des örtlichen Fußballvereins *ATSV Frisch Auf Wurzen* gegen *Roter stern Leipzig*, einem linken und antifaschistischen Sportverein, besuchten. Dabei fiel die Gruppe wiederholt mit gewaltverherrlichenden Gesängen auf. Im Nachgang der Partie griffen einige Personen dieser Gruppe das Gebäude des *Netzwerk für Demokratische Kultur e.V.* (NDK) an. Für den Angriff verurteilt wurde u.a. der Wurzener

Toni B., der zu dieser Zeit gemeinsam mit Benjamin Brinsa für das *Neue Forum Wurzen* (NFW) in der Lokalpolitik aktiv war. Ebenfalls Teil der Gruppe im Wurzener Stadion waren Robert F., der zu dieser Zeit im IFT trainierte, und Johannes H. Keinen Monat später reisten die beiden mit Fans von *Lok Leipzig* nach Mallorca und verletzten in einer Diskothek einen senegalesischen Türsteher derart schwer, dass dieser bleibende körperliche Schäden zurückbehielt. Auch andere junge Männer, die beim genannten Fußballspiel in Wurzen waren, standen in Kontakt zum IFT und schulten dort ihre Kampfsportfähigkeiten. Einer von ihnen gab 2019 in Hannover sein Profidebüt. Im Ring stand er dabei für das *Team Brinsa*.

Trotz dieser Ereignisse und der personellen Verbindungslinien sind vorschnelle Kategorisierungen zu vermeiden. Die „Mischszene“ und so auch die in ihr oder an ihren Rändern agierenden jungen Kampfsportler in Wurzen und Umgebung entziehen sich klassischen extrem rechten Kaderstrukturen und treten zurzeit nicht als geschlossene Gruppierung auf. Im Kontrast zur exklusiven neonazistischen Kampfgemeinschaft des KdN verdeutlicht die Entwicklung und momentane Situation im Raum Leipzig und Wurzen die Vielschichtigkeit dieser Szene. Ideologisierte Neonazis sind darin ebenso zu finden wie (extrem rechte) Hooligans und junge Kampfsportler, die bisher keine Verankerung in der extremen Rechten besaßen. Zu vereinen scheint sie die Gewaltaffinität sowie ein Ideal körperlicher Stärke und damit verbundener Männlichkeitsentwürfe. Eng damit verbunden sind Vorstellungen von Überlegenheit und Ungleichwertigkeit, wie sie auch den Kern extrem rechter Ideologie bilden.

AUSBLICK

Eine weiterführende Analyse von rechtem und extrem rechtem Kampfsport erscheint aus verschiedenen Gründen geboten. Zum einen ist „eine steigende Bedeutung von Kampf- und Kraftsport innerhalb der neonazistischen Szene und (Jugend-)Kultur zu verzeichnen“ (Hoff, 2018). Der vorliegende Beitrag kann dabei nur als eine grobe Annäherung an mögliche ideologische Bezugspunkte sowie Funktionsweisen und Akteure im Bereich des extrem rechten Kampfsports dienen.

Zum anderen zeigt sich, „dass die Szene extrem rechter Hooligans und militanter Neonazis im Kampfsport auch jenseits der neonational-

sozialistischen Kernorganisationen sehr agil ist“ (Claus, 2020a). Eine derartige Entwicklung lässt sich, wie oben skizziert, auch für die Region Leipzig ausmachen. Die daraus entstehenden Netzwerke und Gruppierungen entziehen sich dabei den gängigen Kategorisierungen und Vorstellungen von extrem rechten Erscheinungen. Gemeinsam ist den verschiedenen Spielarten des extrem rechten Kampfsports jedoch die Idealvorstellung einer körperlichen Stärke und Überlegenheit. Die Propagierung einer solchen „hypermaskulinen Männlichkeit und angeblich erforderliche[n] Wehrhaftigkeit“ (Chronik.LE, 2021) scheint dabei gerade bei jungen Männern zu verfangen und sollte in Zukunft systematisch untersucht und problematisiert werden.

LITERATUR

- AGST - Antifaschistische Gruppen Südthüringen (2021). Knockout 51 (Eisenach): Eine militante Kleingruppe in den Netzwerken von NPD, Jungsturm Erfurt und Kampf der Nibelungen. URL: <https://agst.noblogs.org/post/2021/04/28/knockout-51-eisenach-eine-militante-kleingruppe-in-den-netzwerken-von-npd-jungsturm-erfurt-und-kampf-der-nibelungen/> (letzter Zugriff: 14.10.2021).
- AIB - Antifaschistisches Infoblatt (2019). Vershobene Selbstwahrnehmung bei (rechten) Security Firmen? URL: <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/verschobene-selbstwahrnehmung-bei-rechten-security-firmen> (letzter Zugriff: 06.12.2021).
- AIB - Antifaschistisches Infoblatt (2021). ‚Wehrsportlager‘ in Brandenburg und Thüringen. URL: <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/%E2%80%9EWehrsportlager-brandenburg-und-th%C3%BCringen> (letzter Zugriff: 14.10.2021).
- Bergmann, Mark (2011). Der Mastermind Marko Zschörner, *GroundandPound* 12 (2011), 12–17.
- Birsl, Ursula (2011). *Rechtsextremismus und Gender*, Opladen: Barbara Budrich.
- Bitzan, Renate (2016). Geschlechterkonstruktionen und Geschlechterverhältnisse in der extremen Rechten. In Fabian Virchow et al., *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 325–374). Wiesbaden: Springer VS.
- Chronik.LE (2021). *Leipziger Zustände 2021*. URL: <https://www.chronikle.org/files/Leipziger%20Zust%C3%A4nde%202021.pdf> (letzter Zugriff: 06.12.2021).
- Claus, Robert (2018). Der extrem rechte Kampfsportboom. URL: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/279552/der-extrem-rechte-kampfsportboom> (letzter Zugriff: 04.12.2021).
- Claus, Robert (2020a). Monitoring Bericht 2020: Kampfsport und extrem rechte Gewalt. URL: https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2021/09/Rechtsextremismus_Vollkontakt-Monitoringbericht-2020.pdf (letzter Zugriff: 05.12.2021).
- Claus, Robert (2020b). *Ihr Kampf. Wie Europas extreme Rechte für den Umsturz trainiert*. Bielefeld: Verlag die Werkstatt.
- Connell, Raewyn (1999). *Der gemachte Mann*. Opladen: Leske + Budrich.
- Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves (Hrsg.) (2010). ‚Was ein rechter Mann ist...‘ Männlichkeiten im Rechtsextremismus. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Coşkun, Olia (2020). Das Geschäft mit der Sicherheit. Extrem rechte Kampfsportler und die Securitybranche. In Robert Claus, *Ihr Kampf. Wie Europas extreme Rechte für den Umsturz trainiert* (S. 103–121). Bielefeld: Verlag die Werkstatt.
- Domarus, Max (1988). *Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Teil I Triumph. Zweiter Band 1935–1938*. Leonberg: Pamminger & Partner.
- Grunert, Johannes/Kiess, Johannes (2021). *Extrem rechte Strukturen und Dynamiken in Chemnitz: Situationsanalyse und Handlungsbedarf*. EFBI Policy Paper 2-2021.
- Häusler, Alexander (2014). Die Konstruktion soldatischer Männlichkeit im faschistischen Weltbild. URL: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/197049/die-konstruktion-soldatischer-maennlichkeit-im-faschistischen-weltbild> (letzter Zugriff: 04.12.2021).
- Hechler, Andreas/Stuve, Olaf (2015). *Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts*. Opladen: Barbara Budrich.
- Heilmann, Andreas (2010). Normalisierung und Aneignung - Modernisierung und Flexibilisierung von Männlichkeiten im Rechtsextremismus. In Robert Claus et al., ‚Was ein rechter Mann ist...‘ *Männlichkeiten im Rechtsextremismus* (S. 53–66). Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Hoff, Tobias (2018). Die extreme Rechte und Kampfsport. URL: <https://www.vielfalt-mediathek.de/material/rechtsextremismus/die-extreme-rechte-und-kampfsport> (letzter Zugriff: 06.12.2021).
- Hoff, Tobias/Raabe, Jan (2020). Music is the key. Die Mechanismen und Netzwerke des Rechts-Rock als Vorbilder für den NS-Kampfsport. In Robert Claus, *Ihr Kampf. Wie Europas extreme Rechte für den Umsturz trainiert* (S. 89–102). Bielefeld: Verlag die Werkstatt.
- Lehnert, Esther (2017). Die Relevanz der Geschlechterrollen im modernen Rechtsextremismus. Gender matters!? In Christoph Kopke/Wolfgang Kühnel, *Demokratie, Freiheit und Sicherheit: Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans-Gerd Jaschke* (S. 201–220). Berlin: Nomos Verlag.
- LfV - Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2012). *Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2012*. URL: <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/20194> (letzter Zugriff: 06.12.2021).
- LfV - Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2014). *Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2013*. URL: <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/22896> (letzter Zugriff: 14.10.2021).
- MDR Investigativ (2021). *Hammerskins - Das geheime Neonazi-Netzwerk*. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=ysthROFndGo> (letzter Zugriff: 13.11.2021).
- NDR - Norddeutscher Rundfunk (2021). *Ministerium verbietet Neonazi-Gruppe ‚Nationale Sozialisten Rostock‘*. URL: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Ministerium-verbietet-Neonazi-Gruppe-Nationale-Sozialisten-Rostock-rechtsextremismus450.html> (letzter Zugriff: 13.11.2021).
- N. S. Heute (2019). Der Kampf der freien Männer. Im Gespräch mit TIWAZ. *N.S. Heute* 14 (2019) 2, 42–45.

- Rabe, Karl-Klaus (1980). *Rechtsextreme Jugendliche. Gespräche mit Verführern und Verführten*. Göttingen: Lamuv Verlag.
- Reiters, Arthur (2021). Identitäre Kameradschaft ‚Werra Elbflorenz‘. *Der rechte Rand* 193 (2021), 6–7.
- Scholz, Sylka (2019). Männlichkeitsforschung: die Hegemonie des Konzepts ‚hegemoniale Männlichkeit‘. In Beate Kortendiek et al., *Handbuch interdisziplinäre Geschlechterforschung* (S. 419–428), Wiesbaden: Springer VS.
- Ulrich, Sarah (2019). Rechts der Mulde. Rechte Szene in Wurzeln bei Leipzig. *tazonline*, 26.08.2019. URL: <https://taz.de/Rechte-Szene-in-Wurzeln-bei-Leipzig/!5620552/> (letzter Zugriff: 14.10.2021).
- Virchow, Fabian (2010). Tapfer, stolz, opferbereit – Überlegungen zum extrem rechten Verständnis ‚idealer Männlichkeit‘. In Robert Claus/Esther Lehnert/Yves Müller, *Was ein rechter Mann ist... Männlichkeiten im Rechtsextremismus* (S. 39–52). Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Wagner, Siegbert (2008). Bandenkrieg in L.E. *SpiegelOnline*, 11.03.2008. URL: <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/tuerstehermilieu-bandenkrieg-in-l-e-a-540631.html> (letzter Zugriff: 6.12.2021).
- Werner, Frank (2008). ‚Hart müssen wir hier draußen sein‘. Soldatische Männlichkeit im Vernichtungskrieg 1941–1944, *Geschichte und Gesellschaft* 34 (2008) 1, 5–40.
- Zajonc, Olaf/Claus, Robert (2019). Zum Stand der Präventionsansätze im Extremkampfsport. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/15678.pdf> (letzter Zugriff: 13.10.2021).





Sächsische Verhältnisse

Warum die Polizei Sachsen ein Problem hat, für das sie nicht allein verantwortlich ist

„Sächsische Polizisten vermuten unter Kollegen viele AfD-Anhänger“, titelt der MDR im September 2021 (MDR Aktuell, 2021). Nur wenige Tage zuvor wurde öffentlich, dass Mitglieder der sächsischen Spezialkräfte rund 14.500 Schuss Muniton aus Dienstbeständen gestohlen haben sollen (vgl. Debski, 2021). Damit bezahlten die Polizisten unter anderem ein Schießtraining auf einem Übungsgelände, das eine zentrale Rolle im „Nordkreuz“-Komplex spielt. Unter diesem Namen hatten sich Polizisten, Bundeswehrangehörige und Reservisten in Mecklenburg-Vorpommern teils mit gestohlener Dienstmunition auf einen gewaltsamen Umsturz vorbereitet – auch mit jener Muniton der Polizei Sachsen (vgl. Laabs, 2021). Mitte August vermeldet die sächsische Landesregierung, dass seit 2014 in mindestens 49 Fällen wegen des Verdachts der „rechts-extremen Betätigung von Polizeikräften“ ermittelt wurde (vgl. Sächsischer Landtag, 2021). „Klar ist schon jetzt: Von ‚Einzelfällen‘ kann längst nicht mehr die Rede sein“, konstatierte die Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz (Die Linke), die eine entsprechende Anfrage an die Landesregierung gestellt hatte (Köditz, 2021).

Es sind drei Meldungen aus nur wenigen Wochen im Sommer 2021. Und es sind drei Meldungen, die symptomatisch für ein Problem stehen. Denn die Liste ähnlich lautender Meldungen über rechtsextreme und rassistische Vorfälle bei der sächsischen Polizei in den letzten Jahren ließe sich beinahe endlos fortsetzen. Von sächsischen Polizeischülern, die ihre Ausbildung abbrechen, weil sie das rassistische Grundklima an der Polizeischule als unerträglich beschreiben (vgl. von Eisenhart Rothe, 2018), über Polizeibeamte, die im Dienst freundschaftliche Nachrichten mit einem bundesweit bekannten Neonazikader austauschen (vgl. Schöler, 2015), bis hin zu angehenden Polizisten, die nachts „Sieg Heil“ aus ihrer Wohnung in Bautzen brüllen (vgl. Spiegel Online, 2020).

„SÄCHSISCHE VERHÄLTNISSE“

Zugleich sind es drei Meldungen, die sofort in ein Gesamtbild zu passen scheinen, für das nicht allein die Polizei in Sachsen verantwortlich ist. Es ist das Bild eines Bundeslands, das nicht nur geografisch am rechten Rand der Republik zu stehen scheint. Ein Bild, das angesichts wiederkehrender rechtsextremer Ausschreitungen zwischen Hoyerswerda, Heidenau und Chemnitz und einer jahrzehntelangen Kontinuität rechter Gewalt und rassistischer Alltagskultur nahezu überdeutlich ist.

Auch, dass sächsische Polizisten unter ihren Kolleginnen und Kollegen viele Anhänger der rechtspopulistischen AfD vermuten, scheint nur logisch. Schließlich erreicht die Partei mit ihren oft radikalen Forderungen und einem Personal, das teils keinerlei Abgrenzungsprobleme zur rechtsextremen Szene hat, in Sachsen seit Jahren problemlos Wahlergebnisse jenseits von 25 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2021 wurde die AfD in Sachsen deutlich stärkste Kraft (Bundeswahlleiter, 2021).

Rechte bis hin zu rechtsextremen Einstellungen sind nicht nur in Sachsen weit verbreitet. 16,5 Prozent der Deutschen sind geschlossen ausländerfeindlich eingestellt (vgl. Decker/Brähler, 2020). Auf die Polizei übertragen, hieße ein solcher Anteil, dass es bundesweit mehr als 40.000 Ausländerfeinde in Uniform gibt. Und in den ostdeutschen Bundesländern hat beinahe jeder Zehnte ein geschlossen rechtsextremes Weltbild (ebd.). Zu behaupten, dass sich diese Einstellungen nicht auch in der Polizei finden, wäre ebenso absurd wie weltfremd.

Es ist ebendiese Argumentationskette, die beinahe automatisch anspringt, sobald es um rechte Vorfälle in der Polizei Sachsen geht: In einem Bundesland, in dem rechtsextreme und rassistische Denkmuster überproportional verbreitet sind, scheinen auch Rassisten und Neonazis in den Reihen der Polizei nur logisch.

DIE POLIZEI STEHT IN EINER BESONDEREN VERANTWORTUNG

Dass es diese rechtsextremen Fälle in der sächsischen Polizei gibt, zeigen die zahlreichen bekannt gewordenen Beispiele. Und jeder einzelne dieser Fälle ist ein Problem. Denn jeder dieser Fälle hat das Potenzial, die Demokratie und das Vertrauen in den Rechtsstaat zu gefährden. Es ist ein entscheidender Unterschied, ob ein Handwerker oder Bankberater den demokratischen Rechtsstaat überwinden will und den Gedanken

ablehnt, dass alle Menschen gleich zu behandeln sind, oder ob ein Polizist diese Einstellungen vertritt. Denn die Polizei ist in einer Demokratie nicht nur die Gewalt, sie hat zugleich das Monopol darauf. Wer unzufrieden mit einem Handwerker ist, ruft beim nächsten Mal jemand anderen. Wer die Polizei hingegen als Gefahr und nicht als Hilfe erlebt, hat keine Alternative – außer den Schutz, den ein demokratischer Rechtsstaat bieten und sicherstellen sollte, nicht mehr in Anspruch oder in die eigenen Hände zu nehmen. Vertrauen in die Demokratie erfordert auch das Vertrauen, von jenen Kräften, denen ein Staat das Gewaltmonopol gibt, gerecht und vor allem im Sinne rechtsstaatlicher Prinzipien behandelt zu werden – oder dies zumindest kontrollieren zu können.

Dass die Staatsgewalt als Hilfe und nicht als Bedrohung wahrgenommen wird, ist jedoch keine Selbstverständlichkeit und keineswegs in allen Teilen der Gesellschaft gleich. Nicht alle gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland nehmen die Polizei gleichermaßen wahr. In Befragungen gaben Menschen mit Migrationshintergrund signifikant häufiger an, von der Polizei ungerecht behandelt worden zu sein (vgl. Landeskriminalamt Niedersachsen, 2017). Diese Werte stiegen in den letzten Jahren zudem sichtbar an.

WENN NICHT JEDER GLEICH BEHANDELT WIRD – DIE POLIZEI ALS (WAHRGENOMMENE) BEDROHUNG

Für viele Menschen, die sich aufgrund ihres Äußeren, ihrer Sprache, ihrer Religion oder ihrer vermuteten Herkunft im Alltag regelmäßig Rassismus ausgesetzt sehen, ist die Polizei viel zu oft keine Hilfe, sondern eine zusätzliche Bedrohung. Das sogenannte Racial Profiling sei in Deutschland alltäglich, sagen viele Polizeibeamte – auch wenn diese Praxis illegal ist und gegen das Grundgesetz verstößt. Der Begriff beschreibt die Praxis, eine Person anhand von Kriterien wie ethnischer Herkunft, Religion oder Nationalität als verdächtig einzuschätzen – und nicht anhand von konkreten Verdachtsmomenten, die gegen diese Person bestehen. Menschen mit Migrationsgeschichte fühlen sich oft kriminalisiert und zu Unrecht von der Polizei verdächtigt, selbst wenn sie das eigentliche Opfer sind und Hilfe suchen. Sinnbildlich für diese „sekundäre Viktimisierung“ stehen die Ermittlungen zu den Morden des NSU, als die Ermittler aufgrund rassistischer Vorannahmen gegen die Familien der Todesopfer ermittelten, statt rechtsextreme Täter in Erwä-

gung zu ziehen. „Die haben gedacht, wir waren das“ lautet der programmatische Titel eines Sammelbands mit Berichten aus migrantischen Communitys über Erfahrungen mit der Polizei (Bozay, 2016).

Aufgrund der Erfahrung, dass der Staat nicht alle gleichbehandelt, bleibt bei Betroffenen das Gefühl, der Polizei nicht vertrauen zu können – auch wenn die Verantwortlichen in Uniform dafür nicht einmal die Mehrheit in ihren Reihen stellen müssen. Zahlreiche bekannt gewordene, mutmaßlich rassistische Vorfälle und rechtsextreme Verbindungen in der Polizei aus dem gesamten Bundesgebiet, die in den letzten Monaten Schlagzeilen machten, untermauern für viele marginalisierte Gruppen diesen beängstigenden und demokratiegefährdenden Eindruck.

Auch in Sachsen gibt es zahlreiche aktuelle Beispiele. Im Februar 2021 erhob eine kenianische Familie schwere Vorwürfe gegen die Chemnitzer Polizei. Nachdem ein Nachbar sich über den Lärm einer Geburtstagsfeier beschwert hatte, sei die Polizei aggressiv aufgetreten, habe die Mutter rassistisch beleidigt und ihr den Fuß gebrochen. Im Frühjahr 2020 verletzten fünf Chemnitzer Polizeibeamte ein Paar aus Bulgarien in ihrer Wohnung so schwer, dass die Frau zur Absicherung ihrer Schwangerschaft zwei Tage stationär im Krankenhaus behandelt werden musste. Wegen eines lauten Videotelefonats der Familie vermuteten die Beamten einen Verstoß gegen die damals geltenden Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie und durchsuchten die Wohnung. Dabei sollen Polizisten trotz Verständigungsproblemen eine Vermittlerin verweigert, den Mann fixiert, geschlagen und beleidigt haben. Später wurden die eingesetzten Beamten in erster Instanz wegen fahrlässiger Körperverletzung verurteilt. Ein rechtskräftiges Urteil steht derzeit noch aus. Andere sächsische Polizisten schrieben in rassistischen Chats oder nahmen an Treffen der sogenannten Reichsbürger-Bewegung teil (vgl. Sächsischer Landtag, 2021).

NÄHE ZU RECHTSEXTREMEN

Doch es sind nicht allein Fälle, in denen Polizisten selbst durch rassistische oder gar rechtsextreme Taten auffielen, die vor allem in den letzten Jahren für Schlagzeilen sorgten. Immer wieder geht es auch um eine gefährliche Nähe von Polizisten zu antidemokratischen Kreisen. Im wohl bekanntesten Fallkomplex rund um Rechtsextremismus und die Polizei – den Drohschreiben des sogenannten NSU 2.0 – geht es

vorwiegend um die Frage, ob aktive Polizisten unbefugt geschützte Daten in rechtsextreme Kreise weitergeleitet haben. Dass es Polizeibeamte gibt, die in direktem Kontakt mit teils organisierten Neonazis stehen, ist vielfach belegt. So kam im Zuge der Ermittlungen zum *NSU 2.0* auch ans Licht, dass ein Polizist aus dem südhessischen Dieburg Informationen aus einem Polizeicomputer abgefragt und an eine Frau aus der militanten Neonazi-Kameradschaft *Aryans* weitergegeben hatte. Es sind bei Weitem nicht die einzigen Fälle, in dem interne Informationen der Polizei bei Neonazis auftauchen.

Das Phänomen zeigt sich immer wieder auch in Sachsen. Im Januar 2016 werden interne Dokumente der sächsischen Polizei über eine Kontrolle von Linken nur Stunden später auf Social-Media-Accounts der NPD verbreitet. 2015 sucht die Polizei Dresden nach einem „Maulwurf“, der interne Informationen an das völkisch-nationalistische Bündnis PEGIDA weitergegeben hat. Schon als ein Neonazi 2003 beim Landeskriminalamt Sachsen gegen seine Kameraden aussagte, kursierte eine Kopie des Protokolls bereits wenig später in der rechtsextremen Szene. Und auch bei den Ermittlungen gegen die rechtsterroristische *Gruppe Freital*, die Sprengstoffanschläge auf Wohnungen von Geflüchteten und Kommunalpolitikern verübte, stand der Verdacht im Raum, dass drei Polizeibeamte mit den Rechtsextremen in Kontakt standen und dienstliche Interna weitergeleitet hatten.

FREUNDSCHAFT OHNE RECHTSSTAATLICHE GRENZEN

Gerade jener letzte Fall rund um die rechtsterroristische *Gruppe Freital* macht deutlich, wo jenes Problem beginnt, für das nicht allein die sächsische Polizei zur Verantwortung gezogen werden kann. Nachdem die Mitglieder der *Gruppe Freital* als Rechtsterroristen vom Generalbundesanwalt angeklagt waren, zeigte sich in der sächsischen Stadt wenig Verständnis für die scharfe Anklage und viel Verständnis für die Angeklagten. So hörten Reporter damals häufig von Anwohnern, bei den Sprengstoffanschlägen habe es sich um „Dumme-Jungen-Streiche“ gehandelt (Fischer, 2017). Die Mitglieder der Terrorgruppe waren in der Stadt gut bekannt. Die Treffen der Gruppe fanden meist offen an einer Tankstelle statt, direkt gegenüber der Polizeistation. Dass Einzelne von ihnen auch mit Polizeibeamten befreundet waren, ist im sozialen Gefüge einer Stadt von überschaubarer Größe nur allzu wahrscheinlich.

Ob einzelne Polizisten dann tatsächlich interne Informationen gezielt an rechtsextreme Bekannte weitergeben, wie es im Fall der *Gruppe Freital* vermutet wurde, ist an dieser Stelle nicht der Punkt, an dem es kritisch wird. Es ist bereits die unbestreitbare und zugleich nur allzu nachvollziehbare Nähe rechtsextremer Kreise zu mindestens einzelnen Polizeibeamten, die hier von Bedeutung ist. Insbesondere in jenen sächsischen Regionen, in denen organisierte Rechtsextreme besonders stark und gesellschaftlich nahezu akzeptiert sind, ist es umso wahrscheinlicher, dass man selbst als Polizist mit aktiven oder auch späteren Rechtsextremen mindestens bekannt ist – in manchen Fällen auch befreundet. Man kennt sich aus der Schule, dem Sportverein oder der Disco.

Und auch wenn Polizisten keineswegs das radikale Gedankengut mancher Bekannter teilen müssen, ist dies der Punkt, an dem eine demokratische Selbstverständlichkeit bedroht ist: die Grundannahme, dass alle Menschen von der Staatsgewalt gleichbehandelt werden. In einem Bundesland, in dem geschlossen rechtsextreme Einstellungen weit verbreitet sind und selbst verurteilte Rechtsterroristen wie die Mitglieder der *Gruppe Freital* in ihrer Heimatstadt allenfalls als „Lausbuben“ wahrgenommen werden und gesellschaftlich integriert sind (vgl. Bongen et al., 2017), liegen für viele Menschen, die von Rassismus betroffen sind, wenn sie einem Polizeibeamten gegenüberstehen, die Fragen nahe: Sitzt ebendieser Polizist am Abend mit Neonazis am Tresen? Stimmt er ihnen vielleicht sogar manchmal zu, wenn sie rassistische Aussagen machen? Und wird er rechte Täter angemessen verfolgen oder ihnen Verständnis entgegenbringen? Für das Sicherheitsgefühl eines Teils der Gesellschaft ist diese Ausgangslage von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Es ist ein Problem, das erst auf den zweiten Blick sichtbar wird. Ein Problem, für das nicht allein die Polizei verantwortlich ist. Und ein Problem, das die Polizei nicht allein lösen kann.

EIN PROBLEM, DAS DIE POLIZEI SACHSEN NICHT ALLEIN LÖSEN KANN

Es ist auch ein Problem, für das es schwerfällt, eine klare Lösung zu formulieren. Wie soll ein Dienstherr damit umgehen, wenn Polizisten mit Rechtsextremen befreundet sind? Was sollen die politischen Verantwortungsträger tun, wenn jene, die den Rechtsstaat schützen sollen, mit jenen verkehren, die ihn stürzen wollen?

Bei Ermittlungen gegen die rechtsextreme *Freie Kameradschaft Dresden* (FKD) – eine Gruppe, die teilweise gemeinsam mit den Rechtsterroristen der *Gruppe Freital* agierte – stießen Ermittler auch auf einen Dresdner Polizisten, der sich mit Beschuldigten in einem Gruppenchat austauschte. Bei einer Gerichtsverhandlung gegen drei Rechtsextreme im Oktober 2020 erklärte dieser Beamte im Zeugenstand, der Hauptangeklagte sei ein Freund von ihm. Dass gerade durch solche Fälle das Vertrauen migrantisch gelesener Personen in die Polizei erheblich in Mitleidenschaft gezogen wird, ist nur allzu verständlich. Doch wie kann der Staat in einem solchen Fall agieren, um das Vertrauen in seine Organe zu wahren?

Der Dresdner Beamte ist weiterhin im Dienst. Strafrechtlich ist es irrelevant, ob man als Polizist einen Rechtsextremen als Freund bezeichnet. Und auch das Disziplinarrecht stößt schnell an seine Grenzen. Diese Tatsache erfuhren etwa auch zwei Leipziger Polizeibeamte, die mehrfach mit rechten Hooligans auf Fotos posierten und gemeinsam ein Musikfestival besuchten – unter anderem mit verurteilten Beteiligten des Neonazi-Angriffs auf den Leipziger Stadtteil Connewitz im Januar 2016. Nachdem entsprechende Fotos der Polizisten im Internet veröffentlicht wurden, war die Empörung in migrantischen und linken Milieus groß. Auch die Landesregierung musste aufgrund einer parlamentarischen Anfrage zu dem Sachverhalt Stellung nehmen (Sächsischer Landtag, 2019). Doch tatsächliche Konsequenzen folgten nicht. Sie wurden mündlich belehrt. Auch nachdem einer der beiden Polizisten auf Instagram erneut mit bekannten Rechtsextremen bei einer Geburtstagsrunde zu sehen war, hatte dies lediglich eine „Pflichtenmahnung“ zur Folge – ein schriftlicher Hinweis, der noch nicht als Disziplinarmaßnahme gilt (vgl. Kempfen, 2020). Auch ein Disziplinarverfahren gegen einen anderen Leipziger Bereitschaftspolizisten, der während der LEGIDA-Proteste aus dem Einsatz heraus freundschaftliche Nachrichten über „marodierende Gutmenschen“ mit dem bundesweit vernetzten Neonazikader Alexander Kurth austauschte, wurde ergebnislos eingestellt. Er bildet mittlerweile an der Polizeischule Leipzig angehende Polizisten aus.

Bereits in den Fällen, in denen Polizisten selbst deutlich eine rechtsextreme Haltung erkennen ließen, sich in internen Polizeichats rassistisch äußerten oder gar an Misshandlungen von Schwarzen Tatverdächtigen beteiligt waren, ist es keineswegs selbstverständlich, dass diese Polizisten aus dem Dienst entfernt werden. Bis ein Berliner Polizist,

der die Noten des Horst-Wessel-Lieds tätowiert sowie zuhause ein gerahmtes Bild von Adolf Hitler an der Wand und eine Gedenktasse für Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess im Schrank hatte, endgültig den Beamtenstatus verlor, dauerte es volle zehn Jahre und Verhandlungen in drei Instanzen. Dass in Fällen, bei denen nicht einmal klar ist, ob die jeweiligen Polizeibeamten das Gedankengut ihrer Bekannten oder Freunde teilen, kaum Konsequenzen folgen, ist also nur wenig verwunderlich. Wenig verwunderlich ist aber auch, dass diese Situation nur schwer hinzunehmen ist für jene, die dadurch daran zweifeln, ob sie im Ernstfall von der Polizei gleichermaßen geschützt werden, ob ihnen vorbehaltlos gegenübergetreten wird, ob Opfer rechter Gewalt als solche ernst genommen und rechte Täter als solche ernsthaft verfolgt werden. Es ist eine gesellschaftliche Situation, für die es keine schnelle Lösung gibt. Und es ist ein Problem, für das nicht allein die sächsische Polizei verantwortlich ist.

LITERATUR

- Bongen, Robert et al. (2017). „Lausbuben“: Wie man in Freital Terroristen verharmlost. *ARD* (14.12.2017). URL: <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2017/Lausbuben-Wie-man-in-Freital-Terroristen-verharmlost.freital112.html> (letzter Zugriff: 19.09.2021).
- Bozay, Kemal et al. (Hrsg.) (2016). *Die haben gedacht, wir waren das. MigrantInnen über rechten Terror und Rassismus*. Köln. PapyRossa Verlag.
- Bundeswahlleiter (2021). Bundestagswahl 2021 – Ergebnisse – Sachsen. URL: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99/land-14.html> (letzter Zugriff: 08.12.2021).
- Debski, Andreas (2021). Munitionsskandal: Sächsische Spezialkräfte sollen 14.500 Schuss gestohlen haben. *Leipziger Volkszeitung* (10.9.2021). URL: <https://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/Sachsen-Skandal-bei-Polizei-Spezialkraefte-haben-14-500-Schuss-gestohlen> (letzter Zugriff: 19.09.2021).
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2020). *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität*. Gießen: Psychosozial Verlag.
- von Eisenhart Rothe, Yannik (2018). Dieser Azubi lernte bei der Polizei Sachsen – dann hielt er den Rassismus nicht mehr aus. *Spiegel Online* (27.10.2018). URL: <https://www.spiegel.de/panorama/polizei-sachsen-azubi-haelt-den-rassismus-nicht-mehr-aus-und-veroeffentlicht-whatsapp-chats-a-d045707a-3cb5-4514-b3b4-6f41e4462d6d> (letzter Zugriff: 08.11.2021).
- Fischer, Martin (2017). Freital-Prozess. Eine Stadt auf der Anklagebank. *Dresdner Neueste Nachrichten* (13.03.2017). URL: <https://www.dnn.de/Thema/Specials/Prozess-Gruppe-Freital/Freital-Prozess-Eine-Stadt-auf-der-Anklagebank> (letzter Zugriff: 19.09.2021).
- Kempfen, Aiko (2020). Sächsische Polizei und Nazis. Milde Strafe. *Die Tageszeitung* (7.4.2020). URL: <https://taz.de/Saechsische-Polizei-und-Nazis/!5677486> (letzter Zugriff: 19.09.2021).
- Köditz, Kerstin (2021). Inzwischen 49 „Verdachtsfälle mit Bezug zum Rechtsextremismus“ bei der sächsischen Polizei. URL: <https://www.linksfraktionsachsen.de/nc/presse/detail/news/kerstin-koeditz-inzwischen-49-verdachtsfaelle-mit-bezug-zum-rechtsextremismus-bei-der-saechsischen-p> (letzter Zugriff: 19.09.2021).
- Laabs, Dirk (2021). *Staatsfeinde in Uniform. Wie militante Rechte unsere Institutionen unterwandern*. Düsseldorf: Econ Verlag.
- Landeskriminalamt Niedersachsen (2017). Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2017. URL: https://www.lka.polizei-nds.de/download/73539/Kernbefundebericht_2017.pdf (letzter Zugriff: 19.09.2021).
- MDR Aktuell (2021). Sächsische Polizisten vermuten unter Kollegen viele AfD-Anhänger. *MDR Aktuell*. URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/munitionsskandal-polizei-kommission-100.html> (letzter Zugriff: 19.09.2021).
- Sächsischer Landtag (2019): Drucksache 6/18015. URL: https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=18015&dok_art= Drs&leg_per=6&pos_dok=1&dok_id=undefined (letzter Zugriff: 19.09.2021).
- Sächsischer Landtag (2021). Drucksache 7/6938. URL: https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=6938&dok_art= Drs&leg_per=7&pos_dok=1&dok_id=undefined (letzter Zugriff: 20.09.2021).
- Schöler, Martin (2015). Nazi-Skandal: Bereitschaftspolizei prüft Disziplinarverfahren gegen Fernando V.. *Leipziger Internet Zeitung* (18.05.2015). URL: <https://www.l-iz.de/leben/faelle-unaefaelle/2015/05/nazi-skandal-bereitschaftspolizei-prueft-disziplinarverfahren-gegen-fernando-v-90338> (letzter Zugriff: 08.11.2021).
- Spiegel Online (2020). „Sieg Heil“-Rufe – Polizei ermittelt gegen Kommissaranwärter. *Spiegel Online* (06.02.2020). URL: <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/bautzen-polizei-ermittelt-gegen-sieg-heil-rufen-gegen-kommissaranwaerter-a-e5d1471b-3e5e-4b87-9a4f-acc00582d101> (letzter Zugriff: 08.11.2021).



- *Emily Bandt* ist Kulturwissenschaftlerin und als Projektreferentin im Bereich der politischen Bildung tätig.
- *Sophie Bose, M.A.*, ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Ostdeutsche Umbrucherfahrungen, Strukturwandel, Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Arbeitswelt bilden ihre Forschungsinteressen.
- *Stefan Brieger, M.A.*, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden.
- *Oliver Decker, Prof. Dr. phil.*, ist Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts. Er ist außerdem Professor für Sozialpsychologie an der Sigmund Freud Universität Berlin. Seit 2002 leitet er zusammen mit Prof. Dr. Elmar Brähler die Leipziger Autoritarismus Studien (LAS) in Deutschland (bis 2018 Leipziger „Mitte“-Studien).
- *Marius Dilling, M.A.* Sozialwissenschaften, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik Institut. Unter der Nutzung quantitativer Methoden der Empirischen Sozialforschung forscht er zu demokratiefeindlichen Einstellungen – mit einem Fokus auf Antisemitismus und Verschwörungsmentalität.
- *Natalie Gittner, M.Sc.* Psychologie, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Derzeit forscht sie zu antidemokratischen Dynamiken und zivilgesellschaftlichen Konflikten im Kontext von Rechtsextremismus.
- *Franz Hammer, Diplom-Kulturpädagoge*, ist als Berater beim Kulturbüro Sachsen e.V. tätig. Ein Schwerpunkt der Beratungsarbeit ist die Auseinandersetzung mit faschistischen und autoritären Strukturen in sächsischen Gemeinwesen.
- *Max Hemmann* ist Soziologe und arbeitet als wissenschaftlicher Referent.
- *Matthias Heldt* arbeitet beim Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. in Wurzen. Die Dokumentation und Analyse von extrem rechten Einstellungen und Akteuren stellt einen Schwerpunkt seiner Tätigkeit dar.
- *Charlotte Höcker, M.Sc.* Psychologie, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik Institut. In der Autoritarismus- und Demokratieforschung interessieren sie psychodynamische und geschlechterreflektierte Perspektiven, besonders auf Antifeminismus, Misogynie und Emanzipation.

- *Andrea Hübler* ist Politikwissenschaftlerin mit den Schwerpunkten extreme Rechte und rechtsmotivierte Gewalt. Sie arbeitet als Fachreferentin bei der Beratungsstelle Support für Betroffene rechter Gewalt des RAA Sachsen e.V.
- *Fiona Kalkstein*, Dr. phil., ist Diplom-Psychologin und stellvertretende Leiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Kritische Psychologie, materialistischer Feminismus/Intersektionalität und qualitative Forschungsmethoden.
- *Aiko Kempen* ist Investigativjournalist. Er arbeitet für Ippen Investigativ und BuzzFeed News, für das ARD-Magazin Monitor, veröffentlichte Beiträge u.a. in Die Zeit, SZ-Magazin, taz, Vice Online, Tagespiegel und leitete die Online-Redaktion des Leipziger Magazins kreuzer. Aiko Kempen recherchiert seit vielen Jahren zu den Themen Polizei und Rechtsextremismus. 2021 erschien sein Buch „Auf dem rechten Weg? Rassisten und Neonazis in der deutschen Polizei“ im Europa Verlag.
- *Johannes Kiess*, Dr. phil., ist stellvertretender Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Vergleichende Kultursoziologie und politische Soziologie Europas an der Universität Siegen. Schwerpunkt seiner Forschung sind die Entstehung und Verbreitung politischer Einstellungen und Mobilisierung.
- *Mara Knauthe* hat im Bachelor Soziologie und Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden studiert und befindet sich derzeit im Masterstudium der Soziologie. Sie beschäftigt sich mit feministischer Theorie, der extremen Rechten und Ideologien der Ungleichwertigkeit und ist ehrenamtlich in der politischen Bildung tätig.
- *Jakob Köster*, M.A., ist wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- *Andreas Kranebitter*, Dr., ist geschäftsführender Leiter des Archivs für die Geschichte der Soziologie in Österreich an der Universität Graz, das auch den Nachlass von Else Frenkel-Brunswik hält, und derzeit Gastprofessor am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. Veröffentlichung: Andreas Kranebitter/Christoph Reinprecht (Hrsg.) (2019): Die Soziologie und der Nationalsozialismus in Österreich. Bielefeld: Transcript.

- *Michael Nattke*, Dipl.-Hdl., studierte Wirtschaftspädagogik, Politikwissenschaften, Soziologie und Rechtswissenschaften in Frankfurt/Oder und Dresden. Seit 2009 arbeitet er als Fachreferent im Kulturbüro Sachsen e.V., dem Träger der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus im Bundesland. Seit über 20 Jahren beschäftigt er sich ehrenamtlich und im wissenschaftlichen Kontext mit organisiertem Neonazismus und rechten Einstellungen in Ostdeutschland.
- *Johanna Niendorf*, M.A., ist Sozialwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Geschlecht und Autoritarismus, Antifeminismus, Hass auf Frauen und LGBTIQ. Sie ist Mitglied im Phia e.V. - Gegen Gewalt an Frauen*.
- *Marcel Noack* ist Fotograf, Bildender Künstler, Grafiker und Kurator. Er studierte Künstlerische Fotografie und Bewegtbild an der HGB Leipzig und absolvierte ein Meisterschülerstudium. Von 2012 bis 2016 war er Dozent an der HGB Leipzig. Er betreibt den Kunstraum PING • PONG - Fotografie im Leipziger Westen, ist berufenes Mitglied der DGPh, als Co-Vorsitzender des BBK Bundesverbandes und Vorsitzender der IGBK ehrenamtlich tätig.
- *Isabelle-Christine Panreck*, PD Dr. habil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden und vertritt im Wintersemester 2021/22 die Professur Politikwissenschaft an der Stiftung Universität Hildesheim.
- *Andre Schmidt* ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Dort arbeitet er im Rahmen sozialraumnaher Forschung und in den Leipziger Autoritarismus Studien zu den Schwerpunkten sozialer Konflikt und Klassenpolitiken, Demokratisierung und Arbeitswelt sowie Möglichkeiten und Grenzen der Zivilgesellschaft.
- *Julia Schuler*, M.Sc. Psychologie, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut sowie dem Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Sie ist als Autorin an den Leipziger Autoritarismus Studien beteiligt. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit sozialpsychologischen Erklärungsansätzen politischer Handlungsfähigkeit sowie den Ursachen von Rechtsextremismus und autoritären Orientierungen.

- *Alexander Yendell, Dr.*, ist Soziologe und forscht im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Er ist Sprecher der Sektion Religionssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Vorstandsmitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig und Mitglied des Research Centre Global Dynamics. Yendell ist zurzeit Co-Leiter der Forschungsprojekte „Antimuslimischer Rassismus, antischwarzer Rassismus und Antiziganismus im institutionellen Handeln von Behörden“ und „Rassismusbekämpfung und -prävention in Behörden und Sportverbänden – Internationaler Vergleich von Best- und Worst-Practices“ „Kirchenmitgliedschaft und politische Kultur“.
- *Paul Zschocke, M.A.*, ist Sozialwissenschaftler und forscht zur extremen Rechten, Rechtspopulismus und Autoritarismus sowie zu Stadtentwicklung und Neoliberalismus.





ABBILDUNGSVERZEICHNIS

<u>BAUTZEN</u>		<u>CHEMNITZ (STADT)</u>	
Kubschütz	21	Chemnitz	204
<u>ERZGEBIRGSKREIS</u>		<u>MITTELSACHSEN</u>	
Geyer	34-35	o. O.	7
Annaberg-Buchholz	38-39	o. O.	8
Annaberg-Buchholz	40-41	Erlau	22
Geyer	42-43	Merzdorf	174
Geyer	50-51	Erlau	190
Geyer	52-53	Erlau	264
Neukirchen	169	Erlau	269
<u>GÖRLITZ</u>		<u>SÄCHSISCHE SCHWEIZ -</u>	
o. O.	102	<u>OSTERZGEBIRGE</u>	
Markersdorf	117	Pirna	36-37
Kromlau	173		
<u>LEIPZIG (STADT)</u>		<u>NORDSACHSEN</u>	
Leipzig	170	Sprotta	118
Leipzig	171	Paschwitz	166
		Eilenburg	168
		Paschwitz	222
<u>LEIPZIG</u>		Schkeuditz	236
o. O.	138		
Kohren-Sahlis	44-45		
Kohren-Sahlis	46-47		
Kohren-Sahlis	48-49		
Wurzen	66		
Wurzen	86		
Regis-Breitingen	137		
Wurzen	152		
Neukieritzsch	165		
Pegau	167		
Rötha	172		
Kohren-Sahlis	189		
Wurzen	253		
Wurzen	254		
Wurzen	270		



Das Projekt wird finanziert durch Mittel auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Informationen sind im Internet unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-948049-17-1

© 2022, Autorinnen und Autoren. Else-Frenkel-Brunswik-Institut an der Universität Leipzig, Dittrichring 18-20, 04109 Leipzig, www.efbi.de.
edition überland, Verlagsgesellschaft mbH, Gerichtsweg 28, 04103 Leipzig, editionueberland.de

Alle Rechte vorbehalten.

Lektorat

Tilman Meckel, Leipzig

Endredaktion

Pia Siemer, EFBI, Leipzig

Gestaltung, Satz und Grafiken

Markus Dreßen, Leipzig

Fotografie

Marcel Noack, Leipzig

Schrift

Swiss Works, Swiss Int'l Mono

www.swisstypefaces.com

Karten

Marius Dilling, Leipzig

Herstellung

Sabine Artner, Leipzig

Papier

Munken Print White, 90 g/m²,

IGEPA

Druck und Bindung

Beltz Grafische Betriebe GmbH,

Bad Langensalza

Printed in Germany